

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
2001/2002

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich

des Bayerischen Staatsministeriums
für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und
Gesundheit

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2001 und 2002	9
Kapitel 10 01 Ministerium	10
Kapitel 10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10	26
Kapitel 10 03 Allgemeine Bewilligungen	36
Kapitel 10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	64
Kapitel 10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation	70
Kapitel 10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen	118
Kapitel 10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe	140
Kapitel 10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen	166
Kapitel 10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte	184
Kapitel 10 12 Bayerisches Landessozialgericht, Sozialgerichte	196
Kapitel 10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung	208
Kapitel 10 20 Bayerisches Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung	218
Kapitel 10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung	238
Kapitel 10 30 Bayerisches Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayerische Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter	250
Kapitel 10 40 Sozialabteilungen einschl. Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Oberversicherungsämter bei den Regierungen	270
Kapitel 10 41 Landesversicherungsanstalten	272
Kapitel 10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge	274
Kapitel 10 53 Unterbringung von Asylbewerbern	288
Kapitel 10 56 Haus des Deutschen Ostens	302
Kapitel 10 60 Bayerisches Landesjugendamt	310
Kapitel 10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung	316
Kapitel 10 71 Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth	326
Kapitel 10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter	330
Kapitel 10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik	334
Kapitel 10 90 Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte	344
Kapitel 10 91 Staatliche Veterinärämter (Landratsämter)	350
Kapitel 10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen	356
Abschluss	369
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	370
Anlagen:	
Anlage zu Kapitel 10 71 Wirtschaftsplan für das Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth	375
Anlage S Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 2 Mio DM Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 10	379
Stellenplan	387

Vorwort zum Einzelplan 10

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

1. Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit ist im Gesamtbereich der Gesellschaftspolitik für Fragen der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Familien-, Frauen- und Gesundheitspolitik zuständig. Es pflegt die Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und den sonstigen in diesen Bereichen tätigen Stellen. Bei der Regelung einschlägiger Fragen der Bundesgesetzgebung wirkt es mit. Im Einzelnen umfasst der Aufgabenkreis insbesondere
 - 1.1 **Arbeit und berufliche Bildung**
 - 1.1.1 Grundsatzfragen der Sozial- und Arbeitspolitik
 - 1.1.2 Arbeitsmarktpolitische Grundsatzfragen, Bestimmung und Wertung der Arbeitsmarktstruktur, Arbeitsmarktforschung; Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsprobleme besonderer Personengruppen, Koordinierung der Maßnahmen zur Betreuung ausländischer Arbeitnehmer; soziale Probleme des technischen und strukturellen Wandels
 - 1.1.3 Individuelles, kollektives, zwischen- und überstaatliches Arbeitsrecht sowie Lohn-, Tarif- und Schlichtungswesen
 - 1.1.4 Heimarbeit und Heimarbeitsausschüsse
 - 1.1.5 Ehrung von Arbeitsjubilaren, Staatsmedaille für soziale Verdienste
 - 1.1.6 Koordinierung von Maßnahmen der nichtschulischen Berufsbildungspolitik
 - 1.1.7 Berufshilfen (Berufshinführung, -vorbereitung, -aufklärung, -orientierung, -anpassung), berufliche Bildung (Aus-, Fortbildung, Umschulung, berufliche Weiterbildung), insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und freiwillige soziale Dienste
 - 1.2 **Arbeitsschutz, Sicherheitstechnik und technische Überwachung**
 - 1.2.1 Technischer Arbeitsschutz, Arbeitshygiene (Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer, Erhaltung ihrer Arbeitskraft, Gestaltung menschengerechter Arbeitsbedingungen)
 - 1.2.2 Sozialer Arbeitsschutz (Arbeitsschutz einschließlich Sonntags- und Feiertagsarbeit, Jugendarbeitsschutz, Frauenarbeitsschutz, Mutterschutz, Schutz des Fahrpersonals)
 - 1.2.3 Medizinischer Arbeitsschutz (Beratung, ärztliche Untersuchungen, Betriebs- und Arbeitsplatzbesichtigungen)
 - 1.2.4 Schutz vor Gefahren, die von überwachungsbedürftigen Anlagen ausgehen
 - 1.2.5 Schutz vor Gefahren, die von explosionsgefährlichen Stoffen ausgehen
 - 1.2.6 Sicherheit beim Transport gefährlicher Güter
 - 1.2.7 Unfallverhütung in Heim und Freizeit
 - 1.2.8 Angelegenheiten des Ladenschlusses
 - 1.2.9 Aufsicht über technische Überwachungsorganisationen
 - 1.2.10 Akkreditierung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen nach dem Gerätesicherheitsgesetz
 - 1.2.11 Technischer Verbraucherschutz und freier Warenverkehr im Binnenmarkt für technische Produkte

1.3 Soziale Entschädigung, Rehabilitationsmaßnahmen

- 1.3.1 Soziale Entschädigung bei Gesundheitsschäden, insbesondere Kriegsoferversorgung, Versorgung von Soldaten und Zivildienstpflichtigen, Impfgeschädigten, Opfern von Gewalttaten und Betroffenen von SED-Unrecht
- 1.3.2 Hilfen nach dem Schwerbehindertengesetz, insbesondere Eingliederung in Arbeit und Beruf, Feststellungsverfahren und Ausweiswesen, Beförderung von Schwerbehinderten im öffentlichen Personenverkehr
- 1.3.3 Kriegsopferversorgung und verwandte Leistungen
- 1.3.4 Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft
- 1.3.5 Berufliche, soziale und medizinische Rehabilitation, Frühförderung, Pflege von Behinderten
- 1.3.6 Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
- 1.3.7 Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter, psychosoziale Prävention
- 1.3.8 Forensische Psychiatrie

1.4 Wohlfahrtswesen

- 1.4.1 Jugendhilfe
- 1.4.2 Familienhilfe
- 1.4.3 Frauenhilfe
- 1.4.4 Altenhilfe
- 1.4.5 Sozialpflegerische Dienste
- 1.4.6 Sozialhilfe

1.5 Gesundheits- und Veterinärwesen

1.6 Krankenhauswesen

1.7 Gleichstellungs- und Frauenpolitik

1.8 Sozialversicherung

- 1.8.1 Aufsicht über die landesunmittelbaren Träger der Krankenversicherung und ihre Verbände, die landesunmittelbaren Träger der Unfallversicherung und der Rentenversicherung der Arbeiter sowie über die landwirtschaftlichen Alterskassen und die Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns
- 1.8.2 Prüfung der Geschäfts-, Betriebs- und Rechnungsführung der im Bereich der sozialen Selbstverwaltung tätigen landesunmittelbaren Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts (vgl. Ziffer 1.8.1)

1.9 Sonstige Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen

- 1.9.1 Aufnahme, Betreuung und Eingliederung von Vertriebenen, Flüchtlingen und Aussiedlern bzw. Spätaussiedlern
- 1.9.2 Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von nichtdeutschen Flüchtlingen
- 1.9.3 Lastenausgleich
- 1.9.4 Grenzüberschreitende Hilfen für die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten

1.10 Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit

2. Aufbau der Verwaltung

2.1 Das Ministerium gliedert sich in die Abteilungen

A	Grundsatzfragen	I	Arbeit, berufliche Bildung
P	Personal, Organisation, Informationsverarbeitung, Stellenplan	II	Arbeitsschutz, Sicherheitstechnik und technische Überwachung
Z/LPrA	Haushalt, Recht, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit	III	Sozialversicherung, Pflege, Altenpolitik
	Bayerisches Landesprüfungsamt für Sozialversicherung	IV	Rehabilitation
		V	Vertriebene, Flüchtlinge Lastenausgleich, Landesausgleichsamt
		VI	Familie und Jugend
		VII	Gesundheit und Verbraucherschutz
		VIII	Krankenhausversorgung

Die Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als Querschnittsreferat für die Aufgabe der Verwirklichung der Gleichberechtigung eingerichtet. Sie hat Koordinierungskompetenz (Kontrolle, Initiative und Zusammenarbeit) innerhalb der Staatsregierung und ist der Frauenbeauftragten der Staatsregierung unmittelbar nachgeordnet.

2.2 Gerichte, Behörden und Dienststellen des Geschäftsbereichs

2.2.1 Arbeitsgerichtsbarkeit

2 Landesarbeitsgerichte in München und Nürnberg, 11 Arbeitsgerichte (mit 11 auswärtigen Kammern) in Augsburg (Neu-Ulm), Bamberg (Coburg), Bayreuth (Hof), Kempten, München (Ingolstadt, Weilheim), Nürnberg, Passau (Deggendorf), Regensburg (Landshut), Rosenheim (Traunstein), Weiden (Schwandorf), Würzburg (Aschaffenburg, Schweinfurt)

2.2.2 Sozialgerichtsbarkeit

Bayerisches Landessozialgericht in München mit Zweigstelle in Schweinfurt und 7 Sozialgerichte in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg

2.2.3 Gewerbeaufsicht, Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Bayerisches Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik in München, Bayerische Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin in München, 8 Gewerbeaufsichtsämter in Augsburg, Coburg, Landshut, München-Stadt, München-Land, Nürnberg, Regensburg und Würzburg

2.2.4 Versorgungsverwaltung

Bayerisches Landesamt für Versorgung und Familienförderung in München (mit Außenstelle in Bayreuth), 8 Ämter für Versorgung und Familienförderung in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München (2), Nürnberg, Regensburg und Würzburg sowie eine Außenstelle der Ämter München II und Bayreuth in Selb/Ofr., 2 Reha-Kliniken in Bad Tölz und Bad Reichenhall

2.2.5 Gesundheits- und Veterinärverwaltung

71 Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter und als staatliche Veterinärämter, 22 Landgerichtsärzte, 2 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen Südbayern (Oberschleißheim mit Außenstelle in Augsburg) und Nordbayern (Erlangen mit Außenstellen in Nürnberg und Würzburg)

2.2.6 Krankenhäuser

Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

2.2.7 Flüchtlingsverwaltung

Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg, 2 Beauftragte des Freistaates Bayern im Verteilungsverfahren, 7 Regierungsaufnahmestellen, 217 Einrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion (176 Übergangswohnheime und 41 Emigrantenwohnheime), 6 Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber, 247 Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber und die Anlaufstelle für Kontingentflüchtlinge

2.2.8 Sozialversicherung

2 Oberversicherungsämter bei den Regierungen von Oberbayern und Mittelfranken. Diese üben neben den zuständigen Regierungen die Fachaufsicht über 96 Versicherungsämter (25 städtisch und 71 staatlich) aus.

2.2.9 Lastenausgleichsverwaltung

1 Außenstelle des Landesausgleichsamts mit zentralem Beschwerdeausschuss bei der Regierung von Mittelfranken mit Dienstsitz in Nürnberg und 1 Fachgutachterstelle für 17 Gewerbebezweige (Vororte) beim Zentralen Ausgleichsamt Bayern – Außenstelle München, 1 Zentrales Ausgleichsamt Bayern beim Landratsamt Fürth mit Dienstsitz in Nürnberg mit 13 Außenstellen (die Zahl der Außenstellen verringert sich jeweils um 6 zum 01.01.2002 und 01.01.2004 sowie um die Außenstelle München zum 01.01.2006), 3 Heimatauskunftsstellen

2.2.10 Sonstige

Verwaltungsschule der Sozialverwaltung in Wasserburg am Inn, Haus des Deutschen Ostens in München, Bayerisches Landesjugendamt in München, Staatsinstitut für Frühpädagogik in München, Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg

2.3 Der Aufsicht unterstehende Versicherungsträger

5 Landesversicherungsanstalten mit Rehabilitationskliniken, die Bau-Berufsgenossenschaft Bayern und Sachsen, 5 Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 5 Landwirtschaftliche Alterskassen, 5 Landwirtschaftliche Krankenkassen, 5 Landwirtschaftliche Pflegekassen, der BKK Landesverband Bayern, die AOK Bayern mit einer Zentrale und 39 Direktionen sowie 260 Geschäftsstellen, die Pflegekasse Bayern, 33 Betriebskrankenkassen mit Pflegekassen, die Innungskrankenkasse Bayern mit Pflegekasse, der Medizinischer Dienst der Krankenversicherung in Bayern, der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband, die Bayerische Landesunfallkasse, die Unfallkasse München, die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Keine

C. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben

1. Eine Einzelaufgliederung der Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans nach ökonomischen Gesichtspunkten sowie des Zuschussbedarfs enthält der **Einzelplanabschluss**.

2. Wesentliche Ausgaben bzw. Ausgabeprogramme des Einzelplans 10

Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	2000	2001	2002
		in Mio DM		
10 03	Allgemeine Bewilligungen			
681 01	Blindengeld nach dem Bayer. Blindengeldgesetz	199,0	196,0	198,0
682 01	Unentgeltliche Beförderung Behinderter	62,5	63,5	64,5
TG 71	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	177,5	160,6	162,8
TG 87	Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz - Ausgleichsabgabe -	177,7	176,5	175,5
	(Verpflichtungsermächtigung)	(25,0)	(25,0)	(25,0)
TG 88, 89	Leistungen an Impfgeschädigte	23,9	23,6	24,2
TG 94 - 96	Leistungen an Opfer von Gewalttaten	22,2	24,6	26,3
10 05	Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation			
TG 70	Dreijahres-Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen im Behindertenbereich	-	25,0	25,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	-	(50,0)	-
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen der Berufshilfe	3,5	2,9	2,9
	(Verpflichtungsermächtigung)	(2,0)	(2,0)	(2,0)
TG 75	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	8,0	8,0	8,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(7,0)	(7,0)	(7,0)
TG 76	Berufliche Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften	5,0	3,5	3,5
	(Verpflichtungsermächtigung)	(1,0)	(2,0)	(2,0)
TG 78	Landesplan für Behinderte	43,0	45,5	45,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(22,0)	(23,0)	(24,0)
TG 79	Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer	4,3	4,3	4,3
	(Verpflichtungsermächtigung)	(0,5)	(0,5)	(0,5)
TG 81	Komplementärmittel für Zuweisungen der EU	5,0	7,5	7,5
	(Verpflichtungsermächtigung)	(2,5)	(8,0)	(6,0)
TG 51 - 57 TG 87 - 97	Maßnahmen nach dem Europäischen Sozial- und Regionalfonds	56,8	74,5	83,9
10 06	Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen			
533 01, 685 01, 685 02, 685 06, 685 21, 893 06, 896 01	Eingliederung der Aussiedler, Kultur der Vertriebenen und Flüchtlinge	5,7	6,4	6,9
TG 71 - 74	Leistungen der Kriegsofferfürsorge	16,3	14,4	14,3
10 07	Jugend-, Familien, Frauen- und Altenhilfe			
TG 71	Landesplan für Altenhilfe	48,0	48,0	48,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(27,4)	(27,6)	(27,6)
TG 72	Soziale Dienste im bayerischen Netzwerk Pflege	8,0	8,0	8,5
	(Verpflichtungsermächtigung)	(1,6)	(1,6)	(1,6)
TG 73	Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie	10,6	12,8	11,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(1,0)	(1,4)	(1,4)
TG 74, 76	Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe, Jugendschutz	48,0	49,0	49,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(5,0)	(5,0)	(5,0)
TG 77	Schwangerenberatung	9,3	12,1	12,2
TG 78	Innovative Formen der Kinderbetreuung im „Netz für Kinder“	10,0	10,0	10,0
TG 79	Einrichtungen nach dem Schulfinanzierungsgesetz	4,4	4,4	4,4
	(Verpflichtungsermächtigung)	(3,0)	(3,0)	(3,0)

Kapitel Titel bzw. Titelgruppe	Zweckbestimmung (Kurzform)	2000	2001 in Mio DM	2002
(noch 10 07)				
TG 80 – 81	Landeserziehungsgeld – Familienbeihilfen	346,6	349,0	342,0
TG 84	Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens – Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“	11,0	9,2	11,2
TG 90	Personalkostenzuschüsse für Kindergärten	780,0	787,0	808,0
TG 91	Förderung von Kinderhorten	44,0	48,0	50,0
10 08	Gesundheits- und Veterinärwesen			
TG 52	AIDS-Bekämpfung	8,0	8,5	8,5
TG 58 – 60, 61	Tierseuchenbekämpfung	16,0	16,1	16,1
TG 92	Suchtbekämpfung und Drogentherapie	12,0	12,0	12,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(0,3)	(0,4)	(0,4)
TG 97	Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter	5,7	5,7	5,7
	(Verpflichtungsermächtigung)	(1,5)	(1,5)	(1,5)
10 50	Aussiedler, Kontingentflüchtlinge	95,2	92,5	92,5
	(Verpflichtungsermächtigung)	(8,0)	(8,0)	(8,0)
10 53	Unterbringung von Asylbewerbern	314,5	293,8	294,2
	(Verpflichtungsermächtigung)	(8,0)	(8,0)	(8,0)
10 71	Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth	11,9	4,4	6,3
	(Verpflichtungsermächtigung)	(-)	(1,0)	(5,0)
10 72	Unterbringung psychisch kranker Straftäter – Forensische Psychiatrie	183,4	223,8	248,9
	(Verpflichtungsermächtigung)	(13,5)	(18,0)	(18,0)
Epl. 10	Staatlicher Hochbau	11,5	11,0	30,0
	(Verpflichtungsermächtigung)	(7,5)	(30,0)	(26,0)

D. Personalsoll

Eine Gesamtübersicht über das Personalsoll A (gebundene Stellen) und das Personalsoll B (sonstige Stellen) enthält die **Gesamtübersicht zum Stellenplan**. Die Gesamtübersicht ist insbesondere nach Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter gegliedert.

Allgemeine Erläuterungen zur Veranschlagung der Haushaltsmittel 2001 und 2002

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind gemäß Art. 17 BayHO und VV Nr. 2 hierzu grundsätzlich einzeln erläutert.

Die nachfolgenden allgemeinen Erläuterungen dienen insbesondere zur Vermeidung von Wiederholungen bei einer Vielzahl der in Betracht kommenden Titel:

1. Geringfügige Änderungen (Minderungen oder Erhöhungen) gegenüber dem Vorjahr sind aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich nicht erläutert. Als geringfügig gelten dabei
 - 1.1 Änderungen bis einschließlich 10 000 DM,
 - 1.2 Änderungen unter 10 v.H. des Vorjahresansatzes, soweit der Änderungsbetrag 40 000 DM nicht überschreitet.
2. Bei den Titeln 421 0. (Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung), 422 0. (Bezüge der planmäßigen Beamten [Richter]), 422 1. (Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe), 422 2. (Anwärterbezüge), 422 3. (Bezüge der abgeordneten Beamten [Richter]), 425 0. (Vergütungen der Angestellten) sowie 426 0. bis 426 2. (Löhne der Arbeiter) sind Betragsänderungen nicht erläutert, soweit sie ausschließlich auf Besoldungs- oder Tarifierhöhungen und Stellenänderungen beruhen.

Aus den jeweiligen Bezügetiteln für die Beamten können auch Mittel für die Gewährung von Leistungsstufen bereitgestellt werden. Für die Gewährung von Leistungszulagen und Leistungsprämien ist in den jeweiligen Sammelkapiteln ein eigener Titel 422 45 ausgebracht.

3. Die im Stellenplan enthaltenen Amtsbezeichnungen für Beamte entsprechen den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes und des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Sie sind in maskuliner und femininer Form ausgebracht.

Folgende Abkürzungen sind verwendet:

VO1 = Verordnung gemäß § 26 Absatz 4 Nr. 1 BBesG,

VO2 = Verordnung gemäß § 26 Absatz 4 Nr. 2 BBesG.

4. Die Hochbaumaßnahmen mit mehr als 2 Mio DM Gesamtkosten sind im Einzelnen in der Anlage S dargestellt und erläutert.
5. Soweit bei Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan keine Jahresbeträge angegeben sind (vgl. Art. 16 Satz 2 BayHO), dürfen entsprechende Verpflichtungen frühestens zu Lasten des jeweils folgenden Haushaltsjahres eingegangen werden.
6. Hinweise zu den Zweckbestimmungsseiten:

Die Zweckbestimmungsseiten wurden wie in den Vorjahren zur Verfahrensbeschleunigung im ADV-Verfahren erstellt.
Dabei werden

 - 6.1 die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel unterstrichen,
 - 6.2 bei wegfallenden Titeln in der Betragsspalte drei Sterne (***) ausgedruckt,
 - 6.3 im Kapitel- bzw. Einzelplanabschluss die Ausgaben der Hauptgruppe 8 nach „Sonstige Sachinvestitionen“ (Obergruppen 81 und 82) und „Investitionsförderungsmaßnahmen“ (Obergruppen 83 bis 89) getrennt,
 - 6.4 beim Einzelplanabschluss auch die Verpflichtungsermächtigungen mit erfasst und
 - 6.5 bei den Hochbauausgaben der Anlage S im jeweiligen Kapitel eine fiktive Haushaltsstelle „710 00“ verwendet; die Einzelaufschlüsselung auf die zutreffenden Titel (710 01 bis 748 69) ergibt sich aus der Anlage S.

10 01		Ministerium				Soll 2000	
Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM	
1	2	3	4	5	6		
Einnahmen							
Verwaltungseinnahmen u. dgl.							
111 01-2	011	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 2.262,2 906,8	
112 01-1	011	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	---	---	A	---	
113 01-0	011	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	20,0 9,4 9,7	
119 01-4	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 01.</i>	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 156,6 156,6	
119 49-8	011	Vermischte Einnahmen	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	40,0 29,3 75,1	
124 01-7	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	280,0 (143,2)	280,0 (143,2)	A B C	274,0 287,2 287,6	
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen							
241 01-5	011	Sonstige Erstattungen vom Bund	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	15,0 13,3 4,7	
246 12-7	011	Erstattungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---	
256 12-4	011	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
271 01-8	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	---	---	A B C	--- 0,6 0,5	
271 02-7	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	---	---	A B C	--- 151,4 42,1	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen							
380 01-6	011	Verrechnung von Verwaltungsleistungen des Staatsministeriums	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	30,0 30,0 30,0	
Gesamteinnahmen			587,0 (300,1)	587,0 (300,1)	A B C	581,0 2.940,0 1.513,1	

Erläuterungen

Zu 10 01/111 01

Veranschlagt sind:

- Zulassungen nach dem ArbZG und dem LadSchIG
- Genehmigungen und Erlaubnisse zur Errichtung und zum Betrieb von Ölferrleitungen
- Ermächtigungen nach der RöV/StrLSchV
- Ein- und Durchfuhrgenehmigungen nach tierseuchenrechtlichen Vorschriften

Zu 10 01/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	9,0	9,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	250,0	250,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	21,0	21,0
Zusammen	<u>280,0</u>	<u>280,0</u>

Zu 10 01/241 01

Erstattung von Reisekostenvergütungen für die Teilnahme an Sitzungen des Bundesratsausschusses für Arbeits- und Sozialpolitik.

Zu 10 01/271 02

Leertitel für die Vereinnahmung von Erstattungen für die Überlassung von DV-Programmen und DV-Dienstleistungen an nichtstaatliche Einrichtungen und die Erledigung von kostenpflichtigen DV-Leistungen durch Fremdfirmen im Auftrag anderer staatlicher Dienststellen; zur Vereinnahmung der Umsatzsteuerrückerstattung (vgl. Tit. 533 01).

Zu 10 01/380 01

Vergütung für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen des Staatsministeriums durch die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (vgl. 10 80/981 01).

10 01		Ministerium				A	Soll 2000
Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	B	Ist 1999	
1	2	3	4	5	C	Ist 1998	
						Tsd. DM	6
Ausgaben							
Personalausgaben							
421 01-7	011	Bezüge der Mitglieder der Staatsregierung	629,4 (321,8)	640,1 (327,3)	A	617,5	
					B	676,7	
					C	551,5	
422 01-6	011	Bezüge der planmäßigen Beamten	35.358,2 (18.078,4)	35.870,7 (18.340,4)	A	34.654,0	
					B	33.927,9	
					C	33.502,5	
422 11-4	011	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	397,2 (203,1)	405,1 (207,1)	A	849,0	
					B	377,9	
					C	516,2	
422 31-0	011	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	1.982,1 (1.013,4)	2.021,7 (1.033,7)	A	812,0	
					B	1.885,9	
					C	1.441,9	
422 41-8	011	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	---	---	A	---	
425 01-3	011	Vergütungen der Angestellten	13.551,0 (6.928,5)	13.728,2 (7.019,1)	A	12.514,0	
					B	12.564,7	
					C	11.992,6	
425 11-1	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A	---	
					B	278,8	
					C	386,1	
425 12-0	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---	
425 15-7	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A	---	
425 17-5	011	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---	
425 41-5	011	Überstundenvergütungen für Angestellte	85,0 (43,5)	85,0 (43,5)	A	85,0	
					B	107,4	
					C	97,1	
426 01-2	011	Löhne der Arbeiter	1.400,0 (715,8)	1.430,0 (731,1)	A	1.556,0	
					B	1.287,5	
					C	1.343,2	
426 05-8	011	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A	---	
					B	521,3	
					C	421,3	
427 01-1	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A	5,0	
451 01-0	011	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	106,0 (54,2)	106,0 (54,2)	A	118,0	
					B	103,5	
					C	107,9	
453 01-8	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	125,0 (63,9)	125,0 (63,9)	A	125,0	
					B	38,8	
					C	44,0	

Erläuterungen

Zu 10 01/421 01

Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Davon		
Dienstaufwandsentschädigungen	31,2	31,2

Zu 10 01/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 01/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 01/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:

156,0 Tsd. DM weniger wegen Personalabbau .

2002 gegenüber 2001:

30,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 01/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	65,0	65,0
2. Umzugskostenvergütungen	60,0	60,0
Zusammen	125,0	125,0

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-8	011	Geschäftsbedarf	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 399,9 378,8
512 01-7	011	Bücher und Zeitschriften	237,5 (121,4)	237,5 (121,4)	A B C	215,0 264,1 251,8
513 01-6	011	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	820,0 (419,3)	850,0 (434,6)	A B C	630,0 696,3 579,3
514 01-5	011	Haltung von Dienstfahrzeugen	180,0 (92,0)	180,0 (92,0)	A B C	170,0 167,2 155,5
515 01-4	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	220,0 (112,5)	220,0 (112,5)	A B C	220,0 188,2 154,9
516 01-3	011	Dienst- und Schutzkleidung	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 7,6 8,3
517 01-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.800,0 (920,3)	1.820,0 (930,6)	A B C	1.840,0 1.593,3 1.584,3
517 05-8	011	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	802,0 (410,1)	802,0 (410,1)	A B C	720,0 705,6 586,6
518 01-1	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	7,0 (3,6)	7,0 (3,6)	A B C	7,0 5,9 5,3

Erläuterungen

Zu 10 01/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	430,0	430,0
2. Laufende Fernmeldekosten	360,0	360,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	30,0	60,0
Zusammen	820,0	850,0

2001 gegenüber 2000:

20,0 Tsd. DM	mehr wegen höherer Wartungskosten
130,0 Tsd. DM	mehr wegen Umsetzung von 10 20/513 01
40,0 Tsd. DM	mehr wegen Umsetzung von 10 30/513 01
190,0 Tsd. DM	mehr

2002 gegenüber 2001:

30,0 Tsd. DM mehr wegen höherer Wartungskosten.

Zu 2.

Das StMAS trägt auch die Kosten des Bayer. Landesamtes für Versorgung und Familienförderung (Ämtergebäude Heßstr. 89/Schellingstr. 155) und des Gewerbeaufsichtsamtes München-Stadt.

Zu 10 01/514 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Betriebsstoffe	120,0	120,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	60,0	60,0
Zusammen	180,0	180,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	180,0	180,0
Personalausgaben	1.084,3	1.110,3
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	63,5	31,5
Ausgaben für Leasing	16,0	16,0
Zusammen	1.343,8	1.337,8

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	11	11	12	12	2
Kommunaltraktor	1	1	1	1	-

nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 2 (2)**Zu 10 01/515 01**

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	120,0	120,0
2. Wartung und Reparaturen	100,0	100,0
Zusammen	220,0	220,0

Zu 10 01/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 10 01/517 05

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Heizung	390,0	390,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	412,0	412,0
Zusammen	802,0	802,0

2001 gegenüber 2000:

82,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
518 11-9	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	388,0 (198,4)	388,0 (198,4)	A B C	416,0 356,7 313,4
519 01-0	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	600,0 (306,8)	700,0 (357,9)	A B C	500,0 616,2 405,8
527 01-0	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	600,0 (306,8)	600,0 (306,8)	A B C	575,0 573,3 412,9
529 01-8	011	Zur Verfügung des Staatsministers für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	33,3 (17,0)	33,3 (17,0)	A B C	33,3 53,3 54,9
531 01-4	011	Herausgabe amtlicher Blätter <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	27,0 (13,8)	27,0 (13,8)	A B C	30,0 163,7 160,5
531 11-2	011	Fachveröffentlichungen	183,0 (93,6)	253,0 (129,4)	A B C	144,0 67,2 132,5

Erläuterungen

Zu 10 01/518 11		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Mieten für Fotokopiergeräte, u.ä.	356,0	356,0
2.	Mieten für sonstige Geräte und Fahrzeuge	32,0	32,0
Zusammen		388,0	388,0

Zu 10 01/519 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	600,0	700,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		600,0	700,0

2001 gegenüber 2000:
100,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
100,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 01/531 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Statistische Informationen	17,0	17,0
2.	Informationsblatt des Bayerischen Landesfrauenausschusses	10,0	10,0
Zusammen		27,0	27,0

Zu 10 01/531 11		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Sozialfibel (Nachdruck)	40,0	50,0
2.	Broschüre "Gendiagnostik und Gentherapie" (Nachdruck)	15,0	-
3.	Anteilige Kosten für Veröffentlichungen der ARGE-Alp	5,0	5,0
4.	Krankenhausplan (Fortschreibung)	20,0	20,0
5.	Broschüre "Behandlung von Schlaganfallpatienten" (Nachdruck)	6,0	6,0
6.	Broschüre "Behandlung von Schädel-Hirn-Verletzten" (Nachdruck)	6,0	6,0
7.	Broschüre "Versorgung herzkranker Patienten" (Nachdruck)	6,0	6,0
8.	Broschüre "Geriatric in Bayern" (Nachdruck)	5,0	10,0
9.	Broschüre "Verbesserung der Sterbebegleitung in Bayern" (Nachdruck)	5,0	5,0
10.	Broschüre "Epilepsieversorgung in Bayern"	10,0	-
11.	Veröffentlichungen im Internet	10,0	20,0
12.	Herausgabe eines Jahreskalenders	50,0	60,0
13.	Broschüre "Bayer. Sozialpolitik"	-	55,0
14.	Sonstige Veröffentlichungen	5,0	10,0
Zusammen		183,0	253,0

2001 gegenüber 2000:
39,0 Tsd. DM mehr entsprechend dem Bedarf.

2002 gegenüber 2001:
70,0 Tsd. DM mehr insbesondere wegen Neuauflage der Broschüre "Bayer. Sozialpolitik" (erscheint im 5-Jahres-Rhythmus).

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
531 21-0	011	Sonstige Veröffentlichungen	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	40,0 28,2 33,7
533 01-2	011	Kosten für die Projekte "Automation im Gesundheitswesen" und "Kosten- und Leistungsrechnung" <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 271 02. Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 520,0 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2001 in Höhe von 520,0 Tsd. DM werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2005 Tsd. DM 260,0 2006 Tsd. DM 260,0</i>	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 536,2 435,1
536 01-9	011	Kosten, die dem Staatsministerium als zuständige Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz entstehen	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	6,0 2,4 2,1
540 01-3	011	Kosten anlässlich der Arbeitstagung der Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger	---	---	A B	--- 3,8
546 49-1	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	35,0 39,4 15,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-2	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Länder	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	40,0 23,8 8,7
636 01-8	011	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A	8,0
Baumaßnahmen						
701 01-8	011	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	200,0 (102,3)	A B C	--- 330,6 144,5
710 00-8	011	Staatliche Hochbaumaßnahmen	---	---	A B C	--- 146,7 369,0

Erläuterungen

Zu 10 01/531 21	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind		
1. Förderung der Informationstätigkeit		
- Pressekonferenzen	23,0	23,0
- Pressefahrten	13,0	13,0
- Pressefotos	2,0	2,0
- Sonstiges	1,0	1,0
2. Ankauf von Informationsmaterial	1,0	1,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 01/533 01

Planung, Erstellung, Pflege, Wartung und Weitergabe von EDV-Programmen für den Gesundheitsbereich sowie staatliche und sonstige Dienststellen im Rahmen der Projekte "Automation im Gesundheitswesen" und "Kosten und Leistungsrechnung".

Verpflichtungsermächtigung 2001:

Vertragliche Absicherung der Weiterentwicklung und Programmpflege des Basismoduls MoRIS bis 31.12.2006.

Zu 10 01/536 01

Aufgrund des Berufsbildungsgesetzes vom 14. August 1969 (BGBl I S. 1112) wurden beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit ein Berufsbildungsausschuss und Prüfungsausschüsse zur Abnahme der Prüfungen im Ausbildungsberuf für Sozialversicherungsfachangestellter/Sozialversicherungsfachangestellte gebildet.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entschädigungen und Reisekosten für die Mitglieder des Berufsbildungsausschusses	3,0	3,0
2. Arbeitstagungen der Prüfungsausschussmitglieder	2,0	2,0
3. Druck- und Materialkosten für Zeugnisse, Antragsformulare	1,0	1,0
Zusammen	6,0	6,0

Zu 10 01/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 01/632 01

Im Zusammenhang mit der Errichtung einer Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (vgl. Kap. 10 80) wurden als weitere Zentralstellen die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts (AKMP) und die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten (ZLG) eingerichtet. Die Länder beteiligen sich an den Kosten dieser Stellen nach dem Königsteiner Schlüssel. Die Mittel für die Kostenbeteiligung an der ZLG sind bei 10 08/685 13 veranschlagt.

Bei 10 01/632 01 ist der Finanzierungsbeitrag des Freistaates Bayern an den Aufwendungen der AKMP veranschlagt.

Zu 10 01/636 01

Durch die Änderung der Gewerbeordnung und den Erlass einer neuen Mitteilungsverordnung wird die Übermittlung von Betriebsdaten der Bundesanstalt für Arbeit an die für die Gewerbeaufsicht zuständigen obersten Landesbehörden geregelt. Von den Teilnehmern sind anteilige Verwaltungskosten an die Bundesanstalt zu zahlen. Die Datenübermittlung dient einer rationelleren und aktuelleren Fortschreibung der Betriebsdatei.

Zu 10 01/701 01

Sanierung Abwasseranlage, Kühlanlage.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-5	011	Erwerb von Dienstfahrzeugen	63,5 (32,5)	31,5 (16,1)	A B C	78,5 63,5 81,1
812 01-4	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	110,0 (56,2)	110,0 (56,2)	A B C	100,0 103,4 100,5
812 03-2	011	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A B C	--- 219,0 565,8
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
513 99-9	011	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	20,0 (10,2)	50,0 (25,6)	A B C	13,0 9,3 9,4

Erläuterungen

Zu 10 01/811 01**2001**

Tsd. DM

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Pkw, 4türlich, Baujahr 1997, voraussichtliche Fahrleistung am 1.1.2001

200 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 4türlich, mit Katalysator

63,5

2002**1. Erstbeschaffung**

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Pkw, 4türlich, Baujahr 1994, voraussichtliche Fahrleistung am 1.1.2002

215 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 4türlich, mit Katalysator

31,5

Zu 10 01/812 01**2001****2002**

Tsd. DM

Tsd. DM

1. Diktiergeräte (Ersatzbeschaffungen)

-

20,0

2. Geschäftszimmerausstattungen

-

20,0

3. Kantine (Ersatzbeschaffungen)

- allgemeiner Ersatz

20,0

20,0

- Großkühlschrank

-

20,0

4. Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen
(Ergänzung)

30,0

-

5. Umgestaltung von Botenzimmern (Ersatz)

15,0

20,0

6. Mikrofilm- und Lesegeräte (Ersatz)

25,0

-

7. Eurofähige Frankiergeräte (Ersatz)

20,0

-

8. Direktadressierer (Ersatz)

-

10,0

Zusammen

110,0

110,0

Zu 10 01/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung des Staatsministeriums mit Informations- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und die Informationsgewinnung.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

Anzahl

Beamte

BesGr A 15

1,0

BesGr A 13 (gD)

2,8

BesGr A 12

2,0

BesGr A 9 (gD)

1,0

BesGr A 8

1,0

BesGr A 7

1,0

BesGr A 6

1,0

Angestellte

VergGr Vb

0,8

VergGr Vb B

1,0

11,6

Zu 10 01/513 99**2001****2002**

Tsd. DM

Tsd. DM

1. Entgelte für Postdienstleistungen

-

-

2. Laufende Fernmeldekosten

20,0

50,0

3. Mieten, Wartung und Sonstiges

-

-

Zusammen

20,0

50,0

2002 gegenüber 2001:

30,0 Tsd. DM mehr infolge zusätzlicher DV-Leitungen.

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
515 99-7	011	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	145,0 (74,1)	150,0 (76,7)	A B C	120,0 108,4 186,6
518 99-4	011	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-3	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
522 99-8	011	Verbrauchsmittel	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	60,0 44,2 37,8
525 99-5	011	Aus- und Fortbildung	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	45,0 19,5 42,5
526 99-4	011	Kosten für Sachverständige	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 12,5 94,8
533 99-5	011	Nebenkosten der Datenverarbeitung	8,5 (4,3)	8,0 (4,1)	A B C	7,1 1,4 0,9
534 99-4	011	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	120,0 (61,4)	120,0 (61,4)	A	120,0
812 99-7	011	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	252,6 (129,2)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 611,9 640,4
813 99-6	011	Erwerb von Software	350,0 (179,0)	181,6 (92,9)	A B C	140,0 133,4 207,9
Summe der Titelgruppe			1.106,1 (565,5)	1.219,6 (623,6)	A B C	1.105,1 940,6 1.220,3
Gesamtausgaben			61.845,3 (31.621,0)	63.124,7 (32.275,1)	A B C	59.158,4 60.066,5 58.564,9

Erläuterungen

Zu 10 01/515 99		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	70,0	75,0
2.	Wartung und Reparaturen	75,0	75,0
	Zusammen	145,0	150,0

2001 gegenüber 2000:
25,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 01/812 99		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:			
1.	PC-Arbeitsplätze (Ersatzbeschaffung)	200,0	400,0
2.	Drucker (Ersatzbeschaffung)	52,6	100,0
	Zusammen	252,6	500,0

Zu 10 01/813 99		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:			
1.	Standardsoftware (Updates, Lizenzen)	350,0	100,0
2.	Datenbanksoftware (insbes. für Dokumentenmanagementsystem, elektr. Archivierung)	-	81,6
	Zusammen	350,0	181,6

10 01 Ministerium

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	522,0 (266,9)	522,0 (266,9)	A B C	536,0 2.744,7 1.435,8
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	15,0 165,3 47,3
		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	30,0 30,0 30,0
		Gesamteinnahmen	587,0 (300,1)	587,0 (300,1)	A B C	581,0 2.940,0 1.513,1
		Personalausgaben	53.638,9 (27.425,1)	54.416,8 (27.822,9)	A B C	51.335,5 51.770,4 50.404,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.392,3 (3.779,6)	7.646,8 (3.909,7)	A B C	6.956,4 6.663,8 6.042,7
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	38,0 (19,4)	38,0 (19,4)	A B C	48,0 23,8 8,7
		Baumaßnahmen	- (-)	200,0 (102,3)	A B C	- 477,3 513,5
		Sonstige Sachinvestitionen	776,1 (396,8)	823,1 (420,8)	A B C	818,5 1.131,2 1.595,7
		Gesamtausgaben	61.845,3 (31.621,0)	63.124,7 (32.275,1)	A B C	59.158,4 60.066,5 58.564,9
		Zuschuss	61.258,3 (31.320,9)	62.537,7 (31.975,0)	A B C	58.577,4 57.126,5 57.051,8

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
119 49-6	960	Vermischte Einnahmen	---	---	A B C	--- 182,0 1,1
125 01-4	960	Erstattungen Dritter für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen <i>Vgl. Vermerk zu 525 02.</i>	---	---	A B C	--- 2,5 6,4
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
281 01-4	960	Erstattung von Prozesskosten	---	---	A B C	--- 0,1 0,1
281 12-1	931	Einnahmen aus der Abführung von Versorgungszuschlägen	3.680,9 (1.882,0)	3.766,5 (1.925,8)	A B	3.385,0 716,0
Gesamteinnahmen			3.680,9 (1.882,0)	3.766,5 (1.925,8)	A B C	3.385,0 900,6 7,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 41-6	960	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Vgl. Vermerke zu 425 41.</i>	---	---	A	---
<u>422 43-4</u>	940	Zahlungen nach der Ausgleichszahlungsverordnung <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	
422 45-2	011	Leistungszulagen und Leistungsprämien für Beamte aufgrund § 42a BBesG <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	589,6 (301,5)	589,6 (301,5)	A B	659,6 191,7
425 41-3	960	Überstundenvergütungen für Angestellte <i>Zu 422 41 und 425 41: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen.</i>	64,0 (32,7)	64,0 (32,7)	A	64,0
427 01-9	012	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A	25,0
427 41-1	299	Praktikantenvergütungen	---	---	A	5,0

Erläuterungen

Zu 10 02/281 12

Von den Staatsbetrieben sowie von den Einrichtungen des Staates, die wie Staatsbetriebe behandelt werden und die kaufmännische doppelte Buchführung anwenden (z.B. staatliche Krankenanstalten), sind anstelle von Pensionsrückstellungen pauschale Versorgungszuschläge zu leisten.

Nachgewiesen werden hier die im Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit hierbei anfallenden Einnahmen.

Zu 10 02/422 43

Aus dem Titel werden Ausgleichszahlungen zur Abgeltung von Arbeitszeitguthaben, die Beamte aus einer langfristig angelegten ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit erworben haben, geleistet (§ 48 Abs. 3 BBesG, Bayerische Ausgleichszahlungsverordnung vom 16. November 1999, BayRS 2032-3-1-7-F).

Zu 10 02/422 45

Zur weiteren Motivationssteigerung und Stärkung des Leistungsgedankens ist vorgesehen, in der bayerischen Verwaltung verstärkt leistungsbezogene Besoldungselemente einzuführen. Nachgewiesen werden bei diesem Titel die ab 1999 erstmals gewährten Leistungszulagen und Leistungsprämien.

2001 gegenüber 2000:

70,0 Tsd. DM weniger wegen Umsetzung zu 03 02/422 45 (Personalübergang ab 01.01.2000 nach § 6 Eingliederungsgesetz).

Zu 10 02/425 41

Veranschlagt sind Vergütungen für die Überstunden von Angestellten.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
442 01-0	940	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	5,0 1,0 1,5
453 01-6	960	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	106,0 (54,2)	106,0 (54,2)	A	106,0
459 11-8	012	Belohnungen für Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung	7,0 (3,6)	7,0 (3,6)	A B C	5,0 0,7 4,0
459 31-4	940	Aufwandsentschädigung für ins Ausland entsandte Staatsbedienstete <i>Der Leertitel ist verstärkungsfähig zu Lasten aller Ansätze für Trennungsgelder (453 01) des Einzelplans.</i>	---	---	A	---
461 01-6	981	Zur Verstärkung der Personalausgaben des Epl. 10 <i>Verstärkungsfähig sind die Titel 421 01 bis 426 25 ohne Titel innerhalb von TG. Nicht gemeinsam bewirtschaftete Personalausgaben dürfen nur im Rahmen allgemeiner Gehalts- und Tariferhöhungen verstärkt werden. Rechnungsmäßiger Nachweis bei den einschlägigen Haushaltsstellen.</i>	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	100,0
461 02-5	981	Globale Mehrausgaben bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben	---	---	A	---
461 05-2	940	Ergänzende Fürsorgeleistungen für Beamte mit dienstlichem Wohnsitz in München nach Art. 86b BayBG	1.270,0 (649,3)	1.270,0 (649,3)	A B C	1.270,0 1.196,2 1.263,8
462 01-5	981	Globale Minderausgabe bei den gemeinsam bewirtschafteten und verstärkungsfähigen Personalausgaben, soweit nicht einzeln veranschlagt	---	---	A	---
462 02-4	989	Globale Minderausgaben infolge Änderung der Kantinenrichtlinien	***	***	A	-82,7
Sächliche Verwaltungsausgaben						
<u>511 21-2</u>	168	Entgelt für die Nutzung der juris-Datenbanken	140,0 (71,6)	140,0 (71,6)	A	
519 01-8	871	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Die Mittel dienen zur Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	1.900,0 (971,5)	2.000,0 (1.022,6)	A	2.200,0
525 01-0	960	Ausbildung	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	105,0 50,8 31,9

Erläuterungen

Zu 10 02/459 31

Aus dem Titel werden Aufwandsentschädigungen gemäß der Richtlinie über die Zahlung einer Aufwandsentschädigung an bayerische Beamte in Fällen dienstlich veranlasster getrennter Haushaltsführung bei Versetzung oder Abordnung vom Inland ins Ausland, im Ausland und vom Ausland ins Inland (BayAER-Ausland - vom 15.12.1999, FMBl. Nr. 1/2000) geleistet.

Zu 10 02/461 01

Der Ansatz dient zur Verstärkung für allgemeine Personalkostenerhöhungen bei den in der Zweckbestimmung genannten Personalausgaben.

Zu 10 02/511 21

Veranschlagt sind die aus der Nutzung der juris-Datenbanken entstehenden Kosten aus dem Vertrag mit der juris GmbH.

2001 gegenüber 2000:

140,0 Tsd. DM mehr infolge Umsetzung von Tit. 533 01 (130,0 Tsd. DM) und Anpassung an den Bedarf (10,0 Tsd. DM).

Zu 10 02/519 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für Bauunterhaltungsmaßnahmen ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare Bauunterhaltungsmaßnahmen an den übrigen Dienstgebäuden.

2001 gegenüber 2000:

300,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:

100,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Für die Bauunterhaltungsmaßnahmen der Grundstücke und baulichen Anlagen sind insgesamt veranschlagt:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
10 01/519 01	600,0	700,0
10 02/519 01	1.900,0	2.000,0
10 15/519 01	115,0	115,0
10 20/519 01	800,0	800,0
10 24/519 01	400,0	400,0
10 30/519 01	200,0	200,0
10 50/519 01	6.500,0	6.500,0
10 50/519 51	450,0	450,0
10 53/519 01	18.000,0	18.000,0
10 72/519 01	350,0	350,0
10 92/519 01	900,0	900,0
Zusammen	30.215,0	30.415,0

Zu 10 02/525 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Ausbildung des Personals der Gesundheitsverwaltung	30,0	30,0
2. Ausbildung des Personals der Veterinärverwaltung	70,0	70,0
Zusammen	100,0	100,0

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
525 02-9	960	Fortbildung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 125 01. Vgl. Vermerk bei Kap. 03 03 Tit. 671 02.</i>	1.100,0 (562,4)	1.100,0 (562,4)	A B C	1.060,0 1.109,8 1.001,2
526 01-9	960	Gerichts- und ähnliche Kosten	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	15,0 20,7 1,4
526 11-7	011	Kosten für Sachverständige	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B C	195,0 421,6 394,4
527 21-4	960	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Vertretung der Interessen der Schwerbehinderten	125,0 (63,9)	125,0 (63,9)	A B C	125,0 117,6 114,5
529 02-5	011	Zur Verfügung des Staatsministeriums für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	38,0 (19,4)	38,0 (19,4)	A B C	38,0 37,0 33,5
532 01-1	254	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie aufgrund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	40,0 74,2 100,9
532 11-9	012	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 02/525 02	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Zentrale Fortbildungsmaßnahmen		
- Sozialpolitik, Europarecht	40,0	40,0
- Mitarbeiterführung, Zusammenarbeit, Kontakt zum Bürger	120,0	120,0
- Arbeitstechniken	65,0	65,0
- Ausbildung der Ausbilder und Prüfer	20,0	20,0
- Medizin	30,0	30,0
- Allgemeine Verwaltung einschl. Qualifizierungsprogramm für Angestellte	25,0	25,0
- Rechtspflege, Gerichtsbarkeit	45,0	45,0
- Versorgung	15,0	15,0
- Gewerbeaufsicht	75,0	75,0
- Sozialpädagogisches Fachpersonal	30,0	30,0
- Sprachförderung	10,0	10,0
- Wiedereingliederung beurlaubter Mitarbeiter/-innen in das Berufsleben	15,0	15,0
2. Teilnahme an Veranstaltungen anderer Träger sowie dienststelleninterne Maßnahmen	140,0	140,0
3. Fortbildung des Personals der Gesundheits- und Veterinärverwaltung	470,0	470,0
Zusammen	1.100,0	1.100,0

2001 gegenüber 2000:

40,0 Tsd. DM mehr wegen erhöhten Fortbildungsbedarfs insbesondere zur Umsetzung der Verwaltungsreform. Schwerpunkte sind dabei: Führungfortbildung, Unterstützung der Personalentwicklung, Vermittlung von Schlüsselqualifikationen im Bereich soziale Kompetenz, Arbeitstechniken.

Zu 10 02/526 01

Prozeßvertretungskosten, soweit diese nicht im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten durch die Behörden der Finanzverwaltung (Finanzministerium, Bezirksfinanzdirektion) anfallen.

Zu 10 02/526 11

Veranschlagt sind Sachverständigenkosten, insbesondere für die Erstellung von Gutachten sowie für Dolmetschertätigkeiten.

2001 gegenüber 2000:

105,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 02/527 21

Zu 10 02/527 21	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Reisen des Hauptpersonalrates und der Personalräte in den Stufenvertretungen	75,0	75,0
2. Fortbildungsveranstaltungen der Personalräte und Schwerbehindertenvertreter außerhalb des Fortbildungsprogramms des StMAS	35,0	35,0
3. Fortbildungsveranstaltung des StMAS für die Personal- und Schwerbehindertenvertretungen	15,0	15,0
Zusammen	125,0	125,0

Zu 10 02/529 02

Die Verfügungsmittel sind insbesondere für folgende Zwecke bestimmt:

- a) Repräsentative Veranstaltungen nachgeordneter Dienststellen der Zentral- und Mittelinstanz, bei denen keine besonderen Repräsentationsmittel veranschlagt sind.
- b) Repräsentative Veranstaltungen des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, soweit die Mittel bei 10 01/529 01 sich nicht dafür eignen oder nicht ausreichen.

Zu 10 02/532 01

Der Ansatz dient zur Bestreitung von Hauptsacheleistungen in Fällen der Übertragung gemäß § 15 der Vertretungsverordnung. Leistungen bei Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den einschlägigen Personaltiteln zu buchen.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
533 01-0	168	Kosten für die Inanspruchnahme von Informationsdienstleistungen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	210,0 155,2 110,9
547 01-4	011	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einrichtung von Wohnraumarbeitsplätzen	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A	80,0
548 01-3	988	Globale Mehrausgabe für sächliche Verwaltungsausgaben ohne Ausgaben der Gruppe 529 und des Titels 531 2. <i>Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	---	---	A	500,0
549 01-2	989	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben <i>Die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben dürfen in Höhe dieser Minderausgabe nicht in Anspruch genommen werden.</i>	---	---	A	-550,0
549 03-0	988	Minderung der sächlichen Verwaltungsausgaben	***	***	A	---
Baumaßnahmen						
701 01-6	019	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten <i>Die Mittel dienen der Verstärkung der bei den einzelnen Kapiteln ausgebrachten Ansätze.</i>	1.300,0 (664,7)	1.100,0 (562,4)	A	1.200,0
702 01-5	019	Grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A	
Besondere Finanzierungsausgaben						
980 01-8	990	Minderausgabe zur Finanzierung der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz <i>Die zur Leistung der Schwerbehindertenabgabe im Einzelplan 13 bei 13 03/980 01 erforderlichen Ausgabemittel sind durch Einsparungen von Haushaltsmitteln in den jeweiligen Einzelplänen entsprechend der nichtbesetzten Pflichtarbeitsplätze einzusparen. Die Minderausgabe erhöht oder vermindert sich auf die tatsächlich auf das Ressort entfallende Ausgleichsabgabe. Die Einsparstellen sind mit dem Staatsministerium der Finanzen abzustimmen. Vgl. Erläuterung zu 13 03/980 01.</i>	---	---	A	---
Titelgruppen						
61 - 65 Versorgung und Beihilfen						
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk bei Kap. 13 03 Tit. 461 01. Aus den Ansätzen dürfen auch Fürsorgeleistungen für die Untersuchung von Beamten, Angestellten, Arbeitern sowie Versorgungsempfängern und ehemaligen Arbeitnehmern des Freistaates Bayern und deren Angehörige auf die Belastung durch PCP- und lindanhaltige Holzschutzmittel in ihren Dienstwohnungen gezahlt werden.</i>						
424 61-9	931	Ausgaben der Beamten und Richter für die Versorgungsrücklage	1.505,0 (769,5)	2.011,9 (1.028,7)	A B	1.043,7 307,2
432 61-9	931	Ruhegehälter	109.365,2 (55.917,5)	115.409,4 (59.007,9)	A B	109.296,0 98.907,5

Erläuterungen

Zu 10 02/533 01

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für die Inanspruchnahme der Datenbank DIMDI.

2001 gegenüber 2000:

160,0 Tsd. DM weniger infolge Umsetzung zu Tit. 511 21 (130,0 Tsd. DM) und Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf (30,0 Tsd. DM).

Zu 10 02/547 01

Veranschlagt sind Kosten, die im Zusammenhang mit der Schaffung von Wohnraumarbeitsplätzen entstehen (insbesondere: Aufwendungen für die Ausstattung der häuslichen Arbeitsplätze, Kosten für Daten- und Aktentransfer).

Zu 10 02/701 01

Der Ansatz dient insbesondere zur Verstärkung der Kapitel, bei denen keine gesonderten Ansätze für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ausgebracht sind, sowie für nicht vorhersehbare Baumaßnahmen an den übrigen Dienstgebäuden.

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:

200,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sind insgesamt veranschlagt:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
10 01/701 01	-	200,0
10 02/701 01	1.300,0	1.100,0
10 12/701 01	400,0	400,0
10 20/701 01	1.200,0	1.350,0
10 24/701 01	250,0	120,0
10 30/701 01	250,0	250,0
10 72/701 01	100,0	80,0
10 92/701 01	-	-
Zusammen	3.500,0	3.500,0

Zu 10 02/702 01

2001 gegenüber 2000:

500,0 Tsd. DM infolge Umschichtung von 701 01.

Zu 10 02/980 01

Vgl. Erläuterungen zu 13 03/980 01.

Zu 10 02/61 - 65

Um eine bessere Kostentransparenz zu erreichen, werden gemäß einem Beschluss der Finanzministerkonferenz vom 11. September 1997 die Versorgungs- und Beihilfeausgaben so veranschlagt, dass eine Zuordnung dieser Ausgaben zu den jeweiligen Politikbereichen ermöglicht wird. Entsprechend hierzu wurden die bis 1998 zentral im Kap. 13 03 TG 61 - 65 und im Kap. 13 20 veranschlagten Versorgungs- und Beihilfeausgaben in die betreffenden Sammelkapitel umgesetzt.

Nachgewiesen werden bei dieser Titelgruppe im jeweiligen Ressortbereich anfallende Versorgungsausgaben und Beihilfen. Darüber hinaus werden bei den Titeln 424 61 und 434 61 die sich aus der Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen nach § 14a Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz ergebenden Beträge sowie die Beträge, die sich aus einer aufgrund von Verweisung auf das Bundesbesoldungsgesetz verminderten Anpassung der Amts- und Versorgungsbezüge der Mitglieder der Staatsregierung ergeben, nachgewiesen, die einer Versorgungsrücklage zugeführt werden.

2001 gegenüber 2000:

3.516,4 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:

9.447,2 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
432 62-8	931	Witwen- und Waisengeld sowie Witwenabfindung <i>Aus den Ansätzen dürfen auch Ruhelöhne und damit zusammenhängende Hinterbliebenenbezüge bezahlt werden.</i>	40.018,4 (20.461,1)	41.092,0 (21.010,0)	A B	41.785,0 37.493,3
434 61-7	931	Ausgaben der Versorgungsempfänger für die Versorgungsrücklage	770,0 (393,7)	1.084,9 (554,7)	A B	593,3 141,3
441 61-8	940	Beihilfen in Krankheits-, Geburts- oder Todesfällen an Beamte und Richter ohne Zeiten einer Beurlaubung	18.109,4 (9.259,2)	18.834,4 (9.629,9)	A B	13.147,6 16.743,2
441 62-7	940	Beihilfen in Krankheits-, Geburts- oder Todesfällen an Beamte und Richter für Zeiten einer Beurlaubung	515,9 (263,8)	536,6 (274,4)	A B	668,2 477,0
441 63-6	940	Pflegeleistungen an Beamte und Richter - Dauerpflegefälle -	10,1 (5,2)	10,5 (5,4)	A B	- - - 9,3
441 64-5	940	Beihilfen in Krankheits-, Geburts- oder Todesfällen an Angestellte und Arbeiter	274,7 (140,5)	285,7 (146,1)	A B	366,0 254,0
446 61-3	933	Beihilfen in Krankheits-, Geburts- oder Todesfällen für Versorgungsempfänger u. dgl.	18.743,8 (9.583,6)	19.494,2 (9.967,2)	A B	18.900,0 17.329,7
446 62-2	933	Pflegeleistungen für Versorgungsempfänger u. dgl. - Dauerpflegefälle -	3,7 (1,9)	3,8 (1,9)	A B	- - - 3,4
Summe der Titelgruppe			189.316,2 (96.795,8)	198.763,4 (101.626,1)	A B C	185.799,8 171.665,9 -
66 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung - KLR <i>Die Titel der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<u>425 66-3</u>	960	Zeitangestellte und Aushilfsangestellte	- - -	- - -	A	
<u>525 66-2</u>	960	Aus- und Fortbildung	- - -	- - -	A	
<u>526 66-1</u>	960	Kosten für Sachverständige	- - -	- - -	A	
<u>547 66-6</u>	960	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	- - -	- - -	A	
<u>812 66-4</u>	960	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausstattungs-, und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software	- - -	- - -	A	
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- - -
Gesamtausgaben			197.185,8 (100.819,5)	206.533,0 (105.598,6)	A B C	193.174,7 175.042,4 3.058,0

10 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 10

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	-	-	A	-
			(-)	(-)	B	184,5
					C	7,5
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.680,9	3.766,5	A	3.385,0
			(1.882,0)	(1.925,8)	B	716,1
					C	0,1
		Gesamteinnahmen	3.680,9	3.766,5	A	3.385,0
			(1.882,0)	(1.925,8)	B	900,6
					C	7,6
		Personalausgaben	191.482,8	200.930,0	A	187.956,7
			(97.903,6)	(102.733,9)	B	173.055,5
					C	1.269,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.903,0	4.003,0	A	4.018,0
			(1.995,6)	(2.046,7)	B	1.986,9
					C	1.788,7
		Baumaßnahmen	1.800,0	1.600,0	A	1.200,0
			(920,3)	(818,1)	B	-
					C	-
		Gesamtausgaben	197.185,8	206.533,0	A	193.174,7
			(100.819,5)	(105.598,6)	B	175.042,4
					C	3.058,0
		Zuschuss	193.504,9	202.766,5	A	189.789,7
			(98.937,5)	(103.672,9)	B	174.141,8
					C	3.050,4

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 11-6	234	Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 59 des Schwerbehindertengesetzes	11.750,0 (6.007,7)	11.750,0 (6.007,7)	A B C	12.500,0 11.593,2 12.121,7
119 01-0	252	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
182 02-1	252	Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland	---	---	A	---
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
236 01-8	960	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern	---	---	A B	--- 4,9
251 01-8	175	Zuweisungen des Bundes zur Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	---	---	A	---
281 12-9	234	Rückzahlungen von Blindengeld	4.000,0 (2.045,2)	4.000,0 (2.045,2)	A B C	3.200,0 3.887,5 3.905,9
281 13-8	252	Rückerstattungen aus Zuschüssen	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B C	500,0 176,6 277,4
282 01-1	299	Spenden für die Kinderhilfe in Rumänien <i>Vgl. Vermerk zu 812 06.</i>	---	---	A B C	--- 520,9 713,4
Titelgruppen						
71 Einnahmen aus Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz						
241 71-6	237	Erstattung des Anteils an den Leistungen durch den Bund	48.700,0 (24.899,9)	49.300,0 (25.206,7)	A B C	78.500,0 75.507,7 78.689,8

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 03

Aus den bei diesem Kapitel veranschlagten Mitteln für Allgemeine Bewilligungen werden Maßnahmen und Einrichtungen finanziert, soweit es sich nicht um Angelegenheiten der Arbeits- und Berufsförderung und der Rehabilitation (vgl. hierzu Kap. 10 05), der Kriegsfolgenhilfe usw. (vgl. hierzu Kap. 10 06), der Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe (vgl. hierzu Kap. 10 07) sowie des Gesundheits- und Veterinärwesens (vgl. hierzu Kap. 10 08) handelt.

Zu 10 03/111 11

Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken an Schwerbehinderte gemäß § 59 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) i.d. Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl I S. 1421).

Vgl. auch Erläuterungen zu 641 02.

2001 gegenüber 2000:
750,0 Tsd. DM weniger aufgrund der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/119 01

Vereinnahmung von Schutzgebühren usw.

Zu 10 03/182 02

Vereinnahmung insbesondere zurückgezahlter Ausbildungsdarlehen.

Zu 10 03/236 01

Die Kosten, die durch die Bestellung des Landeswahlausschusses und seine Tätigkeit entstehen, tragen die landesunmittelbaren Versicherungsträger nach dem Verhältnis der Zahl der wahlberechtigten Versicherten, wenn für sie eine Wahl mit Stimmabgabe stattgefunden hat oder sie an einem Beschwerdeverfahren beteiligt gewesen sind. Die Kosten für den Landeswahlausschuss werden durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit vorgestreckt und nach Abschluss der Sozialversicherungswahlen anteilig zurückgefordert. Die entsprechenden Ausgaben werden bei 536 06 geleistet. Die nächsten Wahlen werden 2005 durchgeführt.

Zu 10 03/251 01

Zuschüsse des Bundes für Untersuchungen, Forschungsvorhaben usw.
Die vereinnahmten Beträge werden bei 526 21 verausgabt.

Zu 10 03/281 12

Veranschlagt sind die zu erwartenden Rückzahlungen von Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz.

2001 gegenüber 2000:
800,0 Tsd. DM mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 03/281 13

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

2001 gegenüber 2000:
200,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an die Isteinnahmen.

Zu 10 03/282 01

Vereinnahmung zweckgebundener Spenden, die bei 10 03/812 06 entsprechend dem Willen der Spender ausgereicht werden.

Zu 10 03/71 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die Einnahmen im Vollzug des Gesetzes zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1999 (BGBl I S. 2671).
Vgl. auch Erläuterungen zu Titelgruppe 71 (Ausgaben).

Zu 10 03/241 71

Erstattungsleistungen des Bundes (ein Drittel der Geldleistungen) gemäß § 8 Abs. 2 Unterhaltsvorschussgesetz.

2001 gegenüber 2000:
29.800,0 Tsd. DM weniger infolge Reduzierung des Bundesanteils auf ein Drittel der Leistungsausgaben ab 1.1.2000 durch Gesetz vom 22.12.1999 (BGBl I S. 2809).

2002 gegenüber 2001:
600,0 Tsd. DM mehr infolge höherer Aufwendungen bei 10 03/681 71.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
<u>242 71-5</u>	237	Erstattungen von Ländern	---	---	A	
<u>243 71-4</u>	237	Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	---	---	A	
281 71-7	237	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 641 71.</i>	43.800,0 (22.394,6)	44.400,0 (22.701,4)	A B C	41.000,0 43.163,8 37.978,7
Summe der Titelgruppe			92.500,0 (47.294,5)	93.700,0 (47.908,0)	A B C	119.500,0 118.671,5 116.668,5
87 Einnahmen nach dem Schwerbehindertengesetz aus der Ausgleichsabgabe <i>Vgl. Vermerk zu TG 87 (Ausgaben).</i>						
111 87-5	299	Aufkommen an Ausgleichsabgabe durch private Arbeitgeber und durch Arbeitgeber der öffentlichen Hand (ohne Freistaat Bayern)	151.000,0 (77.205,1)	150.000,0 (76.693,8)	A B C	153.000,0 149.960,0 150.330,4
112 87-4	299	Säumniszuschläge, Geldbußen	800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A B C	800,0 611,5 621,7
162 87-3	299	Zinsen aus Darlehen	1.700,0 (869,2)	1.700,0 (869,2)	A B C	1.584,1 2.146,7 1.836,5
182 87-9	299	Tilgung von Darlehen	6.551,5 (3.349,7)	6.551,5 (3.349,7)	A B C	6.000,0 7.105,9 6.902,2
256 87-0	299	Sonstige Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 41,2 33,0
281 87-9	299	Einnahmen aus Beihilfen und Zuschüssen	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A B C	2.000,0 3.086,7 2.765,6
286 87-4	299	Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	100,0
380 87-9	990	Aufkommen an Ausgleichsabgabe durch den Freistaat Bayern als Arbeitgeber der öffentlichen Hand	14.248,5 (7.285,1)	14.248,5 (7.285,1)	A B C	14.115,9 14.799,9 16.000,0
Summe der Titelgruppe			176.500,0 (90.243,0)	175.500,0 (89.731,7)	A B C	177.700,0 177.751,9 178.489,4
88 Einnahmen aus Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge						
162 88-2	299	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
182 88-8	299	Tilgung von Darlehen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 38,0 50,8

Erläuterungen

Zu 10 03/242 71

Leertitel zur Vereinnahmung von Erstattungsleistungen der Länder in Höhe des nicht vom Bund getragenen Anteils an den UVG-Leistungen (zwei Drittel der Geldleistungen), wenn der Empfänger in ein anderes Bundesland umgezogen ist und die bisher zuständige UVG-Stelle in Bayern die Leistungen zunächst noch weiter gezahlt hat.

Zu 10 03/243 71

Leertitel zur Vereinnahmung von Erstattungsleistungen außerbayerischer Kommunen in Höhe des nicht vom Bund getragenen Anteils an den UVG-Leistungen (zwei Drittel der Geldleistungen), wenn der Empfänger in ein anderes Bundesland umgezogen ist und die bisher zuständige UVG-Stelle die Leistungen zunächst noch weiter gezahlt hat.

Zu 10 03/281 71

Einnahmen aus den Ansprüchen der berechtigten Kinder gegen den säumigen Unterhaltsschuldner, die kraft Gesetzes (§ 7 Unterhaltsvorschussgesetz) auf das Land übergehen.

2001 gegenüber 2000:
2.800,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
600,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/87 (Einnahmen)

Nach § 11 Abs. 1 und 2 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) haben Arbeitgeber, die ihrer Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht nachkommen, eine Ausgleichsabgabe von 200 DM je Monat und unbesetztem Arbeitsplatz zu entrichten. Die Ausgleichsabgabe ist jährlich bis spätestens 31. März für das vorangegangene Kalenderjahr an die zuständige Hauptfürsorgestelle abzuführen.

Zu 10 03/111 87

2001 gegenüber 2000:
2.000,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
1.000,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/112 87

Für rückständige Beträge der Ausgleichsabgabe sind Säumniszuschläge nach § 11 Abs. 2 SchwbG zu erheben. Nach § 68 SchwbG ist die Verhängung von Geldbußen möglich.

Zu 10 03/162 87

2001 gegenüber 2000:
115,9 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/182 87

2001 gegenüber 2000:
551,5 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/256 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Förderungshilfen nach dem Arbeitsförderungsgesetz und nach den §§ 31 und 33 Schwerbehindertengesetz für zusätzlich eingestellte Schwerbehinderte im Rahmen des Aktionsprogramms der Staatsregierung zur verbesserten beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter.

Zu 10 03/281 87

Nach § 31 Abs. 5 SchwbG soll die Hauptfürsorgestelle vorläufig Leistungen aus der Ausgleichsabgabe gewähren, wenn ungeklärt ist, welcher Träger Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben zu gewähren hat, oder wenn die unverzügliche Einleitung der erforderlichen Maßnahmen aus anderen Gründen gefährdet ist; die Hauptfürsorgestelle hat einen Erstattungsanspruch gegen den für die Leistungen zuständigen Träger.

Zu 10 03/286 87

Veranschlagt sind die zu erwartenden Erstattungen aus dem Europäischen Sozialfonds.

Zu 10 03/380 87

Vgl. Erläuterung zu 13 03/980 01.

2001 gegenüber 2000:

132,6 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 03/88 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 88 (Ausgaben).

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
281 88-8	299	Einnahmen aus Beihilfen	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 154,5 203,8
		Summe der Titelgruppe	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	250,0 192,5 254,6
		93 Einnahmen aus der Förderung von Aufklärungs- maßnahmen auf den Gebieten des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin und des Unfallschutzes sowie im Bereich der Humanisierung des Arbeitslebens <i>Vgl. Vermerk zu TG 93 (Ausgaben).</i>				
119 93-9	299	Einnahmen aus Veröffentlichungen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	80,0 95,3 103,4
		Summe der Titelgruppe	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	80,0 95,3 103,4
		94 Einnahmen aus Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge				
162 94-4	299	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 641 94.</i>	---	---	A	---
182 94-0	299	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 641 94.</i>	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	30,0 17,9 24,8
241 94-9	299	Erstattung des Anteils an den Leistungen an Opfer von Gewalttaten durch den Bund	1.155,2 (590,6)	1.235,2 (631,5)	A B C	1.056,0 1.361,3 364,3
281 94-0	299	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 641 94.</i>	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	120,0 208,0 101,3
		Summe der Titelgruppe	1.435,2 (733,8)	1.515,2 (774,7)	A B C	1.206,0 1.587,2 490,4
		95 Einnahmen aus Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)				
241 95-8	299	Erstattung des Anteils an den Leistungen durch den Bund	5.240,0 (2.679,2)	5.640,0 (2.883,7)	A B C	4.920,0 4.184,3 4.212,2

Erläuterungen

Zu 10 03/93 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die zu erwartenden Einnahmen aus dem Verkauf von Veröffentlichungen.

2001 gegenüber 2000:

30,0 Tsd. DM weniger nach den voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 03/94 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 94 (Ausgaben).

2001 gegenüber 2000:

229,2 Tsd. DM mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmen sowie höherer Erstattungen durch den Bund.

2002 gegenüber 2001:

80,0 Tsd. DM mehr infolge höherer Erstattungen durch den Bund.

Zu 10 03/95 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 95 (Ausgaben).

2001 gegenüber 2000:

320,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:

400,0 Tsd. DM mehr infolge höherer Erstattungen durch den Bund.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
281 95-9	299	Rückerstattungen aus den Leistungen an Opfer von Gewalttaten <i>Vgl. Vermerk zu 641 95.</i>	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 483,5 653,1
Summe der Titelgruppe			5.740,0 (2.934,8)	6.140,0 (3.139,3)	A B C	5.420,0 4.667,8 4.865,3
Gesamteinnahmen			292.525,2 (149.565,8)	293.205,2 (149.913,4)	A B C	320.356,0 319.149,3 317.890,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-4	254	Vergütungen für die Mitglieder der Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	3,0 1,3 1,0
427 11-5	254	Vergütungen für Beisitzer und sonstige Kosten der Heimarbeits- und Entgeltausschüsse	7,0 (3,6)	7,0 (3,6)	A B C	7,0 2,2 4,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 21-3	175	Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen <i>Zu 526 21 und 683 01: Gegenseitig deckungsfähig. Vgl. Vermerk zu 981 02. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 01. Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 400,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	570,0 (291,4)	570,0 (291,4)	A B C	300,0 75,1 37,4
536 01-5	254	Kosten der Untersuchungen von Jugendlichen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz <i>Aus dem Ansatz können auch Kosten für die Herstellung der erforderlichen Formblätter getragen werden. Zu 536 01 und 981 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	5.400,0 (2.761,0)	5.500,0 (2.812,1)	A B C	5.800,0 5.245,6 5.207,1
536 03-3	299	Kosten der Herstellung und Verleihung der Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare und der Bayerischen Staatsmedaille für soziale Verdienste sowie sonstiger Auszeichnungen	135,0 (69,0)	135,0 (69,0)	A B C	122,0 111,6 89,8
536 05-1	960	Kosten von Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherungsträger in Bayern	---	---	A B C	--- 5,4 1,8

Erläuterungen

Zu 10 03/412 01

Zur Durchführung der Aufgaben des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend (JArbSchG) vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965) wurden beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit der Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz und bei den Gewerbeaufsichtsamtern die Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz gebildet (§§ 55, 56 JArbSchG). Aus dem Ansatz werden Vergütungen nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter in der jeweils geltenden Fassung an Mitglieder gewährt. Die Sachkosten für die Durchführung der Veranstaltungen der Ausschüsse werden aus Titel 536 07 bestritten.

Zu 10 03/427 11

Nach den §§ 4 und 22 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl I S. 191), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Oktober 1993 (BGBl I S. 1668), sind von den obersten Arbeitsbehörden der Länder Heimarbeits- und Entgeltausschüsse zu errichten. Veranschlagt sind die Kosten für die Entschädigung der Beisitzer.

Zu 10 03/526 21

Die Mittel dienen der Durchführung von Studien und Untersuchungen, die für die politischen und fachlichen Entscheidungen erforderlich sind (vgl. auch Erläuterung zu Titel 683 01).

Die Verpflichtungsermächtigungen sind für über die Dauer eines Haushaltsjahres hinaus ausgelegte Projekte bestimmt. Daneben sind insbesondere bei den Fachtitelgruppen der Kap. 10 03, 10 05, 10 07 und 10 08 weitere Forschungstitel ausgebracht.

2001 gegenüber 2000:

270,0 Tsd. DM mehr für zusätzliche Forschungsaufträge.

Zu 10 03/536 01

Nach den §§ 32 ff. des Gesetzes zum Schutz der arbeitenden Jugend - Jugendarbeitsschutzgesetz - vom 12. April 1976 (BGBl I S. 965) darf ein Jugendlicher, der in das Berufsleben eintritt, nur beschäftigt werden, wenn er innerhalb der letzten neun Monate von einem Arzt untersucht worden ist und dem Arbeitgeber eine von diesem Arzt ausgestellte Bescheinigung vorliegt. Spätestens ein Jahr nach Aufnahme der ersten Beschäftigung muß der Jugendliche nachuntersucht werden.

Die Kosten der Untersuchung trägt nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes das Land. Veranschlagt sind die Mittel für die Erstuntersuchungen, die Nachuntersuchungen, die notwendigen Ergänzungsuntersuchungen, die Verwaltungskosten der Kassenärztlichen Vereinigung, Untersuchungsberechtigungsscheine, Listen und Merkblätter.

2001 gegenüber 2000:

400,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:

100,0 Tsd. DM mehr infolge Zunahme der zu untersuchenden Jugendlichen.

Zu 10 03/536 03

Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare werden verliehen für Dienstzeiten von 25, 40, 50 und 60 Jahren bei einem Arbeitgeber. Mit der Sozialmedaille werden Persönlichkeiten ausgezeichnet, die sich um den arbeitenden Menschen in besonderem Maße verdient gemacht haben. Ehrenurkunden werden ferner verliehen an Personen, die seit 25 Jahren als Mitglieder der sozialen Selbstverwaltung in Bayern ehrenamtlich tätig waren und an langjährige Mitglieder der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Selbstverwaltung in Bayern. Darüber hinaus werden Ehrenurkunden und Medaillen verliehen an Personen, die einen Behinderten in häuslicher Pflege langjährig intensiv betreuen.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Kosten der Ehrenurkunden für Arbeitsjubilare einschl. Beschriftung, Schutzhüllen, Versandrollen und Aufwendungen anlässlich der Verleihung	102,0	102,0
2. Kosten der Sozialmedaille einschl. Aufwendungen anlässlich der Verleihung	18,0	18,0
3. Ehrung langjähriger Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane	2,0	2,0
4. Ehrenurkunden und Medaillen für die Pflege Behinderter	10,0	10,0
5. Aufwendungen anlässlich der Verleihung von Bundesverdienstorden	3,0	3,0
Zusammen	135,0	135,0

2001 gegenüber 2000:

13,0 Tsd. DM mehr insbesondere infolge höherer Aufwendungen zu Nr. 1.

Zu 10 03/536 05

Die Oberste Verwaltungsbehörde des Landes hat nach § 53 Abs. 2 Satz 1 SBG IV den Landeswahlbeauftragten und dessen Stellvertreter zu bestellen; das Land hat gem. § 82 Abs. 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung vom 28. Juli 1997 (BGBl I S. 1946) die dafür anfallenden Kosten zu tragen.

Die nächsten Wahlen werden 2005 durchgeführt.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
536 06-0	960	Kosten des Landeswahlausschusses für Sozialversicherungswahlen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B C	--- 2,4 2,5
536 07-9	254	Kosten der Ausschüsse für Jugendarbeitsschutz	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A	3,0
536 08-8	227	Kosten im Zusammenhang mit der Koordinierungsstelle Pflege	55,0 (28,1)	60,0 (30,7)	A	55,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
636 03-2	299	Verwaltungskostenerstattung für die Durchführung des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	1.600,0 (818,1)	1.500,0 (766,9)	A B C	2.400,0 2.219,9 3.387,7
641 02-6	299	Anteil des Bundes an den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 66 des Schwerbehindertengesetzes	4.700,0 (2.403,1)	4.700,0 (2.403,1)	A B C	5.000,0 5.395,5 3.246,3
<u>642 01-6</u>	299	Erstattung des Anteils Bayerns an den Kosten der Leistungen nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen <i>Die Mittel sind übertragbar. Rückentnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>	230,0 (117,6)	230,0 (117,6)	A	
681 01-8	234	Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz	196.000,0 (100.213,2)	198.000,0 (101.235,8)	A B C	199.000,0 195.467,9 195.958,8
682 01-7	234	Erstattung an die Verkehrsbetriebe für die unentgeltliche Beförderung Behinderter im Nahverkehr <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	63.500,0 (32.467,0)	64.500,0 (32.978,3)	A B C	62.500,0 62.419,9 61.079,1

Erläuterungen

Zu 10 03/536 06

Vgl. Erläuterung zu 236 01.

Zu 10 03/536 07

Kosten für Veranstaltungen, Aufklärungsmaßnahmen u.ä. (Aufklärung der Ausbilder, Eltern, Erzieher, Lehrer, Unternehmer, Vertreter der Organisationen und der Jugendlichen) über die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes.
Vgl. auch Erläuterung bei 412 01.

Zu 10 03/536 08

Die Koordinierungsstelle hat vor allem die Aufgabe, das Berufsbild "Pflege" und damit auch die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Pflege zu fördern. Aus dem Ansatz werden u.a. Veranstaltungen sowie Kosten im Zusammenhang mit dem Aufbau eines multiprofessionellen Zirkels finanziert mit dem Ziel, das Pflegemanagement zu untersuchen und zu verbessern, Qualitätssicherungsstrukturen aufzubauen und die Vernetzung zwischen Krankenhaus und Pflegeeinrichtung zu intensivieren.

Zu 10 03/636 03

Nach § 19 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl I S. 233) werden die bei der Durchführung des Gesetzes entstehenden Verwaltungskosten der landesunmittelbaren Alterskassen vom Land getragen. Die Kosten werden pro bearbeiteten Antrag bzw. laufenden Leistungsfall pauschal erstattet.

2001 gegenüber 2000:
800,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
100,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/641 02

Gemäß § 59 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes i.d.F. der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl I S. 1421) erhält ein bestimmter Personenkreis der Schwerbehinderten die Freifahrt im öffentlichen Personennahverkehr nur noch gegen eine Kostenbeteiligung von 120 DM (jährlich) bzw. 60 DM (halbjährlich).

Bei den veranschlagten Mitteln handelt es sich um den Anteil des Bundes gem. § 66 SchwbG an den bei Tit. 111 11 veranschlagten Einnahmen.

2001 gegenüber 2000:
300,0 Tsd. DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 03/642 01

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Kosten des Gesetzes über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (AntiDHG). Die Individualleistungen nach den §§ 3, 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG sind den Ländern, in denen die Anti-D-Immunprophylaxe durchgeführt wurde, von den übrigen Ländern in Höhe von insgesamt 12,4 v.H. anteilig zu erstatten.

2001 gegenüber 2000:
230,0 Tsd. DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 03/681 01

Veranschlagt sind die Ausgaben für Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz vom 7. April 1995 (GVBl S. 150). Bei der Gewährung des Blindengeldes bleibt jegliches Einkommen anrechnungsfrei. Das Bayerische Blindengeld geht der Blindenhilfe nach § 67 des Bundessozialhilfegesetzes vor, so dass insoweit die überörtlichen Sozialhilfeträger entlastet werden. Leistungen, die dem Blinden zum Ausgleich der durch die Blindheit bedingten Mehraufwendungen nach anderen Rechtsvorschriften zustehen, insbesondere Pflegeversicherungsleistungen ab 01.04.1995, werden auf das Blindengeld teilweise angerechnet.

2001 gegenüber 2000:
3.000,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:
2.000,0 Tsd. DM mehr infolge höheren Bedarfs.

Zu 10 03/682 01

Nach dem Elften Abschnitt des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl I S. 1421) ist ein bestimmter Personenkreis im öffentlichen Personenverkehr unentgeltlich zu befördern. Den Verkehrsbetrieben werden die Fahrgeldausfälle teils vom Bund und teils vom Land erstattet (§ 65 SchwbG).

2001 gegenüber 2000:
1.000,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
1.000,0 Tsd. DM mehr infolge Zunahme der Zahl der Berechtigten und steigender Beförderungstarife.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
683 01-6	175	Zuschüsse zur Förderung von wissenschaftlichen Veranstaltungen, von Kongressen und von Forschungsvorhaben <i>Vgl. Vermerk zu 526 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	130,0 (66,5)	130,0 (66,5)	A B C	130,0 60,0 104,0
683 02-5	299	Zuschüsse an Arbeitgeber zur Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	25,0 9,6 13,6
684 01-5	299	Zuschüsse an Verbände, Vereine u.ä. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes - BtG	1.300,0 (664,7)	1.300,0 (664,7)	A B C	1.300,0 1.092,8 996,0
685 01-4	299	Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsmaßnahmen für Sinti und Roma <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	330,0 (168,7)	330,0 (168,7)	A B C	300,0 299,7 298,3
685 05-0	254	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	105,0 (53,7)	105,0 (53,7)	A B C	105,0 92,6 78,6
685 06-9	054	Zuschüsse an Verbände, Vereine usw. zur Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Richtern in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit	180,0 (92,0)	180,0 (92,0)	A B C	150,0 149,9 148,6
Sonstige Sachinvestitionen						
812 06-5	299	Zweckgebundene Ausgaben aus Spenden für die Kinderhilfe in Rumänien <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01.</i>	---	---	A B C	--- 529,4 830,7
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 01-5	990	Erstattung der Kosten der Auswertung der ärztlichen Untersuchungen von Jugendlichen nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung <i>Vgl. Vermerk zu 536 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
981 02-4	990	Erstattung von Kosten an das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für statistische Erhebungen sowie die Inanspruchnahme von Rechenanlagen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 21. Die Mittel sind übertragbar.</i>	355,0 (181,5)	325,0 (166,2)	A B C	275,0 237,8 262,0

Erläuterungen

Zu 10 03/683 01

Veranschlagt sind:

1. Mittel zur Beteiligung an wissenschaftlichen Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, die aus gesellschaftspolitischen, sozialpolitischen, arbeitsmarktpolitischen, arbeits- und sozialmedizinischen sowie sicherheitstechnischen Gründen für den Bereich des Ministeriums von Belang sind.
2. Mittel zur Beteiligung an Kongressen und sonstigen Veranstaltungen.

Zu 10 03/683 02

Der Freistaat Bayern gewährt nach dem Gesetz über die Erstattung der Kosten des Schwerbeschädigtenurlaubs vom 18. Mai 1951 (BayRS 811-2-A) auf Antrag privaten Arbeitgebern die Lohn- und Gehaltsaufwendungen für den nach § 34 des SchwbG zusätzlich gewährten Urlaub, wenn sie über den Pflichtenatz nach § 3 SchwbG - alte Fassung - hinaus Schwerbeschädigte beschäftigen.

Zu 10 03/684 01

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die Förderung von Maßnahmen zur Gewinnung, Anleitung, Fortbildung und Begleitung ehrenamtlicher Betreuer (vgl. Art. 4 Abs. 1 AGBtG) sowie der Beratung über Vorsorgevollmacht, Patiententestament und Betreuungsverfügung.

Zu 10 03/685 01

Veranschlagt ist der Mittelbedarf für die Förderung einer Beratungsstelle.

Zu 10 03/685 05

Mitgliedsbeiträge an z.B.
Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK),
Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe,
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe,
Deutschen Arbeitsgerichtsverband e.V.,
Deutschen Sozialrechtsverband e.V.

Zu 10 03/685 06

In den Senaten und Kammern des Landessozialgerichts und der Sozialgerichte, der Landesarbeitsgerichte und der Arbeitsgerichte sind nach dem Sozialgerichtsgesetz vom 3. September 1953 (BGBl I S. 1239) und dem Arbeitsgerichtsgesetz vom 3. September 1953 (BGBl I S. 1267) außer den Berufsrichtern auch ehrenamtliche Richter tätig. Die Aus- und Fortbildung dieser ehrenamtlichen Richter auf dem Gebiet des prozessualen und materiellen Sozial-, Arbeits- und Versorgungsrechts durch die vorschlagsberechtigten Organisationen wird mit Zuschüssen gefördert.

2001 gegenüber 2000:

30,0 Tsd. DM mehr aufgrund erhöhten Fortbildungsbedarfs, insbesondere in Bezug auf die Bewertung medizinischer Gutachten.

Zu 10 03/812 06

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 03/981 01

Die Auswertung der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz wird in fünfjährigen Abständen vorgenommen. In diesem Turnus werden jeweils - verteilt auf drei Haushaltsjahre - insgesamt 150,0 Tsd. DM veranschlagt.

Zu 10 03/981 02

Kostenerstattung an das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung für die Inanspruchnahme von Rechenanlagen usw. zur Zahlbarmachung der Personalkostenzuschüsse gemäß Art. 24 Bayerisches Kindergartengesetz sowie für erforderliche statistische Erhebungen im Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit.

2001 gegenüber 2000:

80,0 Tsd. DM mehr wegen Umstellungsarbeiten, Erweiterung der statistischen Erhebungen im Kindergartenbereich und Programmierarbeiten für die Modellphase "Neues Finanzierungsmodell".

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
51 Soziale und medizinische Zwecke im Rahmen der humanitären Hilfe des Freistaates Bayern						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
531 51-9	299	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	---	---	A	---
547 51-1	299	Kosten für Hilfsmaßnahmen	490,0 (250,5)	490,0 (250,5)	A B C	350,0 727,4 511,9
684 51-4	299	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	410,0 (209,6)	410,0 (209,6)	A B C	730,0 9.547,0 655,9
685 51-3	299	Zuschüsse an Sonstige	1.000,0 (511,3)	1.000,0 (511,3)	A B C	370,0 5,1 203,0
Summe der Titelgruppe			1.900,0 (971,5)	1.900,0 (971,5)	A B C	1.450,0 10.279,5 1.370,8
71 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz						
641 71-2	237	Anteil des Bundes an den Rückeinnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um ein Drittel der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 281 71.</i>	14.600,0 (7.464,9)	14.800,0 (7.567,1)	A B C	20.500,0 21.243,3 18.749,8
<u>642 71-1</u>	237	Erstattungen an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zulasten 681 71.</i>	---	---	A	
<u>643 71-0</u>	237	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Einseitig deckungsfähig zulasten 681 71.</i>	---	---	A	
681 71-3	237	Unterhaltsvorschüsse und -ausfallleistungen <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 642 71 und 643 71.</i>	146.000,0 (74.648,6)	148.000,0 (75.671,2)	A B C	157.000,0 150.211,9 157.863,5
Summe der Titelgruppe			160.600,0 (82.113,5)	162.800,0 (83.238,3)	A B C	177.500,0 171.455,2 176.613,3

Erläuterungen

Zu 10 03/51

Aus dem Ansatz werden im Rahmen der humanitären Hilfe des Freistaates Bayern weiterhin Maßnahmen und Einrichtungen für soziale und medizinische Zwecke in Süd-/Ost-Europa, in der Mongolei, in Usbekistan usw. gefördert. Insbesondere handelt es sich hierbei neben der Soforthilfe und der Beschaffung von Medikamenten und lebenswichtigen Gütern um die Förderung von Transportkosten privat gespendeter Hilfsgüter sowie um Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/531 51 (und 547 51 bis 685 51)

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
Im einzelnen sind Mittel veranschlagt:		
1. zur Wiederherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo	250,0	250,0
2. zur Fortführung der Hilfsmaßnahmen für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), insbesondere für die Ukraine sowie für die Mongolei, Usbekistan, Bulgarien usw.	290,0	290,0
3. zur Fortführung der Hilfsmaßnahmen für Rumänien	1.350,0	1.350,0
4. zur Förderung eines Informations- und Erfahrungsaustausches im Sozial- und Gesundheitswesen mit der Tschechischen und Slowakischen Republik	10,0	10,0
Zusammen	1.900,0	1.900,0

2001 gegenüber 2000:

350,0 Tsd. DM	weniger infolge geringeren Bedarfs zu Nr. 1
800,0 Tsd. DM	mehr insbesondere zur verstärkten Förderung von Hilfsmaßnahmen für Rumänien
450,0 Tsd. DM	mehr

Zu 10 03/71

Veranschlagt sind die Leistungen nach dem Gesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern alleinstehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse oder -ausfallleistungen (Unterhaltsvorschussgesetz) vom 23. Juli 1979 (BGBl I S. 1184), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1999 (BGBl I S. 2671). Das Gesetz gewährt Kindern unter zwölf Jahren, die von einem Elternteil allein erzogen werden, für die Dauer von 72 Monaten Anspruch auf Zahlung von Unterhaltsvorschüssen, wenn der andere Elternteil seiner Unterhaltsverpflichtung nicht oder nicht regelmäßig nachkommt; soweit kein Unterhaltsanspruch besteht, werden die Leistungen als Ausfallleistungen erbracht.

Zu 10 03/641 71

Anteil des Bundes an den Einnahmen aus Ansprüchen gegen den säumigen Unterhaltsschuldner gemäß § 7 Unterhaltsvorschussgesetz. Vgl. auch Erläuterung bei 10 03/281 71.

2001 gegenüber 2000:

5.900,0 Tsd. DM weniger wegen Reduzierung des Bundesanteils.

2002 gegenüber 2001:

200,0 Tsd. DM mehr infolge höherer Rückeinnahmen.

Zu 10 03/642 71

Leertitel zur Zahlung von Erstattungsleistungen an andere Länder in Höhe des nicht vom Bund getragenen Anteils an den UVG-Leistungen (zwei Drittel der Geldleistungen), wenn der Empfänger nach Bayern umgezogen ist und die für den früheren Wohnort zuständige UVG-Stelle die Leistungen nach dem UVG zunächst noch weiter gezahlt hat.

Zu 10 03/643 71

Leertitel zur Zahlung von Erstattungsleistungen an außerbayerische Kommunen, in Höhe des nicht vom Bund getragenen Anteils an den UVG-Leistungen (zwei Drittel der Geldleistungen), wenn der Empfänger nach Bayern umgezogen ist und die für den früheren Wohnort zuständige UVG-Stelle die Leistungen nach dem UVG zunächst noch weiter gezahlt hat.

Zu 10 03/681 71

Leistungen gemäß § 2 Unterhaltsvorschussgesetz, die gemäß § 8 Abs. 1 des Gesetzes zu einem Drittel vom Bund und zu zwei Dritteln von den Ländern getragen werden. Veranschlagt ist der Bruttobetrag der Leistungen. Vgl. auch Erläuterungen zu Kap. 10 03 Titel 241 71.

2001 gegenüber 2000:

11.000,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:

2.000,0 Tsd. DM mehr infolge Erhöhung der Regelbeträge für den Unterhalt sowie Zunahme der Zahl der Berechtigten.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		72 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten u. dgl. <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 72-1	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B	1,0 3,0
531 72-4	299	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B	1,0 19,7
540 72-3	299	Veranstaltungskosten	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A	4,0
684 72-9	299	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	444,0 (227,0)	444,0 (227,0)	A B C	444,0 371,9 400,1
883 72-8	299	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
893 72-6	299	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 250,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 250,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B C	300,0 294,0 220,0
		Summe der Titelgruppe	800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A B C	800,0 688,6 620,1
		73 Förderung von Maßnahmen zur Durchführung der Insolvenzordnung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Förderung erfolgt nach Maßgabe modifizierter Fördergrundsätze.</i>				
526 73-0	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A	30,0
531 73-3	299	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A	5,0
536 73-8	299	Kosten für Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen	55,0 (28,1)	55,0 (28,1)	A	55,0
653 73-5	299	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	500,0 (255,6)	1.000,0 (511,3)	A B	582,0 13,0
<u>683 73-9</u>	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	---	---	A	
684 73-8	299	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	3.910,0 (1.999,2)	3.910,0 (1.999,2)	A B	2.328,0 214,0
		Summe der Titelgruppe	4.500,0 (2.300,8)	5.000,0 (2.556,5)	A B C	3.000,0 227,0 -

Erläuterungen

Zu 10 03/72

Verbesserung der Betreuung von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten im Sinne des § 72 BSHG.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind die Mittel im Einzelnen für:		
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungskosten	6,0	6,0
2. Zuschüsse zur Förderung von Betreuungsmaßnahmen im Rahmen der Nichtseßhaften-, Obdachlosen- und Straftlassenenhilfe	444,0	444,0
3. Investitionen an kommunale Betreuungseinrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	50,0	50,0
4. Investitionen an Betreuungseinrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	300,0	300,0
Zusammen	800,0	800,0

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für Investitionen.

Zu 10 03/73

Mit den veranschlagten Mitteln werden anerkannte Insolvenzberatungsstellen zur Durchführung des nach der Insolvenzordnung erforderlichen außergerichtlichen Entschuldungsversuches gefördert.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind die Mittel im Einzelnen für:		
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen	90,0	90,0
2. Zuschüsse zur Insolvenzberatung	4.410,0	4.910,0
Zusammen	4.500,0	5.000,0

2001 gegenüber 2000:

1.500,0 Tsd. DM mehr,

2001 gegenüber 2000:

500,0 Tsd. DM mehr zur Ausweitung der Förderung.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		74 Förderung des Qualitätsmanagements und der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Sozialarbeit <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 74-9	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	
531 74-2	299	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A	
536 74-7	299	Kosten für Fach- und Arbeitstagungen	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A	
653 74-4	299	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	
684 74-7	299	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	860,0 (439,7)	860,0 (439,7)	A	
		Summe der Titelgruppe	1.000,0 (511,3)	1.000,0 (511,3)	A B C	- - -
		85 Leistungen an gesetzliche Krankenkassen nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
636 85-3	299	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Krankenkassen	700,0 (357,9)	750,0 (383,5)	A B C	500,0 679,7 550,6
646 85-1	299	Erstattung der Aufwendungen an Krankenkassen	6.500,0 (3.323,4)	6.750,0 (3.451,2)	A B C	4.500,0 6.180,2 4.997,9
		Summe der Titelgruppe	7.200,0 (3.681,3)	7.500,0 (3.834,7)	A B C	5.000,0 6.859,9 5.548,5
		87 Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz aus der Ausgleichsabgabe <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
425 87-6	299	Vergütungen für Angestellte <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 681 87, 683 87 und 685 87 bis zum Betrag von 450,0 Tsd. DM. Aus dem Ansatz können Vergütungen für Angestellte in sämtlichen Geschäftsbereichen geleistet werden.</i>	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	250,0 96,5 163,4
547 87-9	299	Aufwendungen zur Verbesserung der beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter	1.700,0 (869,2)	1.700,0 (869,2)	A B C	1.700,0 3.338,9 1.525,8
651 87-1	299	Abführungen an den Ausgleichsfonds <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 45 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 87 und 380 87.</i>	74.361,8 (38.020,6)	73.911,8 (37.790,5)	A B C	75.202,2 74.162,2 75.629,7

Erläuterungen

Zu 10 03/74

Zweck der Förderung ist es, die Qualität sozialer Arbeit in den Feldern Unterstützung, Hilfe, Beratung und Betreuung von allen Anbietern zu steigern und das Ergebnis nachprüfbar zu machen. Damit verbunden ist die Förderung und Fortentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie in der sozialen Arbeit mit dem Ziel, die Information über die Angebote sowohl für die Bürger als auch für die Kostenträger zu verbessern.

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
Veranschlagt sind die Mittel im Einzelnen für:		
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen	90,0	90,0
2. Zuschüsse zur Förderung des Qualitätsmanagements sowie des Einsatzes und der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie	910,0	910,0
Zusammen	1.000,0	1.000,0

2001 gegenüber 2000:
1.000,0 Tsd. DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 03/85

Erstattung von Aufwendungen der Krankenkassen nach § 4 des Gesetzes zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen vom 21.08.1995 (BGBl I S. 1054). Die Aufwendungen für ambulante Schwangerschaftsabbrüche werden ab 01.07.1997 pauschal erstattet.

2001 gegenüber 2000:
2.200,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
300,0 Tsd. DM mehr infolge höheren Bedarfs.

Zu 10 03/87

Vgl. Vorbemerkung zu Titelgruppe 87 - Einnahmen.

Die Ausgleichsabgabe wird für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen zur begleitenden Hilfe im Arbeitsleben verwendet (§ 11 Abs. 3 SchwbG); zur begleitenden Hilfe gehören auch Schulungs- und Bildungsmaßnahmen insbesondere für die Schwerbehindertenvertretung.

Die Verwendungsmöglichkeit der Ausgleichsabgabe ist in der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes (Ausgleichsabgabeverordnung Schwerbehindertengesetz - SchwbAV) vom 28. März 1988 (BGBl I S. 484), geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 26. Juli 1994 (BGBl I S. 1792), festgelegt.

Dem Land stehen 55 v.H. des Aufkommens an Ausgleichsabgabe zu, 45 v.H. sind an den Bund (Ausgleichsfonds) abzuführen (§ 11 Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit § 12 SchwbG).

Zu 10 03/425 87

Mittelbedarf für die bis 31.12.1990 eingestellten Vorlesekräfte für blinde Bedienstete.

Zu 10 03/547 87

Aufklärungs-, Bildungs- und Schulungsmaßnahmen (§ 31 Abs. 3 letzter Satz SchwbG, § 29 SchwbAV).

Zu 10 03/651 87

Der dem Ausgleichsfonds zustehende Anteil von 45 v.H. an dem in einem Haushaltsjahr eingehenden Aufkommen der Ausgleichsabgabe ist bis zum 31. Januar des folgenden Haushaltsjahres an den Bund abzuführen (vgl. Haushaltsbeträge bei 111 87 und 380 87).

2001 gegenüber 2000:
840,4 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
450,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
652 87-0	299	Ausgaben für den Ausgleich des Aufkommens an Ausgleichsabgabe zwischen den Hauptfürsorgestellen	17.000,0 (8.692,0)	16.500,0 (8.436,3)	A B C	18.000,0 14.112,1 16.599,6
681 87-5	299	Zuschüsse zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an einzelne Schwerbehinderte <i>Vgl. Vermerk zu 685 87.</i>	6.000,0 (3.067,8)	6.000,0 (3.067,8)	A B C	6.000,0 8.215,1 6.311,4
683 87-3	299	Zuschüsse an Arbeitgeber für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Rahmen von Sonderprogrammen <i>Vgl. Vermerk zu 685 87.</i>	5.500,0 (2.812,1)	5.500,0 (2.812,1)	A B C	5.500,0 3.040,4 5.337,4
685 87-1	299	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke <i>Zu 681 87, 683 87 und 685 87: Vgl. Vermerk zu 425 87. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 55 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 111 87 und 380 87 sowie um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 112 87, 256 87, 281 87 und 286 87. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 13 06/162 45.</i>	5.500,0 (2.812,1)	5.500,0 (2.812,1)	A B C	5.500,0 6.315,2 5.985,9
862 87-6	299	Darlehen an Arbeitgeber	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 256,4 113,0
863 87-5	299	Darlehen an einzelne Schwerbehinderte und an Sonstige <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 87 und 182 87. Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 5.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 5.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.000,0 (5.624,2)	11.000,0 (5.624,2)	A B C	11.000,0 12.088,9 12.621,9
892 87-0	299	Zuschüsse an Arbeitgeber	24.138,2 (12.341,7)	24.088,2 (12.316,1)	A B C	23.497,8 30.299,1 24.526,5
893 87-9	299	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation Schwerbehinderter nach § 30 SchwbAV <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 20.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 20.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	30.550,0 (15.620,0)	30.550,0 (15.620,0)	A B C	30.550,0 26.544,3 38.169,0
Summe der Titelgruppe			176.500,0 (90.243,0)	175.500,0 (89.731,7)	A B C	177.700,0 178.469,1 186.983,6

Erläuterungen

Zu 10 03/652 87

Zwischen den Hauptfürsorgestellen im Bundesgebiet wird ein Ausgleich herbeigeführt (§ 11 Abs. 4 Satz 2 ff. SchwbG), damit jeder Hauptfürsorgestelle annähernd gleiche Beträge an der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stehen. Durch den Ausgleich verringert sich der dem Land verbleibende Anteil von 55 v.H. des Aufkommens.

2001 gegenüber 2000:
1.000,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
500,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/681 87

Leistungen gemäß § 31 Abs. 3 SchwbG, §§ 17 - 25 SchwbAV.

Zu 10 03/683 87

Mittel für Zuschüsse an Arbeitgeber für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Rahmen von Sonderprogrammen.

Zu 10 03/685 87

Veranschlagt sind:

1. Zuschüsse zur psychosozialen Betreuung Schwerbehinderter (§ 31 Abs. 2 Satz 3 SchwbG, § 28 SchwbAV)
2. Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter in das Arbeits- und Berufsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt (§ 17 SchwbAV)
3. Zuschüsse für Forschungs- und Modellvorhaben (§ 14 Abs. 1 Nr. 4 SchwbAV).

In Abstimmung mit dem Finanzministerium werden gemäß der Zustimmung des Zentralbankrates vom 27. November 1980 die zur Auszahlung vorübergehend nicht benötigten Mittel der Ausgleichsabgabe verzinslich angelegt. Die hieraus bei 13 06/162 45 aufkommenden Zinserträge fließen dem Ansatz zu.

Zu 10 03/862 87

Darlehen zur Schaffung und Bereitstellung sowie zur behindertengerechten Einrichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen privater Unternehmer.

Zu 10 03/863 87

Veranschlagt sind

1. Darlehen zur begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an einzelne Schwerbehinderte (§ 31 Abs. 3 SchwbG, §§ 17-25 SchwbAV)
2. Darlehen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Eingliederung Schwerbehinderter in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 03/892 87

Zuschüsse an Arbeitgeber zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte, zur behindertengerechten Einrichtung und Unterhaltung von Arbeitsplätzen sowie bei außergewöhnlichen Belastungen i.S. von § 31 Abs. 3 Nr. 2 b SchwbG.

2001 gegenüber 2000:
640,4 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
50,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 03/893 87

Zuschüsse zur Schaffung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation Schwerbehinderter in das Arbeits- und Berufsleben nach § 30 SchwbAV.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Planung und Durchführung von Investitionsförderungsmaßnahmen.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		88 Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferversorgung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
681 88-4	299	Beihilfen	3.550,0 (1.815,1)	3.650,0 (1.866,2)	A B C	3.650,0 3.385,4 3.498,5
863 88-4	299	Darlehen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 19,7 60,5
		Summe der Titelgruppe	3.600,0 (1.840,7)	3.700,0 (1.891,8)	A B C	3.700,0 3.405,1 3.559,0
		89 Leistungen an Impfgeschädigte in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferversorgung) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Rückennahmen fließen den Ausgaben zu.</i>				
636 89-9	299	Erstattung von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	20,0 17,4 64,9
642 89-1	299	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	20,0 17,4 24,4
646 89-7	299	Ersatz nach §§ 19, 20 und 22 des Bundesversorgungsgesetzes an Krankenkassen und andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger	1.600,0 (818,1)	1.700,0 (869,2)	A B C	1.200,0 1.458,3 1.908,9
656 89-4	299	Beiträge zur Pflegeversicherung	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	10,0 15,2 15,9
671 89-5	299	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	A B C	550,0 653,7 753,1
672 89-4	299	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung	---	---	A	---
681 89-3	299	Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	17.640,0 (9.019,2)	18.040,0 (9.223,7)	A B C	18.400,0 16.856,2 18.281,6
		Summe der Titelgruppe	20.000,0 (10.225,8)	20.500,0 (10.481,5)	A B C	20.200,0 19.018,2 21.048,8
		90 Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
684 90-7	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1.270,0 (649,3)	1.270,0 (649,3)	A B C	1.270,0 1.124,2 1.120,9

Erläuterungen

Zu 10 03/88

Nach § 51 Bundes-Seuchengesetz erhalten Impfgeschädigte wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen des Impfschadens auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG); darunter fallen auch Leistungen der Kriegsopferversorge (§§ 25-27 j BVG). Die Aufwendungen trägt allein das Land.

2001 gegenüber 2000:
100,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:
100,0 Tsd. DM mehr infolge höheren Bedarfs.

Zu 10 03/89

Leistungen nach dem Bundes-Seuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 1979 (BGBl I S. 2262) in entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Bundesversorgungsgesetzes mit Ausnahme der Kriegsopferversorge.

2001 gegenüber 2000:
200,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:
500,0 Tsd. DM mehr infolge zu erwartender Zunahme der Zahl der Empfänger und Rentenanpassung.

Für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorge sind Mittel bei Kap. 10 03 Titelgruppe 88 veranschlagt.

Zu 10 03/684 90

Zuschüsse an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege für Personalkosten, die im Rahmen der zentralen Aufgaben im Wohlfahrtsbereich entstehen (insbesondere Zuschüsse nach Art. 13 Abs. 3 AGBSHG - BayRS 2170-1-A) sowie Zuschüsse an sonstige Körperschaften, Verbände und Vereine zur Förderung ihrer Aufgaben.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
893 90-4	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A	30,0
Summe der Titelgruppe			1.300,0 (664,7)	1.300,0 (664,7)	A B C	1.300,0 1.124,2 1.120,9
93 Förderung von Aufklärungsmaßnahmen auf den Gebieten des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin, des Unfallschutzes in Heim und Freizeit, der Sicherheitstechnik, von Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens und von Untersuchungen auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 93.</i>						
515 93-9	299	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	2,5 (1,3)	2,5 (1,3)	A	2,5
526 93-6	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A	25,0
531 93-9	299	Kosten für Veröffentlichungen	112,5 (57,5)	112,5 (57,5)	A B C	112,5 58,3 125,7
540 93-8	299	Kosten für Veranstaltungen	95,0 (48,6)	95,0 (48,6)	A B C	95,0 112,4 110,4
684 93-4	299	Zuschüsse an Sonstige	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	15,0 5,0 10,0
Summe der Titelgruppe			250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	250,0 175,7 246,2
94 Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsoferfürsorge <i>Titel der TG (mit Ausnahme 641 94) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
641 94-5	299	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 40 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 94, 182 94 und 281 94.</i>	112,0 (57,3)	112,0 (57,3)	A B C	60,0 88,8 41,2
681 94-6	299	Beihilfen	2.870,0 (1.467,4)	3.070,0 (1.569,7)	A B C	2.600,0 2.308,6 2.171,6
863 94-6	299	Darlehen	18,0 (9,2)	18,0 (9,2)	A B	40,0 15,7
Summe der Titelgruppe			3.000,0 (1.533,9)	3.200,0 (1.636,1)	A B C	2.700,0 2.413,1 2.212,8

Erläuterungen

Zu 10 03/893 90

Aus diesem Ansatz werden Einrichtungen der allgemeinen Wohlfahrtspflege, für die im gesamten Staatshaushalt keine gesonderten Mittel veranschlagt sind, gefördert.

Zu 10 03/93

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind im Einzelnen für:		
1. Ergänzungsbeschaffung von mobilen Informationsständen	2,5	2,5
2. Untersuchungen auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin	25,0	25,0
3. Förderung von Maßnahmen zur Aufklärung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber über Unfallgefahren im Betrieb und der Bevölkerung über Unfallgefahren im Heim und in der Freizeit		
a) Veröffentlichungen	90,0	90,0
b) Veranstaltungen	95,0	95,0
4. Förderung von Institutionen auf dem Gebiet der Unfallverhütung	15,0	15,0
5. Förderung von Maßnahmen zur Humanisierung des Arbeitslebens	22,5	22,5
Zusammen	250,0	250,0

Zu 10 03/94 (95 und 96)

Nach dem Gesetz über die Entschädigung der Opfer von Gewalttaten (OEG) erhalten Opfer von Gewalttaten wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Gewalttat auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes (BVG).

Es sind veranschlagt:

1. bei Titelgruppe 94:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorge (§§ 25 bis 27 j BVG), für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
2. bei Titelgruppe 95:
Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferversorge, für die Kostenträger das Land mit 60 v.H. und der Bund mit 40 v.H. sind.
3. bei Titelgruppe 96:
Ausgaben für die Leistungen, für die Kostenträger ausschließlich das Land ist (Leistungen, die nicht Geldleistungen im Sinne des § 4 Abs. 2 OEG sind).

Zu 10 03/94

Die entsprechenden Einnahmen sind bei Titelgruppe 94 (Einnahmen) ausgebracht.

2001 gegenüber 2000:
300,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
200,0 Tsd. DM mehr infolge höheren Bedarfs.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		95 Leistungen an Opfer von Gewalttaten in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge) <i>Titel der TG (mit Ausnahme 641 95) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
636 95-1	299	Erstattungen von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 2,1 5,8
641 95-4	299	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 40 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 95.</i>	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 241,9 181,5
642 95-3	299	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A C	5,0 1,5
646 95-9	299	Ersatz nach §§ 19, 20 und 22 BVG an Krankenkassen und andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger	700,0 (357,9)	800,0 (409,0)	A B C	150,0 641,7 580,7
656 95-6	299	Beiträge zur Pflegeversicherung	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	15,0 29,2 18,2
671 95-7	299	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	140,0 (71,6)	140,0 (71,6)	A B C	120,0 58,2 89,7
672 95-6	299	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	--- 3,1 1,5
681 95-5	299	Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	12.200,0 (6.237,8)	13.100,0 (6.697,9)	A B C	12.000,0 10.534,8 9.716,6
		Summe der Titelgruppe	13.300,0 (6.800,2)	14.300,0 (7.311,5)	A B C	12.500,0 11.511,0 10.595,5
		96 Leistungen an Opfer von Gewalttaten, soweit Kostenträger ausschließlich das Land ist <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Rückeinnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>				
636 96-0	299	Erstattungen von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 92,7 107,6
641 96-3	299	Kostenerstattung an den Bund	---	---	A	100,0
642 96-2	299	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	30,0 10,5 5,7
646 96-8	299	Ersatz nach §§ 19 und 20 BVG an Krankenkassen und andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger	5.740,0 (2.934,8)	6.240,0 (3.190,5)	A B C	4.470,0 5.739,4 9.496,0

Erläuterungen

Zu 10 03/95

2001 gegenüber 2000:
800,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
1.000,0 Tsd. DM mehr infolge zu erwartender Zunahme der Zahl der Empfänger und Rentenanpassung.

Die entsprechenden Einnahmen sind bei Titelgruppe 95 (Einnahmen) ausgebracht.

Zu 10 03/96

2001 gegenüber 2000:
1.300,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
500,0 Tsd. DM mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
671 96-6	299	Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	600,0 (306,8)	600,0 (306,8)	A B C	1.000,0 582,2 985,6
681 96-4	299	Unterstützungen sowie Beihilfen im Rahmen der Kriegsoferfürsorge	1.800,0 (920,3)	1.800,0 (920,3)	A B C	1.270,0 1.750,3 1.306,2
863 96-4	299	Darlehen im Rahmen der Kriegsoferfürsorge	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A	30,0
Summe der Titelgruppe			8.300,0 (4.243,7)	8.800,0 (4.499,4)	A B C	7.000,0 8.175,1 11.901,1
Gesamtausgaben			676.923,0 (346.105,2)	684.198,0 (349.824,9)	A B C	690.625,0 687.220,3 693.568,1
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	171.931,5 (87.907,2)	170.931,5 (87.395,9)	A B C	174.044,1 171.568,5 171.991,5
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	106.345,2 (54.373,4)	108.025,2 (55.232,4)	A B C	132.196,0 132.780,9 129.898,5
		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	14.248,5 (7.285,1)	14.248,5 (7.285,1)	A B C	14.115,9 14.799,9 16.000,0
Gesamteinnahmen			292.525,2 (149.565,8)	293.205,2 (149.913,4)	A B C	320.356,0 319.149,3 317.890,0
		Personalausgaben	260,0 (132,9)	260,0 (132,9)	A B C	260,0 100,0 168,6
		Sächliche Verwaltungsausgaben	8.774,0 (4.486,1)	8.879,0 (4.539,8)	A B C	8.661,0 9.699,8 7.612,5
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	600.817,8 (307.193,3)	608.067,8 (310.900,1)	A B C	615.331,2 607.135,2 608.983,4
		Sonstige Sachinvestitionen	- (-)	- (-)	A B C	- 529,4 830,7
		Investitionsförderungsmaßnahmen	66.666,2 (34.085,9)	66.616,2 (34.060,3)	A B C	66.047,8 69.518,1 75.710,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	405,0 (207,1)	375,0 (191,7)	A B C	325,0 237,8 262,0
Gesamtausgaben			676.923,0 (346.105,2)	684.198,0 (349.824,9)	A B C	690.625,0 687.220,3 693.568,1
Zuschuss			384.397,8 (196.539,5)	390.992,8 (199.911,4)	A B C	370.269,0 368.071,0 375.678,1

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
113 01-4	211	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	1,0
119 49-2	211	Vermischte Einnahmen	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A C	1,0 1,4
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
236 01-6	211	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern, den Verbänden und sonstige Institutionen	4.147,9 (2.120,8)	4.212,3 (2.153,7)	A B C	4.471,7 3.660,9 3.826,4
Gesamteinnahmen			4.149,9 (2.121,8)	4.214,3 (2.154,7)	A B C	4.473,7 3.660,9 3.827,8
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	211	Bezüge der planmäßigen Beamten	3.184,6 (1.628,3)	3.248,3 (1.660,8)	A B C	3.488,0 3.030,1 3.196,4
422 11-8	211	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	---
422 31-4	211	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	---	---	A	---
425 01-7	211	Vergütungen der Angestellten	499,1 (255,2)	511,0 (261,3)	A B C	424,0 476,7 407,1
425 17-9	211	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---
441 01-7	211	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Beamte	150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A B C	200,0 63,5 98,4
441 02-6	211	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften für Angestellte und Arbeiter	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	1,0
442 01-6	211	Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A	0,5
451 01-4	211	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	5,4 (2,8)	5,4 (2,8)	A B C	6,0 3,5 3,8
453 01-2	211	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A	25,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 04

Dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung obliegt die Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger, der Landesverbände der Krankenkassen, des Medizinischen Dienstes und der Kassenärztlichen Vereinigungen. Diese erstatten nach Art. 4 Abs. 5 des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (AGSGB) vom 10. August 1982 (BayRS 86-7-A) und nach § 274 Abs. 2 SBG V die Kosten der Prüfung ihrer Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung.

Der Staatskasse fallen diejenigen Kosten des Prüfungsamtes zur Last, die über die kostenerstattungspflichtige Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der o.g. Sozialversicherungsträger und Institutionen hinaus im Staatsinteresse entstehen sowie die Kosten der Dienstaufsichtsprüfungen innerhalb der Staatsverwaltung. Der Anteil der o.g. Sozialversicherungsträger und Institutionen ist mit 70 v.H., der Anteil des Staates mit 30 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben des Prüfungsamtes aufgrund von Erfahrungssätzen pauschaliert.

Zu 10 04/236 01

Die Einnahmen errechnen sich aus 70 v.H. der nach Abzug von Erstattungsleistungen Dritter und von sonstigen Einnahmen verbleibenden Gesamtausgaben.

2001 gegenüber 2000:

323,8 Tsd. DM weniger wegen Rückgangs der Ausgaben.

2002 gegenüber 2001:

64,4 Tsd. DM mehr wegen höherer Ausgaben.

Zu 10 04/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 04/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 04/441 01

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 04/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	12,5	12,5
2. Umzugskostenvergütungen	12,5	12,5
Zusammen	25,0	25,0

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	211	Geschäftsbedarf	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 4,4 10,6
512 01-1	211	Bücher und Zeitschriften	19,0 (9,7)	19,0 (9,7)	A B C	18,0 17,6 14,8
513 01-0	211	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	14,5 (7,4)	14,5 (7,4)	A B C	12,5 12,8 10,7
515 01-8	211	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B	12,0 1,0
518 01-5	211	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	266,0 245,5 241,2
518 11-3	211	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A C	12,0 10,7
525 01-6	211	Aus- und Fortbildung	17,0 (8,7)	17,0 (8,7)	A B C	17,0 10,6 13,1
527 01-4	211	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	205,0 (104,8)	205,0 (104,8)	A B C	250,0 101,5 189,3
546 49-5	211	Vermischte Verwaltungsausgaben	2,6 (1,3)	2,6 (1,3)	A B C	3,0 0,5 2,8
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-8	211	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 02-2	990	Erstattung der Versorgungsanteile für die Beamten des Landesprüfungsamtes an das Land <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 40 v.H. der Mehrausgaben bei 422 01, 422 11 und 422 31.</i>	1.273,8 (651,3)	1.299,3 (664,3)	A B C	1.395,2 1.110,4 1.171,2
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
513 99-3	211	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A C	10,0 1,1
515 99-1	211	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A C	20,0 1,0

Erläuterungen

Zu 10 04/513 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Entgelte für Postdienstleistungen	2,0	2,0
2.	Laufende Fernmeldekosten	11,0	11,0
3.	Mieten, Wartung und Sonstiges	1,5	1,5
Zusammen		14,5	14,5

Zu 10 04/515 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	5,0	5,0
2.	Wartung und Reparaturen	5,0	5,0
Zusammen		10,0	10,0

Zu 10 04/518 01
Nutzungsentschädigung für die Diensträume des Landesprüfungsamtes im StMAS.

Zu 10 04/518 11
Miete für ein Fotokopiergerät.

Zu 10 04/527 01
2001 gegenüber 2000:
45,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 04/546 49
Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 04/981 02
Erstattung des Versorgungsaufwands zugunsten 13 20/382 71 in Form einer Pensionsrücklage in Höhe von 40 v.H. des Aktivbruttogehalts der Beamten.

Zu 10 04/99
Veranschlagt sind Aufwendungen für erforderliche Ersatzbeschaffungen im Hardware-Bereich sowie für den laufenden Betrieb des ADV-Systems im Landesprüfungsamt.

Zu 10 04/513 99		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Entgelte für Postdienstleistungen	2,0	2,0
2.	Laufende Fernmeldekosten	2,0	2,0
3.	Mieten, Wartung und Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen		5,0	5,0

Zu 10 04/515 99		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	12,0	12,0
2.	Wartung und Reparaturen	3,0	3,0
Zusammen		15,0	15,0

10 04 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
518 99-8	211	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
522 99-2	211	Verbrauchsmittel	3,0 (1,5)	4,0 (2,0)	A B C	3,0 2,8 2,8
525 99-9	211	Aus- und Fortbildung	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	15,0 0,1 0,2
533 99-9	211	Nebenkosten der Datenverarbeitung	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A	2,0
534 99-8	211	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	145,0 (74,1)	145,0 (74,1)	A B C	145,0 128,5 141,5
812 99-1	211	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	50,0 (25,6)	40,0 (20,5)	A	40,0
813 99-0	211	Erwerb von Software	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	15,0 0,7 9,7
Summe der Titelgruppe			250,0 (127,8)	241,0 (123,2)	A B C	250,0 132,1 156,3
Gesamtausgaben			5.927,5 (3.030,7)	6.019,6 (3.077,8)	A B C	6.390,2 5.210,2 5.526,4
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 - 1,4
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.147,9 (2.120,8)	4.212,3 (2.153,7)	A B C	4.471,7 3.660,9 3.826,4
Gesamteinnahmen			4.149,9 (2.121,8)	4.214,3 (2.154,7)	A B C	4.473,7 3.660,9 3.827,8
		Personalausgaben	3.865,6 (1.976,4)	3.941,2 (2.015,1)	A B C	4.144,5 3.573,8 3.705,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	723,1 (369,7)	724,1 (370,2)	A B C	795,5 525,3 639,8
		Sonstige Sachinvestitionen	65,0 (33,2)	55,0 (28,1)	A B C	55,0 0,7 9,7
		Besondere Finanzierungsausgaben	1.273,8 (651,3)	1.299,3 (664,3)	A B C	1.395,2 1.110,4 1.171,2
Gesamtausgaben			5.927,5 (3.030,7)	6.019,6 (3.077,8)	A B C	6.390,2 5.210,2 5.526,4
Zuschuss			1.777,6 (908,9)	1.805,3 (923,0)	A B C	1.916,5 1.549,3 1.698,6

Erläuterungen

Zu 10 04/812 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Beschaffung von PC's und Notebooks für DV-unterstützte Prüfungen	40,0	26,0
2. Beschaffung von Druckern u.ä.	6,0	10,0
3. Einrichtungen für Datenschutz und Datensicherheit	4,0	4,0
Zusammen	50,0	40,0

Zu 10 04/813 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Standardsoftware	15,0	15,0
2. Individualsoftware	-	-
Zusammen	15,0	15,0

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
119 01-5	252	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
182 01-7	252	Rückzahlungen aus Darlehen	---	---	A	---
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
251 01-3	252	Zuweisungen des Bundes für Modellvorhaben im Rahmen der beruflichen Bildung Behinderter <i>Vgl. Vermerk zu TG 78.</i>	---	---	A	---
251 02-2	252	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der beruflichen Bildung <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A C	--- 9,9
251 03-1	253	Zweckgebundene Zuweisungen zu den Kosten der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften <i>Vgl. Vermerk zu TG 76.</i>	---	---	A	---
251 05-9	252	Zuweisungen des Bundes für die Begabtenförderung Städtische Hauswirtschaft <i>Vgl. Vermerk zu 681 03.</i>	---	---	A B C	--- 0,5 11,8
271 01-9	252	Beiträge zu den Kosten der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung <i>Vgl. Vermerk zu TG 74.</i>	---	---	A B	--- 2,7
281 11-5	252	Rückerstattungen aus Zuschüssen	2.200,0 (1.124,8)	2.200,0 (1.124,8)	A B C	2.000,0 2.224,9 1.607,7
287 06-6	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 3 der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 87.</i>	7.400,0 (3.783,6)	1.400,0 (715,8)	A B C	16.000,0 21.515,3 22.683,7
287 07-5	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 4 der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 88.</i>	2.700,0 (1.380,5)	500,0 (255,6)	A B C	7.000,0 9.436,3 9.039,7
287 08-4	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 5b der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 89.</i>	15.500,0 (7.925,0)	3.100,0 (1.585,0)	A B C	19.000,0 21.759,2 16.847,5
287 09-3	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 2 der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1996) <i>Vgl. Vermerk zu TG 90.</i>	---	---	A	---

Erläuterungen**Vorbemerkung zu Kapitel 10 05**

Aus den Mitteln des Kapitel 10 05 werden Maßnahmen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik, der Betreuung ausländischer Arbeitskräfte, der Berufshilfe, der beruflichen Bildung, insbesondere Maßnahmen des Bayerischen Jugendwerks und der freiwilligen sozialen Dienste sowie Maßnahmen und Einrichtungen der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation gefördert.

Zu 10 05/119 01

Schutzgebühren usw.

Zu 10 05/182 01

Rückflüsse aus nicht verwendeten Darlehen.

Zu 10 05/251 01 bis 251 05

Für zweckgebundene Zuweisungen des Bundes:

1. Tit. 251 01 - zur Förderung von Modellvorhaben im Rahmen der beruflichen Bildung Behinderter; Ausgabe bei Titelgruppe 78.
2. Tit. 251 02 - zur Förderung von Entwicklungsarbeiten im Bereich der beruflichen Bildung; Ausgabe bei Titelgruppe 74.
3. Tit. 251 03 - für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften; Ausgabe bei Titelgruppe 76.
4. Tit. 251 05 - aus dem Begabtenförderungsprogramm für die Regierung von Mittelfranken als zuständige Stelle für die Berufsbildung in der städtischen Hauswirtschaft; Ausgabe bei Titel 681 03.

Zu 10 05/271 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Kostenbeiträgen von Teilnehmern an Veranstaltungen im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung; Ausgabe bei Titelgruppe 74.

Zu 10 05/281 11

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

2001 gegenüber 2000:

200,0 Tsd. DM mehr aufgrund der zu erwartenden Einnahmen.

Zu 10 05/287 06 bis 287 29

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Einnahmen aus zweckgebundenen Zuweisungen des Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern von der EU im Rahmen der entsprechenden Einheitlichen Programmplanungsdocumente bzw. Operationellen Programme zur Verfügung gestellt werden (Förderzeitraum 1994 - 1999). Die Zuweisungen erfolgen in Tranchen nach Teilbeträgen und Jahren.

Die ESF-Mittel werden über die jeweils entsprechende Ausgabeteilgruppe (Titelgruppen 51 bis 53 und 87 bis 97) abgewickelt.

Erforderliche Landeskompentärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen.

Vgl. auch Erläuterungen zu TG 51 bis 53 sowie 87 bis 97.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
287 16-4	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für INNOVATIVE MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 und der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93 und Nr. 2082/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 51.</i>	---	---	A B C	--- 141,8 463,1
287 20-8	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 91.</i>	1.300,0 (664,7)	200,0 (102,3)	A B C	2.900,0 2.376,9 1.538,0
287 21-7	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative ADAPT der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 92.</i>	1.100,0 (562,4)	200,0 (102,3)	A B C	5.000,0 7.660,0 4.270,4
287 23-5	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (Operationelles Programm Bayern-Tschechien) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 94.</i>	700,0 (357,9)	200,0 (102,3)	A B	600,0 1.154,7
287 24-4	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative KONVER II der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 95.</i>	4.000,0 (2.045,2)	800,0 (409,0)	A	2.500,0
287 25-3	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative LEADER II der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 96.</i>	1.400,0 (715,8)	300,0 (153,4)	A B	--- 250,0
287 26-2	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative RESIDER II der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 97.</i>	300,0 (153,4)	100,0 (51,1)	A	800,0
287 28-0	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (Operationelles Programm Bayern-Österreich) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 52.</i>	1.800,0 (920,3)	500,0 (255,6)	A B	1.000,0 2.972,4
287 29-9	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 2 der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1997 - 1999) <i>Vgl. Vermerk zu TG 53.</i>	2.300,0 (1.176,0)	600,0 (306,8)	A B	2.000,0 3.537,5
287 30-6	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 2 gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 54.</i>	8.000,0 (4.090,3)	16.000,0 (8.180,7)	A	---
287 31-5	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für das Ziel 3 gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 55.</i>	28.000,0 (14.316,2)	60.000,0 (30.677,5)	A	---

Zu 10 05/287 30 bis 287 33

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Einnahmen sowie Leertitel für zweckgebundene Zuweisungen des Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern von der EU im Rahmen der entsprechenden Einheitlichen Programmplanungsdokumente bzw. Programme innerhalb des Förderzeitraums 2000 - 2006 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen in Tranchen nach Teilbeträgen und Jahren.

Die ESF-Mittel werden über die jeweils entsprechende Ausgabetitelgruppe (Titelgruppen 54 bis 57) abgewickelt. Erforderliche Landeskompentärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen. Vgl. auch Erläuterungen zu TG 54 bis 57.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
287 32-4	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative EQUAL nach Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1784/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 56.</i>	---	---	A	---
287 33-3	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für INNOVATIVE MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 1784/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 57.</i>	---	---	A	---
<u>287 34-2</u>	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG (Programm Bayern-Tschechien) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 58.</i>	---	---	A	
<u>287 35-1</u>	253	Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE) für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG (Programm Bayern-Österreich) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Vgl. Vermerk zu TG 59.</i>	---	---	A	
Gesamteinnahmen			76.700,0 (39.216,1)	86.100,0 (44.022,2)	A B C	58.800,0 73.032,2 56.471,8
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 02-8	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung <i>Zu 412 02 und 536 02: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	10,0 3,3 1,9
459 01-3	252	Prüfungsvergütungen	550,0 (281,2)	550,0 (281,2)	A B C	400,0 427,9 410,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
536 01-0	299	Kosten des Landesbeirates für Behindertenhilfe in Bayern	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A	2,0
536 02-9	011	Sachkosten des Landesausschusses für Berufsbildung <i>Vgl. Vermerk zu 412 02.</i>	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	1,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
681 02-2	253	Beihilfen für die Internatsunterbringung benachteiligter Jugendlicher zur Eingliederung in Beruf und Arbeit <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	***	A B C	120,0 14,5 29,9

Erläuterungen

Zu 10 05/287 34 und 287 35

Veranschlagt sind Leertitel für die Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE), die dem Freistaat Bayern von der EU im Rahmen der Programme für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG (Bayern-Tschechien und Bayern-Österreich) innerhalb des Förderzeitraums 2000 - 2006 zur Verfügung gestellt werden. Die Zuweisungen erfolgen in Tranchen nach Teilbeträgen und Jahren.

Die EFRE-Mittel werden über die jeweils entsprechende Ausgabetitelgruppe (Titelgruppen 58 und 59) abgewickelt.

Erforderliche Landeskomplementärmittel werden bei den zutreffenden Titeln bzw. Titelgruppen nachgewiesen.

Vgl. auch Erläuterungen zu TG 58 und 59.

Zu 10 05/412 02

Nach § 54 Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl I S. 1112), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14. Dezember 1976 (BGBl I S. 3378), ist beim Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit der Landesausschuss für Berufsbildung zu bilden, der die Staatsregierung in Fragen der beruflichen Bildung zu beraten hat.

Veranschlagt sind die Entschädigungen für Barauslagen und Zeitversäumnis der Mitglieder.

Die Mittel für Sachkosten des Ausschusses sind bei Titel 536 02 veranschlagt.

Zu 10 05/459 01

Entschädigung der Prüfer in den Ausbildungsberufen Hauswirtschafter/Hauswirtschafterin bzw. Hauswirtschaftstechnischer Helfer/Hauswirtschaftstechnische Helferin.

Außerdem Erstattung der im Zusammenhang mit den Prüfungen entstehenden Fahrtkosten, Mieten für die Prüfungsräume sowie Kosten der Schulung des Prüfungspersonals.

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM mehr infolge Zunahme der Prüfungsteilnehmer und -dauer sowie aufgrund von Kostensteigerungen.

Zu 10 05/536 01

Der Landesbeirat hat vor allem die Aufgabe, die Maßnahmen auf dem Gebiet der Rehabilitation zu koordinieren. Aus dem Ansatz werden Referentenhonorare, Besichtigungsfahrten usw. sowie die Kosten von Unterausschüssen finanziert.

Zu 10 05/536 02

Der Landesausschuss für Berufsbildung und seine Unterausschüsse beraten die Staatsregierung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen (Drucksachen des Bundestages, des Bundesrates, des Landtages usw.) sowie die Durchführung von Besichtigungsfahrten und Referentenhonorare finanziert.

Die Mittel für die Vergütung der Mitglieder sind bei Titel 412 02 veranschlagt.

Zu 10 05/681 02

2001 gegenüber 2000:

120,0 Tsd. DM weniger infolge Einstellung des Förderprogramms mit Ablauf des Schuljahres 1999/2000.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
681 03-1	252	Begabtenförderung des Bundes für die städtische Hauswirtschaft <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 251 05. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A B C	--- 0,5 11,8
684 01-0	299	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen im Rahmen des Landesprogrammes "Arbeit statt Sozialhilfe" <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 440,0 415,0
Titelgruppen						
51 Maßnahmen zur Umsetzung von INNOVATIVEN MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 und der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93 und Nr. 2082/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 287 16. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>						
428 51-0	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 51-6	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 51-6	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 51-2	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 51-8	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A B C	--- 203,8 401,0
812 51-4	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- 203,8 401,0

Zu 10 05/681 03

Vgl. Erläuterung zu 251 05.

Zu 10 05/684 01

Förderung von Maßnahmen zur Schaffung und Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten sowie zur Qualifizierung im Sinne der §§ 18, 19 und 20 Bundessozialhilfegesetz. Die staatlichen Zuschüsse dienen insbesondere der Sicherstellung der sozialpädagogischen Begleitung in den einzelnen Maßnahmen.

Zu 10 05/51

Im Rahmen von INNOVATIVEN MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2084/93 fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen innovativer Art zur beruflichen Bildung und ganz allgemein zur Förderung der Beschäftigung sowie Studien, technische Hilfe und Erfahrungsaustausch, Maßnahmen des sozialen Dialogs und Modellvorhaben mit Erfahrungsaustausch.

Vgl. auch Erläuterungen zu 10 05 TG 87 bis 97.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		52 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms Bayern-Österreich für die Gemeinschaftsinitiative Interreg II (Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 28. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 52-9	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 52-5	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 52-5	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 52-1	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 52-7	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.800,0 (920,3)	500,0 (255,6)	A B C	1.000,0 715,6 830,9
812 52-3	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	1.800,0 (920,3)	500,0 (255,6)	A B C	1.000,0 715,6 830,9
		53 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 2 (Umstellung der von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffenen Regionen) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1997 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 29. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 53-8	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 82,2 77,9

Zu 10 05/52

Im Rahmen des Operationellen Programms "Bayern-Österreich" zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln insbesondere Maßnahmen zur Qualifizierung und beschäftigungswirksame Maßnahmen, vor allem für Arbeitslose, Frauen und Personen, die von Veränderungen grenzbezogener Tätigkeiten infolge des einheitlichen Binnenmarktes unmittelbar oder mittelbar betroffen sind.

Ziel der Maßnahmen ist es insbesondere, durch Entwicklung menschlicher Ressourcen die Gebiete an den Außengrenzen der Europäischen Union bei der Bewältigung besonderer Entwicklungsprobleme infolge ihrer relativen Isolierung flankierend zu unterstützen sowie die Anpassung der Gebiete an ihre neue Rolle als Grenzgebiete eines einheitlichen integrierten Marktes im Hinblick auf die Beschäftigung zu begleiten.

Vgl. auch Erläuterungen zu 10 05 TG 87 bis 97.

Zu 10 05/53

Im Rahmen von Ziel 2 (Umstellung der Regionen, Grenzregionen oder Teilregionen einschließlich Arbeitsmarktregionen und Verdichtungsräume, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Förderung von Beschäftigungswachstum und -stabilität dienen (Förderzeitraum 1997 bis 1999).

Vgl. auch Erläuterungen zu 10 05 TG 87 bis 97.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
547 53-4	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 3,2 12,2
653 53-4	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 9,7 3,7
681 53-0	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 53,4 81,5
685 53-6	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	2.300,0 (1.176,0)	600,0 (306,8)	A B C	2.000,0 3.270,8 2.940,5
812 53-2	253	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			2.300,0 (1.176,0)	600,0 (306,8)	A B C	2.000,0 3.419,3 3.115,8
<p>54 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungs-dokuments für das Ziel 2 (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen) gemäß den Verordnungen (EG) Nr. 1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006)</p> <p><i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 30. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i></p>						
428 54-7	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 54-3	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 54-3	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 54-9	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 54-5	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	8.000,0 (4.090,3)	16.000,0 (8.180,7)	A	---
812 54-1	253	Erwerb von Geräten, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			8.000,0 (4.090,3)	16.000,0 (8.180,7)	A B C	- - -

Zu 10 05/54 bis 56

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Ausgaben bzw. Leertitel für Ausgaben im Zusammenhang mit den Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern von der EU auf der Grundlage von Einheitlichen Programmplanungsdokumenten für die Ziele 2 und 3 sowie des Programms für die Gemeinschaftsinitiative EQUAL zur Verfügung gestellt werden (Förderzeitraum 2000 - 2006). Der Freistaat Bayern setzt diese Mittel für Maßnahmen bzw. Tätigkeiten ein, die insgesamt vor allem der Verhinderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Entwicklung der Humanressourcen, der Integration in den Arbeitsmarkt und der Förderung der Beschäftigung dienen.

Der ESF beteiligt sich nur mit einem bestimmten Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Maßnahmen bzw. Tätigkeiten. Die erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von ESF-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt.

Die bei den Titelgruppen veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den diesbezüglichen Einnahmetiteln (vgl. 287 30 bis 287 32).

Zu 10 05/54

Im Rahmen von Ziel 2 (Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen bzw. Tätigkeiten zur Entwicklung menschlicher Ressourcen, um insbesondere eine positive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung sowie die wirtschaftliche und soziale Umstellung zu unterstützen. Die Förderung richtet sich nach dem Einheitlichen Programmplanungsdokument für das Ziel 2 (Förderzeitraum 2000 - 2006).

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		55 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 3 (Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme) gemäß den Verordnungen (EG) Nr.1260/99 und Nr. 1784/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 31. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 55-6	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 55-2	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 55-2	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 55-8	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 55-4	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	28.000,0 (14.316,2)	60.000,0 (30.677,5)	A	---
812 55-0	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	28.000,0 (14.316,2)	60.000,0 (30.677,5)	A B C	- - -
		56 Maßnahmen zur Umsetzung des Programms für die Gemeinschaftsinitiative EQUAL (transnationale Zusammenarbeit zur Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt) nach Art. 5 der Verordnung (EG) Nr. 1784/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 287 32. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 56-5	253	Personalausgaben	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 05/55

Im Rahmen von Ziel 3 (Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen bzw. Tätigkeiten insbesondere in folgenden Bereichen:

- Entwicklung und Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitiken zur Bekämpfung und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Verhinderung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Erleichterung der Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen sowie zur Unterstützung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen und von Berufsrückkehrern.
- Förderung der Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung der vom gesellschaftlichen Ausschluss Bedrohten.
- Förderung und Verbesserung der Bildung sowie der Beratung im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens zur Förderung des Zugangs bzw. der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, der Beschäftigungsfähigkeit und der beruflichen Mobilität.
- Förderung von qualifizierten, ausgebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräften, der Innovation und der Anpassungsfähigkeit bei der Arbeitsorganisation, der Entwicklung des Unternehmergeistes, der Erleichterung zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Qualifizierung und Verstärkung des Arbeitskräftepotentials in Forschung, Wissenschaft und Technologie.
- Spezifische Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zum und ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt, einschließlich ihres beruflichen Aufstiegs, ihres Zugangs zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten und zum Unternehmertum, sowie Verringerung der geschlechtsspezifischen vertikalen und horizontalen Aufgliederung des Arbeitsmarktes.
- Förderung lokaler Beschäftigungsinitiativen sowie territorialer Beschäftigungsbündnisse.

Die Förderung richtet sich nach dem Einheitlichen Programmplanungsdokument für das Ziel 3 (Förderzeitraum 2000 - 2006).

Zu 10 05/56

Im Rahmen des Programms für die Gemeinschaftsinitiative EQUAL (transnationale Zusammenarbeit zur Förderung neuer Methoden zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln insbesondere transnationale Zusammenarbeit und transnationale Aktionen bzw. Entwicklungspartnerschaften, mit denen versuchsweise neue Wege zur Umsetzung der Arbeitsmarkt-/Beschäftigungspolitik entwickelt, durchgeführt und verbreitet werden, um Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art zu bekämpfen, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt bestehen (Förderzeitraum 2000 - 2006). Im Vordergrund stehen dabei die Beschäftigungsfähigkeit, der Unternehmergeist, die Anpassungsfähigkeit sowie die Chancengleichheit von Frauen und Männern.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
547 56-1	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 56-1	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 56-7	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 56-3	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	---
812 56-9	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
<u>893 56-1</u>	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- - -
57 Maßnahmen zur Umsetzung von INNOVATIVEN MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 1784/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000 - 2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 287 33. Rückennahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>						
428 57-4	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 57-0	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 57-0	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 57-6	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 57-2	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	---
812 57-8	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- - -

Erläuterungen

Zu 10 05/57

Im Rahmen von INNOVATIVEN MASSNAHMEN nach Art. 6 der Verordnung (EG) Nr. 1784/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 kann der Freistaat Bayern auf Entscheidung der Europäischen Kommission aus ESF-Mitteln insbesondere Maßnahmen innovativer Art und Pilotprojekte im Bereich von Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Berufsbildung sowie Studien, technische Hilfe und Erfahrungsaustausch mit Multiplikatorwirkung bzw. Maßnahmen, die im Rahmen des sozialen Dialogs für Unternehmenspersonal in zwei oder mehr Mitgliedstaaten bestimmt sind und auf die Weitergabe von spezifischen Kenntnissen in den Interventionsbereichen des ESF abstellen, fördern.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		58 Maßnahmen zur Umsetzung des Programms Bayern-Tschechien für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG (grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000-2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 287 34. Rückerneinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmässig auszugleichen.</i>				
<u>428 58-3</u>	253	Personalausgaben	---	---	A	
<u>547 58-9</u>	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	
<u>653 58-9</u>	253	Zuweisungen an Gemeinden und GV	---	---	A	
<u>681 58-5</u>	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	
<u>685 58-1</u>	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	
<u>812 58-7</u>	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	
<u>893 58-9</u>	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	
		Summe der Titelgruppe	- (-)	- (-)	A B C	- - -

Zu 10 05/58 und 59

Veranschlagt sind Leertitel für Ausgaben im Zusammenhang mit Zuweisungen aus dem Europäischen Regionalfonds (EFRE), die dem Freistaat Bayern von der EU auf der Grundlage der Programme für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG zur Verfügung gestellt werden (Förderzeitraum 2000 - 2006). Der Freistaat Bayern setzt diese Mittel für die betreffenden Regionen insbesondere für arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogene Maßnahmen bzw. Tätigkeiten mit grenzübergreifendem Charakter oder grenzübergreifenden Wirkungen ein.

Der EFRE beteiligt sich nur mit einem bestimmten Finanzierungsanteil an den Gesamtkosten der entsprechenden Maßnahmen bzw. Tätigkeiten. Die erforderlichen nationalen öffentlichen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von EFRE-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt.

Die Titelgruppen korrespondieren mit den diesbezüglichen Einnahmetiteln (vgl. 287 34 und 287 35).

Zu 10 05/58

Im Rahmen des Programms Bayern-Tschechien für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG (grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds (EFRE) insbesondere arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogene Maßnahmen, die die Schaffung bzw. Entwicklung eines integrierten Arbeitsmarktes flankieren und die Stärkung der Humanressourcen unterstützen oder die Integration im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt erleichtern (Förderzeitraum 2000 - 2006). Die Förderung konzentriert sich dabei vor allem auf Maßnahmen mit grenzübergreifendem Charakter oder grenzübergreifenden Wirkungen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		59 Maßnahmen zur Umsetzung des Programms Bayern-Österreich für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG (grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) nach Art. 3 der Verordnung (EG) Nr. 1783/99 und der Verordnung (EG) Nr. 1260/99 (Förderzeitraum 2000-2006) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 287 35. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gem. Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmässig auszugleichen.</i>				
<u>428 59-2</u>	253	Personalausgaben	---	---	A	
<u>547 59-8</u>	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	
<u>653 59-8</u>	253	Zuweisungen an Gemeinden und GV	---	---	A	
<u>681 59-4</u>	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	
<u>685 59-0</u>	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A	
<u>812 59-6</u>	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	
<u>893 59-8</u>	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	
		Summe der Titelgruppe	- (-)	- (-)	A B C	- - -
		70 Dreijahres-Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen im Behindertenbereich <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten Kap. 10 07 TG 79 bis zu 1.000,0 Tsd. DM. Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
<u>883 70-5</u>	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	
<u>892 70-4</u>	236	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	

Erläuterungen

Zu 10 05/59

Im Rahmen des Programms Bayern-Österreich für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG (grenzübergreifende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen, ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Gesamtheit des gemeinschaftlichen Raums) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds (EFRE) insbesondere arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogene Maßnahmen, die die Schaffung bzw. Entwicklung eines integrierten Arbeitsmarktes unterstützen, das Funktionieren eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes verbessern, die Stärkung der Humanressourcen fördern oder die Integration im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt erleichtern (Förderzeitraum 2000 - 2006). Die Förderung konzentriert sich dabei vor allem auf Maßnahmen mit grenzübergreifendem Charakter oder grenzübergreifenden Wirkungen.

Zu 10 05/70

Veranschlagt ist der Mehrbedarf für die notwendige Schaffung von qualifizierten Heimplätzen für Menschen mit schwersten körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen. Mit dem Sonderinvestitionsprogramm werden vor allem unter der Trägerschaft der gemeinnützigen Wohlfahrts- und Behindertenverbände moderne Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten für Behinderte errichtet.

2001 gegenüber 2000:

25.000,0 Tsd DM mehr infolge Neuveranschlagung.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
893 70-3	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 50.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2001 in Höhe von 50.000,0 Tsd. DM werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2002 Tsd. DM 25.000,0</i> <i>2003 Tsd. DM 25.000,0</i>	25.000,0 (12.782,3)	25.000,0 (12.782,3)	A	
		Summe der Titelgruppe	25.000,0 (12.782,3)	25.000,0 (12.782,3)	A B C	- - -
		71 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 72.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
531 71-0	252	Druckkosten der Publikationsmittel	4,5 (2,3)	4,5 (2,3)	A B	4,5 0,5
540 71-9	252	Veranstaltungskosten	15,5 (7,9)	15,5 (7,9)	A B C	15,5 1,4 2,1
684 71-5	252	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	360,0 (184,1)	360,0 (184,1)	A B C	360,0 239,6 185,4
685 71-4	252	Zuschüsse an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.320,0 (674,9)	1.320,0 (674,9)	A B C	1.470,0 1.132,0 1.425,5
		Summe der Titelgruppe	1.700,0 (869,2)	1.700,0 (869,2)	A B C	1.850,0 1.373,5 1.613,0
		72 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten TG 71.</i>				
863 72-7	252	Darlehen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
893 72-1	252	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 50,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 50,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B	50,0 29,3
		Summe der Titelgruppe	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 29,3 -

Erläuterungen

Zu 10 05/71

1. Im Rahmen des Bayerischen Jugendwerkes werden insbesondere folgende vorrangige Maßnahmen gefördert
 - a) der Übergang von der Schule zur Arbeitswelt bei Leistungsgeminderten oder noch nicht berufsfähigen Jugendlichen - jedoch nicht für Behinderte im Sinne der Rehabilitation -, die ohne eine spezifische Heranführung an Ausbildung und Arbeit im Berufsleben scheitern würden;
 - b) die betriebliche Berufsausbildung vor allem im nichtindustriellen Bereich, insbesondere in der Hauswirtschaft;
 - c) die Verbesserung der Ausstattung der Maßnahmeträger, um die Erreichung der Ausbildungsziele zu gewährleisten;
 - d) die Fortbildung von Lehrkräften der Grundlehrgänge für Hauswirtschaft in fachlichen Veranstaltungen.Eine Förderung erfolgt grundsätzlich nur, wenn andere Kostenträger (Sozialhilfeträger, Eltern usw.) nicht zur Übernahme der Kosten herangezogen werden können.
2. Für die Maßnahme "Freiwillige Hauswirtschafts- und Familienhilfe" sind bei Titel 684 71 für 2001 und 2002 je 160,0 Tsd. DM veranschlagt.
3. Die individuelle Förderung der Teilnehmer an den Grundlehrgängen für Hauswirtschaft ist bei Titel 685 71 veranschlagt.
4. Die Förderung von Investitionsmaßnahmen erfolgt aus Titelgruppe 72.

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die Förderung jahresübergreifender Maßnahmen.

Zu 10 05/72

Förderung von Investitionen der bei Titelgruppe 71 erläuterten Maßnahmen.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Bewilligung von Zuschüssen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		73 Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 893 73 und 896 73. Titel 896 73 einseitig deckungsfähig zu Lasten 893 73 bis zur Höhe von 0,5 Mio DM. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
684 73-3	252	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 700,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 700,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	950,0 (485,7)	950,0 (485,7)	A B C	950,0 835,3 823,5
685 73-2	252	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	450,0 320,0 359,2
893 73-0	252	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.300,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.300,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0 (766,9)	1.500,0 (766,9)	A B C	2.100,0 300,0 2.715,0
896 73-7	252	Zuschüsse für Investitionen an Ausland	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	2.850,0 (1.457,2)	2.850,0 (1.457,2)	A B C	3.500,0 1.455,3 3.897,7
		74 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 02 und 271 01.</i>				
531 74-7	252	Druckkosten der Publikationsmittel	25,0 (12,8)	180,0 (92,0)	A B C	22,0 44,8 19,3
540 74-6	252	Veranstaltungskosten <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 650,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	160,0 (81,8)	970,0 (496,0)	A B C	565,0 1.035,7 28,9
685 74-1	252	Zuschüsse an Sonstige	115,0 (58,8)	350,0 (179,0)	A B C	113,0 350,8 36,7
		Summe der Titelgruppe	300,0 (153,4)	1.500,0 (766,9)	A B C	700,0 1.431,3 84,9
		75 Leistungen für aus Mitteln des Landes und der Bundesanstalt für Arbeit verstärkt geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
653 75-8	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 6.800,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 6.800,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.800,0 (3.988,1)	7.800,0 (3.988,1)	A B C	7.800,0 6.770,3 6.836,3

Erläuterungen**Zu 10 05/73**

Zur Berufsfindung Jugendlicher auf dem Sektor der Sozial- und Pflegeberufe ist die Förderung von Maßnahmen (z.B. im Rahmen des "freiwilligen sozialen Jahres") notwendig, die dem Jugendlichen Gelegenheit geben, seine Eignung zu erproben. Diese Maßnahmen, in der Regel von den freien Wohlfahrtsverbänden durchgeführt, bedürfen einer sorgfältigen und fachkundigen pädagogischen Betreuung und Führung. Insbesondere die im Zuge dieser Betreuung von den Maßnahmeträgern durchgeführten Kurse, Seminare und Veranstaltungen werden mit staatlichen Mitteln gefördert (684 73).

Verschiedene Organisationen führen laufend Maßnahmen der Berufshilfe - insbesondere zur Information der Arbeitnehmer über Fragen des Berufs- und Arbeitslebens und zur beruflichen Fortbildung - durch. Es liegt im staatlichen Interesse, diese berufsbildungs- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen zu fördern. Daneben wird auch die überfachliche Fortbildung gefördert, die von Arbeitgebervereinigungen, Gewerkschaften, kirchlichen Stellen und ähnlichen Organisationen getragen wird (685 73). Die Durchführung von Maßnahmen der Berufshilfe und der überfachlichen Fortbildung einschl. Veranstaltungen der Begegnung für Arbeitnehmer erfordert ein Netz von Stätten der Bildung und Begegnung. Mit den veranschlagten Mitteln werden die Errichtung, der Ausbau und die Renovierung (Modernisierung) solcher Stätten gefördert, soweit dies im öffentlichen Interesse liegt (893 73).

2001 gegenüber 2000:

650,0 Tsd. DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die Förderung jahresübergreifender Maßnahmen sowie die rechtzeitige Bewilligung der Zuschüsse für Investitionsvorhaben.

Zu 10 05/74

Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der beruflichen Bildung, der Ausbildungsbereitschaft und des Engagements für die Berufsbildung. Dabei werden der Allgemeinheit, insbesondere aber allen an der beruflichen Bildung Beteiligten, Orientierungshilfen gegeben. Ausbildungswilligkeit und -bereitschaft sollen insgesamt sowie im sozialpflegerischen Bereich im Besonderen erhalten und ausgebaut sowie fachliche Hilfen angeboten werden. Durch verstärkte Information und Beratung sollen Jugendliche für eine berufliche Ausbildung im dualen System gewonnen werden.

2001 gegenüber 2000:

450,0 Tsd. DM	weniger wegen wegfallender Kosten für den 7. Bayerischen Berufsbildungskongress
50,0 Tsd. DM	mehr zur Intensivierung der Maßnahmen
<hr/> 400,0 Tsd. DM	weniger

2002 gegenüber 2001:

1.200,0 Tsd. DM mehr für die Durchführung des 8. Bayerischen Berufsbildungskongresses.

Verpflichtungsermächtigung 2002:

Für den rechtzeitigen Abschluss von Verträgen sowie die Förderung jahresübergreifender Maßnahmen.

Zu 10 05/75

Die Mittel werden zur Durchführung zusätzlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen benötigt. Die geförderten Vorhaben dienen der Sicherung gefährdeter und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten, insbesondere für Langzeitarbeitslose in arbeitsmarktlichen Problemgebieten. Die Landesmittel werden ausschließlich für Maßnahmen bereitgestellt, an deren Finanzierung sich die Bundesanstalt für Arbeit auch im Rahmen der verstärkten ABM-Förderung nach § 266 SGB III beteiligt.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung von längerfristig laufenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
685 75-0	253	Zuschüsse an Sonstige	---	---	A	---
853 75-6	253	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 200,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 200,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A	200,0
863 75-4	253	Darlehen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
883 75-0	253	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
893 75-8	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			8.000,0 (4.090,3)	8.000,0 (4.090,3)	A B C	8.000,0 6.770,3 6.836,3
76 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 03.</i>						
<u>526 76-2</u>	253	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A	
531 76-5	253	Druckkosten der Publikationsmittel	---	---	A	---
540 76-4	253	Veranstaltungskosten	---	---	A C	---
653 76-7	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	100,0
681 76-3	253	Leistungen an natürliche Personen <i>Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu.</i>	---	---	A	---
684 76-0	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.500,0 (1.278,2)	2.500,0 (1.278,2)	A B C	1.100,0 1.652,7 3.057,2
863 76-3	253	Darlehen an Sonstige im Inland	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A	200,0
892 76-8	253	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	100,0
893 76-7	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	600,0 (306,8)	600,0 (306,8)	A B C	3.500,0 795,5 1.614,0
Summe der Titelgruppe			3.500,0 (1.789,5)	3.500,0 (1.789,5)	A B C	5.000,0 2.448,2 4.674,9

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		77 Förderung von Technologieberatungsagenturen <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
531 77-4	253	Veröffentlichungs-, Druckkosten	---	---	A	---
684 77-9	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
685 77-8	253	Zuschüsse an Sonstige im Inland <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 100,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 100,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	800,0 (409,0)	700,0 (357,9)	A B	850,0 50,0
893 77-6	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	150,0
		Summe der Titelgruppe	900,0 (460,2)	800,0 (409,0)	A B C	1.000,0 50,0 -

Erläuterungen**Zu 10 05/76**

Die Mittel werden für arbeitsmarktliche Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbesondere der beruflichen Orientierung, Vorbereitung und Eingliederung von Arbeitskräften eingesetzt. Förderungsfähig sind vor allem solche Maßnahmen, die den strukturpolitischen Zielvorstellungen Rechnung tragen, der Anpassung an technologische Veränderungen dienen oder im Zusammenwirken mit den Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit (insbesondere Auftragsmaßnahmen) durchgeführt werden. Gefördert werden auch Maßnahmen, die der Bekämpfung der Sockel- und Langzeitarbeitslosigkeit dienen (z.B. staatliche Anschubförderung für Projekte mit Modellcharakter und Projekte der "gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung"). Förderungsfähig sind auch Projekte, deren Zielsetzung die Bekämpfung der Akademikerarbeitslosigkeit ist (Projekt "Student und Arbeitsmarkt e.V." und ähnliche Vorhaben).

2001 gegenüber 2000:

1.500,0 Tsd. DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung längerfristig laufender Maßnahmen.

Zu 10 05/77

Die Mittel werden zur Information, Beratung und Qualifikation von Arbeitnehmer/innen und ihren betrieblichen sowie überbetrieblichen Interessenvertretungen in Fragen technologischer Veränderungen eingesetzt. Zur Durchführung geeigneter Maßnahmen wird der Betrieb der eingerichteten Technologieberatungsagenturen finanziell unterstützt. Ziel ist es, bei betrieblichen Veränderungen ein produktives Co-Management der Betriebsräte mit der Unternehmensleitung herbeizuführen. Betriebsräte sollen durch entsprechende Schulungen in die Lage versetzt werden, technologische Neuerungen für den Betrieb zu beurteilen, Vorurteile abzubauen und entsprechende Umstellungen positiv zu begleiten. Durch die Anpassung an die technologischen Veränderungen können Arbeitsplätze erhalten und ggf. neue geschaffen werden.

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:

100,0 Tsd. DM weniger wegen wegfallender einmaliger Anlaufkosten.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung längerfristiger Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		78 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Behinderte, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig, Titel 536 78 bis zu 100,0 Tsd. DM.</i> <i>Titel der TG einseitig deckungsfähig zu Lasten Kap. 10 07 Tit. 681 80 bis zu 2.000,0 Tsd. DM.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 01.</i>				
526 78-0	253	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	87,0 (44,5)	87,0 (44,5)	A B C	87,0 375,3 370,2
531 78-3	299	Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen	63,0 (32,2)	63,0 (32,2)	A B C	63,0 82,9 17,7

Erläuterungen**Zu 10 05/78**

Die Behinderten bedürfen einer umfassenden Hilfe des Freistaates Bayern, um ihre besondere Lebenssituation meistern zu können. Das Staatsministerium fördert daher insbesondere folgende Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen (Dritter Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung, Art. 13 Abs. 1 AGBSHG):

- Vgl. auch Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe im Anschluss an die Erläuterungen zu dieser Titelgruppe. -

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
Förderung von Maßnahmen:		
1. Ambulante Maßnahmen im Bereich der Frühförderung und der beruflichen Rehabilitation, Beratungs- und Betreuungsdienste der offenen Behindertenarbeit, Selbsthilfefaktionen für Behinderte und chronisch Kranke	12.400,0	10.900,0
2. Behindertensport	1.750,0	1.750,0
3. Gesellschaftliche Integration Behinderter (z. B. Begegnungsveranstaltungen, Orientierungs- und Kommunikationshilfen, Öffentlichkeitsarbeit für Behinderte durch Dritte)	3.000,0	3.000,0
4. Gewinnung und Fortbildung von Personal für Behinderte sowie Elternkurse	1.000,0	1.000,0
5. Behindertenverbände, die in der Betreuung behinderter auf Landesebene bedeutsam wirken	300,0	300,0
6. Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet der Rehabilitation	63,0	63,0
7. Kurzaufenthalte in Behindertenheimen	150,0	150,0
8. Wissenschaftliche Vertiefung der Rehabilitation, Forschung	87,0	87,0
9. Technische Hilfen für Behinderte	250,0	250,0
10. Veranstaltungen im Bereich der Heimaufsicht, Arbeitstagungen, Fachgespräche usw.	-	-
Maßnahmen zusammen	19.000,0	17.500,0

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Erläuterungen

Förderung von Einrichtungen:		2001	2001	2002	2002
		Haush.Betr. Tsd. DM	Verpfl.Erm. Tsd. DM	Haush.Betr. Tsd. DM	Verpfl.Erm. Tsd. DM
1.	Einrichtungen für die Frühförderung von behinderten Säuglingen und Kleinkindern	600,0	200,0	600,0	200,0
2.	Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation	-	-	-	-
3.	Einrichtungen für die Arbeits- und Berufsvorbereitung sowie die Ausbildung Behinderter (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	500,0	500,0	500,0	500,0
4.	Einrichtungen für die Fortbildung und Umschulung Behinderter (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	100,0	-	100,0	-
5.	Werkstätten für Behinderte (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0
6.	Behindertengerechte Umwelt	300,0	-	300,0	-
7.	Gemeinschaftseinrichtungen und Tagesbetreuungsstätten und -wohnheime (Weitere Ausgabemittel stehen bei Kap. 10 03 TG 87 zur Verfügung)	12.600,0	10.300,0	13.600,0	11.300,0
8.	Einrichtungen für die Pflege und Betreuung Behinderter	11.400,0	11.000,0	11.400,0	11.000,0
9.	Einrichtungen der sozialen Rehabilitation	-	-	-	-
	Einrichtungen zusammen	26.500,0	23.000,0	27.500,0	24.000,0
	Maßnahmen und Einrichtungen insgesamt	45.500,0	23.000,0	45.000,0	24.000,0

2001 gegenüber 2000:

2.500,0 Tsd. DM mehr zur verstärkten Förderung der offenen Behindertenarbeit sowie von Investitionsvorhaben.

2002 gegenüber 2001:

500,0 Tsd. DM weniger aufgrund finanzwirtschaftlicher Erfordernisse.

Durch Haushaltsvermerk ist eine Mittelverstärkung bis zu 2.000,0 Tsd. DM zu Lasten Kap. 10 07 Tit. 681 80 möglich.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für Behindertenhilfe:

Zweckbestimmung (Haushaltsstelle)	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Bundesanteil an der Ausgabe von Wertmarken gemäß § 66 SchwbG (10 03/641 02)	4.700,0	4.700,0
2. Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz (10 03/681 01)	196.000,0	198.000,0
3. Unentgeltliche Beförderung Behinderter im Nahverkehr (10 03/682 01)	63.500,0	64.500,0
4. Zuschüsse an Arbeitgeber zur Erstattung des Schwerbeschädigtenurlaubs (10 03/683 02)	20,0	20,0
5. Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz (10 03/TG 87)	176.500,0	175.500,0
6. Leistungen an Impfgeschädigte (10 03/TG 88 und 89)	23.600,0	24.200,0
7. Leistungen an Opfer von Gewalttaten (10 03/TG 94, 95 und 96)	24.600,0	26.300,0
8. Landesplan für Behinderte (10 05/TG 78)	45.500,0	45.000,0
9. Erholungs- und Wohnungshilfe (10 06/643 03)	400,0	400,0
10. Allgemeine Maßnahmen der Schwerbehindertenfürsorge (10 06/685 04)	65,0	65,0
11. Leistungen der Kriegsopferfürsorge (10 06/TG 71 bis 74)	14.370,0	14.270,0
12. Heime und ähnliche Einrichtungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz (10 07/TG 79)	4.400,0	4.400,0
13. Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter (10 08/TG 97)	5.700,0	5.700,0
14. Erstattung von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger (10 20/636 01)	3.100,0	3.000,0
15. Verwaltungskostenersatz für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen (10 20/671 01)	110,0	100,0
Zusammen	562.565,0	566.155,0

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
536 78-8	299	Kosten des Behindertenbeauftragten <i>Aus dem Ansatz können auch Entschädigungen gewährt werden.</i>	---	---	A B	--- 33,3
540 78-2	299	Veranstaltungskosten	---	---	A B C	--- 480,2 88,0
653 78-5	235	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 78-8	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	18.450,0 (9.433,3)	16.950,0 (8.666,4)	A B C	16.950,0 20.015,4 19.864,2
685 78-7	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 454,7 419,1
862 78-2	236	Darlehen an private Unternehmen	---	---	A	---
863 78-1	236	Darlehen an Sonstige	---	---	A	---
883 78-7	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
892 78-6	236	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 78-5	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 23.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 24.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	26.500,0 (13.549,2)	27.500,0 (14.060,5)	A B C	25.500,0 18.200,7 17.217,4
Summe der Titelgruppe			45.500,0 (23.263,8)	45.000,0 (23.008,1)	A B C	43.000,0 39.642,5 37.976,6
79 Maßnahmen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, insbesondere zur Förderung der sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 79-9	253	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
531 79-2	253	Druckkosten der Publikationsmittel	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 3,6 4,3
540 79-1	253	Veranstaltungskosten	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 10,4 9,9
653 79-4	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 79-7	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.280,0 (2.188,3)	4.280,0 (2.188,3)	A B C	4.280,0 3.579,9 3.597,8

Erläuterungen

Zu 10 05/79

Zur Beratung und Betreuung der ehemals angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien sind die Aufnahmestaaten durch zwischen- und überstaatliche Vereinbarungen verpflichtet.

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln werden vorrangig die Personal- und Sachkosten der Sozialberatungsstellen in der Trägerschaft von Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband und Innerer Mission sowie stadtteilbezogene, zielgruppenspezifische Sozialarbeit, insbesondere auch im Rahmen nachbarschaftsbezogener Hilfen, gefördert. Außerdem werden die Aufgaben "Koordination Ausländerintegration" wahrgenommen.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die jahresübergreifende Förderung von Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
685 79-6	253	Zuschüsse an Sonstige	---	---	A	---
893 79-4	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A C	--- 35,0
Summe der Titelgruppe			4.300,0 (2.198,6)	4.300,0 (2.198,6)	A B C	4.300,0 3.593,9 3.647,0
80 Förderung der Berufsbildung in der städtischen Hauswirtschaft						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
531 80-9	252	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B	--- 13,1
540 80-8	252	Veranstaltungskosten	18,0 (9,2)	38,0 (19,4)	A B C	38,0 62,1 26,4
681 80-7	252	Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	25,0 20,5 21,0
684 80-4	252	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 85,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 85,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	233,0 (119,1)	228,0 (116,6)	A B C	210,0 165,8 202,8
685 80-3	252	Zuschüsse an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 15,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 15,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	34,0 (17,4)	19,0 (9,7)	A B C	27,0 19,8 14,9
Summe der Titelgruppe			320,0 (163,6)	320,0 (163,6)	A B C	300,0 281,3 265,1
81 Komplementärmittel zur Bindung von Zuweisungen der EU, insbesondere für die Entwicklung von Humanressourcen und die Förderung des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Landeskomplementärmittel können im Rahmen der Zweckbestimmung auch aus anderen Ansätzen des Epl. 10 erbracht werden (Art. 35 Abs. 2 Satz 1 BayHO).</i>						
547 81-0	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 72,5 10,0
653 81-0	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 134,4 250,2
681 81-6	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 76,9 1,7

Erläuterungen

Zu 10 05/80

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit ist als oberste Landesbehörde für Fragen der städtischen Hauswirtschaft und der außerschulischen Berufsbildung in der städtischen Hauswirtschaft zuständig.

Es ist Aufgabe des Staates, sich der Betreuung und Förderung der mit der Hauswirtschaft verbundenen Fragen anzunehmen, zumal es an einer Selbstverwaltungskörperschaft, vergleichbar den Kammern der Wirtschaft, fehlt.

Aus dem Ansatz werden insbesondere folgende Vorhaben finanziert bzw. gefördert:

1. Fachliche und berufsständische Veranstaltungen für in der Hauswirtschaft tätige Personen und Verbände (vgl. Titel 540 80).
2. Erstattung von Fahrt-, Unterkunfts- und Verpflegungskosten von Auszubildenden der städtischen Hauswirtschaft in einer überbetrieblichen Maßnahme (vgl. Titel 681 80).
3. Hauswirtschaftliche Bildungsmaßnahmen, Unterstützung der hauswirtschaftlichen Organisationen und Verbände sowie Unterstützung der Erschließung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich Hauswirtschaft (vgl. Titel 684 80).
4. Zuschüsse für die
 - Durchführung von Leistungs- und Berufswettbewerben in der Hauswirtschaft,
 - Ausstattung der Lehrgänge zur Vorbereitung auf die hauswirtschaftliche Meisterprüfung,
 - Durchführung "Bayer. Verbandstage" (vgl. Titel 685 80).

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die jahresübergreifende Förderung von Fortbildungslehrgängen, Modellprojekten und Wettbewerben.

Zu 10 05/81

Die Mittel werden ausschließlich zur Bindung von Zuweisungen aus dem ESF und dem EFRE verwendet.

Gefördert werden vor allem Maßnahmen bzw. Tätigkeiten im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) entsprechend den einschlägigen Verordnungen, insbesondere zur Entwicklung von Humanressourcen und zur Förderung des Arbeitsmarkts bzw. der Beschäftigung. In begrenztem Umfang werden mit den veranschlagten Mitteln auch entsprechende Maßnahmen bzw. Tätigkeiten im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Umsetzung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG kofinanziert.

2001 gegenüber 2000:

2.500,0 Tsd. DM mehr wegen erhöhtem Kofinanzierungsbedarf aus Landesmitteln.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Planung und Einleitung bzw. Bewilligung von Zuschüssen für längerfristig laufende Maßnahmen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
684 81-3	253	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	
685 81-2	253	Zuschüsse für laufende Zwecke <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 8.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 6.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2001 in Höhe von 8.000,0 Tsd. DM werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2002 Tsd. DM 4.000,0</i> <i>2003 Tsd. DM 3.000,0</i> <i>2004 Tsd. DM 1.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2002 in Höhe von 6.000,0 Tsd. DM werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2003 Tsd. DM 2.500,0</i> <i>2004 Tsd. DM 2.500,0</i> <i>2005 Tsd. DM 1.000,0</i>	7.500,0 (3.834,7)	7.500,0 (3.834,7)	A B C	5.000,0 4.181,3 12.534,1
893 81-0	253	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	
Summe der Titelgruppe			7.500,0 (3.834,7)	7.500,0 (3.834,7)	A B C	5.000,0 4.465,1 12.796,0
87 Maßnahmen zur Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts für das Ziel 3 (Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 06.</i> <i>Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu.</i> <i>Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>						
428 87-8	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 442,5 362,2
547 87-4	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 93,5 65,7
653 87-4	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 381,8 761,3
681 87-0	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 169,0 680,8

Erläuterungen

Zu 10 05/87 bis 97

Veranschlagt sind die voraussichtlichen Ausgaben im Zusammenhang mit den Zuweisungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die dem Freistaat Bayern von der EU auf der Grundlage von Einheitlichen Programmplanungsdokumenten bzw. Operationellen Programmen für die Ziele 2, 3, 4 und 5b sowie für die Gemeinschaftsinitiativen der Europäischen Strukturfondsförderung zur Verfügung gestellt werden (Förderzeitraum 1994 - 1999). Der Freistaat Bayern setzt diese Mittel für Maßnahmen ein, die der Förderung der Beschäftigung dienen. Gefördert werden arbeitsmarktliche Maßnahmen sowie Einzelpersonen.

Die Förderung aus dem ESF im Rahmen des Förderzeitraums 1994 - 1999 erstreckt sich entsprechend den genehmigten Programmplanungsdokumenten bzw. den entsprechenden Entscheidungen der Europäischen Kommission auf Ausgaben für Maßnahmen bis Ende 2001. Für das Jahr 2002 sind noch Restzahlungen für die bis Ende 2001 abgeschlossenen Maßnahmen bzw. getätigten Ausgaben der Endbegünstigten vorgesehen.

Der Finanzierungsanteil der ESF-Mittel an den Gesamtkosten der o.g. Maßnahmen beträgt in der Regel maximal 45 v.H. Die erforderlichen nationalen Kofinanzierungsmittel als komplementärer Anteil zur Bindung von ESF-Mitteln werden insbesondere aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, der Kommunen und aus verfügbaren Landesmitteln bereitgestellt. Daneben werden zur Kofinanzierung auch sonstige öffentliche und private Mittel herangezogen.

Die bei den folgenden Titelgruppen veranschlagten Ausgaben korrespondieren mit den diesbezüglichen Einnahmetiteln (vgl. 287 06 bis 287 26).

Zu 10 05/87

Im Rahmen von Ziel 3 fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen zur

- Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Arbeitslosen, die der Langzeitarbeitslosigkeit ausgesetzt sind,
- Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen, die eine Beschäftigung suchen,
- Eingliederung von Personen, denen der Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt droht,
- Chancengleichheit für Frauen im Hinblick auf die Beschäftigung, insbesondere in den Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind, und insbesondere für Frauen, die über keine berufliche Qualifikation verfügen oder die nach einer Phase der Nichterwerbstätigkeit wieder in das Berufsleben zurückkehren wollen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
685 87-6	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	7.400,0 (3.783,6)	1.400,0 (715,8)	A B C	16.000,0 17.773,7 22.132,6
812 87-2	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			7.400,0 (3.783,6)	1.400,0 (715,8)	A B C	16.000,0 18.860,5 24.002,6
<p>88 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 4 (Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999)</p> <p><i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 07. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i></p>						
428 88-7	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 387,8 373,1
547 88-3	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 8,9 39,1
653 88-3	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 88-9	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 88-5	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	2.700,0 (1.380,5)	500,0 (255,6)	A B C	7.000,0 7.236,1 7.883,0
812 88-1	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			2.700,0 (1.380,5)	500,0 (255,6)	A B C	7.000,0 7.632,8 8.295,2

Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Erläuterungen

Zu 10 05/88

Im Rahmen von Ziel 4 (Erleichterung der Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und an Veränderungen der Produktionssysteme) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die es den Arbeitskräften, insbesondere den von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitskräften, erleichtern, sich auf den industriellen Wandel sowie auf die Veränderungen der Produktionssysteme einzustellen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		89 Maßnahmen zur Umsetzung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 5b (Entwicklung des ländlichen Raumes) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 08. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 89-6	253	Personalausgaben	---	---	A B C	--- 248,2 209,0
547 89-2	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 3,3 45,9
653 89-2	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 732,0 612,0
681 89-8	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A B C	--- 9.568,1 8.672,1
685 89-4	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	15.500,0 (7.925,0)	3.100,0 (1.585,0)	A B C	19.000,0 15.197,6 17.395,1
812 89-0	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	15.500,0 (7.925,0)	3.100,0 (1.585,0)	A B C	19.000,0 25.749,2 26.934,1
		90 Maßnahmen zur Umsetzung des einheitlichen Programmplanungsdokuments für das Ziel 2 (Umstellung der von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffenen Regionen) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1996) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Einnahmen bei 287 09. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 90-3	253	Personalausgaben	---	---	A C	--- -107,7

Erläuterungen

Zu 10 05/89

Im Rahmen von Ziel 5b (Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch Erleichterung der Entwicklung und der Strukturanpassung der ländlichen Gebiete) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Förderung von Beschäftigungswachstum und -stabilität dienen.

Zu 10 05/90

Im Rahmen von Ziel 2 (Umstellung der Regionen, Grenzregionen oder Teilregionen einschließlich Arbeitsmarktregionen und Verdichtungsräume, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Förderung von Beschäftigungswachstum und -stabilität dienen (Förderzeitraum 1994 - 1996).

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
547 90-9	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 90-9	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 90-5	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A C	--- 69,8
685 90-1	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	---	---	A B C	--- 477,1 1.175,4
812 90-7	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- 477,1 1.137,5
<p>91 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms für die Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen (HORIZON/INTEGRA, NOW, YOUTHSTART)) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999)</p> <p><i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 20. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i></p>						
428 91-2	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 91-8	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 91-8	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 91-4	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 91-0	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.300,0 (664,7)	200,0 (102,3)	A B C	2.900,0 3.114,6 2.966,0
812 91-6	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			1.300,0 (664,7)	200,0 (102,3)	A B C	2.900,0 3.114,6 2.966,0

Erläuterungen

Zu 10 05/91

Die Gemeinschaftsinitiative "Beschäftigung und Entwicklung von Humanressourcen" besteht aus den drei Aktionsbereichen HORIZON/INTEGRA, NOW und YOUTHSTART. Der Freistaat Bayern fördert aus ESF-Mitteln transnationale Maßnahmen zur

- beruflichen Aus- und Weiterbildung und Integration sowie zur Schaffung von stabilen Arbeitsplätzen für Behinderte, bestimmte benachteiligte Gruppen und Personen, die unversehens mit einer für sie neuen sozioökonomischen Umgebung konfrontiert sind (HORIZON/INTEGRA),
- Förderung von Frauen, damit sie die positiven Auswirkungen, die vom Wirtschaftswachstum und von der technologischen Entwicklung erwartet werden, vollständig und im gleichen Umfang wie Männer nutzen können (NOW),
- Förderung junger Menschen, insbesondere solcher, die ohne Qualifikation von der Schule abgehen, um ihnen eine sinnvolle Beteiligung am Arbeitsmarkt zu ermöglichen (YOUTHSTART).

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		92 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms für die Gemeinschaftsinitiative ADAPT (Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 21. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 92-1	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 92-7	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 92-7	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A C	--- 59,6
681 92-3	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 92-9	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.100,0 (562,4)	200,0 (102,3)	A B C	5.000,0 5.033,8 6.016,6
812 92-5	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	1.100,0 (562,4)	200,0 (102,3)	A B C	5.000,0 5.033,8 6.076,2
		94 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms Bayern-Tschechien für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 23. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 94-9	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 94-5	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 05/92

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative ADAPT (Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel) fördert der Freistaat Bayern aus ESF-Mitteln transnationale Maßnahmen, die zur Anpassung der Arbeitnehmer an den industriellen Wandel und zur Verbesserung der Funktionsweise auf dem Arbeitsmarkt beitragen (z. B. Vermittlung von Ausbildung, Orientierung und Beratung, Prognosen, Förderung der Vernetzung und neue Beschäftigungsmöglichkeiten).

Zu 10 05/94

Im Rahmen des Operationellen Programms "Bayern-Tschechien" zur Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (Entwicklung von Grenzregionen, grenzübergreifende Zusammenarbeit und ausgewählte Energienetze) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Regionen aus ESF-Mitteln insbesondere Maßnahmen zur Qualifizierung und beschäftigungswirksame Maßnahmen, vor allem für Arbeitslose, Frauen und Personen, die von Veränderungen grenzbezogener Tätigkeiten infolge des einheitlichen Binnenmarktes unmittelbar oder mittelbar betroffen sind.

Ziel der Maßnahmen ist es insbesondere, durch Entwicklung der Humanressourcen die Gebiete an den Außengrenzen der Europäischen Union bei der Bewältigung besonderer Entwicklungsprobleme infolge ihrer relativen Isolierung flankierend zu unterstützen sowie die Anpassung der Gebiete an ihre neue Rolle als Grenzgebiete eines einheitlichen integrierten Marktes im Hinblick auf die Beschäftigung zu begleiten.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
653 94-5	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B C	--- 179,9 130,6
681 94-1	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 94-7	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	700,0 (357,9)	200,0 (102,3)	A B C	600,0 567,2 644,7
812 94-3	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			700,0 (357,9)	200,0 (102,3)	A B C	600,0 747,1 775,3
<p>95 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms für die Gemeinschaftsinitiative KONVER II (Rüstungs- und Standortkonversion) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999)</p> <p><i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 24. Rückerstattungen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i></p>						
428 95-8	253	Personalausgaben	---	---	A B	--- 47,1
547 95-4	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 6,3 3,3
653 95-4	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 95-0	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 95-6	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	4.000,0 (2.045,2)	800,0 (409,0)	A B	2.500,0 69,9
812 95-2	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			4.000,0 (2.045,2)	800,0 (409,0)	A B C	2.500,0 123,3 3,3

Erläuterungen

Zu 10 05/95

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative KONVER II (Rüstungs- und Standortkonversion) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Gebiete aus ESF-Mitteln Maßnahmen, die der Entwicklung der Humanressourcen im Hinblick auf die Problematik der Rüstungs- und Standortkonversion dienen.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		96 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms für die Gemeinschaftsinitiative LEADER II (Aktionen zur ländlichen Entwicklung auf Initiative der Kommission) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 25. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 96-7	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 96-3	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 96-3	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A B	--- 208,0
681 96-9	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 96-5	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	1.400,0 (715,8)	300,0 (153,4)	A B C	--- 553,1 368,2
812 96-1	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	1.400,0 (715,8)	300,0 (153,4)	A B C	- 761,1 368,2
		97 Maßnahmen zur Umsetzung des Operationellen Programms für die Gemeinschaftsinitiative RESIDER II (Wirtschaftliche Umstellung von Stahlrevieren) der Verordnungen (EWG) Nr. 2081/93, Nr. 2082/93 und Nr. 2084/93 (Förderzeitraum 1994 - 1999) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 287 26. Rückerinnahmen fließen den Ausgaben zu. Die nicht durch Einnahmen im laufenden Haushaltsjahr gedeckten Mehrausgaben sind im Rahmen der genehmigten Förderkonzepte als Vorgriff gemäß Art. 37 Abs. 6 BayHO nachzuweisen und innerhalb der Förderprogramme oder Ausgabeansätze für Investitionen (HGr. 7 und 8) des Epl. 10 kassenmäßig auszugleichen.</i>				
428 97-6	253	Personalausgaben	---	---	A	---
547 97-2	253	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 05/96

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative LEADER II (Aktionen zur ländlichen Entwicklung auf Initiative der Kommission) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Gebiete aus ESF-Mitteln insbesondere neuartige Konzepte für die berufliche Eingliederung von Personen am Rande des Existenzminimums sowie Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Ziel der Maßnahmen ist es, u.a. einen flankierenden Beitrag zur Entwicklung der ländlichen Gebiete zu leisten.

Zu 10 05/97

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative RESIDER II (Wirtschaftliche Umstellung von Stahlrevieren) fördert der Freistaat Bayern für die betreffenden Gebiete aus ESF-Mitteln insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen sowie beschäftigungswirksame Maßnahmen, die flankierend die wirtschaftliche Umstellung begleiten.

10 05 Allgemeine Bewilligungen - Arbeit und berufliche Bildung, berufliche und soziale Rehabilitation

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
653 97-2	253	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
681 97-8	253	Leistungen an natürliche Personen	---	---	A	---
685 97-4	253	Zuschüsse für laufende Zwecke	300,0 (153,4)	100,0 (51,1)	A B C	800,0 66,1 302,9
812 97-0	253	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			300,0 (153,4)	100,0 (51,1)	A B C	800,0 66,1 302,9
Gesamtausgaben			175.481,0 (89.722,0)	185.481,0 (94.834,9)	A B C	130.533,0 129.331,2 147.869,1
Abschluss						
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			76.700,0 (39.216,1)	86.100,0 (44.022,2)	A B C	58.800,0 73.032,2 56.471,8
Gesamteinnahmen			76.700,0 (39.216,1)	86.100,0 (44.022,2)	A B C	58.800,0 73.032,2 56.471,8
Personalausgaben			558,0 (285,3)	558,0 (285,3)	A B C	410,0 1.639,0 1.326,4
Sächliche Verwaltungsausgaben			406,0 (207,6)	1.391,0 (711,2)	A B C	818,0 2.331,0 746,7
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			120.267,0 (61.491,5)	128.282,0 (65.589,5)	A B C	97.505,0 106.035,7 124.214,6
Investitionsförderungsmaßnahmen			54.250,0 (27.737,6)	55.250,0 (28.248,9)	A B C	31.800,0 19.325,5 21.581,4
Gesamtausgaben			175.481,0 (89.722,0)	185.481,0 (94.834,9)	A B C	130.533,0 129.331,2 147.869,1
Zuschuss			98.781,0 (50.505,9)	99.381,0 (50.812,7)	A B C	71.733,0 56.299,0 91.397,3

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
119 01-3	246	Einnahmen aus Veröffentlichungen	* * *	* * *	A	- - -
182 02-4	234	Tilgung von Darlehen	- - -	- - -	A	- - -
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
241 03-2	249	Erstattungen des Bundes zur Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft <i>Vgl. Vermerk zu 643 02 und 671 01.</i>	3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.700,0 2.902,8 3.311,6
241 04-1	245	Erstattungen des Bundes für Ausgleichsleistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	90,0 (46,0)	90,0 (46,0)	A B C	48,0 48,1 10,7
241 05-0	245	Erstattungen des Bundes für Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	60,0 86,0 58,9
243 01-2	247	Anteil des Freistaates Bayern an den Rückeinnahmen aus der Erholungs- und Wohnungshilfe	12,0 (6,1)	12,0 (6,1)	A B C	12,0 0,8 4,3
243 03-0	247	Erstattung der Einsparungen der Bezirke in der Kriegsofopferfürsorge durch das Pflegeversicherungsgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 641 03.</i>	28.300,0 (14.469,6)	25.500,0 (13.037,9)	A B C	28.300,0 28.423,7 28.271,3
281 12-2	249	Rückeinnahmen aus Zuschüssen	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	40,0 42,5 191,9
282 01-4	246	Spenden von Dritten <i>Vgl. Vermerk zu 681 02.</i>	- - -	- - -	A	- - -
Titelgruppen						
71 Einnahmen aus Leistungen der Kriegsofopferfürsorge <i>Vgl. Vermerk zu 641 74.</i>						
162 71-4	247	Zinsen aus Darlehen	- - -	- - -	A	- - -
182 71-0	247	Tilgung von Darlehen	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B C	500,0 251,0 317,2
281 71-0	247	Einnahmen aus Beihilfen	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	A B C	1.000,0 543,1 524,9
Summe der Titelgruppe			1.000,0 (511,3)	1.000,0 (511,3)	A B C	1.500,0 794,1 842,1

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Vorbemerkung zu Kapitel 10 06**

Veranschlagt sind insbesondere die Haushaltsmittel (einschl. der Bundesmittel) für

- die Kriegsopferfürsorge und verwandte Leistungen
- die Erhaltung der Gräber der Opfer von Kriegs- und Gewaltherrschaft
- die Betreuung der durch Kriegs- und politische Ereignisse geschädigten Personen
- die Förderung der Verbände und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und sonstigen Flüchtlinge
- Leistungen nach dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

Zu 10 06/241 03

Erstattung der Kosten für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch den Bund.

2001 gegenüber 2000:

700,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 06/241 04

Vgl. Erläuterung zu 10 06/643 04.

2001 gegenüber 2000:

42,0 Tsd. DM mehr infolge Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 06/241 05

Vgl. Erläuterung zu 10 06/646 01.

Zu 10 06/243 01

Anteil des Freistaates Bayern aus Rückeinnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe (vgl. 643 03).

Zu 10 06/243 03

Vgl. Erläuterung zu 10 06/641 03.

2002 gegenüber 2001:

2.800,0 Tsd. DM weniger infolge geringerer Zuflüsse.

Zu 10 06/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht verwendeten Zuschüssen und Rückforderungen nach Verwendungsnachweisprüfungen.

Zu 10 06/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden), die über 681 02 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt werden.

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Einnahmen)

Der Freistaat Bayern ist überörtlicher Träger bestimmter Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach den §§ 25 - 27j Bundesversorgungsgesetz und entsprechender Leistungen nach anderen Gesetzen. Seine Aufgaben nehmen die Regierungen - Hauptfürsorgestellen - wahr (Art. 3 Abs. 1 DG-KOF).

Der Bund trägt 80 v.H. der Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge; die Kosten für entsprechende Leistungen an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland sowie an Berechtigte nach dem Soldatenversorgungs- und Zivildienstgesetz werden voll vom Bund getragen (§ 1 Abs. 1 Nr. 8 des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung des Art. V § 1 des Zweiten KOV-Neuordnungsgesetzes vom 21. Februar 1964 - BGBl I S. 85).

Die Einnahmen und Ausgaben werden in voller Höhe im Landeshaushalt veranschlagt. Der Anteil des Bundes an den Ausgaben erscheint als Einnahme bei 241 74, der Anteil an den Einnahmen als Ausgabe bei 641 74. Vgl. auch Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74 (Ausgaben).

Zu 10 06/71 (72 und 73) (Einnahmen)

Veranschlagt sind Rückflüsse aus Leistungen der Kriegsopferfürsorge oder aus entsprechenden Leistungen durch Verzinsung und Tilgung von Darlehen, Erstattungen durch andere Kostenträger und von zu Unrecht gewährten Leistungen.

Zu 10 06/71 (Einnahmen)

2001 gegenüber 2000:

500,0 Tsd. DM weniger infolge geringerer Rückflüsse/Erstattungen.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		72 Einnahmen aus den der Kriegsopferfürsorge entsprechenden Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 641 74.</i>				
162 72-3	247	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
182 72-9	247	Tilgung von Darlehen	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	150,0 90,1 79,3
281 72-9	247	Einnahmen aus Beihilfen	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B C	300,0 271,6 128,5
		Summe der Titelgruppe	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	450,0 361,7 207,8
		73 Einnahmen aus den der Kriegsopferfürsorge entsprechenden Leistungen an Versorgungsberechtigte in Österreich, Italien und Griechenland <i>Vgl. Vermerk zu 641 74.</i>				
166 73-8	247	Zinsen aus Darlehen	---	---	A	---
186 73-4	247	Tilgung von Darlehen	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	18,0 10,6 9,5
286 73-3	247	Einnahmen aus Beihilfen	85,0 (43,5)	85,0 (43,5)	A B C	70,0 78,5 1.021,6
		Summe der Titelgruppe	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	88,0 89,1 1.031,1
		74 Einnahmen aus Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die im Vollzug des Ersten Überleitungsgesetzes anfallen (soweit nicht in den TG 71-73 enthalten)				
241 74-6	247	Anteil des Bundes an den Aufwendungen der Kriegsopferfürsorge	11.260,0 (5.757,1)	11.160,0 (5.706,0)	A B C	12.725,0 17.264,1 8.596,8
243 74-4	247	Erstattung von anderen Trägern der Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	---	---	A C	--- 8,0
251 74-3	247	Dauervorschuss	---	---	A B	--- 490,0
		Summe der Titelgruppe	11.260,0 (5.757,1)	11.160,0 (5.706,0)	A B C	12.725,0 17.754,1 8.604,8

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/72 (Einnahmen)

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM weniger infolge geringerer Rückflüsse/Erstattungen.

Zu 10 06/73 (Einnahmen)

2001 gegenüber 2000:

12,0 Tsd. DM mehr infolge höherer Rückflüsse/Erstattungen.

Zu 10 06/74 (Einnahmen)

Veranschlagt sind der Anteil des Bundes an den Aufwendungen für die Kriegsopferfürsorge (vgl. Vorbemerkung) und Erstattungen anderer Träger der Kriegsopferfürsorge.

2001 gegenüber 2000:

1.465,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:

100,0 Tsd. DM weniger entsprechend den Erstattungen des Bundes für voraussichtlich anfallende Ausgaben.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		75 Einnahmen aus Leistungen nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge				
162 75-0	247	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 641 75.</i>	---	---	A	---
182 75-6	247	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 641 75.</i>	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A	2,0
241 75-5	247	Erstattung des Anteils an den Leistungen nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz durch den Bund	52,0 (26,6)	52,0 (26,6)	A	94,3
281 75-6	247	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 641 75.</i>	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A	6,0
		Summe der Titelgruppe	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	102,3 - -
		76 Einnahmen aus Leistungen nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)				
281 76-5	241	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 641 76.</i>	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A	2,0
		Summe der Titelgruppe	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 - -
		77 Einnahmen aus Leistungen nach dem 2. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die Kriegsopferfürsorge				
162 77-8	247	Zinsen aus Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 641 77.</i>	---	---	A	---
182 77-4	247	Tilgung von Darlehen <i>Vgl. Vermerk zu 641 77.</i>	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	1,0
241 77-3	247	Erstattung des Anteils an den Leistungen nach dem 2. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz durch den Bund	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A	43,8
281 77-4	247	Einnahmen aus Beihilfen <i>Vgl. Vermerk zu 641 77.</i>	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A	3,0
		Summe der Titelgruppe	34,0 (17,4)	34,0 (17,4)	A B C	47,8 - -

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/75 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 75 (Ausgaben).

2001 gegenüber 2000:

42,3 Tsd. DM weniger infolge geringerer Erstattungen des Bundes wegen Ausgabenrückgangs.

Zu 10 06/76 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 76 (Ausgaben).

Zu 10 06/77 (Einnahmen)

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 77 (Ausgaben).

2001 gegenüber 2000:

13,8 Tsd. DM weniger infolge geringerer Erstattungen des Bundes wegen Ausgabenrückgangs.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		78 Einnahmen aus Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsofopferversorgung (ohne Kriegsofopferfürsorge)				
281 78-3	241	Rückerstattungen aus den Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz <i>Vgl. Vermerk zu 641 78.</i>	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	1,0
		Summe der Titelgruppe	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B C	1,0 - -
		Gesamteinnahmen	44.359,0 (22.680,4)	41.459,0 (21.197,7)	A B C	47.076,1 50.502,9 42.534,5
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
412 01-7	246	Vergütungen für die Mitglieder des Beirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen und des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 0,4 0,3
412 02-6	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesbeirates für Kriegsofopferfürsorge	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A C	0,5 0,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben				
511 01-7	012	Kosten der Beschaffung von Spätaussiedlerbescheinigungen und Antragsformblätter	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A C	20,0 4,6
526 21-6	246	Kosten für das Forschungsprojekt "Die Entwicklung Bayerns durch die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge" <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	220,0 (112,5)	220,0 (112,5)	A B C	220,0 116,6 0,9
533 01-1	246	Kosten des Aussiedlerinformationssystems	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	20,0 5,0 5,0
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
636 01-7	246	Erstattung von Verwaltungskosten nach § 11 BVFG	135,0 (69,0)	135,0 (69,0)	A B	285,0 103,2
641 02-9	246	Anteil des Landes an Aufbaudarlehen für die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe sowie für die Landwirtschaft und den Wohnungsbau nach §§ 17 - 19 des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der DDR und Berlin (Ost) <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	15,0 7,0 8,8
641 03-8	249	Erstattung an den Bund aufgrund der Einsparungen der Bezirke in der Kriegsofopferfürsorge durch das Pflegeversicherungsgesetz <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 243 03.</i>	28.300,0 (14.469,6)	25.500,0 (13.037,9)	A B C	28.300,0 28.423,7 28.271,3

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Zu 10 06/78 (Einnahmen)**

Vgl. Erläuterungen zu Titelgruppe 78 (Ausgaben).

Zu 10 06/412 01

Beim Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit besteht aufgrund § 9 DVVFG (BayRS 240-1-1-A) ein Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen. Der Beirat hat die Aufgabe, das Staatsministerium sachverständig in Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen zu beraten. Er soll zu allgemeinen Regelungen und Maßnahmen gehört werden.

Der Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, dessen Mitglieder durch den Ministerpräsidenten berufen werden, berät als ehrenamtliches Beratergremium die Staatsregierung in ihren Planungen und Maßnahmen im Bereich des Vertriebenen- und Flüchtlingswesens.

Aus dem Ansatz werden Reisekosten und ähnliche Aufwendungen gezahlt.

Zu 10 06/412 02

Die Mitglieder des Landesbeirats für Kriegsopferfürsorge erhalten eine Entschädigung wie die ehrenamtlichen Richter nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter.

Zu 10 06/511 01

Nach § 15 Abs. 1 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 02.06.1993 (BGBl I S. 829) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts vom 22.12.1999 (BGBl I S. 2534), erhalten Spätaussiedler auf Antrag eine Bescheinigung. Der Antrag ist auf einem Vordruck zu stellen, dessen Fassung der Bundesminister des Innern im Benehmen mit den zentralen Dienststellen der Länder bestimmt. Die Kosten dieser Antragsformulare und Bescheinigungen tragen die Länder.

Zu 10 06/533 01

Veranschlagt sind die Kosten des Aussiedlerinformationssystems:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Verzeichnis der am Informationssystem beteiligten Stellen (Druckkosten)	7,0	7,0
2. Eingliederungsbericht (Druckkosten)	5,0	5,0
3. Versand von Informationsmaterial	2,0	2,0
4. Kosten für Besprechungen/Veranstaltungen	-	-
5. Ankauf von Informationsmaterial	1,0	1,0
Zusammen	15,0	15,0

Zu 10 06/636 01

Veranschlagt sind die Verwaltungskosten, die den Krankenkassen gemäß § 11 Abs. 6 BVFG zu erstatten sind.

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/641 02

Berechtigten nach Abschnitt I des Flüchtlingshilfegesetzes in der Fassung vom 15. Mai 1971 (BGBl I S. 682) konnten bis 31.12.1990 auf Antrag Aufbaudarlehen gewährt werden.

Nach § 21 Abs. 1 des Gesetzes trägt der Bund die Aufwendungen für die Darlehen; die Länder erstatten dem Bund 20 v.H. Dies gilt auch für die nach wie vor anfallenden Verwaltungskosten der ausgereichten Darlehen.

Zu 10 06/641 03

Der Bund gewährt den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in den Jahren 1995 bis 2002 Finanzhilfen in Höhe von jährlich 800 Mio DM zur Förderung von Investitionen in Pflegeeinrichtungen (Art. 52 Abs. 1 Satz 1 PflegeVG). Die Mittel zur Finanzierung der Investitionen werden nach Inkrafttreten der Leistungen zur stationären Pflege - 01.07.1996 - u.a. von allen Ländern durch anteilige Kürzungen der Erstattungen des Bundes an die Länder für die Kriegsopferfürsorge in Höhe von 100 Mio DM im Jahr 1996, in Höhe von jährlich 200 Mio DM in den Jahren 1997 bis 2001 und im Jahr 2002 in Höhe von 180 Mio DM aufgebracht (Art. 52 Abs. 3 Nr. 2 PflegeVG).

Die Aufteilung der gesetzlich festgeschriebenen Beträge auf die Länder entspricht dem Bevölkerungsanteil je Bundesland an der Bevölkerung im gesamten Bundesgebiet (Anteil Bayerns: 14,6 %).

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Erstattungsleistungen an den Bund aufgrund der Einsparungen der Bezirke und der Hauptfürsorgestellen (vgl. 641 04).

Die Einsparungen der Bezirke sind bei 243 03 als Einnahme ausgebracht.

2002 gegenüber 2001:

2.800,0 Tsd. DM weniger infolge geringerer Erstattungsverpflichtung.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
641 04-7	246	Erstattung an den Bund aufgrund der Einsparungen der Hauptfürsorgestellen in der Kriegsopferfürsorge durch das Pflegeversicherungsgesetz	1.000,0 (511,3)	900,0 (460,2)	A B C	1.000,0 873,0 1.025,4
643 02-7	249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Zu 643 02 und 671 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 241 03. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.400,0 (1.227,1)	2.400,0 (1.227,1)	A B C	2.800,0 2.264,1 2.652,5
643 03-6	247	Erstattungsleistung des Freistaates Bayern für Erholungs- und Wohnungshilfe in der KOF	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	500,0 286,1 346,5
643 04-5	245	Erstattungen an Sozialhilfeträger für Ausgleichsleistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A B C	80,0 149,7 89,9
646 01-5	245	Kostenerstattung an die Bundesanstalt für Arbeit für Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 143,4 98,1
671 01-3	249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft durch Sonstige <i>Vgl. Vermerk zu 643 02. Die Mittel sind übertragbar.</i>	600,0 (306,8)	600,0 (306,8)	A B C	900,0 625,9 888,1
671 02-2	243	Erstattung von Verwaltungskosten an die Deutsche Ausgleichsbank	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 437,4 366,0
681 02-0	246	Zuschüsse aus Spenden Dritter <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01. Die Mittel sind übertragbar.</i>	---	---	A	---
681 06-6	245	Kapitalentschädigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	7.000,0 (3.579,0)	500,0 (255,6)	A B C	600,0 121,7 113,3

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Zu 10 06/641 04**

Vgl. Erläuterungen zu 641 03.

2002 gegenüber 2001:

100,0 Tsd. DM weniger infolge geringerer Erstattungsverpflichtung.

Zu 10 06/643 02 (und 671 01)

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft nach dem Gräbergesetz i.d.F. der Bek. vom 29.01.1993 (BGBl I S. 178) und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gräbergesetz (GräbVwV) i.d.F. vom 25. Juli 1979 (GMBI S. 473). Der Bund erstattet die Aufwendungen nach Pauschsätzen je Grab (vgl. 241 03).

2001 gegenüber 2000:

400,0 Tsd. DM weniger entsprechend den voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 06/643 03

Der Freistaat Bayern erstattet den Landkreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern der Kriegsoferfürsorge die Hälfte der von ihnen zu tragenden Aufwendungen für die Erholungs- und Wohnungshilfe nach §§ 27b und 27c BVG (Art. 8 Abs. 3 DG-KOF). Da den örtlichen Trägern 80 v.H. ihrer Aufwendungen vom Bund erstattet werden, entspricht die zusätzliche Erstattungsleistung des Landes 10 v.H. der Gesamtausgaben für Maßnahmen der Erholungs- und Wohnungshilfe. Vgl. Erl. zu 243 01 und die Vorbemerkung zu den Titelgruppen 71 - 74 (Ausgaben).

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/643 04

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.06.1994 (BGBl I S. 1311) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Ausgleichsleistungen in Anwendung der Vorschriften des 3. Abschnitts des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (Art. 2 des 2. SED-UnBerG).

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Sozialhilfeträger. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 241 04).

2001 gegenüber 2000:

70,0 Tsd. DM mehr infolge Anpassung an den erforderlichen Bedarf.

Zu 10 06/646 01

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.06.1994 (BGBl I S. 1311) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine berufliche Benachteiligung erlitten haben, Leistungen der bevorzugten beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz durch die Bundesanstalt für Arbeit als einem für diese Aufgabe entliehenen Organ des Landes in Anwendung der Vorschriften des 2. Abschnitts des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (Art. 2 des 2. SED-UnBerG).

Veranschlagt sind die Zuweisungen an die Bundesanstalt für Arbeit. Der Bund erstattet 60 v.H. der Aufwendungen (vgl. 241 05).

Zu 10 06/671 01

Vgl. Erläuterungen zu 643 02.

2001 gegenüber 2000:

300,0 Tsd. DM weniger entsprechend den voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 06/671 02

Die Berechnung und Auszahlung von Leistungen nach den Lastenausgleichsgesetzen wird durch die Deutsche Ausgleichsbank vorgenommen. Erstattet werden die anfallenden Verwaltungskosten.

Zu 10 06/681 02

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 06/681 06

Mit dem zum 01.01.2000 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.06.1999 (BGBl I S. 2662) wurde die Kapitalentschädigung nach § 17 Abs. 5 StrRehaG für alle ehemaligen politischen Häftlinge einheitlich auf 600,- DM je Haftmonat festgesetzt bzw. aufgestockt.

Kostenträger ist das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H. (§ 20 StrRehaG).

Veranschlagt ist der Landesanteil.

2001 gegenüber 2000:

6.400,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:

6.500,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
684 02-7	249	Zuwendung an die Heimkehrerstiftung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 13 06/162 03 und 13 06/182 03.</i>	2,6 (1,3)	2,1 (1,1)	A B C	6,1 3,5 4,0
685 01-7	246	Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG <i>Zu 685 01 und 685 21: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	3.340,0 (1.707,7)	3.690,0 (1.886,7)	A B C	3.340,0 2.622,7 2.520,6
685 02-6	189	Förderung der Einrichtung "Haus der Heimat" in Nürnberg	350,0 (179,0)	350,0 (179,0)	A	350,0

Erläuterungen**Zu 10 06/684 02**

Veranschlagt ist der Anteil des Freistaates Bayern an den Rückflüssen aus Darlehen, die ehemaligen Kriegsgefangenen nach Abschnitt II des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes gewährt wurden. Der Anteil fließt der Heimkehrerstiftung zu.

Zu 10 06/685 01

Veranschlagt sind Förderungen der im staatlichen Interesse liegenden Kulturarbeit von Verbänden und Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Zur Sicherung, Ergänzung und Förderung ihrer Kulturarbeit ist der Staat nach § 96 BVFG verpflichtet (Kulturgut der Vertreibungsgebiete erhalten; Archive, Museen und Bibliotheken sichern, ergänzen und auswerten; Einrichtungen des Kulturschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern).

Aus diesem Ansatz werden vorrangig die aus der Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen und die aus der Patenschaft für die Landsmannschaft Ostpreußen erwachsenden Kosten getragen.

2002 gegenüber 2001:

350,0 Tsd. DM mehr wegen notwendiger Erhöhung der Zuwendungen an einzelne Einrichtungen (aufgrund rückläufiger Leistungen durch den Bund).

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Gefördert werden im einzelnen:

1. Bund der Vertriebenen, Landesverband Bayern e.V.
2. Deutsche Jugend in Europa (DJO), Landesverband e.V.
3. Sudetendeutscher Rat e.V.
4. Stiftung Museum Ostdeutsche Galerie in Regensburg
5. Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen
6. Sudetendeutsches Archiv e.V. (s. Übersicht über vorl. Wirtschaftsplan)
7. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
8. Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern e.V. mit Institut für Landeskunde Ost- und Westpreußens
9. Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste
10. Gerhard-Möbus-Institut für Schlesienforschung an der Universität Würzburg
11. Institutum Bohemicum, Kultur- und Bildungswerk der Ackermann-Gemeinde e.V.
12. Sudetendeutsches Musikinstitut
13. Bukowina-Institut e.V.
14. Egerland-Museum in Marktredwitz
15. Isergebirgs-Museum in Kaufbeuren-Neugablonz

Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan des Sudetendeutschen Archivs e.V.

	Betrag für 2001 Tsd. DM	Betrag für 2002 Tsd. DM	Betrag für 2000 Tsd. DM	Istergebnis 1999 Tsd. DM
Ausgaben				
1. Personalausgaben	682,0	699,0	665,4	658,1
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	430,3	441,0	404,9	385,5
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	1.112,3	1.140,0	1.070,3	1.043,6
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	40,0	40,0	23,1	56,0
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber				
a) vom Bund	20,0	20,0	20,0	14,0
b) Sudetendeutsche Stiftung und Sonstige	222,1	229,1	217,2	133,4
3. Zuwendungen des Landes (einschließlich aus 10 06/685 06)	830,2	850,9	810,0	840,2
Zusammen	1.112,3	1.140,0	1.070,3	1.043,6

Höhere Zuwendung des Landes infolge zwangsläufiger Sach- und Personalkostensteigerungen.

Stellenplan

	Soll 2001	Zahl der Stellen Soll 2002	Soll 2000
1. Angestellte VergGr. I, IIa, III, IVa, IVb, 2 VIb	7	7	7
2. Arbeiter	-	-	-
Insgesamt	7	7	7

Zu 10 06/685 02

Institutionelle Förderung des Vereins "Haus der Heimat" in Nürnberg.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
685 04-4	234	Zuschüsse aus Landesmitteln für allgemeine Maßnahmen der Schwerbehinderten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge	65,0 (33,2)	65,0 (33,2)	A B C	65,0 38,4 54,0
685 06-2	189	Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit (Antragsteller im Inland) <i>Zu 685 06 und 686 01: Gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.170,0 (598,2)	1.240,0 (634,0)	A B C	1.130,0 901,6 813,8
685 21-3	246	Förderung von Einzelmaßnahmen im Sinne des § 96 BVFG <i>Vgl. Vermerk zu 685 01.</i>	700,0 (357,9)	750,0 (383,5)	A B C	700,0 911,2 446,2
686 01-6	189	Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit (Antragsteller im Ausland) <i>Vgl. Vermerk zu 685 06.</i>	---	---	A B C	--- 42,9 15,3
Investitionsförderungsmaßnahmen						
881 01-9	246	Zuweisung an den Bund für die Beteiligung des Landes an den Baukosten für das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth	---	---	A B C	482,0 5.697,4 1.453,6
893 04-2	246	Zuwendung zur Erweiterung "Museum Gablonzer Haus" in Kaufbeuren-Neugablonz	---	---	A B C	--- 400,0 50,0
893 05-1	246	Zuwendung zur Erweiterung des Egerland-Kulturhauses in Marktrechwitz	---	---	A B	--- 423,0
<u>893 06-0</u>	246	Zuwendung zur Erweiterung der Bildungsstätte "Der Heiligenhof" in Bad Kissingen <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 590,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	590,0 (301,7)	590,0 (301,7)	A	
896 01-2	189	Hilfe für die Deutschen in Osteuropa - Zuschüsse für investive Maßnahmen	200,0 (102,3)	230,0 (117,6)	A	200,0
Titelgruppen						
71 Kosten für Leistungen der Kriegsoferfürsorge <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
681 71-6	247	Beihilfen	8.500,0 (4.346,0)	8.500,0 (4.346,0)	A B C	8.500,0 14.533,9 8.099,8
863 71-6	247	Darlehen	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 173,5 146,9
Summe der Titelgruppe			9.000,0 (4.601,6)	9.000,0 (4.601,6)	A B C	9.000,0 14.707,4 8.246,7

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen****Zu 10 06/685 04**

Die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz darf nur für Zwecke der Arbeits- und Berufsförderung Schwerbehinderter sowie für Leistungen zur begleitenden Hilfe verwendet werden (vgl. Erläuterungen zu 10 03 TG 87 - Ausgaben). Solche Mittel können nicht zur Förderung von allgemeinen Maßnahmen der Schwerbehinderten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge Verwendung finden.

Zu 10 06/685 06

Veranschlagt ist die Förderung grenzüberschreitender Maßnahmen für die deutsche Minderheit im Osten. Ihr sollen u.a. kulturelle Hilfen und damit auch Perspektiven für ein Verbleiben in ihren östlichen Siedlungsgebieten vermittelt werden. Mit der Förderung soll den Deutschen ein Leben unter Wahrung ihrer sprachlichen, kulturellen und religiösen Identität ermöglicht werden.

2001 gegenüber 2000:
40,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
70,0 Tsd. DM mehr wegen verstärkter Förderung von grenzüberschreitender Breitenarbeit (Kleinprojekte im Ausland)

Zu 10 06/685 21

Die Mittel dienen der Erfüllung der staatlichen Verpflichtungen aus § 96 BVFG zur Förderung einzelner Maßnahmen und Projekte.

2002 gegenüber 2001:
50,0 Tsd. DM mehr wegen weiterer Bundesausfälle im Projektbereich.

Zu 10 06/881 01

2001 gegenüber 2000:
482,0 Tsd. DM weniger wegen des Abschlusses der Baumaßnahme.

Zu 10 06/893 06

Veranschlagt ist der Finanzierungsanteil des Freistaates Bayern an den kalkulierten Gesamtbaukosten. Die Mittel sind erforderlich, um die notwendigen Baumaßnahmen (Erweiterung und Modernisierung der Bildungsstätte "Der Heiligenhof" in Bad Kissingen) durchführen zu können.

2001 gegenüber 2000:
590,0 Tsd. DM mehr wegen erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 06/896 01

Aus dem Ansatz werden Investitionsmaßnahmen zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Osteuropa gefördert, vor allem ein Programm zur Errichtung von Einrichtungen für Jugendbegegnung, Jugendbildung und Jugendtourismus in den östlichen Nachbarstaaten. Veranschlagt sind Zuschüsse für Investitionen in Polen, Ungarn, Rumänien sowie der Tschechischen Republik.

2002 gegenüber 2001:
30,0 Tsd. DM mehr entsprechend dem Finanzierungsbedarf für den Aufbau weiterer Jugendbegegnungsstätten.

Vorbemerkung zu 10 06/71 - 74

Die vom Freistaat Bayern nach Art. 2 Abs. 1 DG-KOF zu gewährenden Leistungen der Kriegsofferfürsorge sowie die der Kriegsofferfürsorge entsprechenden Leistungen nach anderen Gesetzen (SVG, ZDG), sind fast ausschließlich Pflichtleistungen, deren Art, Dauer und Ausmaß sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles richten (individuelle Hilfen). Sie dienen überwiegend zur Bestreitung des mit dem schädigenden Ereignis zusammenhängenden, aus eigener wirtschaftlicher Kraft nicht oder nicht hinreichend gedeckten Bedarfs in den verschiedensten Lebenssituationen; die Höhe der Leistungen bemisst sich deshalb vor allem auch nach den Lebenshaltungskosten und dem allgemeinen Kosten- und Preisniveau.

Zu 10 06/71

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsofferfürsorge für Berechtigte nach dem BVG.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		72 Der Kriegsopferfürsorge entsprechende Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem Zivildienstgesetz <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
681 72-5	247	Beihilfen	2.500,0 (1.278,2)	2.500,0 (1.278,2)	A B C	3.500,0 2.228,4 2.634,7
863 72-5	247	Darlehen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	100,0 35,7 131,0
		Summe der Titelgruppe	2.550,0 (1.303,8)	2.550,0 (1.303,8)	A B C	3.600,0 2.264,1 2.765,7
		73 Der Kriegsopferfürsorge entsprechende Leistungen an Versorgungsberechtigte in Österreich, Italien und Griechenland <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
686 73-9	247	Beihilfen	1.500,0 (766,9)	1.400,0 (715,8)	A B C	1.900,0 1.544,5 1.736,3
866 73-1	247	Darlehen	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B	25,0 3,1
		Summe der Titelgruppe	1.510,0 (772,1)	1.410,0 (720,9)	A B C	1.925,0 1.547,6 1.736,3
		74 Leistungen der Kriegsopferfürsorge, die im Vollzug des Ersten Überleitungsgesetzes anfallen (soweit nicht in den TG 71 - 73 enthalten) <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
641 74-2	247	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 80 v.H. der Mehreinnahmen bei TG 71 (Einnahmen) und um die Mehreinnahmen bei den TG 72 und 73 (Einnahmen). Die Mittel sind übertragbar.</i>	1.300,0 (664,7)	1.300,0 (664,7)	A B C	1.738,0 2.055,4 882,8
643 74-0	247	Erstattungen an andere Träger der Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	15,0 0,1 0,1
		Summe der Titelgruppe	1.310,0 (669,8)	1.310,0 (669,8)	A B C	1.753,0 2.055,5 882,9
		75 Leistungen nach dem 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferfürsorge <i>Titel der TG (mit Ausnahme 641 75) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
641 75-1	247	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 65 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 75, 182 75 und 281 75.</i>	5,2 (2,7)	5,2 (2,7)	A	5,2

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Zu 10 06/72

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsopferversorge für Berechtigte nach dem SVG und ZDG.

2001 gegenüber 2000:

1.050,0 Tsd. DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/73

Veranschlagt sind die Leistungen der Kriegsopferversorge an Berechtigte in Österreich, Italien und Griechenland.

2001 gegenüber 2000:

415,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:

100,0 Tsd. DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/74

2001 gegenüber 2000:

443,0 Tsd. DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

Zu 10 06/75 und 76

Nach dem Ersten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (1. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Kostenträger ist das Land mit 35 v.H. und der Bund mit 65 v.H.

Zu 10 06/75

Veranschlagt sind:

Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorge (§§ 25 bis 27j BVG).

Die Ausgaben werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die Erstattungen des Bundes (65 v.H.) werden bei Titelgruppe 75 (Einnahmen) vereinnahmt.

2001 gegenüber 2000:

65,0 Tsd. DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
681 75-2	247	Beihilfen	75,0 (38,3)	75,0 (38,3)	A B	140,0 3,6
863 75-2	247	Darlehen	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A	5,0
Summe der Titelgruppe			85,2 (43,6)	85,2 (43,6)	A B C	150,2 3,6 -
76 Leistungen nach dem 1. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge) <i>Titel der TG (mit Ausnahme 641 76) gegenseitig deckungs- fähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
636 76-7	241	Anteil an den Erstattungen von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger	2,2 (1,1)	2,2 (1,1)	A	2,0
641 76-0	241	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 65 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 76.</i>	1,3 (0,7)	1,3 (0,7)	A	1,3
642 76-9	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A	2,0
646 76-5	241	Anteil an den Ersatzleistungen nach §§ 19, 20 und 22 BVG an Krankenkassen und andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger	43,5 (22,2)	43,5 (22,2)	A B C	10,0 7,0 35,2
656 76-2	241	Anteil an den Beiträgen zur Pflegeversicherung	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A	---
671 76-3	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	26,5 (13,5)	26,5 (13,5)	A	5,0
672 76-2	241	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung (Anteil des Freistaates Bayern)	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	---
681 76-1	241	Anteil an den Ausgaben für Versorgungsbezüge an Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A B C	100,0 56,4 25,2
Summe der Titelgruppe			150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A B C	120,3 63,4 60,4
77 Leistungen nach dem 2. SED- Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferfürsorge <i>Titel der TG (mit Ausnahme 641 77) gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
641 77-9	247	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 60 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahmen bei 162 77, 182 77 und 281 77.</i>	2,4 (1,2)	2,4 (1,2)	A	2,4

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen**Erläuterungen**

Zu 10 06/76

Veranschlagt sind:

Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge.

Die Ausgaben werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02 Tit. 681 31 bzw. 646 31), der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 35 v.H. seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 76 (Ausgaben).

Einnahmen sind bei Titelgruppe 76 (Einnahmen) ausgebracht.

2001 gegenüber 2000:

29,7 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 06/77 und 78

Nach dem Zweiten Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG) erhalten Betroffene, die als Folge einer rechtsstaatswidrigen Verwaltungsentscheidung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Schädigung auf Antrag Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG). Kostenträger ist das Land mit 40 v.H. und der Bund mit 60 v.H.

Zu 10 06/77

Veranschlagt sind:

Ausgaben für die Leistungen entsprechend der Kriegsopferfürsorge (§§ 25 bis 27j BVG).

Die Ausgaben werden zunächst in voller Höhe aus dem Landeshaushalt bestritten. Die entsprechenden Einnahmen sind bei Titelgruppe 77 (Einnahmen) ausgebracht.

2001 gegenüber 2000:

23,0 Tsd. DM weniger infolge geringeren Bedarfs.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
681 77-0	247	Beihilfen	47,0 (24,0)	47,0 (24,0)	A	70,0
863 77-0	247	Darlehen	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A	3,0
Summe der Titelgruppe			52,4 (26,8)	52,4 (26,8)	A B C	75,4 - -
78 Leistungen nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in entsprechender Anwendung der Vorschriften der Kriegsopferversorgung (ohne Kriegsopferfürsorge)						
<i>Titel der TG (mit Ausnahme 641 78) gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
636 78-5	241	Anteil an den Erstattungen von Verwaltungskosten an Sozialversicherungsträger	---	---	A	1,0
641 78-8	241	Anteil des Bundes an den Einnahmen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um 60 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 281 78.</i>	0,6 (0,3)	0,6 (0,3)	A	0,6
642 78-7	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badeskuren in versorgungseigenen Krankenanstalten	---	---	A	1,0
646 78-3	241	Anteil an den Ersatzleistungen nach §§ 19, 20 und 22 BVG an Krankenkassen und andere öffentlich-rechtliche Leistungsträger	---	---	A	5,0
656 78-0	241	Anteil an den Beiträgen zur Pflegeversicherung	---	---	A	---
671 78-1	241	Anteil an den Ausgaben für Heil- und Krankenbehandlung, Badeskuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Geldleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden	---	---	A	2,5
672 78-0	241	Erstattung von Beiträgen zur Pflegeversicherung (Anteil des Freistaates Bayern)	---	---	A	---
681 78-9	241	Anteil an den Ausgaben für Versorgungsbezüge an Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen	12,4 (6,3)	12,4 (6,3)	A B	10,0 5,7
Summe der Titelgruppe			13,0 (6,6)	13,0 (6,6)	A B C	20,1 5,7 -
Gesamtausgaben			61.935,7 (31.667,2)	52.935,2 (27.065,3)	A B C	58.259,6 65.245,2 52.920,9

Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Erläuterungen

Zu 10 06/78

Veranschlagt sind:

Ausgaben für Leistungen entsprechend der Kriegsopferversorgung mit Ausnahme der Kriegsopferfürsorge.

Die Ausgaben werden zunächst zu 100 % aus dem Bundeshaushalt bestritten (Kap. 11 10 TG 02 Tit. 681 31 bzw. 646 31). Der Freistaat Bayern erstattet dem Bund 40 % seiner Aufwendungen aus Titelgruppe 78 (Ausgaben).

Einnahmen sind bei Titelgruppe 78 (Einnahmen) ausgebracht.

10 06 Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und von politischen Ereignissen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	418,0 (213,7)	418,0 (213,7)	A B C	671,0 351,7 406,0
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	43.941,0 (22.466,7)	41.041,0 (20.983,9)	A B C	46.405,1 50.151,2 42.128,5
		Gesamteinnahmen	44.359,0 (22.680,4)	41.459,0 (21.197,7)	A B C	47.076,1 50.502,9 42.534,5
		Personalausgaben	2,5 (1,3)	2,5 (1,3)	A B C	2,5 0,4 1,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	245,0 (125,3)	245,0 (125,3)	A B C	260,0 121,6 10,5
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	60.330,2 (30.846,3)	51.299,7 (26.229,1)	A B C	56.682,1 58.390,5 51.127,9
		Investitionsförderungsmaßnahmen	1.358,0 (694,3)	1.388,0 (709,7)	A B C	1.315,0 6.732,7 1.781,5
		Gesamtausgaben	61.935,7 (31.667,2)	52.935,2 (27.065,3)	A B C	58.259,6 65.245,2 52.920,9
		Zuschuss	17.576,7 (8.986,8)	11.476,2 (5.867,7)	A B C	11.183,5 14.742,3 10.386,4

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-9	238	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 1,7 1,0
119 01-1	299	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 1,9 3,8
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
251 01-9	238	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der vorbeugenden Jugendhilfe und des Jugendschutzes <i>Vgl. Vermerk zu TG 76.</i>	---	---	A	---
281 11-1	299	Rückerstattungen aus Zuschüssen	11.000,0 (5.624,2)	11.000,0 (5.624,2)	A B C	10.000,0 11.142,1 13.574,5
281 12-0	299	Rückzahlungen von Landeserziehungsgeld	1.300,0 (664,7)	1.300,0 (664,7)	A B C	1.500,0 1.281,2 1.294,4
281 13-9	299	Rückzahlungen von Familienbeihilfen	850,0 (434,6)	850,0 (434,6)	A B C	1.000,0 795,1 996,6
Gesamteinnahmen			13.154,0 (6.725,5)	13.154,0 (6.725,5)	A B C	12.504,0 13.222,0 15.870,3
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	011	Vergütungen für die Mitglieder des Landesbeirats für Familienfragen	6,5 (3,3)	6,5 (3,3)	A B C	6,5 3,6 2,1
Sächliche Verwaltungsausgaben						
536 01-6	011	Kosten des Landesseniorenrates in Bayern	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	3,0 1,1 0,4
536 02-5	011	Arbeitstagungen für das Personal der Heimaufsichtsbehörden sowie der Sozialhilfverwaltungen	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 5,0 7,5

Erläuterungen**Vorbemerkung zu Kapitel 10 07**

Das Kapitel umfaßt die Aufwendungen für die Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe.

Zu 10 07/111 01

Einnahmen aus Gebühren usw.

Zu 10 07/119 01

Schutzgebühren für Veröffentlichungen.

Zu 10 07/251 01

Leertitel für die Vereinnahmung etwaiger Bundeszuweisungen für Maßnahmen der vorbeugenden Jugendhilfe und des Jugendschutzes.

Zu 10 07/281 11

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

2001 gegenüber 2000:

1.000,0 Tsd. DM mehr nach den voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 07/281 12

2001 gegenüber 2000:

200,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 10 07/281 13

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 10 07/412 01

Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Landesbeirats für Familienfragen und für die Mitglieder der Fachausschüsse dieses Gremiums.

Zu 10 07/536 01

Der Landessenorenrat berät das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit in allen die Altenhilfe betreffenden Fragen. Aus dem Ansatz werden insbesondere die Kosten der Entschädigung der Mitglieder und Sachverständigen, Referentenhonorare, Kosten für die Beschaffung von Informationsmaterial und Arbeitsunterlagen, Besichtigungsfahrten sowie Fahrten von Mitgliedern des Landessenorenrates und die Kosten für die Nutzung eines Tagungsgebäudes finanziert.

Zu 10 07/536 02

Aus dem Ansatz werden Aufwendungen zur Durchführung von Arbeitstagungen bestritten, die das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit veranstaltet. Diese Arbeitstagungen dienen der regelmäßigen Information des in der Heimaufsicht nach dem Heimgesetz eingesetzten Personals sowie des Personals der Sozialhilfeverwaltungen über aktuelle und wichtige Themen der Alten- und Sozialhilfe.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
684 01-6	239	Zuschüsse zu Arbeitstagen der öffentlichen und freien Jugendhilfe	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A	10,0
685 01-5	299	Zuschuss an das Deutsche Jugendinstitut	491,5 (251,3)	500,0 (255,6)	A B C	467,0 403,9 386,4
		Titelgruppen				
		71 Landesplan für Altenhilfe <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 71-3	236	Kosten von Untersuchungen u. dgl. Zu 526 71 mit 698 71: <i>Gegenseitig deckungsfähig, Titel 698 71 bis zu 50,0 Tsd. DM.</i> Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 50,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 50,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B	80,0 128,7
531 71-6	236	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation <i>Vgl. Vermerk zu 526 71.</i>	65,0 (33,2)	65,0 (33,2)	A B C	65,0 177,8 28,8
536 71-1	236	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung <i>Vgl. Vermerk zu 526 71.</i> Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 50,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 50,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	65,0 (33,2)	65,0 (33,2)	A B C	65,0 26,1 48,5
653 71-8	236	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Vgl. Vermerk zu 526 71.</i> Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 60,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 60,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	60,0 131,5 28,0
684 71-1	236	Zuschüsse an Sonstige <i>Vgl. Vermerk zu 526 71 und zu 853 71.</i> Zu 684 71, 883 71 und 893 71: <i>Gegenseitig deckungsfähig bis zu jährlich 1 Mio DM.</i> Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 440,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 440,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	830,0 (424,4)	830,0 (424,4)	A B C	830,0 337,4 267,4
698 71-5	236	Zustiftung an die "Stiftung Altenhilfe in der Diakonie Neuendettelsau" <i>Vgl. Vermerk zu 526 71.</i>	---	---	A B	--- 50,0
853 71-6	235	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 684 71.</i> Zu 853 71 mit 893 71: <i>Gegenseitig deckungsfähig.</i> Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 9.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 9.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	13.000,0 (6.646,8)	13.000,0 (6.646,8)	A B C	13.000,0 5.041,7 14.375,3

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/684 01**

Die Arbeitstagungen sind erforderlich, um den Informationsfluss zwischen den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sicherzustellen und deren Arbeit zu fördern. Der Freistaat Bayern beteiligt sich mit Zuschüssen an diesen Arbeitstagungen.

Zu 10 07/685 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die institutionelle Förderung des Deutschen Jugendinstituts e.V. in München.

Zu 10 07/71

Der Landesplan für Altenhilfe soll dazu beitragen, unter Betonung präventiver und rehabilitativer Aspekte und der Schaffung von Rahmenbedingungen für persönliche Entfaltung und eigenverantwortliche Gestaltung, für Engagement und gesellschaftliche Produktivität der älteren Menschen tragfähige Systeme von Seniorenarbeit sowie von offenen, teilstationären und stationären Hilfen aufzubauen und weiterzuentwickeln. Dazu zählen u.a. wissenschaftliche Vertiefungen, modellhafte Erprobungen (z.B. IuK-Technologien, Gerontechnologie) und die Fortentwicklung kommunaler Seniorenpolitik.

Pflegeeinrichtungen werden nach dem Ausführungsgesetz zum Pflege-Versicherungsgesetz (AGPflegeVG) vom 07.04.1995 (GVBl S. 153) und der Rechtsverordnung dazu (AVPflegeVG vom 19.12.1995 - GVBl S. 884) vom Freistaat nach Maßgabe der veranschlagten Haushaltsmittel sowie einer mindestens gleichhohen Kommunalbeteiligung gefördert.

Zu 10 07/526 71 (und 531 71 bis 684 71)

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Offene Altenhilfe	250,0	250,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:		
2001: 100,0 Tsd. DM		
2002: 100,0 Tsd. DM		
2. Übergreifende Maßnahmen		
a) stationäre Altenhilfe	75,0	75,0
b) offene Altenhilfe (Entwicklung der Gerontechnologie)	775,0	775,0
Daneben sind Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:		
2001: 500,0 Tsd. DM		
2002: 500,0 Tsd. DM		
Zusammen	1.100,0	1.100,0

Zu 10 07/853 71 bis 863 71

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Neu- und Umbauten von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen	29.000,0	29.000,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:		
2001: 21.000,0 Tsd. DM		
2002: 21.000,0 Tsd. DM		

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
861 71-6	235	Darlehen an öffentliche Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.650,0 (843,6)	1.650,0 (843,6)	A	1.650,0
862 71-5	236	Darlehen an private Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.850,0 (1.457,2)	2.850,0 (1.457,2)	A B C	2.850,0 1.375,0 789,5
863 71-4	236	Darlehen an Sonstige im Inland <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 9.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 9.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	11.500,0 (5.879,9)	11.500,0 (5.879,9)	A B C	11.500,0 19.000,2 15.486,6
883 71-0	235	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Kreditfinanziert.</i> <i>Vgl. Vermerk zu 684 71 und 853 71.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.750,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.750,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	5.000,0 (2.556,5)	5.000,0 (2.556,5)	A B C	5.000,0 5.101,3 7.419,1
891 71-0	235	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.200,0 (613,6)	1.200,0 (613,6)	A	1.200,0
892 71-9	236	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen <i>Vgl. Vermerk zu 853 71.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A B C	2.000,0 1.312,9 979,2
893 71-8	236	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Vgl. Vermerk zu 684 71 und 853 71.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 3.250,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 3.250,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	9.700,0 (4.959,5)	9.700,0 (4.959,5)	A B C	9.700,0 8.844,9 6.916,0
Summe der Titelgruppe			48.000,0 (24.542,0)	48.000,0 (24.542,0)	A B C	48.000,0 41.527,5 46.338,4

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen**

Zu 10 07/883 71 bis 893 71		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Modernisierung von teil- und vollstationären Altenpflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege für ältere Menschen Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2001: 4.000,0 Tsd. DM 2002: 4.000,0 Tsd. DM	8.500,0	8.500,0
2.	Modernisierung von Altenheimen	-	-
3.	Modelle in der stationären Altenhilfe	75,0	75,0
4.	Kurzzeitpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete) Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2001: 1.000,0 Tsd. DM 2002: 1.000,0 Tsd. DM	4.500,0	4.500,0
5.	Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete) Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2001: 1.000,0 Tsd. DM 2002: 1.000,0 Tsd. DM	3.300,0	3.300,0
6.	a) Altenservicezentren	1.175,0	1.175,0
	b) Altentagesstätten	350,0	350,0
	Zusammen	<u>17.900,0</u>	<u>17.900,0</u>

Zusammenfassung:		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Neu- und Umbauten von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen	29.000,0	29.000,0
	Verpflichtungsermächtigungen	21.000,0	21.000,0

Daneben sind Komplementärmittel des Sozialen Wohnungsbaus im Einzelplan 03 B der Obersten Baubehörde veranschlagt.

		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
2.	Modernisierung von teil- und vollstationären Altenpflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Kurzzeitpflege für ältere Menschen Verpflichtungsermächtigungen	8.500,0	8.500,0
3.	Modernisierung von Altenheimen	-	-
4.	Modelle in der stationären Altenhilfe	75,0	75,0
5.	Kurzzeitpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete) Verpflichtungsermächtigungen	4.500,0	4.500,0
6.	Tages- und Nachtpflegeeinrichtungen für ältere Menschen (Neu- und Umbau, Ausstattung und Miete) Verpflichtungsermächtigungen	3.300,0	3.300,0
7.	a) Altenservicezentren	1.175,0	1.175,0
	b) Altentagesstätten	350,0	350,0
8.	Offene Altenhilfe (Entwicklung der Gerontechnologie) Verpflichtungsermächtigungen	250,0	250,0
9.	Übergreifende Maßnahmen		
	a) in der stationären Altenhilfe	75,0	75,0
	b) in der offenen Altenhilfe (Entwicklung der Gerontechnologie)	775,0	775,0
	Verpflichtungsermächtigungen	500,0	500,0
	Zusammen	<u>48.000,0</u>	<u>48.000,0</u>
	Verpflichtungsermächtigungen insgesamt	27.600,0	27.600,0

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		72 Förderung von sozialen Diensten im bayerischen Netzwerk Pflege <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 72-2	236	Kosten von Untersuchungen u. dgl. <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A C	100,0 103,0
531 72-5	236	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 100,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 100,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 149,9 2,2
536 72-0	236	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung	---	---	A B C	--- 12,2 2,6
653 72-7	236	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B	200,0 3,0
683 72-1	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A	400,0
684 72-0	236	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.400,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.400,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	7.200,0 (3.681,3)	7.700,0 (3.936,9)	A B C	7.200,0 6.834,1 4.857,5
698 72-4	236	Zustiftung zur "Bayerischen Stiftung Hospiz"	---	---	A B	--- 1.500,0
		Summe der Titelgruppe	8.000,0 (4.090,3)	8.500,0 (4.346,0)	A B C	8.000,0 8.499,2 4.965,3
		73 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 73-1	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 16,6 13,6
531 73-4	299	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	605,0 (309,3)	605,0 (309,3)	A B C	605,0 823,9 759,5
540 73-3	299	Veranstaltungskosten	---	---	A B C	--- 132,7 10,9
653 73-6	299	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
684 73-9	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	4.600,0 (2.351,9)	4.600,0 (2.351,9)	A B C	4.600,0 1.884,1 2.046,3

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/72**

Aufgrund der demographischen Entwicklung gewinnt der Grundsatz "ambulant vor stationär" nicht nur aus humanitären Gründen, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Sicht immer größere Bedeutung. Die Mittel dienen der Sicherung von Betreuungs- und Pflegeangeboten im "Bayerischen Netzwerk Pflege", die gesetzlich nicht refinanziert werden können, sowie der Weiterentwicklung und qualitativen Verbesserung der ambulanten und stationären Pflege in Bayern.

Die dramatischen Veränderungen der Rahmenbedingungen insbesondere in der stationären Pflege (durchschnittliches Eintrittsalter 86 Jahre, Zunahme von psychiatrischen Erkrankungen) sowie die aufgetretenen Pflegedefizite erfordern eine verstärkte Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, um das Pflegepersonal mit den neuesten Entwicklungen in der Altenpflege (z.B. Gerontopsychiatrie) vertraut zu machen und für die wachsenden Anforderungen zu befähigen.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Familienpflege	3.700,0	3.700,0
2. Arbeit mit und für pflegende Angehörige	3.000,0	3.000,0
3. Ehrenamtliche Hospizarbeit	200,0	200,0
4. Fort- und Weiterbildung	900,0	1.400,0
5. Modelle, Untersuchungen, Innovationen	200,0	200,0
Zusammen	8.000,0	8.500,0
Verpflichtungsermächtigungen	1.600,0	1.600,0

2002 gegenüber 2001:

500,0 Tsd. DM mehr zur verstärkten Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Zu 10 07/73

Nach Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 124 ff BV stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Dieser verfassungsrechtlich garantierte Schutz wird durch die Veranschlagung von Mitteln zur Förderung von geeigneten Maßnahmen und Einrichtungen konkretisiert (vgl. Bayerisches Familienprogramm).

Zu 10 07/526 73

Mit den veranschlagten Mitteln werden Forschungsaufträge an Universitäten finanziert.

Zu 10 07/531 73

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Veröffentlichung familienpolitischer Untersuchungen	100,0	100,0
2. Aufklärungsaktion für die Familie	505,0	505,0
Zusammen	605,0	605,0

Zu 10 07/684 73

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Zuschüsse zu Maßnahmen der Familienerholung		
a) in Familienferienstätten und ähnlichen Einrichtungen	2.250,0	2.250,0
b) auf Bauernhöfen	1.400,0	1.400,0
2. Zuschüsse für Müttergenesungs- bzw. Mutter/Kind-Kuren	950,0	950,0
Zusammen	4.600,0	4.600,0

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
685 73-8	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM</i> 550,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM</i> 550,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.295,0 (3.218,6)	4.495,0 (2.298,3)	A B C	4.095,0 3.693,0 3.787,9
893 73-6	299	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM</i> 800,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM</i> 800,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.100,0 (562,4)	1.100,0 (562,4)	A B C	1.100,0 1.737,8 1.025,0
Summe der Titelgruppe			12.800,0 (6.544,5)	11.000,0 (5.624,2)	A B C	10.600,0 8.288,1 7.643,2

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen**

Zu 10 07/685 73	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Zuschüsse für die Öffentlichkeitsarbeit der Familienorganisationen und deren Aufgaben	150,0	150,0
2. Maßnahmen zur Familienforschung Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2001: 50,0 Tsd. DM 2002: 50,0 Tsd. DM	50,0	50,0
3. Maßnahmen der Familienbildung nach § 16 Abs. 2 SGB VIII und Familienfreizeit	2.575,0	575,0
4. Familienpolitische Modellmaßnahmen, u.a. zur Förderung der Tagespflege Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2001: 500,0 Tsd. DM 2002: 500,0 Tsd. DM	290,0	290,0
5. Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung sowie familienbezogene Beratung von Gemeinwesenarbeit	3.060,0	3.260,0
6. Maßnahmen für Alleinerziehende	170,0	170,0
Zusammen	6.295,0	4.495,0

2001 gegenüber 2000:
2.200,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
200,0 Tsd. DM mehr zur verstärkten Förderung der Ehe- und Familienberatung.

Zu 10 07/893 73	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Zuschüsse zur Verbesserung von Familienferienstätten Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2001: 400,0 Tsd. DM 2002: 400,0 Tsd. DM	550,0	550,0
2. Zuschüsse zur Verbesserung von Müttergenesungsheimen Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht: 2001: 400,0 Tsd. DM 2002: 400,0 Tsd. DM	550,0	550,0
Zusammen	1.100,0	1.100,0

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		74 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 76. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 74-0	238	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	---	---	A B C	--- 22,3 12,1
531 74-3	238	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 128,4 19,2
536 74-8	238	Kosten von Fach- und Arbeitstagungen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	550,0 28,0 10,5
547 74-5	238	Kosten der Durchführung von Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 45,0 45,0
653 74-5	238	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	2.500,0 (1.278,2)	2.500,0 (1.278,2)	A B C	2.500,0 3.925,0 3.537,3
684 74-8	239	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	31.800,0 (16.259,1)	31.800,0 (16.259,1)	A B C	30.800,0 22.901,7 22.497,6
685 74-7	239	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 07/74

Die Empfänger der Zuwendungen sind Träger der öffentlichen Jugendhilfe und anerkannte Träger der freien Jugendhilfe sowie Fachorganisationen und Institute, deren Arbeitsbereich die Jugendhilfe ist. Die freien Träger der Jugendhilfe übernehmen Aufgaben, die sonst der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände erfüllen müssten.

Das zum 1.1.1991 in Kraft getretene Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG, SGB VIII) erweitert und differenziert das Leistungsangebot und die Aufgabenstellungen gegenüber dem Jugendwohlfahrtsgesetz in hohem Maße. Es stellt familienunterstützende, -beratende und krisenbekämpfende Hilfen ebenso in den Mittelpunkt wie Hilfen zur Förderung und Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie. Insbesondere im Hinblick auf diesen stark familienorientierten Ansatz dienen die staatlichen Fördermittel zur Fortentwicklung und Umgestaltung der Jugendhilfe im Sinne des Gesetzes, aber auch zur Verbesserung vorhandener und zur Errichtung neuer Jugendhilfeeinrichtungen und -maßnahmen.

Die Zuwendungsmittel dienen außerdem der Erfüllung der der Obersten Landesjugendbehörde gesetzlich zugewiesenen Aufgabenstellung (§ 82 SGB VIII). Sie hat die Tätigkeit der Jugendhilfeträger und die Weiterentwicklung der Jugendhilfe anzuregen und zu fördern sowie auf einen gleichmäßigen Ausbau der Einrichtungen und Angebote hinzuwirken.

Unabhängig von dieser bundesgesetzlich verankerten Aufgabe sind die Mittel auch zur Umsetzung des Jugendprogramms der Bayerischen Staatsregierung, Fortschreibung 1998, erforderlich. Der Strukturwandel weg vom Sozialleistungskonsum hin zu Eigeninitiative, Selbsthilfe und Mitverantwortung wird hier ebenso deutlich wie die Notwendigkeit von Vernetzung und interdisziplinärer Zusammenarbeit.

Zur Förderung der Jugendarbeit sind Ausgaben im Einzelplan des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus veranschlagt; vgl. Kap. 05 04 Titelgruppe 89 und die Erläuterungen hierzu.

Die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen sind im Anschluss an die Erläuterungen zu 10 07/74 zusammenfassend dargestellt.

2001 gegenüber 2000:

700,0 Tsd. DM mehr wegen Kostensteigerungen und neuer Aufgabenstellungen bei der Umsetzung des Jugendprogramms der Staatsregierung.

Zu 10 07/526 74 (und 531 74 bis 685 74)

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung der Jugendhilfe -Erziehungshilfe-		
1. Jugendsozialarbeit	10.700,0	10.700,0
2. Förderung der Erziehung in der Familie	17.000,0	17.000,0
3. Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	700,0	700,0
4. Neue Steuerung in der Jugendhilfe	600,0	600,0
5. Sozialräumliche, flexible Ansätze in der Jugendhilfe, u.a. Mütterzentren	2.500,0	2.500,0
6. Übergreifende Maßnahmen, u.a. Fortbildung für Fachkräfte der Jugendhilfe	1.700,0	1.700,0
7. Neue Aufgabenstellungen in der Jugendhilfe u.a. Zusammenarbeit Jugendhilfe und Schule	1.500,0	1.500,0
Zusammen	34.700,0	34.700,0

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
863 74-1	239	Darlehen an Sonstige im Inland	---	---	A	---
883 74-7	238	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.000,0 (511,3)	1.000,0 (511,3)	A	1.000,0
893 74-5	239	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Für die Errichtung einer Clearingstelle für straffällige Kinder und Jugendliche sind weitere Haushaltsmittel bei Kap. 13 03 Tit. 893 51 veranschlagt. Kreditfinanziert. Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 5.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 5.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	10.000,0 (5.112,9)	10.000,0 (5.112,9)	A B C	10.000,0 6.181,4 8.226,1
Summe der Titelgruppe			45.700,0 (23.366,0)	45.700,0 (23.366,0)	A B C	45.000,0 33.231,8 34.347,8
75 Förderung von gleichstellungs- und frauenpolitischen Maßnahmen						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme von 536 75. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 75-9	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B	30,0 12,7
531 75-2	299	Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen, Druckkosten der Publikationsmittel	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 64,0 176,9
536 75-7	299	Kosten des Bayerischen Landesfrauenausschusses	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B C	45,0 30,6 46,9
540 75-1	299	Veranstaltungskosten	195,0 (99,7)	195,0 (99,7)	A B C	195,0 91,6 121,6
684 75-7	299	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
685 75-6	299	Zuschüsse an Sonstige	780,0 (398,8)	780,0 (398,8)	A B C	780,0 404,8 422,1
Summe der Titelgruppe			1.150,0 (588,0)	1.150,0 (588,0)	A B C	1.150,0 603,7 767,5

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen**

Zu 10 07/863 74 (883 74 und 893 74)		
	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Heimen, Tagesstätten und Verbundeinrichtungen der Jugendhilfe	9.000,0	9.000,0
2. Neue Aufgabenstellungen in der stationären Jugendhilfe	2.000,0	2.000,0
Zusammen	11.000,0	11.000,0

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für Investitionen.

Überblick über die Ansätze des Einzelplans 10 für jugendpolitische Maßnahmen

Zweckbestimmung (Haushaltsstelle)		
	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz einschl. statistische Auswertungen (Kap. 10 03 Titel 536 01 und 981 01)	5.450,0	5.550,0
2. Bayerisches Jugendwerk (Kap. 10 05 TG 71 und 72)	1.750,0	1.750,0
3. Freiwilliges soziales Jahr (Kap. 10 05 Titel 684 73)	950,0	950,0
4. Früherkennung und Frühförderung behinderter Kinder (Kap. 10 05 TG 78 z.T.)	600,0	600,0
5. Hilfen für ausländische Kinder und Jugendliche (Kap. 10 05 TG 79 z.T.)	2.000,0	2.000,0
6. Maßnahmen und Einrichtungen für die Jugend (Kap. 10 07 TG 74)	45.700,0	45.700,0
7. Jugendschutz, Hilfen in besonderen Lebenssituationen (Kap. 10 07 TG 76)	3.300,0	3.300,0
8. Innovative Formen der Kinderbetreuung im "Netz für Kinder" (Kap. 10 07 TG 78)	10.000,0	10.000,0
9. Heime und ähnliche Einrichtungen nach dem Schulfinanzierungsgesetz (Kap. 10 07 TG 79)	4.400,0	4.400,0
10. Kosten der Fortbildungsmaßnahmen, Fach- und Arbeitstagungen (Kap. 10 60 Titel 536 03 und 536 04)	460,0	460,0
11. Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen (Kap. 10 60 Titel 684 01)	1.500,0	1.500,0
Zusammen	76.110,0	76.210,0

Darüber hinaus sind im Einzelplan 10 weitere Mittel für jugendpolitische Maßnahmen wie für Berufsbildung in der städtischen Hauswirtschaft, Jugendwohlfahrts- und sonstige Ausschüsse, Bayerisches Landesjugendamt usw. veranschlagt.

Zu 10 07/75 (mit Ausnahme von 536 75)

Aus dem Ansatz werden insbesondere folgende Maßnahmen gefördert:

- Modell- und Initiativmaßnahmen zur Umsetzung der im Programm "Politik für Frauen in Bayern" vorgesehenen Vorhaben,
- Untersuchungen, Gutachten, Forschungsvorhaben zur weiteren Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern,
- Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen im Beruf,
- Vorwiegend modellhafte Maßnahmen zur Neuorientierung nach der Familienphase und zur Förderung des Wiedereinstiegs in den Beruf,
- Modellprojekte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zu 10 07/536 75

Der Bayerische Landesfrauenausschuss berät die Staatsregierung und insbesondere deren Frauenbeauftragte. Der Ausschuss arbeitet im parlamentarischen Stil in Sitzungen. Aus dem Ansatz werden deshalb vor allem die Kosten der Entschädigung der Delegierten anlässlich der Sitzungen finanziert. Hieraus sind auch die aufgrund der Vernetzung der Landesfrauenräte für die Präsidiumsmitglieder anfallenden Reisekosten zu zahlen. Des Weiteren werden Kosten für Sachverständige, Referenten, die Beschaffung von Informationsmaterial und sonstigen Arbeitsmitteln übernommen.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		76 Förderung des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes sowie Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Gewalt <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 74. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 01.</i>				
526 76-8	238	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
531 76-1	238	Druckkosten der Publikationsmittel	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B	50,0 1,5
653 76-3	238	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.100,0 (562,4)	1.100,0 (562,4)	A B C	1.100,0 388,3 53,8
671 76-1	238	Erstattung von Kosten des gesetzlichen Jugendmedienschutzes	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A B C	--- 56,6 39,7
684 76-6	239	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.030,0 (1.037,9)	2.030,0 (1.037,9)	A B C	1.800,0 1.677,6 1.907,0
883 76-5	238	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
893 76-3	239	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	3.300,0 (1.687,3)	3.300,0 (1.687,3)	A B C	3.000,0 2.124,0 2.000,5

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/526 76 (und 531 76 bis 684 76)**

Zuschüsse zur Förderung und Fortentwicklung des erzieherischen und gesetzlichen Jugendschutzes und zur Umsetzung des Aktionsprogramms gegen Gewalt.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erzieherischer und gesetzlicher Jugendschutz	1.300,0	1.300,0
2. Umsetzung von Schwerpunkten des Aktionprogramms gegen Gewalt	2.000,0	2.000,0
Zusammen	3.300,0	3.300,0

2001 gegenüber 2000:

300,0 Tsd. DM mehr wegen Ausweitung der Förderung für die Aktion Jugendschutz, Kostensteigerungen sowie neuer Aufgabenstellungen.

Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.**Übersicht über den (vorläufigen) Wirtschaftsplan**

	Betrag für 2001	Betrag für 2002	Betrag für 2000	Istergebnis 1999
	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
Ausgaben				
1. Personalausgaben	700,0	800,0	580,0	547,1
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	500,0	500,0	594,3	560,8
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	1.200,0	1.300,0	1.174,3	1.107,9
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	134,0	134,0	153,5	145,5
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber				
a) vom Bund	-	-	-	-
b) Bundesamt für Zivildienst	4,5	4,5	5,8	6,2
3. Zuwendungen des Landes				
a) aus Kap. 10 07 Tit. 684 76	911,5	1.011,5	780,0	760,0
b) aus Kap. 10 08 Tit. 684 92	150,0	150,0	235,0	196,2
Zusammen	1.200,0	1.300,0	1.174,3	1.107,9

Höhere Zuwendungen des Landes infolge Förderung zusätzlicher Planstellen sowie Kostensteigerungen.

Stellenplan

	Zahl der Stellen		
	Soll 2001	Soll 2002	Soll 2000
Angestellte			
VergGr. III	2 +)	2 +)	2 +)
VergGr. IV a	2++)	2++)	1++)
VergGr. IV a	1+++)	1+++)	-
VergGr. V b	1	1	1
VergGr. V c	1	1	1
VergGr. VII	0,5	0,5	-
Insgesamt	7,5	7,5	5,0

+) davon 1 Stelle im Bewährungsaufstieg in VergGr. II a

++) davon 1 Stelle im Bewährungsaufstieg in VergGr. III

+++) 30 Std./Woche

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		77 Förderung staatlich anerkannter Schwangeren- beratungsstellen nach Art. 14 BaySchwBerG <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Der Staatszuschuss kann im Rahmen der veranschlagten Mittel auf 65 %, in der Anlaufphase im Einzelfall auf 70 % erhöht werden.</i>				
653 77-2	232	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	780,0 (398,8)	780,0 (398,8)	A B C	600,0 539,1 513,0
684 77-5	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	11.320,0 (5.787,8)	11.420,0 (5.839,0)	A B C	8.700,0 8.523,4 7.969,9
		Summe der Titelgruppe	12.100,0 (6.186,6)	12.200,0 (6.237,8)	A B C	9.300,0 9.062,5 8.482,9
		78 Förderung von innovativen Formen der Kinderbetreuung im "Netz für Kinder" <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>				
526 78-6	238	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	170,0 (86,9)	170,0 (86,9)	A	170,0
531 78-9	238	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A C	30,0 3,9
536 78-4	238	Kosten von Fach- und Arbeitstagen, Zusatzausbildungen und überregionalen Angeboten	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B	100,0 1,9
653 78-1	238	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	A	700,0
684 78-4	239	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	9.000,0 (4.601,6)	9.000,0 (4.601,6)	A B C	9.000,0 7.385,6 6.941,5
685 78-3	239	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	---	---	A	---
		Summe der Titelgruppe	10.000,0 (5.112,9)	10.000,0 (5.112,9)	A B C	10.000,0 7.387,5 6.945,4
		79 Förderung von Heimen und ähnlichen Einrichtungen nach Art. 24 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>				
883 79-2	299	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Kreditfinanziert.</i>	1.000,0 (511,3)	1.000,0 (511,3)	A B	1.000,0 929,4

Zu 10 07/77

Nach Art. 18 des Bayerischen Schwangerenberatungsgesetzes (BaySchwBerG) vom 9. August 1996 (GVBl S. 320) übernimmt der Freistaat Bayern 50 v.H. der Gesamtkosten der anerkannten Schwangerenberatungsstellen mit festgelegtem Einzugsbereich. Die Landkreise und kreisfreien Städte tragen 30 v.H. der Gesamtkosten. Gemäß Haushaltsvermerk kann der Staatszuschuss auf 65 v.H., in der Anlaufphase auf 70 v.H. erhöht werden.

2001 gegenüber 2000:
2.800,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
100,0 Tsd. DM mehr wegen Erhöhung der staatlichen Zuschüsse und steigender Kosten.

Zu 10 07/78

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Förderung innovativer Formen der Kinderbetreuung im "Netz für Kinder". Im "Netz für Kinder" soll in Zusammenhang mit Kinderbetreuung in altersgemischten Gruppen insbesondere der Elternmitverantwortung und konkreten Elternmitarbeit Raum gegeben und ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Erziehungskraft der Familie geleistet werden.

Zu 10 07/79

Für Neu- und Erweiterungsbauten von Heimen, Tagesstätten und ähnlichen Einrichtungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz gewährt der Staat Finanzhilfen (Art. 24 Abs. 2 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz). Die Empfänger der Zuwendungen sind kommunale Träger und sonstige Träger der freien Wohlfahrtspflege, die auf gemeinnütziger Grundlage wirken und Heime, Tagesstätten und ähnliche Einrichtungen errichten oder betreiben, um Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen den Besuch von Förderschulen zu ermöglichen. Die veranschlagten Mittel sind erforderlich, um die Heime und ähnlichen Einrichtungen im zeitlichen Zusammenhang mit den Baumaßnahmen der Förderschulen zu fördern. Der Betrieb dieser Einrichtungen ist in der Regel nur im Verbund sinnvoll.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:
Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für Investitionen.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
893 79-0	299	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Kreditfinanziert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.400,0 (1.738,4)	3.400,0 (1.738,4)	A B C	3.400,0 2.947,4 4.082,9
Summe der Titelgruppe			4.400,0 (2.249,7)	4.400,0 (2.249,7)	A B C	4.400,0 3.876,8 4.082,9
80 - 81 Landeserziehungsgeld - Familienbeihilfen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
681 80-3	232	Landeserziehungsgeld <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 10 05 TG 78 bis zu 2.000,0 Tsd. DM.</i>	335.500,0 (171.538,4)	328.500,0 (167.959,4)	A B C	337.000,0 345.246,5 336.823,7
681 81-2	232	Familienbeihilfen	13.500,0 (6.902,4)	13.500,0 (6.902,4)	A B C	9.600,0 12.193,0 11.242,6
Summe der Titelgruppe			349.000,0 (178.440,9)	342.000,0 (174.861,8)	A B C	346.600,0 357.439,5 348.066,3
82 Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 82-0	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl. <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 40,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 40,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B	50,0 2,8
531 82-3	299	Veröffentlichung und Dokumentation	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	30,0 40,8 70,8
653 82-5	299	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	170,0 (86,9)	170,0 (86,9)	A B C	170,0 170,0 141,7
684 82-8	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.600,0 (1.329,4)	2.600,0 (1.329,4)	A B C	2.600,0 2.219,3 2.187,5
685 82-7	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	250,0 (127,8)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 12,0 7,1
<u>698 82-2</u>	299	Gründungskapital und Zustiftung für die Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt"	5.000,0 (2.556,5)	---	A	
Summe der Titelgruppe			8.120,0 (4.151,7)	2.920,0 (1.493,0)	A B C	2.900,0 2.444,9 2.407,1

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/80 - 81**

Veranschlagt sind die Ausgaben für

- das Landeserziehungsgeld nach dem Bayer. Landeserziehungsgeldgesetz vom 16. November 1995 (GVBl S. 818) bzw.
- die Familienbeihilfe nach den Richtlinien vom 31. Januar 1995 (AllMBl S. 171).

Für Geburten ab dem 8. Dezember 1994 wurde die Bezugsdauer des Landeserziehungsgeldes von sechs auf zwölf Monate verlängert.

Durch Haushaltsvermerk ist zu Lasten Tit. 681 80 eine Mittelverstärkung zugunsten Kap. 10 05 TG 78 (Landesbehindertenplan) bis zu 2.000,0 Tsd. DM möglich.

2001 gegenüber 2000:

2.400,0 Tsd. DM mehr infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:

7.000,0 Tsd. DM weniger infolge rückläufiger Geburten.

Zu 10 07/82

Aufwendungen für Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erforschung der Gewaltproblematik	50,0	50,0
Daneben sind an Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht:		
2001: 40,0 Tsd. DM		
2002: 40,0 Tsd. DM		
2. Veröffentlichungen der wissenschaftlichen Untersuchungen, Ergebnisse von Fachtagungen und Öffentlichkeitsarbeit zur Enttabuisierung des Themas "Gewalt gegen Frauen und Kinder"	50,0	50,0
3. Betreuung misshandelter Frauen und deren Kinder in Frauenhäusern	1.980,0	1.980,0
4. Beratung misshandelter Frauen und Kinder	615,0	615,0
5. Fortbildung des Personals	20,0	20,0
6. Modellmaßnahmen	170,0	170,0
7. Vorübergehende Unterkunfts- und Betreuungsstätten für von Gewalt betroffene ausländische Frauen (v.a. aus Asien)	35,0	35,0
8. Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt "		
a) Gründungskapital	5.000,0	-
b) Förderung laufender Maßnahmen, insbesondere Öffentlichkeitsarbeit und modellhafte Präventionsprojekte	200,0	-
Zusammen	8.120,0	2.920,0

2001 gegenüber 2000:

5.220,0 Tsd. DM mehr insbesondere zur Ausstattung der Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt" mit einem Gründungskapital sowie zur Förderung laufender Maßnahmen der Stiftung (Anlaufphase).

2002 gegenüber 2001:

5.200,0 Tsd. DM weniger wegen Wegfalls der Leistungen für die Stiftung "Bündnis für Kinder - gegen Gewalt".

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		84 Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens - Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind" - Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.				
531 84-1	232	Veröffentlichung und Dokumentation	420,0 (214,7)	420,0 (214,7)	A B C	420,0 111,4 153,9
540 84-0	232	Veranstaltungskosten	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B C	80,0 111,5 126,8
684 84-6	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	---	---	A	---
685 84-5	232	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	8.700,0 (4.448,2)	10.700,0 (5.470,8)	A B C	10.500,0 3.273,4 6.983,0
		Summe der Titelgruppe	9.200,0 (4.703,9)	11.200,0 (5.726,5)	A B C	11.000,0 3.496,3 7.263,7
		85 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.				
526 85-7	299	Kosten von Untersuchungen u. dgl. Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 30,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 30,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	75,0 (38,3)	75,0 (38,3)	A	75,0
531 85-0	299	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 60,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 60,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A	150,0
536 85-5	299	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung	75,0 (38,3)	75,0 (38,3)	A	75,0
540 85-9	299	Veranstaltungskosten	---	---	A	
653 85-2	299	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 330,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 330,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	550,0 (281,2)	550,0 (281,2)	A B	300,0 123,7
683 85-6	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 30,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 30,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
684 85-5	299	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 200,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 200,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	350,0 (179,0)	350,0 (179,0)	A B	350,0 10,3
883 85-4	299	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/84**

Aufwendungen für Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens einschließlich der Mittel für die Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind".

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Öffentlichkeitsarbeit zum Schutz des ungeborenen Lebens	420,0	420,0
2. Veranstaltungskosten	80,0	80,0
3. Landesstiftung "Hilfe für Mutter und Kind"		
a) Schwangerenhilfe	7.170,0	8.970,0
b) Hilfen für Familien in Not	1.300,0	1.500,0
4. Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens	230,0	230,0
Zusammen	9.200,0	11.200,0

2001 gegenüber 2000:
1.800,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
2.000,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 07/85

Aufwendungen für die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, zur Erprobung von Modellen der Bürgerarbeit sowie für das Ehrenamt im sozialen Bereich.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Untersuchungen, Fachtagungen, Veranstaltungen	150,0	150,0
2. Öffentlichkeitsarbeit	150,0	150,0
3. Modelle, Innovationen	950,0	950,0
Zusammen	1.250,0	1.250,0
Verpflichtungsermächtigungen	650,0	650,0

2001 gegenüber 2000:
250,0 Tsd. DM mehr zur Ausweitung der Fördermaßnahmen.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
892 85-3	299	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A	---
893 85-2	299	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	---	---	A B	--- 50,0
Summe der Titelgruppe			1.250,0 (639,1)	1.250,0 (639,1)	A B C	1.000,0 184,0 -
90 Ausgaben für das pädagogische Personal an Kindergärten						
<i>Titel 526 90 einseitig deckungsfähig zu Lasten 684 90 bis zu 214,0 Tsd. DM.</i>						
<i>Titel 653 90 einseitig deckungsfähig zu Lasten 531 90.</i>						
<i>Titel 653 90 und 684 90 gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Sonstige Maßnahmen aus den Mitteln können nach Maßgabe der Erläuterungen vorgenommen werden.</i>						
526 90-0	126	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B	15,0 214,0
531 90-3	126	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	35,0 7,5 11,5
653 90-5	126	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	236.000,0 (120.664,9)	242.000,0 (123.732,6)	A B C	230.000,0 220.220,7 212.744,6
684 90-8	126	Zuschüsse an Sonstige	550.950,0 (281.696,2)	565.950,0 (289.365,6)	A B C	549.950,0 526.318,0 515.030,6
Summe der Titelgruppe			787.000,0 (402.386,7)	808.000,0 (413.123,8)	A B C	780.000,0 746.760,2 727.786,7
91 Förderung von Kinderhorten						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
526 91-9	239	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B	50,0 2,6
531 91-2	239	Veröffentlichungen und Informationsmaterial	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 2,6 0,5
653 91-4	238	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.500,0 (2.300,8)	4.500,0 (2.300,8)	A B C	4.500,0 4.336,5 4.606,5
684 91-7	239	Zuschüsse an Sonstige	38.900,0 (19.889,3)	40.900,0 (20.911,8)	A B C	37.900,0 31.549,4 29.884,8
883 91-6	238	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen	4.300,0 (2.198,6)	4.300,0 (2.198,6)	A B C	1.300,0 3.296,4 1.420,0

Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe**Erläuterungen****Zu 10 07/90**

1. Zuschüsse zu den förderfähigen Kosten des pädagogischen Fach- und Hilfspersonals (Art. 24 BayKiG).
2. Aus den Mitteln können ferner finanziert werden:
 - a) Erprobung neuer Finanzierungsmodelle im Rahmen einer zweijährigen Modellphase als Alternativen zu Art. 24 BayKiG mit folgenden Zielen: Verwaltungsvereinfachung durch weitere Pauschalierung bei Wahrung bzw. Verbesserung der Qualitätsstandards, Abbau von Förderungerechtigkeiten, Kostenneutralität, Ausschöpfung von Einsparpotentialen, Entwicklung von Antworten zu den Auswirkungen der allgemeinen gesellschaftlichen und demographischen Auswirkungen auf die Kinderbetreuung.
 - b) Zuschüsse für Fortbildungsmaßnahmen nach Art. 6 Abs. 2 BayKiG, zur Einführung neuer Finanzierungsmodelle, sowie für den Austausch von Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen.
 - c) Ausgaben für Forschungsvorhaben und Öffentlichkeitsarbeit
 - d) Mehrkosten für gemeinsame Kindergarten- und Hortleitungen

3. Mittelaufteilung	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
a) Personalkostenzuschüsse	784.800,0	805.800,0
b) Fortbildungsmaßnahmen		
- für das pädagogische Personal	1.400,0	1.400,0
- im Rahmen des Austausches von pädagogischen Kräften	500,0	500,0
- zur Einführung neuer Finanzierungsmodelle	250,0	250,0
c) Forschungsvorhaben, Öffentlichkeitsarbeit	50,0	50,0
Zusammen	787.000,0	808.000,0

Die Baukostenzuschüsse (Art. 23 BayKiG) sind bei 13 10/883 47 veranschlagt.

2001 gegenüber 2000:
7.000,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
21.000,0 Tsd. DM mehr aufgrund der voraussichtlichen allgemeinen Personalkostenentwicklung sowie wegen Zunahme der Kindergartenplätze.

Zu 10 07/91

1. Zuschüsse zu den förderfähigen Kosten des pädagogischen Fach- und Hilfspersonals (Richtlinien zur Gewährung von Personalkostenzuschüssen für Kinderhorte).
2. Förderung von bis zu 80 Einrichtungen "Horte an der Schule".
3. Ausgaben für Forschungsvorhaben und Öffentlichkeitsarbeit.
4. Zuschüsse für Um-, Erweiterungs- und Neubauten für Kinderhorte.
5. Aus den Mitteln können die Mehrkosten für gemeinsame Kindergarten- und Hortleitungen gefördert werden.
6. Mittelaufteilung

6. Mittelaufteilung	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
a) Personalkostenzuschüsse einschl. "Horte an der Schule"	43.400,0	45.400,0
b) Forschungsvorhaben, Öffentlichkeitsarbeit	100,0	100,0
c) Investitionen	4.500,0	4.500,0
Zusammen	48.000,0	50.000,0

2001 gegenüber 2000:
4.000,0 Tsd. DM mehr insbesondere zur verstärkten Investitionskostenförderung.

2002 gegenüber 2001:
2.000,0 Tsd. DM mehr aufgrund der voraussichtlichen Personalentwicklung insbesondere wegen Ausbaus der Kinderhortplätze sowie Tarifierhöhungen.

10 07 Allgemeine Bewilligungen - Jugend-, Familien-, Frauen- und Altenhilfe

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
893 91-4	239	Zuschüsse an Sonstige für Investitionen	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 561,1 175,0
		Summe der Titelgruppe	48.000,0 (24.542,0)	50.000,0 (25.564,6)	A B C	44.000,0 39.748,6 36.086,8
		Gesamtausgaben	1.348.541,0 (689.498,1)	1.360.149,5 (695.433,4)	A B C	1.325.446,5 1.265.088,2 1.237.580,9
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	4,0 3,6 4,8
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.150,0 (6.723,5)	13.150,0 (6.723,5)	A B C	12.500,0 13.218,4 15.865,5
		Gesamteinnahmen	13.154,0 (6.725,5)	13.154,0 (6.725,5)	A B C	12.504,0 13.222,0 15.870,3
		Personalausgaben	6,5 (3,3)	6,5 (3,3)	A B C	6,5 3,6 2,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.448,0 (1.762,9)	3.448,0 (1.762,9)	A B C	3.728,0 2.393,2 1.776,6
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.277.186,5 (653.015,1)	1.288.795,0 (658.950,4)	A B C	1.256.812,0 1.206.311,9 1.174.907,5
		Investitionsförderungsmaßnahmen	67.900,0 (34.716,7)	67.900,0 (34.716,7)	A B C	64.900,0 56.379,5 60.894,7
		Gesamtausgaben	1.348.541,0 (689.498,1)	1.360.149,5 (695.433,4)	A B C	1.325.446,5 1.265.088,2 1.237.580,9
		Zuschuss	1.335.387,0 (682.772,5)	1.346.995,5 (688.707,9)	A B C	1.312.942,5 1.251.866,2 1.221.710,6

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-7	319	Lehrgangsgebühren der Bewerber für den ärztlichen und tierärztlichen Dienst und den Dienst als Gesundheitsaufseher	90,0 (46,0)	90,0 (46,0)	A B C	50,0 90,0 33,8
119 01-9	314	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
251 02-6	314	Zuweisungen des Bundes zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids <i>Vgl. Vermerk zu TG 52.</i>	---	---	A B C	--- 80,2 56,0
251 03-5	314	Zuweisungen des Bundes zur Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie <i>Vgl. Vermerk zu TG 92.</i>	---	---	A B C	--- 308,4 518,1
276 01-8	529	Zuweisungen der EU zur Finanzierung von Veterinärmaßnahmen durch den EAGFL nach der Entscheidung des Rates 90/424/EWG	***	***	A B	--- 1.274,1
281 11-9	314	Rückerstattungen aus Zuschüssen	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	600,0 406,1 597,7
Gesamteinnahmen			590,0 (301,7)	590,0 (301,7)	A B C	650,0 2.158,8 1.205,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
425 11-6	311	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	***	***	A	---
459 01-7	960	Prüfungsvergütungen	900,0 (460,2)	900,0 (460,2)	A B C	1.150,0 830,4 886,1
Sächliche Verwaltungsausgaben						
525 11-5	319	Ausbildung für den amtsärztlichen und amtstierärztlichen Dienst und den Dienst als Gesundheitsaufseher und als Lebensmittelüberwachungsbeamter	150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A B C	150,0 151,7 89,9
525 12-4	011	Ausbildung der Apotheker	***	***	A B C	--- 10,7 11,7
536 03-2	314	Kosten des Bayerischen Landesgesundheitsrates	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	32,0 2,7 6,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 08

Dieses Kapitel enthält die für das Gesundheits- und Veterinärwesen veranschlagten Einnahmen und Ausgaben.

Zu 10 08/111 01

2001 gegenüber 2000:

40,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 08/251 02

Vereinnahmung zweckgebundener Zuweisungen des Bundes für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS.

Zu 10 08/251 03

Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes für Modellvorhaben der Suchtkrankenhilfe.

Zu 10 08/281 11

Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 08/459 01

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
1. Vergütungen für die Prüfungen aufgrund der Approbationsordnungen der		
a) Ärzte	530,0	530,0
b) Apotheker	90,0	90,0
c) Zahnärzte	120,0	120,0
d) Tierärzte	110,0	110,0
2. Vergütungen für die Prüfungen der Amtsärzte, Amtstierärzte, Lebensmittelchemiker, Gesundheitsaufseher, Lebensmittelüberwachungsbeamten und Assistentinnen im Gesundheitsdienst	50,0	50,0
Zusammen	900,0	900,0

2001 gegenüber 2000:

250,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 08/525 11

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
1. Amtsarztlehrgänge	50,0	50,0
2. Lehrgänge für den tierärztlichen Staatsdienst	20,0	20,0
3. Lehrgänge für Gesundheitsaufseher	20,0	20,0
4. Lehrgänge für Überwachungsbeamte zum Schutze der Verbraucher	25,0	25,0
5. Lehrgänge für sozialmedizinische Assistenten	20,0	20,0
6. Lehrgänge für Sozialpädagogen	15,0	15,0
Zusammen	150,0	150,0

Zu 10 08/536 03

Der Landesgesundheitsrat (LGR) ist als umfassendes gesundheitspolitisches Gremium Beratungsorgan für alle auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Kräfte (§ 1 des Gesetzes über die Schaffung eines Landesgesundheitsrats vom 12. August 1953 - GVBl S. 130). Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit führt die Geschäfte.

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
1. Geschäftsbedarf	3,0	3,0
2. Reisekostenvergütungen	21,0	21,0
3. Sonstiges	1,0	1,0
Zusammen	25,0	25,0

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
536 04-1	011	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben im Rahmen der Prüfungen für Ärzte, Apotheker, Zahnärzte und Tierärzte	225,0 (115,0)	225,0 (115,0)	A B C	200,0 228,1 152,0
536 05-0	311	Verbesserung des Verbraucherschutzes und des Tierschutzes <i>Aus diesem Ansatz darf ein bayerischer Tierschutzpreis mit jährlich bis zu 10 Tsd. DM ausgelobt werden.</i>	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	28,5 3,9 7,3
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
656 01-8	314	Zuweisungen für Jugendzahnpflege	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 747,0 86,0
683 01-5	529	Zuschüsse der EU aus dem EAGFL zur Finanzierung von Veterinärmaßnahmen nach der Entscheidung des Rates 90/424/EWG	* * *	* * *	A	- - -
685 08-6	112	Anteil an den Kosten des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen	1.550,0 (792,5)	1.550,0 (792,5)	A B C	1.550,0 1.411,2 1.494,6
685 09-5	549	Erstattungen an die Bayer. Tierseuchenkasse für die Tierkörperbeseitigung sowie Erstattung der Kosten für TSE-Probenahmen <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>	5.350,0 (2.735,4)	7.050,0 (3.604,6)	A B C	3.500,0 4.142,0 3.973,5
685 11-1	314	Beiträge an nichtstaatliche Einrichtungen, die im Interesse des Gesundheitswesens tätig werden, sowie gesundheitliche Aufklärungsmaßnahmen für Ausländer	53,0 (27,1)	3,0 (1,5)	A B C	3,0 1,4 1,3
685 12-0	314	Kosten der bevölkerungsbezogenen Krebsregistrierung und des Krebsinformationsdienstes <i>Die Erläuterung Nr.2 ist verbindlich. Die Mittel sind übertragbar.</i>	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A B C	2.000,0 1.220,2 1.203,8
685 13-9	311	Anteil an den Kosten der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten	150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A B C	150,0 161,5 17,2

Erläuterungen

Zu 10 08/536 04

Sachaufwand der Prüfungen, insbesondere Saalmieten.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Aufschlüsselung der Ausgaben:		
a) Ärzteprüfungen	180,0	180,0
b) Apothekerprüfungen	25,0	25,0
c) Zahnärzteprüfung	15,0	15,0
d) Tierärzteprüfung	5,0	5,0
Zusammen	<u>225,0</u>	<u>225,0</u>

2001 gegenüber 2000:

25,0 Tsd. DM mehr wegen steigender Prüfungsaufwendungen.

Zu 10 08/536 05

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Jahresbericht "Lebensmittelmonitoring"	7,0	7,0
2. Informationsveranstaltungen	9,0	9,0
3. Broschürennachdruck "Sichere Lebensmittel"	9,0	9,0
4. Bayer. Tierschutzpreis	10,0	10,0
Zusammen	<u>35,0</u>	<u>35,0</u>

Zu 10 08/656 01

Staatliche Leistung zu den Aufwendungen der "Bayer. Landesarbeitsgemeinschaft Zahngesundheitspflege e.V." für Vorbeugeaktionen in der Jugendzahnpflege.

Zu 10 08/685 08

Anteil des Freistaates Bayern nach dem Staatsvertrag über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz.

Zu 10 08/685 09

Erstattung an die Tierseuchenkasse nach Art. 4 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Tierkörperbeseitigungsgesetz. Bestreitung der in den Tierkörperbeseitigungsanstalten entstehenden Kosten für Probenahmen zur Durchführung des BSE-Überwachungsprogramms beim Rind (Entscheidung 2000/374/EG der Kommission vom 5. Juni 2000).

2001 gegenüber 2000:

1.850,0 Tsd. DM mehr ,

2002 gegenüber 2001:

1.700,0 Tsd. DM mehr wegen steigender Verluste bei der Entsorgung von Vieh i. S. d. Tierseuchenrechts (insbes. wegen Zusatzkosten aus der separaten Beseitigung von Risikomaterialien (BSE)) sowie zur Durchführung des BSE-Überwachungsprogramms beim Rind.

Zu 10 08/685 11

Veranschlagt sind:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Mitgliedsbeiträge an nichtstaatliche Einrichtungen	3,0	3,0
2. Gesundheitliche Aufklärungsmaßnahmen für Ausländer	50,0	-
Zusammen	<u>53,0</u>	<u>3,0</u>

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM mehr wegen Durchführung einer Informationsmaßnahme entsprechend dem Bericht über die Ausländerintegration in Bayern.

2002 gegenüber 2001:

50,0 Tsd. DM weniger wegen abgeschlossener Maßnahme.

Zu 10 08/685 12

1. Ausgaben für das bevölkerungsbezogene Krebsregister in Bayern, die Landesanteile für das Kinderkrebsregister beim Institut für Medizinische Statistik und Dokumentation der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz und den Krebsinformationsdienst Heidelberg.
2. Zu Lasten der veranschlagten Haushaltsmittel kann die Übernahme der Kosten für die Angestellten bei der Registerstelle und Vertrauensstelle des bevölkerungsbezogenen Krebsregisters Bayern und bei den nach Art. 6 Satz 1 BayKRG vom StMAS bestimmten Klinikregistern für die Geltungsdauer dieses Gesetzes im Umfang von jährlich bis zu 1,2 Mio. DM verbindlich zugesagt werden.

Zu 10 08/685 13

Für die nach EG-Recht erforderliche Akkreditierung von Prüfeinrichtungen im Gesundheitswesen ist die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten (ZLG) mit dem Sitz in Bonn eingerichtet worden. Die Länder beteiligen sich an den Kosten nach dem Königsteiner Schlüssel. Veranschlagt ist der voraussichtliche Anteil des Freistaates Bayern.

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
685 14-8	011	Kostenerstattung an die Bayer. Landesapothekerkammer für die Ausbildung der Apotheker	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A	45,0
Titelgruppen						
52 Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 02.</i>						
425 52-6	314	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte <i>Zu Lasten der Ausgabemittel des Tit. 425 52 dürfen bis zu 13 Angestellte mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>	930,0 (475,5)	800,0 (409,0)	A B C	990,0 886,4 951,2
427 52-4	314	Beschäftigungsentgelte	---	---	A	---
515 52-7	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 0,2 3,6
522 52-8	314	Verbrauchsmittel	600,0 (306,8)	600,0 (306,8)	A B C	600,0 332,0 302,1
526 52-4	314	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
527 52-3	314	Reisekostenvergütungen für Inlandsreisen	---	---	A	---
531 52-7	314	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	130,0 (66,5)	130,0 (66,5)	A B C	130,0 0,3 113,7
540 52-6	314	Veranstaltungskosten	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 81,7 118,0
547 52-9	314	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 141,0 98,5
653 52-9	314	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und GV	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 4,5 -3,5
684 52-2	314	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	5.890,0 (3.011,5)	6.020,0 (3.078,0)	A B C	5.330,0 6.135,4 5.989,0
685 52-1	314	Zuschüsse an Sonstige	---	---	A C	---
812 52-7	314	Erwerb von Geräten	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	100,0

Erläuterungen

Zu 10 08/685 14

Durchführung der begleitenden Unterrichtsveranstaltungen nach § 4 Abs. 4 AAppO durch die Bayer. Landesapothekerkammer.

Zu 10 08/52

Obwohl bei der Bevölkerung ein hoher Informationsstand bezüglich der Immunschwächekrankheit AIDS und deren Infektionsmöglichkeiten bzw. -gefahren gegeben ist, nimmt die Zahl der Neuinfizierungen nicht ab. Bei bestimmten Bevölkerungsgruppen nimmt die Zahl der Neuinfektionen sogar zu. Es sind deshalb auch künftig Maßnahmen zur AIDS-Bekämpfung erforderlich.

Zu 10 08/425 52

Vergütungen für Zeitangestellte, insbesondere bei den Landesuntersuchungsämtern für das Gesundheitswesen.

2001 gegenüber 2000:
60,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
130,0 Tsd. DM weniger wegen Umsetzung nach 684 52.

Zu 10 08/515 52

Beschaffung der Büro- und Fachausstattung sowie von Laborgeräten.

Zu 10 08/522 52

Sachbedarf für Untersuchungen der Landesuntersuchungsämter.

Zu 10 08/526 52

Finanzierung von wissenschaftlichen Untersuchungen auf dem Gebiet der AIDS-Forschung.

Zu 10 08/531 52

Zur gezielten Aufklärung und Beratung der Bevölkerung durch

- Broschüren, Merk- und Faltblätter u.ä.,
- Fernseh- und Rundfunkspots, Videofilme,
- Fachliteratur für Multiplikatoren (z.B. Lehrer).

Zu 10 08/540 52

Veranstaltungen der psychosozialen AIDS-Beratungsstellen und Aids-Hilfen, massenmediale Aufklärungskampagnen "Hand in Hand gegen AIDS".

Zu 10 08/547 52

Versandkosten, Schutzkleidung, Plakataktionen, Diareihen u.ä.

Zu 10 08/653 52

Förderung der Präventionsarbeit und Beratungstätigkeit der kommunalen Gesundheitsämter.

Zu 10 08/684 52

Förderung insbesondere der psychosozialen AIDS-Beratungsstellen, der Ambulanten Hilfen und der Wohnprojekte und deren Betreuungspersonal sowie zeitlich befristeter problem- und zielgruppenorientierter Einzelprojekte.

2001 gegenüber 2000:
560,0 Tsd. DM mehr wegen Verstärkung der Förderung (500,0 Tsd. DM) und Umsetzung von 425 52 (60,0 Tsd. DM).

2002 gegenüber 2001:
130,0 Tsd. DM mehr wegen Umsetzung von 425 52.

Zu 10 08/812 52

Beschaffung von Geräten für die Landesuntersuchungsämter.

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
893 52-9	314	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	100,0
Summe der Titelgruppe			8.500,0 (4.090,3)	8.500,0 (4.090,3)	A B C	8.000,0 7.581,5 9.446,5
53 Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen <i>427 53 und 547 53 sowie 643 53 und 681 53 gegenseitig deckungsfähig. 643 53 und 681 53 übertragbar.</i>						
427 53-3	314	Beschäftigungsentgelte	---	---	A	---
547 53-8	314	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	10,0
643 53-1	314	Erstattung des ungedeckten Betriebsaufwandes des Tuberkulosekrankenhauses Parsberg	---	---	A	140,0
681 53-4	314	Sonstige Leistungen nach dem Bundes-Seuchengesetz	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 24,2 77,9
684 53-1	314	Leistungen an Vereine	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	15,0 13,2 13,2
Summe der Titelgruppe			115,0 (58,8)	115,0 (58,8)	A B C	265,0 37,4 91,1
55 Förderung der Hebammen und Fortbildung von Heilhilfspersonen						
681 55-2	314	Leistungen zur Gewährleistung des Mindesteinkommens der Hebammen	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	35,0 7,8 11,7
684 55-9	314	Zuweisungen an nichtstaatliche Einrichtungen	170,0 (86,9)	170,0 (86,9)	A B C	170,0 149,6 141,1
Summe der Titelgruppe			178,0 (91,0)	178,0 (91,0)	A B C	205,0 157,4 152,8
56 Aussenstellen des Landesprüfungsamtes <i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig.</i>						
422 56-5	314	Bezüge der planmäßigen Beamten	***	***	A B C	--- 243,9 144,2
425 56-2	314	Vergütungen der Angestellten	***	***	A B C	--- 641,9 744,7
459 56-1	314	Vermischte Personalausgaben	***	***	A	---

Erläuterungen

Zu 10 08/893 52

Förderung von Wohnprojekten für AIDS-Kranke.

Zu 10 08/53

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Sonstige Leistungen nach dem Bundesseuchengesetz	100,0	100,0
2. Leistungen an die Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten	15,0	15,0
Zusammen	115,0	115,0

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 08/55

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Leistungen zur Gewährleistung des Mindesteinkommens der Hebammen	8,0	8,0
2. Fortbildung		
a) Heilhilfspersonen	150,0	150,0
b) Hebammen	20,0	20,0
Zusammen	178,0	178,0

Den niedergelassenen Hebammen hat der Staat nach dem Hebammengesetz ein Mindesteinkommen zu gewährleisten.

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
535 56-9	314	Erwerb und Miete von Software	***	***	A	---
547 56-5	314	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	***	***	A B C	--- 92,1 90,4
812 56-3	314	Anschaffung von Geräten, Ausrüstungs- und Ausstattungsgegenständen	***	***	A C	--- 3,1
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- 977,9 982,4
58 - 60 Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen						
<i>Titel der TG übertragbar und mit Ausnahme 685 59 gegenseitig deckungsfähig. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 10 91/111 02.</i>						
425 60-6	549	Vergütungen der Angestellten	1.290,0 (659,6)	1.290,0 (659,6)	A B C	1.281,6 1.152,7 1.076,5
426 60-5	549	Löhne der Arbeiter	220,0 (112,5)	220,0 (112,5)	A B C	220,0 105,8 78,9
459 60-5	549	Vermischte Personalausgaben	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A	30,0
522 60-8	549	Verbrauchsmittel	2.500,0 (1.278,2)	2.500,0 (1.278,2)	A B C	4.500,0 1.627,0 2.186,6
534 60-4	549	Softwareentwicklung	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A C	70,0 3,7
547 60-9	549	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 242,0 309,7
632 60-5	549	Erstattungen an Amtstierärzte	---	---	A C	--- 0,6
671 60-7	549	Anteil an den Kosten der nationalen Maul- und Klauenseuche- Vakzinebank	3.900,0 (1.994,0)	3.900,0 (1.994,0)	A B C	3.900,0 3.517,6 3.240,8
672 60-6	549	Erstattung des Aufwands für die Kontrollen zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A	---
681 60-5	549	Unkostenbeitrag bei Tollwut und sonstige Leistungen	350,0 (179,0)	350,0 (179,0)	A B C	350,0 13,7 22,5
683 60-3	549	Zuschüsse für Untersuchungskosten an landwirtschaftliche Betriebe	---	---	A	---
<u>685 58-5</u>	549	Zuschuss an die Bayer. Tierseuchenkasse zum Bayer. Programm zur Bekämpfung der Rinderseuche BVD/MD <i>Die Ausgabebefugnis beträgt 30 v.H. der Isteinnahmen bei 10 92/111 04. Die Ausgabebefugnis ist begrenzt auf 1.200,0 Tsd. DM.</i>	---	--	A	

Erläuterungen

Zu 10 08/58 - 60

Veranschlagt sind die Mittel für die Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen, insbesondere für

- Maul- und Klauenseuche (MKS)
- Infektiöse Bovine Rhinotracheitis (IBR)
- Aujeszkysche Krankheit (AK)
- Schweinepest (ESP)
- Leukose/Brucellose
- Tollwut
- Newcastle-Krankheit.
- Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD)

Im einzelnen sind die Mittel veranschlagt für:

Zu 10 08/425 60, 426 60, 459 60

Aufwendungen für das im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung tätige Personal. Hier dürfen auch Vergütungen für Dienstkräfte geleistet werden, die bei den Landesuntersuchungsämtern für das Gesundheitswesen und den Regierungen zur Tierseuchenbekämpfung eingesetzt sind (siehe Stellenplan). Die sächlichen Verwaltungsausgaben für dieses Personal werden aus Kap. 03 08 bzw. 10 92 bestritten.

Zu 10 08/522 60

Sachbedarf für Untersuchungen der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen (z.B. Reagenzien, Nährböden, diagnostische Seren, Einwegmaterial) sowie für zentrale Bekämpfungsmaßnahmen des StMAS (z.B. Impfstoffe bzw. Präparate).

2001 gegenüber 2000:

2.000,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 08/534 60

Software dient der Tierseuchenbekämpfung.

Zu 10 08/547 60

Versandkosten, besonderer Geschäftsbedarf, besondere Aufwendungen im Rahmen zentraler Bekämpfungsmaßnahmen (z.B. Auslegekosten).

Zu 10 08/671 60

Anteil des Freistaates Bayern an den Kosten der nationalen MKS-Vakzinebank (strategische Impfstoffreserve zur Bekämpfung der MKS für die Länder der Bundesrepublik Deutschland).

Zu 10 08/672 60

Erstattung des Aufwands für die Kontrollen gemäß VO (EG) Nr. 2630/97 vom 29. 12.1997 (Mindestkontrollen im Rahmen des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern).

2001 gegenüber 2000:

2.000,0 Tsd. DM mehr infolge erstmaliger Veranschlagung.

Zu 10 08/681 60

Unkostenbeitrag für den Abschuss von Füchsen sowie sonstige Leistungen im Rahmen der Tollwutbekämpfung.

Zu 10 08/685 58

Zuschuss an die Bayer. Tierseuchenkasse (TSK) in Höhe von 30 v.H. der Gebühren und Auslagen, die von der TSK gemäß GGebO an die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen für die Durchführung der Blutuntersuchungen im Rahmen des Bayer. Programms zur Bekämpfung der Rinderseuche Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease zu entrichten sind. Der jährliche Zuschuss ist auf 1.200,0 Tsd. DM beschränkt.

Die Vereinnahmung der Gebühren und Auslagen erfolgt bei 10 92/111 04.

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
685 59-4	314	Zuschuss an die Bayer. Tierseuchenkasse zum Bayer. Aktionsprogramm zur Tilgung der Aujeszky'schen Krankheit <i>Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 10 92/111 03.</i>	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A B C	2.000,0 2.121,5 1.916,0
685 60-1	549	Zuschüsse an die Bayer. Tierseuchenkasse zur Bekämpfung und Verhütung von Tierseuchen	1.990,0 (1.017,5)	1.990,0 (1.017,5)	A B C	1.990,0 1.751,2 3.230,8
<u>980 60-3</u>	549	Bayer. Anteil an den Kosten der Schweinedatenbank	---	--	A	
Summe der Titelgruppe			14.750,0 (7.541,6)	14.750,0 (7.541,6)	A B C	14.741,6 10.531,5 12.066,1
61 Pflichtleistungen nach dem Tierseuchengesetz <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>						
671 61-6	549	Erstattungen von Pflichtleistungen nach dem Tierseuchengesetz an die Bayerische Tierseuchenkasse	1.300,0 (664,7)	1.300,0 (664,7)	A B C	1.300,0 369,8 345,5
681 61-4	549	Pflichtleistungen nach dem Tierseuchengesetz an Tierbesitzer	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			1.300,0 (664,7)	1.300,0 (664,7)	A B C	1.300,0 369,8 345,5
91 Gesundheitshilfe, insbesondere Gesundheitsfürsorge und -vorsorge und Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar.</i>						
427 91-7	314	Beschäftigungsentgelte	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 191,5 188,5
459 91-8	314	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
511 91-4	314	Formblätter, Vordrucke, Druckarbeiten	28,0 (14,3)	28,0 (14,3)	A B C	28,0 35,0 33,9
515 91-0	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	---	---	A	---
522 91-1	314	Verbrauchsmittel	---	---	A	---
526 91-7	314	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A C	80,0 225,0
527 91-6	314	Reisekosten des nicht vollbeschäftigten Personals	---	---	A B C	--- 0,4 0,4
531 91-0	314	Kosten für Veröffentlichungen und der Dokumentation	27,8 (14,2)	27,8 (14,2)	A B C	27,8 5,3 52,4

Erläuterungen

Zu 10 08/685 59

Zuschuss an die Bayer. Tierseuchenkasse (TSK) in Höhe der Gebühren und Auslagen, die von der TSK gemäß GGebO an die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen für die Durchführung der Untersuchungen im Rahmen des Programms zur Bekämpfung der AK zu entrichten sind (Abwicklung im Wege der Verrechnung, vgl. auch Vermerk bei 10 92/111 03).

Zu 10 08/685 60

Zuschüsse an die TSK für Bekämpfungsmaßnahmen bei den verschiedenen Tierseuchen, die im Interesse der staatlichen Tierseuchenbekämpfung liegen.

Zu 10 08/980 60

Anteil an den Kosten für den Aufbau und laufenden Betrieb der beim Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einzurichtenden zentralen Datenbank für Schweine (Richtlinie 2000/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. April 2000).

Zu 10 08/61

Entschädigungen für Tierverluste durch Tierseuchen (§§ 66 ff. des Tierseuchengesetzes).

Zu 10 08/91

Aus dieser Titelgruppe werden insbesondere folgende Maßnahmen finanziert bzw. gefördert:

1. Entgelte für die Landesärzte nach § 126a BSHG und Art. 21 AGBSHG.
2. Förderung von Einrichtungen, die im Interesse der Gesundheitshilfe und Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten tätig sind.
3. Maßnahmen zur Gesundheitsvor- und -fürsorge sowie zur Gesundheitserziehung und -förderung, gemeindenaher Gesundheitskonferenzen, Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen aus Anlaß des Weltgesundheitstages.
4. Modellmaßnahmen, Untersuchungen, Zweckforschung für ausgewählte Bereiche (Prävention und Gesundheitsförderung).
5. Jugendgesundheitspflege.
6. Förderung der Giftinformationszentralen.

Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern e.V., München
Übersicht über den (vorläufigen) Haushaltsplan

	Betrag für 2001 Tsd. DM	Betrag für 2002 Tsd. DM	Betrag für 2000 Tsd. DM	Istergebnis 1999 Tsd. DM
Ausgaben				
1. Personalausgaben	857,2	883,7	832,8	494,4
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	710,8	684,3	735,2	1.196,6
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	1.568,0	1.568,0	1.568,0	1.691,0
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	18,0	18,0	18,0	21,0
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber				
a) vom Bund	-	-	-	-
b) Sonstige	-	-	-	-
3. Zuwendungen des Landes	1.550,0	1.550,0	1.550,0	1.670,0
Zusammen	1.568,0	1.568,0	1.568,0	1.691,0
Stellenplan				
	Soll 2001	Zahl der Stellen Soll 2002	Soll 2000	
Angestellte				
VergGr II/Ib, 2/3 III, IVa, 1 1/2 IVb, 2 Vc, 3 VIb	9,5	9,5	9,5	
Arbeiter	-	-	-	
Zusammen	9,5	9,5	9,5	

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
540 91-9	314	Veranstaltungskosten	78,0 (39,9)	78,0 (39,9)	A B C	78,0 72,9 117,7
547 91-2	314	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A	---
653 91-2	314	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	---	---	A	---
685 91-4	314	Zuschüsse an Einrichtungen, die im Interesse der Gesundheitshilfe und der Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten tätig werden	2.086,2 (1.066,7)	2.086,2 (1.066,7)	A B C	2.086,2 1.618,7 1.667,4
Summe der Titelgruppe			2.500,0 (1.278,2)	2.500,0 (1.278,2)	A B C	2.500,0 1.923,8 2.285,3
92 Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 03.</i>						
531 92-9	314	Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärungsmaßnahmen	850,0 (434,6)	850,0 (434,6)	A B C	850,0 799,8 223,5
540 92-8	314	Veranstaltungskosten, Kosten von Untersuchungen	2.500,0 (1.278,2)	2.500,0 (1.278,2)	A B C	2.500,0 2.062,6 1.764,8

Erläuterungen**Zu 10 08/92**

Suchtkrankheiten bedrohen unsere Gesellschaft in erheblichem Umfang. Sie gehören zu den am meisten verbreiteten Krankheiten. An erster Stelle steht der Alkoholmissbrauch. Andererseits entwickelt sich der Missbrauch illegaler Drogen (insbesondere Ecstasy und andere synthetische Drogen) besorgniserregend. Davon sind besonders Jugendliche betroffen. Veranschlagt sind die Mittel, mit denen entsprechend dem Suchtprogramm der Staatsregierung vom 2.8.1994 wichtige Vorsorgemaßnahmen und Hilfen für die Betroffenen zur Verfügung gestellt werden.

Folgende Schwerpunkte bayerischer Suchtpolitik sind gesetzt:

Prävention und Aufklärung

- Informationen über die Gefahren des Drogen- und Suchtmittelmissbrauchs
- vielfältige Präventionsmaßnahmen zur Vorbeugung vor Suchtgefahren bei besonders gefährdeten Zielgruppen
- primärpräventive Maßnahmen von frühestem Kindes- und Jugendalter an

Beratung und Therapie

- weiterer Ausbau von niederschweligen Angeboten zielgruppenorientierter Entwöhnung
- Stärkung der zielgruppenorientierten Entwöhnungseinrichtungen

Nachsorge

- Förderung von modellhaften Projekten, z. B. Nachsorgewohngemeinschaften
- Betreuung von Suchtkranken in Justizvollzugsanstalten

Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Erläuterungen

noch zu 10 08/92

Veranschlagt sind die Mittel für:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Offene Maßnahmen für besonders Gefährdete und Abhängige		
1. Aufklärungsmaßnahmen, Prävention, Publikationen; Dokumentation	3.300,0	3.300,0
2. Zuschüsse für Modelle und Präventionskräfte	2.600,0	2.600,0
3. Niederschwellige Angebote und Betreuung	2.300,0	2.300,0
4. Zuschüsse zum Betrieb von Einrichtungen zur beruflichen und sozialen Rehabilitation	300,0	300,0
5. Nachsorgemaßnahmen, Förderung von Selbsthilfegruppen	200,0	200,0
6. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter in der Suchtkrankenhilfe; Fachtagungen	300,0	300,0
7. Betreuung von Suchtkranken und Abhängigen in den Justizvollzugsanstalten	3.000,0	3.000,0
Zusammen	12.000,0	12.000,0

Landeszentrale für Gesundheitsbildung in Bayern e.V., München

Zentrale Informationsstelle Sucht - ZIS -

Übersicht über den (vorläufigen) Haushaltsplan

	Betrag für 2001 Tsd. DM	Betrag für 2002 Tsd. DM	Betrag für 2000 Tsd. DM	Istergebnis 1999 Tsd. DM
Ausgaben				
1. Personalausgaben	150,0	155,0	145,0	457,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	550,0	545,0	555,0	981,5
3. Schuldendienst	-	-	-	-
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	-
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	-
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	-
Zusammen	700,0	700,0	700,0	1.438,5
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	-
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber				
a) vom Bund	-	-	-	-
b) Sonstige	-	-	-	-
3. Zuwendungen des Landes	700,0	700,0	700,0	1.438,5
Zusammen	700,0	700,0	700,0	1438,5

Stellenplan

	Soll 2001	Zahl der Stellen Soll 2002	Soll 2000
Angestellte			
VergGr 1/3 III, 1/2 IVa, VII	2	2	2
Arbeiter	-	-	-
Zusammen	2	2	2

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
653 92-1	314	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1.200,0 (613,6)	1.200,0 (613,6)	A B C	1.200,0 643,9 1.733,8
671 92-9	314	Erstattung der Kosten für die Rückführung von Drogenabhängigen aus dem Ausland	---	---	A	---
684 92-4	314	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen	4.000,0 (2.045,2)	4.000,0 (2.045,2)	A B C	4.000,0 4.420,2 3.822,3
685 92-3	314	Zuschüsse an Sonstige	3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.000,0 3.123,4 2.842,5
883 92-3	314	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und GV	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
893 92-1	314	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 400,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 400,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A	400,0
Summe der Titelgruppe			12.000,0 (6.135,5)	12.000,0 (6.135,5)	A B C	12.000,0 11.049,9 10.386,9
93 Transplantationsmedizin <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
531 93-8	314	Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 152,6 170,8
540 93-7	314	Veranstaltungen, Kosten von Untersuchungen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
685 93-2	314	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 23,0 29,0
Summe der Titelgruppe			200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 175,6 199,8
97 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter; psychosoziale Prävention <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i> <i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
526 97-1	314	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A	30,0
531 97-4	314	Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A	10,0
536 97-9	314	Kosten der psychosozialen Arbeitsgemeinschaften	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 1,8 0,8

Erläuterungen

Zu 10 08/883 92 und 893 92

Zuschüsse zur Errichtung von Rehabilitations- und Resozialisierungseinrichtungen für besonders Gefährdete und Abhängige.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Zuwendungen für die Investitionsförderungsmaßnahmen.

Zu 10 08/93

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (TPG) sollen die nach Landesrecht zuständigen Stellen die Bevölkerung über die Möglichkeiten der Organspende, die Voraussetzungen der Organentnahme und die Bedeutung der Organübertragung aufklären.

Zu 10 08/97

Der Zweite Bayerische Landesplan zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter wurde im August 1990 veröffentlicht. Er verfolgt das Ziel, den in Teilbereichen - vor allem bei der Versorgung chronisch psychisch Kranker - spürbaren Nachholbedarf gegenüber der somatischen Krankenversorgung weiter abzubauen. Neben Verbesserungen im Bereich der stationären Krankenversorgung (Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz) sollen vorrangig folgende Maßnahmen gefördert werden:

- Ausbau der Laienhilfe und der Selbsthilfe,
- Fortbildung der Fachkräfte,
- Errichtung differenzierter betreuter Wohneinrichtungen,
- Schaffung von tagesstrukturierenden und beschäftigungsfördernden Angeboten (Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.),
- Sanierung bedarfsgerechter Pflegeeinrichtungen.

Veranschlagt sind die Mittel für:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Untersuchungen, Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierungsgremien	50,0	50,0
2. Fortbildung, Laienhelferschulung und Fachtagungen	350,0	350,0
3. Sozialpsychiatrische Betreuung einschließlich Laienhilfe und Selbsthilfe	3.700,0	3.700,0
4. Wohngemeinschaften und Wohnheime	800,0	800,0
5. Tagesstätten, Zuverdienstfirmen u.ä.	200,0	200,0
6. Pflegeeinrichtungen	600,0	600,0
Zusammen	5.700,0	5.700,0

Weitere Mittel zur Sanierung und Verbesserung der Ausstattung des pflegerischen Bereichs der psychiatrischen Krankenhäuser sind bei Kap. 13 10 Tit. 899 01 veranschlagt.

Verpflichtungsermächtigungen 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Bewilligung der Mittel für Investitionsvorhaben.

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
653 97-6	314	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	350,0 (179,0)	350,0 (179,0)	A B C	350,0 177,3 196,1
684 97-9	314	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	3.700,0 (1.891,8)	3.700,0 (1.891,8)	A B C	3.700,0 1.111,8 3.374,8
685 97-8	314	Zuschüsse an Sonstige	---	---	A B C	--- 5,0 12,3
883 97-8	314	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und GV	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A	100,0
892 97-7	314	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	---	---	A B	--- 500,0
893 97-6	314	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	1.500,0 (766,9)	1.500,0 (766,9)	A B C	1.500,0 3.173,0 3.975,3
Summe der Titelgruppe			5.700,0 (2.914,4)	5.700,0 (2.914,4)	A B C	5.700,0 4.968,9 7.559,3
Gesamtausgaben			56.126,0 (28.696,8)	57.776,0 (29.540,4)	A B C	54.120,1 46.684,5 51.446,0

10 08 Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	90,0 (46,0)	90,0 (46,0)	A B C	50,0 90,0 33,8
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	600,0 2.068,8 1.171,8
		Gesamteinnahmen	590,0 (301,7)	590,0 (301,7)	A B C	650,0 2.158,8 1.205,6
		Personalausgaben	3.570,0 (1.825,3)	3.440,0 (1.758,8)	A B C	3.871,6 4.052,6 4.070,1
		Sächliche Verwaltungsausgaben	8.548,8 (4.370,9)	8.548,8 (4.370,9)	A B C	10.534,3 6.043,8 6.083,4
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	41.757,2 (21.350,1)	43.537,2 (22.260,2)	A B C	37.464,2 32.915,1 37.314,1
		Sonstige Sachinvestitionen	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 - 3,1
		Investitionsförderungsmaßnahmen	2.150,0 (1.099,3)	2.150,0 (1.099,3)	A B C	2.150,0 3.673,0 3.975,3
		Gesamtausgaben	56.126,0 (28.696,8)	57.776,0 (29.540,4)	A B C	54.120,1 46.684,5 51.446,0
		Zuschuss	55.536,0 (28.395,1)	57.186,0 (29.238,7)	A B C	53.470,1 44.525,7 50.240,4

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-3	054	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	5.000,0 (2.556,5)	5.000,0 (2.556,5)	A B C	5.500,0 4.749,5 4.882,1
112 01-2	054	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	23,0 (11,8)	23,0 (11,8)	A B C	20,0 23,1 33,3
113 01-1	054	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A B C	1,2 0,3 1,2
119 49-9	054	Vermischte Einnahmen	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	6,0 6,5 5,2
124 01-8	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	7,7 (3,9)	7,7 (3,9)	A B C	5,5 9,5 6,8
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-8	054	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund	---	---	A B	--- 2,2
241 01-6	054	Sonstige Erstattungen vom Bund - Dienstbezüge	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			5.036,7 (2.575,2)	5.036,7 (2.575,2)	A B C	5.532,7 4.791,1 4.928,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-9	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A B C	800,0 718,7 765,6
422 01-7	054	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	24.046,0 (12.294,5)	24.409,1 (12.480,2)	A B C	23.223,0 23.055,9 22.428,7
422 11-5	054	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	1.660,7 (849,1)	1.693,9 (866,1)	A B C	1.528,0 1.580,2 1.304,9
422 21-3	054	Anwärter- und Dienstanfängerbezüge	483,4 (247,2)	493,0 (252,1)	A B C	682,0 459,9 568,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 10

Die Gerichtsbarkeit in Arbeitssachen wird in Bayern durch die Landesarbeitsgerichte München und Nürnberg als Berufungs- und Beschwerdegerichte und die Arbeitsgerichte Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Kempten, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Rosenheim, Weiden und Würzburg mit insgesamt 11 auswärtigen Kammern als Erstinstanzgerichte nach dem Arbeitsgerichtsgesetz vom 3. September 1953 - BGBl I S. 1267 - (in der Fassung der verschiedenen Änderungsgesetze) ausgeübt.

Zu 10 10/111 01

Gebühren und Auslagen nach § 12 ArbGG.

2001 gegenüber 2000:

500,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 10/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	7,5	7,5
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	0,2	0,2
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	<u>7,7</u>	<u>7,7</u>

Zu 10 10/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter zu leisten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 10 10/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Davon		
Vergütungen für Nebentätigkeit	54,0	54,0

Zu 10 10/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Davon		
Vergütungen für Nebentätigkeit	0,5	0,5

Zu 10 10/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
422 31-1	054	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	299,4 (153,1)	305,4 (156,1)	A B C	128,0 284,9 197,6
425 01-4	054	Vergütungen der Angestellten	7.269,4 (3.716,8)	7.443,0 (3.805,5)	A B C	7.469,0 6.823,6 6.763,4
425 11-2	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	35,0 30,1 41,9
425 15-8	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A B C	--- 79,0 155,2
425 17-6	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A B C	--- 50,5 79,6
425 41-6	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	25,0 2,3 12,4
426 01-3	054	Löhne der Arbeiter	512,2 (261,9)	457,9 (234,1)	A B C	512,9 517,9 510,7
426 05-9	054	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A B	--- 69,0
427 01-2	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	40,0 20,1 39,2
451 01-1	054	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	46,0 (23,5)	46,0 (23,5)	A B C	51,0 40,9 47,1
453 01-9	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	60,0 45,1 35,8
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-9	054	Geschäftsbedarf	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 335,7 337,5
512 01-8	054	Bücher und Zeitschriften	327,8 (167,6)	327,8 (167,6)	A B C	270,0 304,4 290,3
513 01-7	054	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	2.100,0 (1.073,7)	2.100,0 (1.073,7)	A B C	2.100,0 1.732,9 1.717,9

Erläuterungen

Zu 10 10/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 10/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/425 15

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/425 17

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 10/451 01

Die Ausgaben für die im Ämtergebäude Nürnberg untergebrachten LAG Nürnberg und ArbG Nürnberg sind bei 10 20/451 01 veranschlagt.

Zu 10 10/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	45,0	45,0
2. Umzugskostenvergütungen	15,0	15,0
Zusammen	60,0	60,0

Zu 10 10/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 teilweise wieder zu.

Zu 10 10/512 01

2001 gegenüber 2000:
57,8 Tsd. DM mehr infolge angestiegener Beschaffungskosten.

Zu 10 10/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	1.936,3	1.936,3
2. Laufende Fernmeldekosten	128,7	128,7
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	35,0	35,0
Zusammen	2.100,0	2.100,0

Zu 2.

- Die Kosten für das LAG Nürnberg und das ArbG Nürnberg sind bei 10 20/513 01 (AVF Nürnberg) veranschlagt.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
514 01-6	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A B C	0,5 0,2 0,1
515 01-5	054	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	160,0 (81,8)	160,0 (81,8)	A B C	160,0 194,3 169,5
516 01-4	054	Dienst- und Schutzkleidung	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	6,0 5,0 5,2
517 01-3	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	810,0 (414,1)	810,0 (414,1)	A B C	850,0 686,2 633,4
517 05-9	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	290,0 (148,3)	290,0 (148,3)	A B C	290,0 265,6 262,0
518 01-2	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.270,4 (1.160,8)	2.270,4 (1.160,8)	A B C	2.236,0 2.233,5 2.283,0
518 11-0	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A	---
519 01-1	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 315,5 137,4

Erläuterungen

Zu 10 10/514 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Betriebsstoffe	0,3	0,3
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	0,2	0,2
	Zusammen	0,5	0,5

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
	Kosten wie vor	0,5	0,5
	Personalausgaben	-	-
	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
	Ausgaben für Leasing/Miete	4,0	4,0
	Zusammen	4,5	4,5

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	1	1	-	-	1
Krafträder (Mopeds, Mofas)	2	2	2	2	-

nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 12 (10)

Die Kosten für das LAG Nürnberg und das ArbG Nürnberg sind bei 10 20/514 01 veranschlagt (Fahrbereitschaft).

Zu 10 10/515 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	60,0	60,0
2.	Wartung und Reparaturen	100,0	100,0
	Zusammen	160,0	160,0

Zu 10 10/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 10 10/517 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Heizung	130,0	130,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	160,0	160,0
	Zusammen	290,0	290,0

Zu 10 10/518 01

Für angemietete Diensträume sind im einzelnen veranschlagt (Jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Arbeitsgericht/Grundstück	Nutzfläche qm	Jährliche Kosten 2001	Jährliche Kosten 2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
Augsburg, Ulrichsplatz 3	908	165,0	165,0
Kammer Neu-Ulm, Maximilianstraße 39	109	23,0	23,0
Kempten, Königstraße 11	805	160,0	160,0
München, Winzenerstraße 104	6 403	1.686,4	1.686,4
Passau, Eggendobl 4	538	96,0	96,0
Kammer Deggendorf	263	37,0	37,0
Bayreuth für Kammer Hof	280	51,0	51,0
Gerichtstage	-	52,0	52,0
	Zusammen	2.270,4	2.270,4

Zu 10 10/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
526 01-2	054	Auslagen in Rechtssachen	7.100,0 (3.630,2)	7.100,0 (3.630,2)	A B C	6.700,0 7.055,9 6.684,4
527 01-1	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	35,0 37,1 14,9
532 11-2	054	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	10,0 (5,1)	A	---
540 01-4	054	Veranstaltungskosten	---	---	A C	--- 15,1
546 49-2	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	6,0 4,4 5,2
Baumaßnahmen						
701 01-9	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
710 00-9	054	Staatliche Hochbaumaßnahmen	---	---	A C	--- -16,5
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-6	054	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-5	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	240,0 (122,7)	250,0 (127,8)	A B C	200,0 340,9 256,3
812 03-3	054	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	---
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
513 99-0	054	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A	10,0
515 99-8	054	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	465,3 (237,9)	408,9 (209,1)	A B C	435,0 485,2 521,2
518 99-5	054	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-4	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	34,0 (17,4)	28,0 (14,3)	A B C	25,0 55,8 9,9
522 99-9	054	Verbrauchsmittel	120,0 (61,4)	120,0 (61,4)	A B C	135,0 72,5 55,8

Erläuterungen

Zu 10 10/526 01

2001 gegenüber 2000:

400,0 Tsd. DM mehr infolge Klagenmehrung sowie vermehrter Inanspruchnahme von Prozesskostenhilfe.

Zu 10 10/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 10/812 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	100,0	100,0
2. Ausstattung (Ersatz) von Sitzungssälen und Besprechungsräumen	75,0	-
3. Ausstattung von Diensträumen des ArbG Würzburg, Kammer Aschaffenburg	-	115,0
4. Ersatz von Geschäftszimmerausstattungen	65,0	35,0
Zusammen	240,0	250,0

Zu 10 10/99

Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnik für den Verwaltungsvollzug und für die Informationsgewinnung.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Gruppe Beamte	
Höherer Dienst	-
Gehobener Dienst	7
Mittlerer Dienst	6
Gruppe Angestellte	-
Zusammen	13

Zu 10 10/513 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 10/515 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	129,3	72,9
2. Wartung und Reparaturen	336,0	336,0
Zusammen	465,3	408,9

2001 gegenüber 2000:

30,3 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:

56,4 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 10/522 99

2001 gegenüber 2000:

15,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
525 99-6	054	Aus- und Fortbildung	140,0 (71,6)	140,0 (71,6)	A B C	--- 24,0 27,6
526 99-5	054	Kosten für Sachverständige	---	43,0 (22,0)	A B	--- 2,2
527 99-4	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	24,0 (12,3)	24,0 (12,3)	A B C	14,3 15,0 10,6
533 99-6	054	Nebenkosten der Datenverarbeitung	57,0 (29,1)	57,0 (29,1)	A B C	--- 6,4 5,7
534 99-5	054	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	43,0 (22,0)	85,0 (43,5)	A B C	--- 30,2 19,9
812 99-8	054	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	105,3 (53,8)	48,1 (24,6)	A B C	195,0 83,1 144,7
813 99-7	054	Erwerb von Software	23,0 (11,8)	70,0 (35,8)	A B C	--- 38,1 81,8
Summe der Titelgruppe			1.021,6 (522,3)	1.034,0 (528,7)	A B C	814,3 812,5 877,2
Gesamtausgaben			50.043,4 (25.586,8)	50.607,0 (25.874,9)	A B C	48.621,7 48.102,2 46.623,9

Erläuterungen

Zu 10 10/525 99

2001 gegenüber 2000:

140,0 Tsd. DM mehr für Einweisung bzw. Nachschulung der Anwender.

Zu 10 10/526 99

2002 gegenüber 2001:

43,0 Tsd. DM mehr wegen der Anpassung des installierten Softwareprogramms für den PC-Einsatz.

Zu 10 10/533 99

2001 gegenüber 2000:

57,0 Tsd. DM für den Einsatz elektronischer Medien in Büchereibereichen der Gerichte.

Zu 10 10/534 99

2001 gegenüber 2000:

43,0 Tsd DM mehr wegen anstehender Softwareanpassungen bestehender Richterarbeitsplatz-Anwendungen.

2002 gegenüber 2001:

42,0 Tsd. DM mehr für die zusätzliche Anpassung des installierten Softwareprogramms für den PC-Einsatz.

Zu 10 10/812 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:		
1. 13/3 PC-Arbeitsplätze einschl. Standardsoftware für den Einsatz des Mittelbewirtschaftungssystems BayMBS und der Programme BayRKS und BayIVS im Multiuserbetrieb (Neu)	77,3	20,1
2. 12/12 unterbrechungsfreie Stromversorgungsanlagen (Neu)	28,0	28,0
Zusammen	105,3	48,1

Zu 10 10/813 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:		
1. Individualsoftware für Einsatz BayMBS (Ergänzung)	23,0	23,0
2. Individualsoftware für 20 PC's (Neu) - Umstellung BayMBS - Einzelplatzanwendungen auf Multiuserbetrieb	-	47,0
Zusammen	23,0	70,0

10 10 Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	5.036,7 (2.575,2)	5.036,7 (2.575,2)	A B C	5.532,7 4.788,9 4.928,6
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	- (-)	- (-)	A B C	- 2,2 -
		Gesamteinnahmen	5.036,7 (2.575,2)	5.036,7 (2.575,2)	A B C	5.532,7 4.791,1 4.928,6
		Personalausgaben	35.267,1 (18.031,8)	35.798,3 (18.303,4)	A B C	34.553,9 33.778,1 32.951,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	14.408,0 (7.366,7)	14.440,6 (7.383,4)	A B C	13.672,8 13.862,0 13.206,6
		Baumaßnahmen	- (-)	- (-)	A B C	- - -16,5
		Sonstige Sachinvestitionen	368,3 (188,3)	368,1 (188,2)	A B C	395,0 462,1 482,8
		Gesamtausgaben	50.043,4 (25.586,8)	50.607,0 (25.874,9)	A B C	48.621,7 48.102,2 46.623,9
		Zuschuss	45.006,7 (23.011,6)	45.570,3 (23.299,7)	A B C	43.089,0 43.311,1 41.695,3

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-9	054	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	30,0 46,9 29,2
112 01-8	054	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	40,0 36,0 30,4
113 01-7	054	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B C	1,0 4,7 1,1
119 49-5	054	Vermischte Einnahmen	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B C	1,0 2,5 8,1
124 01-4	054	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B C	53,0 90,9 54,5
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-4	054	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund	---	---	A	---
241 01-2	054	Sonstige Erstattungen vom Bund	---	---	A B	--- 25,8
281 01-3	054	Erstattung von Prozesskosten	4.000,0 (2.045,2)	4.000,0 (2.045,2)	A B C	3.900,0 4.025,4 3.862,6
Gesamteinnahmen			4.152,0 (2.122,9)	4.152,0 (2.122,9)	A B C	4.025,0 4.232,2 3.985,9
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-5	054	Entschädigungen für ehrenamtliche Richter	950,0 (485,7)	950,0 (485,7)	A B C	940,0 941,0 943,1
422 01-3	054	Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)	30.786,0 (15.740,6)	31.158,3 (15.931,0)	A B C	29.652,0 29.606,5 29.130,0
422 11-1	054	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	808,7 (413,5)	824,9 (421,8)	A B C	866,0 769,5 805,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 12

Die Sozialgerichtsbarkeit wird in Bayern durch das Bayerische Landessozialgericht in München als Berufungs- und Beschwerdegericht (§ 28 Abs. 1, § 29 SGG, Art. 4 Abs. 1 AGSGG) und die Sozialgerichte Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg als Erstinstanzgerichte (§ 7 Abs. 1 Satz 1 SGG, Art. 1 AGSGG) ausgeübt. Durch Verordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 2. Mai 1995 (GVBl S. 167) wurde zum 1. Juli 1995 eine Zweigstelle des Bayerischen Landessozialgerichts mit 6 Senaten in Schweinfurt errichtet.

Zu 10 12/111 01

Kosten für die Anfertigung von Abschriften gemäß §§ 93, 120 Abs. 2 SGG.

Zu 10 12/112 01

Ordnungsgelder gemäß § 118 SGG in Verbindung mit §§ 380 ff. 409, ZPO.

Zu 10 12/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	38,2	38,2
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	41,8	41,8
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	0,0	0,0
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	80,0	80,0

Zu 10 12/281 01

Erstattung von Gebühren nach §§ 184 ff., von Kosten nach § 109 SGG und den Auslagen für geleistete Rechtshilfe.

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 12/412 01

Die Entschädigungen sind nach dem Gesetz über die Entschädigungen der ehrenamtlichen Richter zu leisten. Aus diesem Ansatz können zur Vermeidung besonderer Härten in entsprechender Anwendung der Richtlinien zum Sachschadenersatz bei Staatsbediensteten Billigkeitsleistungen gewährt werden.

Zu 10 12/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
422 21-9	054	Anwärter- und Dienstanfängerbezüge	179,1 (91,6)	182,7 (93,4)	A B C	272,0 170,4 222,2
422 31-7	054	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	64,1 (32,8)	65,4 (33,4)	A B C	--- 61,0 53,6
425 01-0	054	Vergütungen der Angestellten	8.484,2 (4.337,9)	8.686,7 (4.441,4)	A B C	8.641,0 7.974,2 7.819,4
425 11-8	054	Vergütung für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A	---
425 15-4	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A B C	--- 30,3 17,8
425 17-2	054	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A B C	--- 66,5 60,2
425 41-2	054	Überstundenvergütungen für Angestellte	---	---	A B C	--- 5,2 5,1
426 01-9	054	Löhne der Arbeiter	1.372,4 (701,7)	1.405,2 (718,5)	A B C	1.361,4 1.310,8 1.260,0
426 05-5	054	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gem. Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A B C	--- 62,6 60,4
427 01-8	054	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
451 01-7	054	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	69,0 (35,3)	69,0 (35,3)	A B C	80,0 73,0 72,5
453 01-5	054	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	50,0 23,1 25,5
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	054	Geschäftsbedarf	320,0 (163,6)	320,0 (163,6)	A B C	300,0 300,1 328,1
512 01-4	054	Bücher und Zeitschriften	408,5 (208,9)	408,5 (208,9)	A B C	420,0 406,6 477,4
513 01-3	054	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	1.600,0 (818,1)	1.600,0 (818,1)	A B C	1.550,0 1.429,0 1.489,8

Erläuterungen

Zu 10 12/422 21

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 12/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 15

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 17

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/425 41

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/425 41.

Zu 10 12/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/426 05

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 12/451 01

2001 gegenüber 2000:

11,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 12/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	20,0	20,0
2. Umzugskostenvergütungen	20,0	20,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 12/511 01

Die Auslagen für Fotokopien und Abschriften in Rechtssachen fließen den Einnahmen bei 111 01 wieder zu.

Zu 10 12/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	1.250,0	1.250,0
2. Laufende Fernmeldekosten	300,0	300,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	1.600,0	1.600,0

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
514 01-2	054	Haltung von Dienstfahrzeugen	32,0 (16,4)	32,0 (16,4)	A B C	32,0 28,0 19,8
515 01-1	054	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	250,0 197,2 226,2
516 01-0	054	Dienst- und Schutzkleidung	7,0 (3,6)	7,0 (3,6)	A B C	7,0 3,8 4,1
517 01-9	054	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.100,0 (562,4)	1.100,0 (562,4)	A B C	1.250,0 968,1 958,1
517 05-5	054	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	600,0 (306,8)	600,0 (306,8)	A B C	600,0 562,2 530,6
518 01-8	054	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2.441,0 (1.248,1)	2.441,0 (1.248,1)	A B C	2.441,0 2.411,9 2.398,3
518 11-6	054	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	41,0 (21,0)	42,0 (21,5)	A B C	35,0 37,4 36,2
519 01-7	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 601,8 561,2

Erläuterungen

Zu 10 12/514 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Betriebsstoffe	20,0	20,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	12,0	12,0
	Zusammen	32,0	32,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:			
	Kosten wie vor	32,0	32,0
	Personalausgaben	234,4	240,0
	Beschaffung von Dienstfahrzeugen	0,0	0,0
	Ausgaben für Leasing/Miete	6,5	7,0
	Zusammen	272,9	279,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	3	3	3	3	1
Krafträder (Mopeds, Mofas)	1	1	1	1	-
Kommunaltraktoren	2	2	2	2	-

nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 4 (2)

Zu 10 12/515 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	100,0	100,0
2.	Wartung und Reparaturen	150,0	150,0
	Zusammen	250,0	250,0

Zu 10 12/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 12/517 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Heizung	350,0	350,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	250,0	250,0
	Zusammen	600,0	600,0

Zu 10 12/518 01

Für angemietete Diensträume sind im einzelnen veranschlagt (jährliche Kosten = die Miet- und Nebenkosten sowie die Mieten für auswärtige Gerichtstage):

Sozialgericht/Grundstück	Nutzfläche	Jährliche	Jährliche
	qm	Kosten	Kosten
		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
Zweigstelle des LSG in Schweinfurt	2 743	494,0	494,0
Augsburg, Holbeinstraße 12	2 278	251,0	251,0
München, Richelstraße	7 980	1.682,0	1.682,0
Gerichtstage	-	14,0	14,0
	Zusammen	2.441,0	2.441,0

(München, Richelstraße: 700 qm vom Bayer. Landesjugendamt belegt).

Zu 10 12/519 01

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/519 01.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
526 01-8	054	Auslagen in Rechtssachen	34.500,0 (17.639,6)	34.500,0 (17.639,6)	A B C	36.200,0 32.789,7 32.716,7
527 01-7	054	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B C	35,0 38,8 23,7
532 11-8	054	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
546 49-8	054	Vermischte Verwaltungsausgaben	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	6,0 4,7 5,1
547 01-3	054	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	***	***	A	150,0
Baumaßnahmen						
701 01-5	054	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 1.123,2 206,6
710 00-5	054	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	---	---	A B C	--- 1.549,9 591,6
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-2	054	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-1	054	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	220,0 (112,5)	220,0 (112,5)	A B C	210,0 227,9 255,0
812 03-9	054	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A C	--- 2,4
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
513 99-6	054	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	19,0 (9,7)	19,0 (9,7)	A B C	28,0 17,5 18,3

Erläuterungen

Zu 10 12/526 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entschädigung für Zeugen und Sachverständige, Erstattungen an Kläger u. dgl.	34.050,0	34.050,0
2. Reisekosten in Rechtssachen	100,0	100,0
3. Prozeßkostenhilfe	350,0	350,0
Zusammen	<u>34.500,0</u>	<u>34.500,0</u>

2001 gegenüber 2000:

1.700,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 12/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 12/701 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
SG Nürnberg: Sanierung des Dienstgebäudes	200,0	200,0
SG Würzburg: Behindertengerechter Eingangsbereich	200,0	200,0
Zusammen	<u>400,0</u>	<u>400,0</u>

Zu 10 12/812 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Ersatzbeschaffung für aussonderungsreife Geräte und Maschinen	85,0	85,0
2. Ersatzbeschaffung von Einrichtungsgegenständen	80,0	80,0
3. Neuausstattung von Geschäftsstellenzimmern	55,0	55,0
Zusammen	<u>220,0</u>	<u>220,0</u>

Zu 10 12/99

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den Betrieb eines Informationsverarbeitungssystems in den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Gruppe Beamte	
Höherer Dienst	-
Gehobener Dienst	10
Mittlerer Dienst	-
Gruppe Angestellte	
Zusammen	<u>10</u>

Zu 10 12/513 99	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	19,0	19,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen	<u>19,0</u>	<u>19,0</u>

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
515 99-4	054	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	401,9 (205,5)	405,1 (207,1)	A B C	370,0 460,5 439,6
518 99-1	054	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-0	054	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	165,0 (84,4)	155,0 (79,3)	A B C	--- 164,4 32,9
522 99-5	054	Verbrauchsmittel	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	90,0 54,7 68,6
525 99-2	054	Aus- und Fortbildung	49,7 (25,4)	58,2 (29,8)	A B C	10,0 16,5 14,6
526 99-1	054	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
533 99-2	054	Nebenkosten der Datenverarbeitung	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	--- 17,1 11,7
534 99-1	054	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	34,3 (17,5)	---	A C	--- 1,2
812 99-4	054	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	230,0 (117,6)	152,1 (77,8)	A B C	50,4 1.574,3 382,3
813 99-3	054	Erwerb von Software	---	---	A B C	--- 10,9 3,8
Summe der Titelgruppe			1.009,9 (516,4)	899,4 (459,9)	A B C	548,4 2.315,9 973,0
Gesamtausgaben			85.733,9 (43.835,0)	86.253,1 (44.100,5)	A B C	86.296,8 86.090,3 82.278,8

Erläuterungen

Zu 10 12/515 99	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	-	-
2. Wartung und Reparaturen	401,9	405,1
Zusammen	401,9	405,1

2001 gegenüber 2000:
31,9 Tsd. DM mehr infolge Wartung von zusätzlichen peripheren Geräten.

Zu 10 12/519 99
2001 gegenüber 2000:
165,0 Tsd. DM mehr infolge zusätzlicher Verkabelung beim LSG und vier SG.

Zu 10 12/525 99
2001 gegenüber 2000:
39,7 Tsd DM mehr infolge erforderlicher Nachschulung der Anwender.

Zu 10 12/534 99
2001 gegenüber 2000:
34,3 Tsd. DM mehr wegen Weiterentwicklung der Software.

2002 gegenüber 2001:
34,3 Tsd. DM weniger nach Durchführung des Entwicklungsauftrags.

Zu 10 12/812 99
Veranschlagt ist der Austausch veralteter Terminals.

10 12 Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	152,0 (77,7)	152,0 (77,7)	A B C	125,0 181,0 123,3
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	4.000,0 (2.045,2)	4.000,0 (2.045,2)	A B C	3.900,0 4.051,2 3.862,6
		Gesamteinnahmen	4.152,0 (2.122,9)	4.152,0 (2.122,9)	A B C	4.025,0 4.232,2 3.985,9
		Personalausgaben	42.753,5 (21.859,5)	43.382,2 (22.181,0)	A B C	41.862,4 41.094,1 40.474,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	42.130,4 (21.540,9)	42.098,8 (21.524,8)	A B C	43.774,0 40.510,0 40.362,2
		Baumaßnahmen	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 2.673,1 798,2
		Sonstige Sachinvestitionen	450,0 (230,1)	372,1 (190,3)	A B C	260,4 1.813,1 643,5
		Gesamtausgaben	85.733,9 (43.835,0)	86.253,1 (44.100,5)	A B C	86.296,8 86.090,3 82.278,8
		Zuschuss	81.581,9 (41.712,2)	82.101,1 (41.977,6)	A B C	82.271,8 81.858,1 78.292,9

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
113 01-0	133	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B C	--- 1,3 0,3
119 49-8	133	Vermischte Einnahmen	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 2,2 1,1
124 01-7	133	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	12,5 (6,4)	12,5 (6,4)	A B C	61,5 82,1 73,3
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
236 01-2	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern (Ausbildung)	48,0 (24,5)	79,0 (40,4)	A B C	70,2 90,2 34,8
236 02-1	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern (Fortbildung)	11,0 (5,6)	11,0 (5,6)	A B C	5,3 10,7 4,7
271 01-8	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	25,5 (13,0)	25,5 (13,0)	A B C	--- 0,2 1,1
271 02-7	133	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen (Fortbildung)	***	***	A B C	55,0 24,4 44,4
<u>282 01-5</u>	133	Zweckgebundene Förderungs- und Kostenbeiträge Dritter <i>Vgl. Vermerk zu 527 05 und 546 49.</i>	---	---	A	
Gesamteinnahmen			100,0 (51,1)	131,0 (67,0)	A B C	194,0 211,1 159,7
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-6	133	Bezüge der planmäßigen Beamten	497,9 (254,6)	507,8 (259,6)	A B C	482,0 473,7 464,4
422 31-0	133	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	---	---	A	---
425 01-3	133	Vergütungen der Angestellten	270,6 (138,4)	277,1 (141,7)	A B C	196,0 213,8 183,9
425 15-7	133	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 15

Mit Verordnung vom 29. März 1993 (GVBl S. 225) wurde zur Aus- und Fortbildung der Bediensteten im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung (VSoV) als zentrale Bildungsstätte errichtet. Aufgaben sind die Ausbildung der Beamten des mittleren nichttechnischen Dienstes in der Sozialverwaltung einschließlich vergleichbarer Angestellter und des mittleren, gehobenen und höheren technischen Gewerbeaufsichtsdienstes, die Mitwirkung bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Prüfungen für den mittleren nichttechnischen Dienst und den technischen Gewerbeaufsichtsdienst einschließlich der Zulassungsverfahren zum Aufstieg, sowie die Durchführung von Fort- und Weiterbildungslehrgängen einschließlich Schulungen im Bereich der Informationsverarbeitung nach Anordnung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Die Verwaltungsschule ist im Bildungszentrum der Sozialverwaltung in Wasserburg a. Inn untergebracht. Neben der Verwaltungsschule nutzt auch der Fachbereich Sozialverwaltung der Bayerischen Beamtenfachhochschule die Einrichtungen des Bildungszentrums.

Die Grundstücks- und Liegenschaftsverwaltung des Bildungszentrums Sozialverwaltung obliegt der Verwaltungsschule.

Zu 10 15/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	7,0	7,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	5,5	5,5
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	12,5	12,5

2001 gegenüber 2000:

49,0 Tsd. DM weniger wegen Wegfalls von Mieteinnahmen staatlicher Liegenschaften.

Zu 10 15/236 01

Erstattung der Kosten für die Ausbildung von Beamten des mittleren Dienstes in der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung durch die Landesversicherungsanstalten und die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

2001 gegenüber 2002:

22,2 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen.

2002 gegenüber 2001:

31,0 Tsd. DM mehr wegen Erhöhung der Ausbildungstage.

Zu 10 15/271 01

Kostenerstattung durch Dritte für die Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen.

2001 gegenüber 2000:

55,0 Tsd. DM	mehr wegen Umsetzung von 271 02
29,5 Tsd. DM	weniger wegen Anpassung an die tatsächlichen Erstattungsbeträge
25,5 Tsd. DM	mehr

Zu 10 15/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 15/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
425 17-5	133	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG)	---	---	A B C	--- 44,7 59,5
426 01-2	133	Löhne der Arbeiter	224,9 (115,0)	229,9 (117,5)	A B C	229,0 214,5 206,2
427 01-1	133	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
451 01-0	133	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	7,0 (3,6)	9,0 (4,6)	A B C	7,5 5,6 5,6
453 01-8	133	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---
459 01-2	133	Prüfungsvergütungen	40,0 (20,5)	25,0 (12,8)	A B C	100,0 74,1 93,4
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-8	133	Geschäftsbedarf	27,0 (13,8)	27,0 (13,8)	A B C	27,0 18,9 18,6
513 01-6	133	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	31,0 (15,9)	31,0 (15,9)	A B C	41,0 19,6 26,4
514 01-5	133	Haltung von Dienstfahrzeugen	2,5 (1,3)	2,5 (1,3)	A B C	2,5 0,7 0,4
515 01-4	133	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	20,0 13,7 23,3
516 01-3	133	Dienst- und Schutzkleidung	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A C	0,5 0,1
517 01-2	133	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	410,0 (209,6)	410,0 (209,6)	A B C	340,0 304,6 302,0

Erläuterungen

Zu 10 15/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 15/451 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Lehrgangsteilnehmer (Auszubildende)	5,0	7,0
2. Personal Verwaltungsschule	2,0	2,0
Zusammen	7,0	9,0

Zu 10 15/459 01

Vergütungen und sonstige Aufwendungen für die Durchführung der Anstellungsprüfungen für den gehobenen und mittleren nichttechnischen Dienst, den höheren, gehobenen und mittleren technischen Dienst sowie für die Zulassungsverfahren zum Aufstieg in die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen und technischen Dienstes.

2001 gegenüber 2000:

40,0 Tsd. DM	weniger wegen Umsetzung nach 06 14/459 01
20,0 Tsd. DM	weniger wegen geringeren Bedarfs
60,0 Tsd. DM	weniger

2002 gegenüber 2001:

15,0 Tsd. DM weniger wegen Umsetzung nach 06 14/459 01.

Zu 10 15/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	6,0	6,0
2. Laufende Fernmeldekosten	6,0	6,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	19,0	19,0
Zusammen	31,0	31,0

Zu 10 15/514 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Betriebsstoffe	0,5	0,5
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	2,0	2,0
Zusammen	2,5	2,5

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast
Kommunaltraktor	1	1	1	1	-
Anhänger	1	1	1	1	-

Zu 10 15/515 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	11,0	11,0
2. Wartung und Reparaturen	9,0	9,0
Zusammen	20,0	20,0

Zu 10 15/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2001 gegenüber 2000:

70,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlichen Hörsälen und Appartements.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
517 05-8	133	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	160,0 (81,8)	160,0 (81,8)	A B C	128,0 117,9 107,2
518 01-1	133	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	265,0 (135,5)	265,0 (135,5)	A	---
518 11-9	133	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	13,5 (6,9)	13,5 (6,9)	A B	13,5 4,0
519 01-0	133	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	115,0 (58,8)	115,0 (58,8)	A B C	100,0 48,5 114,9
523 01-4	133	Bibliothek	56,0 (28,6)	56,0 (28,6)	A B C	60,0 41,2 35,0
527 01-0	133	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	3,0 3,1 1,0
527 05-6	133	Reisekostenvergütungen für Ausbildungsreisen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	210,0 (107,4)	250,0 (127,8)	A B	220,0 185,3
533 01-2	133	Lehrvergütungen, Honorare, u. ä.	11,0 (5,6)	12,0 (6,1)	A B C	11,0 6,3 8,3
546 49-1	299	Vermischte Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die anteilige Isteinnahme bei 282 01.</i>	3,5 (1,8)	3,5 (1,8)	A B C	3,5 2,0 4,2
Baumaßnahmen						
701 01-8	133	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B	--- 87,8
710 00-8	133	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-4	133	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A B	25,0 17,6

Erläuterungen

Zu 10 15/517 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Heizung	85,0	85,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	75,0	75,0
Zusammen		160,0	160,0

2001 gegenüber 2000:
32,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Räume.

Zu 10 15/518 01

Veranschlagt ist die Miete für zwei weitere Hörsäle und 40 Appartements.

2001 gegenüber 2000:
265,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Anmietung.

Zu 10 15/518 11

Veranschlagt ist die Miete für den Betrieb eines leistungsfähigen Kopiergeräts.

Zu 10 15/519 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	90,0	90,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	25,0	25,0
Zusammen		115,0	115,0

Zu 10 15/527 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Reisekosten Beamtenanwärter	150,0	175,0
2.	Reisekosten nebenamtlicher Lehrkräfte	40,0	50,0
3.	Ausbildungsleitertagungen	5,0	5,0
4.	Kosten für Exkursionen	15,0	20,0
Zusammen		210,0	250,0

2002 gegenüber 2001:
40,0 Tsd. DM mehr wegen steigender Anwärterzahlen.

Zu 10 15/533 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für externe Lehrkräfte (Honorare, Reisekosten u.ä.).

Zu 10 15/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
513 99-9	133	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	12,0 7,6 8,2
515 99-7	133	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	42,5 (21,7)	42,5 (21,7)	A B C	72,5 18,6 64,1
518 99-4	133	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
522 99-8	133	Verbrauchsmittel	5,5 (2,8)	5,5 (2,8)	A B C	5,5 4,4 4,0
525 99-5	133	Aus- und Fortbildung	9,0 (4,6)	9,0 (4,6)	A B C	4,0 0,6 1,2
812 99-7	133	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	45,0 (23,0)	25,0 (12,8)	A B C	45,0 45,2 35,8
813 99-6	133	Erwerb von Software	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			110,0 (56,2)	90,0 (46,0)	A B C	139,0 76,4 113,3
Gesamtausgaben			2.478,4 (1.267,2)	2.507,8 (1.282,2)	A B C	2.148,5 1.974,0 1.767,7

Erläuterungen

Zu 10 15/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der von der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung benötigten DV-Geräte und -Ausstattungsgegenstände (multifunktionales DV-System, zwei PC-Hörsäle, PC's für Verwaltung und Lehrkräfte). Der Einsatz der Geräteausstattung erfolgt insbesondere auf folgenden Aufgabengebieten:

Bereich Lehre:	Praxisbezogene Vorbereitung der Auszubildenden auf ihre künftigen Tätigkeiten an DV-unterstützten Arbeitsplätzen in den Dienststellen. Fortbildung der Bediensteten aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit.
Bereich Verwaltung:	Unterstützung des Verwaltungsbetriebes und Organisation des Lehrbetriebes (z. B. Lehrgangs- und Unterrichtsplanung). Erledigung von Schreibarbeiten.

Zu 10 15/513 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-
4. EDV-Leitungsmieten	8,0	8,0
Zusammen	8,0	8,0

Zu 10 15/515 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	14,0	14,0
2. Wartung und Reparaturen	28,5	28,5
Zusammen	42,5	42,5

2001 gegenüber 2000:

30,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 15/812 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:		
1. Beschaffung eines Faxservers	25,0	-
2. Ankauf von Notebooks für Lehrkräfte	8,0	-
3. PC-Ausstattung der Bibliothek	-	8,0
4. Aufrüstung vorhandener PC's	7,0	12,0
5. DV-gerechte Ausstattung von Computerausbildungsplätzen	5,0	5,0
Zusammen	45,0	25,0

2002 gegenüber 2001:

20,0 Tsd. DM weniger wegen abgeschlossener Beschaffungsmaßnahmen.

10 15 Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	15,5 (7,9)	15,5 (7,9)	A B C	63,5 85,6 74,7
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	84,5 (43,2)	115,5 (59,1)	A B C	130,5 125,5 85,0
		Gesamteinnahmen	100,0 (51,1)	131,0 (67,0)	A B C	194,0 211,1 159,7
		Personalausgaben	1.040,4 (531,9)	1.048,8 (536,2)	A B C	1.014,5 1.026,4 1.013,0
		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.393,0 (712,2)	1.434,0 (733,2)	A B C	1.064,0 797,0 718,9
		Baumaßnahmen	- (-)	- (-)	A B C	- 87,8 -
		Sonstige Sachinvestitionen	45,0 (23,0)	25,0 (12,8)	A B C	70,0 62,8 35,8
		Gesamtausgaben	2.478,4 (1.267,2)	2.507,8 (1.282,2)	A B C	2.148,5 1.974,0 1.767,7
		Zuschuss	2.378,4 (1.216,1)	2.376,8 (1.215,2)	A B C	1.954,5 1.762,9 1.608,0

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-2	214	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	40,0 19,2 23,0
112 01-1	214	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A B C	--- 0,4 -0,1
113 01-0	214	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	35,0 13,2 11,8
119 01-4	214	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	1,0 1,3 1,6
119 49-8	214	Vermischte Einnahmen	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	15,0 5,3 7,5
124 01-7	214	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	355,0 (181,5)	355,0 (181,5)	A B C	310,0 336,3 360,8
124 11-5	214	Einnahmen aus Vermietung von Wohnplätzen für Bedienstete	38,0 (19,4)	38,0 (19,4)	A B C	38,0 37,1 38,9
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
246 12-7	214	Erstattungsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz	---	---	A	---
256 12-4	214	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A B C	--- 196,3 82,0
271 01-8	214	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B C	45,0 39,4 35,9
Titelgruppen						
99 Einnahmen der Datenverarbeitung						
271 99-1	214	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	100,0 22,2 66,0

Vorbemerkung zu Kapitel 10 20

Das Bayer. Landesamt für Versorgung und Familienförderung (BLVF) in München (mit Außenstelle in Bayreuth) ist Mittelbehörde für die bayerischen Versorgungsdienststellen (§ 1 des Gesetzes über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung vom 12. März 1951 - BGBl I S. 169 -) und führt die Dienst- und Fachaufsicht hierüber.

Die Ämter für Versorgung und Familienförderung (AVF) in Augsburg, Bayreuth, Landshut, München I, München II, Nürnberg, Regensburg und Würzburg sowie der Außenstelle der Ämter Bayreuth und München II in Selb/Ofr. sind zuständig für die Bearbeitung aller Versorgungsangelegenheiten nach dem Bundesversorgungsgesetz und dem Soldatenversorgungsgesetz. Sie führen das Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertengesetz durch und entscheiden u.a. über die Leistungen folgender weiterer Gesetze: Bundesseuchengesetz, Opferentschädigungsgesetz, Gesetz über den Zivildienst, Häftlingshilfegesetz, Bayer. Blindengeldgesetz, Bundes- und Landeserziehungsgeldgesetz.

Die Heimatauskunftstellen in München werden vom BLVF mitverwaltet.

Zu 10 20/113 01

2001 gegenüber 2000:

15,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Anfall.

Zu 10 20/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	120,0	120,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	210,0	210,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	18,0	18,0
4. Sonstige Einnahmen	7,0	7,0
Zusammen	355,0	355,0

2001 gegenüber 2000:

45,0 Tsd. DM mehr infolge Anpassung an die Einnahmeentwicklung.

Zu 10 20/124 11

Vgl. Erläuterung zu 518 21.

Zu 10 20/271 99

2001 gegenüber 2000:

80,0 Tsd. DM weniger wegen wegfallender DV-Leistungen für Dritte.

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
380 99-9	990	Haushaltstechnische Verrechnungen	***	***	A B C	566,0 521,0 479,0
		Summe der Titelgruppe	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	666,0 543,2 545,0
		Gesamteinnahmen	518,5 (265,1)	518,5 (265,1)	A B C	1.150,0 1.191,7 1.106,4
		Ausgaben				
		Personalausgaben				
422 01-6	214	Bezüge der planmäßigen Beamten	61.964,2 (31.681,8)	62.654,8 (32.034,9)	A B C	60.562,0 59.590,3 58.520,7
422 11-4	214	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	2.972,8 (1.520,0)	3.032,2 (1.550,3)	A B C	6.066,0 2.828,5 4.833,8
422 21-2	214	Anwärter- und Dienstanfängerbezüge	1.035,6 (529,5)	1.056,2 (540,0)	A B C	1.955,5 985,3 1.234,4
422 31-0	214	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	2.943,2 (1.504,8)	3.002,0 (1.534,9)	A B C	516,0 2.800,4 1.632,8
425 01-3	214	Vergütungen der Angestellten	50.211,6 (25.672,8)	50.783,2 (25.965,0)	A B C	53.300,0 47.937,0 48.390,6
425 11-1	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A	15,0
425 12-0	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A B C	--- 223,4 74,5
425 15-7	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A B C	--- 442,2 657,1
425 17-5	214	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A B C	980,0 421,8 648,1
425 41-5	214	Überstundenvergütungen für Angestellte	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A C	10,0 2,3
426 01-2	214	Löhne der Arbeiter	3.850,0 (1.968,5)	3.870,0 (1.978,7)	A B C	3.788,1 3.698,9 3.652,8
426 05-8	214	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A B C	--- 506,1 486,2

Erläuterungen**Zu 10 20/380 99**

Verrechnungen mit der bayerischen Justizverwaltung für die Inanspruchnahme der Zentralen Datenverarbeitungsstelle (Mahnverfahren).

2001 gegenüber 2000:

566,0 Tsd. DM weniger wegen Vergabe der Rechnerleistung an einen Kooperationspartner.

Zu 10 20/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 20/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 20/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 20/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:

980,0	Tsd. DM	mehr wegen Umsetzung von 425 17
4.068,4	Tsd. DM	weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istaussgaben
<u>3.088,4</u>	Tsd. DM	weniger

Zu 10 20/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 20/425 17

2001 gegenüber 2000:

980,0 Tsd. DM weniger wegen Umsetzung nach 425 01.

Zu 10 20/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
427 01-1	214	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 87,7 85,4
451 01-0	214	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	275,0 (140,6)	275,0 (140,6)	A B C	305,0 270,8 284,0
453 01-8	214	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	350,0 (179,0)	320,0 (163,6)	A B C	345,0 240,0 316,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-8	214	Geschäftsbedarf	1.250,0 (639,1)	1.250,0 (639,1)	A B C	1.400,0 1.115,9 1.312,9
512 01-7	214	Bücher und Zeitschriften	247,0 (126,3)	247,0 (126,3)	A B C	245,0 232,0 228,1
513 01-6	214	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	6.450,0 (3.297,8)	6.450,0 (3.297,8)	A B C	6.550,0 5.900,0 5.807,9
514 01-5	214	Haltung von Dienstfahrzeugen	205,0 (104,8)	205,0 (104,8)	A B C	194,0 183,6 165,6

Erläuterungen

Zu 10 20/427 01

Kosten für den stundenweisen Einsatz von Aushilfskräften.

Zu 10 20/451 01

Aus diesem Ansatz werden vom AVF Nürnberg auch die Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung für alle Bediensteten der im Ämtergebäude untergebrachten Dienststellen bestritten.

2001 gegenüber 2000:

30,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	210,0	190,0
2. Umzugskostenvergütungen	140,0	130,0
Zusammen	350,0	320,0

2002 gegenüber 2001:

30,0 Tsd. DM weniger wegen abgeschlossener Versetzungsmaßnahmen.

Zu 10 20/511 01

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	5.300,0	5.300,0
2. Laufende Fernmeldekosten	930,0	930,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	220,0	220,0
Zusammen	6.450,0	6.450,0

2001 gegenüber 2000:

130,0 Tsd. DM weniger wegen Umsetzung nach 10 01/513 01

30,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf

100,0 Tsd. DM weniger

Folgende Ämter für Versorgung und Familienförderung tragen die laufenden Post- und Fernmeldegebühren der nachstehenden Dienststellen:

AVF Augsburg: GAA Augsburg

AVF Nürnberg: LAG Nürnberg, ArbG Nürnberg, GAA Nürnberg

AVF Regensburg: SG Regensburg

Die Fernspreckgebühren des Landesamtes werden vom Staatsministerium (10 01/513 01) und die des AVF München I vom Sozialgericht München (10 12/513 01) getragen.

Zu 10 20/514 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Betriebsstoffe	130,0	130,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	75,0	75,0
Zusammen	205,0	205,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	205,0	205,0
Personalausgaben	1.220,0	1.245,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	31,5	63,0
Ausgaben für Leasing/Miete	30,0	35,0
Zusammen	1.486,5	1.548,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	16	16	16	17	3
Kommunaltraktoren	4	4	4	5	-

Nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 4 (4)

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
515 01-4	214	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	475,0 (242,9)	475,0 (242,9)	A B C	440,0 634,3 580,0
515 21-0	214	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	37,7 18,8 30,9
516 01-3	214	Dienst- und Schutzkleidung	22,0 (11,2)	22,0 (11,2)	A B C	26,3 19,6 19,9
517 01-2	214	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.785,0 (1.423,9)	2.815,0 (1.439,3)	A B C	2.850,0 2.484,5 2.396,6
517 05-8	214	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	1.620,0 (828,3)	1.650,0 (843,6)	A B C	1.759,0 1.443,3 1.422,1
518 01-1	214	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.380,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.705,0 (2.405,6)	4.785,0 (2.446,5)	A B C	4.450,0 4.125,8 4.172,4

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung**Erläuterungen**

Zu 10 20/515 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	200,0	200,0
2. Wartung und Reparaturen	275,0	275,0
Zusammen	475,0	475,0

2001 gegenüber 2000:
35,0 Tsd. DM mehr wegen dringender Ersatzbeschaffungen.

Zu 10 20/515 21	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Medizinische Geräte	17,0	17,0
2. Laborgeräte	-	-
3. Unterhalt	18,0	18,0
Zusammen	35,0	35,0

Zu 10 20/517 01
Veranschlagt sind:
Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2001 gegenüber 2000:
65,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:
30,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Reinigungsflächen.

Zu 10 20/517 05	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Heizung	700,0	720,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	920,0	930,0
Zusammen	1.620,0	1.650,0

2001 gegenüber 2000:
139,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Folgende Ämter für Versorgung und Familienförderung tragen die Haus- und Energiebewirtschaftungskosten (ganz oder teilweise) der nachstehenden Dienststellen:

AVF Augsburg: GAA Augsburg

AVF Nürnberg: LAG Nürnberg, ArbG Nürnberg, GAA Nürnberg

Die Heizkosten für die Mieträume des AVF München II werden vom Bayer. Verwaltungsgericht München (Kap. 03 06) getragen.

Zu 10 20/518 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind Mieten für		
1. AVF München I	1.300,0	1.300,0
2. AVF München II	2.800,0	2.800,0
3. AVF Regensburg	100,0	100,0
4. Räume für Außensprechtage	20,0	20,0
5. Außenstelle Selb/Ofr.	240,0	240,0
6. BLVF	245,0	325,0
Zusammen	4.705,0	4.785,0

2001 gegenüber 2000:
255,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Anmietungen und Mieterhöhungen.

2002 gegenüber 2001:
80,0 Tsd. DM mehr wegen Anmietung weiterer Diensträume.

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
518 11-9	214	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	236,0 225,3 219,6
518 21-7	214	Anmietung von Wohnplätzen zur Unterbringung von Bediensteten	29,0 (14,8)	29,0 (14,8)	A B C	29,0 27,3 26,7
519 01-0	214	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A B C	700,0 1.729,3 1.005,2
522 01-5	214	Medizinische Verbrauchsmittel	90,0 (46,0)	90,0 (46,0)	A B C	100,0 81,2 74,3
526 11-9	214	Kosten für Sachverständige <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i> 150,0	13,0 (6,6)	213,0 (108,9)	A B C	25,0 13,7 22,3
527 01-0	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	185,0 225,5 182,2
531 21-0	214	Sonstige Veröffentlichungen	5,0 (2,6)	---	A B	--- 4,9

Erläuterungen**Zu 10 20/518 11**

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:		
1. Mieten für Kopiergeräte	220,0	215,0
2. Leasingraten für Dienst-Kfz	30,0	35,0
Zusammen	250,0	250,0

Zu 10 20/518 21

Veranschlagt ist die Anmietung von Unterkunftsplätzen (Wohnungen, Wohnheime usw.) in Ballungsräumen zur Unterbringung von Bediensteten, insbesondere von Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. Aus dem Ansatz werden alle Aufwendungen, die im Zusammenhang mit den Anmietungen stehen, bestritten. Die Einnahmen sind bei 124 11 ausgebracht.

Zu 10 20/519 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	650,0	650,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	150,0	150,0
Zusammen	800,0	800,0

2001 gegenüber 2000:
100,0 Tsd. DM mehr infolge gesteigerter Bauunterhaltungsleistungen.

Zu 10 20/522 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Medizinische Verbrauchsmittel	85,0	85,0
2. Arzneien	4,0	4,0
3. Verbandsmittel	1,0	1,0
Zusammen	90,0	90,0

Zu 10 20/526 11

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Sachverständigenbefragung durch die Heimataus- kunftstellen	13,0	13,0
2. Organisationsuntersuchung in den Ämtern für Versorgung und Familienförderung	-	200,0
Zusammen	13,0	213,0

2002 gegenüber 2001:
200,0 Tsd. DM mehr wegen Einschaltung einer externen Unternehmensberatung.

2002:

Die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung dient dem Abschluss eines Beratervertrages.

Zu 10 20/527 01

2001 gegenüber 2000:
65,0 Tsd. DM mehr wegen Verlagerung von Organisationseinheiten von München nach Bayreuth.

Zu 10 20/531 21**2001**

Ausgaben für den Jahresbericht des Landesamtes (Zweijahresturnus).

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
532 11-1	214	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	85,0 (43,5)	75,0 (38,3)	A B C	100,0 17,2 31,0
536 01-9	214	Beweiserhebung und Kostenerstattung	19.800,0 (10.123,6)	19.800,0 (10.123,6)	A B C	20.700,0 17.655,8 17.515,9
546 49-1	214	Vermischte Verwaltungsausgaben	40,0 (20,5)	30,0 (15,3)	A B C	25,0 49,2 25,6
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-2	214	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 188,5 199,5
636 01-8	214	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Sozialversicherungsträger	3.100,0 (1.585,0)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.400,0 3.109,3 3.530,5
671 01-4	242	Ersatz der für die Durchführung der Versehrtenleibesübungen entstehenden Verwaltungskosten gemäß § 11 a Abs. 4 BVG	110,0 (56,2)	100,0 (51,1)	A B C	120,0 120,0 139,7

Erläuterungen

Zu 10 20/532 11	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind folgende Umzüge:		
1. Verlegung im Rahmen der Hochbaumaßnahme beim AVF Regensburg	20,0	20,0
2. Räumung eines Gebäudes wegen Sanierung beim AVF Würzburg	-	25,0
3. Umzüge im Rahmen der Gesamtverlagerung des BLVF	50,0	25,0
4. Verlegungen innerhalb der Ämter	15,0	5,0
Zusammen	85,0	75,0

Zu 10 20/536 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Kosten für ärztliche Leistungen durch Dritte	17.800,0	17.800,0
2. Reisekosten der zu ärztlichen Untersuchungen usw. geladenen Versorgungsberechtigten	700,0	700,0
3. Reisekosten im Rahmen der Beweiserhebung	100,0	100,0
4. Erstattung von Auslagen gemäß § 193 SGG	700,0	700,0
5. Erstattung von Kosten gemäß § 63 SGB X	400,0	400,0
6. Sonstiges	100,0	100,0
Zusammen	19.800,0	19.800,0

2001 gegenüber 2000:
900,0 Tsd. DM weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 20/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

2001 gegenüber 2000:
15,0 Tsd. DM mehr wegen erhöhtem Ausschreibungsbedarf und zusätzlicher Vorstellungsreisen.

Zu 10 20/632 01

Verwaltungskostenerstattung an das Land Niedersachsen wegen Durchführung der zentralen Beschaffung von Heil- und Hilfsmitteln durch das Prüf- und Beschaffungsamt Hannover für die Versorgungsberechtigten im Freistaat Bayern.

Zu 10 20/636 01

Erstattung von Verwaltungskosten nach § 20 Bundesversorgungsgesetz (BVG) an die Krankenkassen. Der Erstattungsbetrag ist nach Art. 2 Abs. 1 FAnpG vom 30. August 1971 (BGBl I S. 1426) seit 1972 von den Ländern zu tragen. Der Verwaltungskostenanteil wird vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bekanntgegeben (§ 20 Abs. 4 BVG i.d.F. des Gesetzes vom 21. Juli 1993 - BGBl I S. 1262 -).

2001 gegenüber 2000:
300,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
100,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/671 01

Grundlage für die Berechnung der Höhe der Kosten ist eine mit dem Bayerischen Behinderten- und Versehrtenverband e.V. abgeschlossene Vereinbarung. Der Erstattungsbetrag wird in bestimmten Zeitabständen nach festen Kriterien der Entwicklung angepaßt.

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Baumaßnahmen				
701 01-8	214	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1.200,0 (613,6)	1.350,0 (690,2)	A B C	1.500,0 485,2 524,8
710 00-8	214	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Kreditfinanziert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 6.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	6.500,0 (3.323,4)	7.000,0 (3.579,0)	A B C	8.500,0 7.344,3 7.365,0
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-5	214	Erwerb von Dienstfahrzeugen	31,5 (16,1)	63,0 (32,2)	A C	30,0 33,7

Erläuterungen

Zu 10 20/701 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. AVF Augsburg Fenstererneuerung, Fassadensanierung	400,0	500,0
2. AVF Landshut Behindertengerechter Zugang zum Hauptgebäude und Übergang zum 1. Erweiterungsbau	450,0	500,0
3. AVF München I Sanierungsmaßnahmen im Dienstgebäude Martius- straße 4 in München	150,0	150,0
4. AVF Nürnberg Behindertengerechter Zugang und Infostelle	100,0	100,0
5. AVF Regensburg Rollregalanlage für Schwerbehindertenakten	100,0	100,0
Zusammen	1.200,0	1.350,0

2001 gegenüber 2000:
300,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
100,0 Tsd. DM mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/811 01**2001**

Tsd. DM

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Pkw, 74 kW, 4türlich, Baujahr 1995, Fahrleistung am 1.1.2001: 290 000 km

1 Pkw, 65 kW, 5türlich, Baujahr 1996, Fahrleistung am 1.1.2001: 260 000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 60 kW, 5türlich, Diesel, Standheizung

31,5

1 Pkw, 81 kW, 4türlich, Diesel (Leasing s. 518 11)

-

Zusammen

31,5

2002**1. Erstbeschaffung**

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Pkw, 66 kW, 5türlich, Baujahr 1996, Fahrleistung am 1.1.2002: 260 000 km

1 Pkw, 85 kW, 5türlich, Baujahr 1991, Fahrleistung am 1.1.2002: 350.000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

2 Pkw, 60 kW, 5türlich, Diesel

63,0

63,0

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
812 01-4	214	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	400,0 (204,5)	600,0 (306,8)	A B C	240,0 490,8 263,5
812 02-3	214	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	---
812 03-2	241	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	100,0 (51,1)	---	A B C	--- -0,6 -12,2
812 04-1	214	Modernisierung der Aktenablage bei den Ämtern für Versorgung und Familienförderung	***	***	A C	50,0 44,6

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung**Erläuterungen**

Zu 10 20/812 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Landesamt für Versorgung und Familienförderung Ausstattung der Außenstelle (Verlagerungskosten)	250,0	50,0
2. AVF Regensburg Beschaffungsprogramm nach Hochbaumaßnahme (Ersatz und Ergänzungen)	-	110,0
3. AVF Würzburg Beschaffungsprogramm nach Sanierungsmaßnahme (Ersatz und Ergänzungen)	-	310,0
4. Alle Ämter Ersatzbeschaffungen	100,0	100,0
Modernisierung der Aktenablage	50,0	30,0
Zusammen	400,0	600,0

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM	mehr wegen Umsetzung von 812 04
110,0 Tsd. DM	mehr wegen dringender Ersatz- und Ergänzungsausstattungen
160,0 Tsd. DM	mehr

2002 gegenüber 2001:

200,0 Tsd. DM mehr wegen Ersatzbeschaffungen nach Gebäudesanierungen.

Zu 10 20/812 03**2001:**

Beschaffung einer Telekommunikationsanlage für das Bayerische Landesamt für Versorgung und Familienförderung in Bayreuth.

Zu 10 20/812 04

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM weniger wegen Umsetzung nach 812 01.

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
513 99-9	214	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	1.115,0 (570,1)	1.510,0 (772,1)	A B C	850,0 655,8 529,9
515 99-7	214	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	1.170,0 (598,2)	1.105,0 (565,0)	A B C	1.250,0 1.393,0 1.357,7
518 99-4	214	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-3	214	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	150,0 218,1 334,4
522 99-8	214	Verbrauchsmittel	620,0 (317,0)	640,0 (327,2)	A B C	640,0 627,1 578,8
525 99-5	214	Aus- und Fortbildung	180,0 (92,0)	180,0 (92,0)	A B C	120,0 147,8 108,0
526 99-4	214	Kosten für Sachverständige	85,0 (43,5)	85,0 (43,5)	A B C	50,0 31,5 64,8
527 99-3	214	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	15,0 12,1 10,2
533 99-5	214	Nebenkosten der Datenverarbeitung	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 8,9 5,6

Erläuterungen

Zu 10 20/99

1. Die zentrale Datenverarbeitungsstelle (ZDV) beim Landesamt für Versorgung und Familienförderung ist zuständig für die zentralen Aufgaben der Informationsverarbeitung für den gesamten Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. Zu nennen ist insbesondere die Entwicklung und Durchführung von Datenverarbeitungsverfahren im Geschäftsbereich. Veranschlagt sind die Kosten für die Ausstattung und den Betrieb der ZDV einschließlich des Datenfernübertragungsnetzes für alle angeschlossenen Dienststellen.
2. Daneben sind die Kosten für die dezentrale Informationsverarbeitung in der Verwaltung für Versorgung und Familienförderung veranschlagt. Vorwiegend handelt es sich dabei um Kosten für die Ausstattung und den Betrieb der in den Ämtern für Versorgung und Familienförderung eingesetzten Datenendgeräte zur Beschleunigung und Rationalisierung des Geschäftsablaufs in den Sachgebieten Soziales Entschädigungsrecht, Schwerbehindertenverfahren sowie Familienförderung.

Nachrichtlich:

Personal- und Sachmittel entfallen wie folgt auf die vorstehenden Bereiche:

	Zentrale Informations- verarbeitung (Ifd. Nr. 1)	Dezentrale Informations- verarbeitung (Ifd. Nr. 2)
Personal		
(Beamte oder vergleichbare Angestellte)		
Höherer Dienst	5	-
Gehobener Dienst	42	8
Mittlerer Dienst	7	17
Zusammen	54	25
Sachmittel		
	Tsd. DM	Tsd. DM
2001	5.170,0	2.130,0
2002	5.320,0	1.980,0

Zu 10 20/513 99

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	1.115,0	1.510,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen	1.115,0	1.510,0

2001 gegenüber 2000:
265,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
395,0 Tsd. DM mehr wegen Aufbaus des Behördennetzes.

Zu 10 20/515 99

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	120,0	15,0
2. Wartung und Reparaturen	1.050,0	1.090,0
Zusammen	1.170,0	1.105,0

2001 gegenüber 2000:
80,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
65,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/519 99

2002 gegenüber 2001:
110,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 20/525 99

2001 gegenüber 2000:
60,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Fortbildungsmaßnahmen.

Zu 10 20/526 99

2001 gegenüber 2000:
35,0 Tsd. DM mehr wegen notwendiger zusätzlicher Fremdaufträge.

Zu 10 20/527 99

2001 gegenüber 2000:
15,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 20 Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
534 99-4	214	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	1.615,0 (825,7)	1.860,0 (951,0)	A B C	10,2 5,7 6,1
535 99-3	214	Miete für Software	---	---	A B C	177,0 225,8 147,3
812 99-7	214	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.975,0 (1.009,8)	1.430,0 (731,1)	A B C	3.100,0 1.412,0 1.181,1
813 99-6	214	Erwerb von Software	460,0 (235,2)	410,0 (209,6)	A B C	--- 700,8 48,7
Summe der Titelgruppe			7.300,0 (3.732,4)	7.300,0 (3.732,4)	A B C	6.372,2 5.438,6 4.372,6
Gesamtausgaben			181.730,9 (92.917,5)	184.108,4 (94.133,1)	A B C	188.316,8 173.395,7 172.519,8
Abschluss						
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	453,5 (231,9)	453,5 (231,9)	A B C	439,0 412,8 443,5
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	65,0 (33,2)	65,0 (33,2)	A B C	145,0 257,9 183,9
		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	- (-)	- (-)	A B C	566,0 521,0 479,0
Gesamteinnahmen			518,5 (265,1)	518,5 (265,1)	A B C	1.150,0 1.191,7 1.106,4
		Personalausgaben	123.633,4 (63.212,8)	125.024,4 (63.924,0)	A B C	127.852,6 120.032,4 120.818,9
		Sächliche Verwaltungsausgaben	44.021,0 (22.507,6)	44.931,0 (22.972,9)	A B C	43.324,2 39.513,0 38.382,0
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.410,0 (1.743,5)	3.300,0 (1.687,3)	A B C	3.720,0 3.417,8 3.869,7
		Baumaßnahmen	7.700,0 (3.936,9)	8.350,0 (4.269,3)	A B C	10.000,0 7.829,5 7.889,8
		Sonstige Sachinvestitionen	2.966,5 (1.516,7)	2.503,0 (1.279,8)	A B C	3.420,0 2.603,0 1.559,4
Gesamtausgaben			181.730,9 (92.917,5)	184.108,4 (94.133,1)	A B C	188.316,8 173.395,7 172.519,8
Zuschuss			181.212,4 (92.652,4)	183.589,9 (93.868,0)	A B C	187.166,8 172.204,0 171.413,4

Erläuterungen**Zu 10 20/534 99**

2001 gegenüber 2000:
1.604,8 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
245,0 Tsd. DM mehr für die Umstellung auf einen externen Großrechnerbetrieb.

Zu 10 20/812 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:		
1. Landesamt für Versorgung und Familienförderung		
1.1 Aufbau eines PC-Netzes	800,0	680,0
1.2 Server- und Schulungsraum	100,0	-
1.3 Verlagerung der Anwendungsprogrammierung	200,0	200,0
1.4 Firewall und Mailserver	120,0	-
1.5 Datenserver und Registraturvernetzung	150,0	90,0
1.6 Sonstige Ausstattungen	30,0	80,0
2. Ämter für Versorgung und Familienförderung		
2.1 Sinix-Bildschirme (Ersatz)	150,0	90,0
2.2 Drucker (Ersatz)	160,0	140,0
2.3 PC-Arbeitsplätze	250,0	100,0
2.4 Sonstige Ausstattungen	15,0	50,0
Zusammen	1.975,0	1.430,0

2001 gegenüber 2000:
1.125,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung des Investitionsbedarfs.

2002 gegenüber 2001:
545,0 Tsd. DM weniger wegen abgeschlossener Ausstattungsmaßnahmen.

Zu 10 20/813 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Datenbanksoftware	150,0	-
2. Updates auf Office 2000	150,0	200,0
3. NT-Lizenzen für weitere Nutzer	100,0	100,0
4. Sinix Software	50,0	100,0
5. Sonstige Softwareprodukte	10,0	10,0
Zusammen	460,0	410,0

2001 gegenüber 2000:
460,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

2002 gegenüber 2001:
50,0 Tsd. DM wegen wegfallender einmaliger Kosten.

10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 03-2	242	Einnahmen aus stationärer Behandlung von Patienten mit allgemeinem Pflegesatz, soweit nicht bei Titel 241 01 nachzuweisen	2.060,0 (1.053,3)	2.060,0 (1.053,3)	A B C	3.700,0 2.112,6 2.326,0
111 04-1	242	Einnahmen aus ambulanter Behandlung von Selbstzahlerpatienten	210,0 (107,4)	210,0 (107,4)	A B C	230,0 221,5 387,7
111 05-0	242	Einnahmen aus ambulanter Behandlung von Patienten der Kostenträger	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A C	1,0 0,7
111 06-9	242	Einnahmen aus Beobachtung und Begutachtung	---	---	A	---
111 07-8	242	Sonstige Gebühren	---	---	A	---
113 01-2	242	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	1,0 6,5 19,8
119 49-0	242	Vermischte Einnahmen	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	2,0 3,3 0,5
124 01-9	242	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	950,0 (485,7)	950,0 (485,7)	A B C	938,0 929,9 1.126,8
125 01-8	242	Einnahmen aus Personalverpflegung	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	46,0 40,2 48,0
126 01-7	242	Einnahmen aus der Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen durch Bedienstete	18,0 (9,2)	18,0 (9,2)	A B C	22,0 19,2 15,2
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
241 01-7	242	Sonstige Erstattungen vom Bund	13.150,0 (6.723,5)	13.150,0 (6.723,5)	A B C	12.500,0 11.350,0 20.467,8
256 12-6	242	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			16.438,0 (8.404,6)	16.438,0 (8.404,6)	A B C	17.440,0 14.683,2 24.392,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 24

Die Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung sind mit der Durchführung der Heil- und Krankenbehandlung der Versorgungsberechtigten nach dem Bundesversorgungsgesetz beauftragt (§ 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsopferversorgung vom 12. März 1951 - BGBl I S. 169).

Der Freistaat Bayern unterhält die Reha-Kliniken "Prof. Max Lange" in Bad Tölz und "Prinzregent Luitpold" in Bad Reichenhall.

Planmäßige Bettenzahl und veranschlagte Behandlungstage

Reha-Klinik	Bad	
	Bad Tölz	Reichenhall
Plan-Bettenzahl	100	113
	Behandl. Tage	Behandl. Tage
Patientengruppen		
Versorgungsberechtigte	28 000	26 000
Selbstzahler	1 000	10 000
	<u>29 000</u>	<u>36 000</u>

Zu 10 24/111 03

2001 gegenüber 2000:

1.640,0 Tsd. DM weniger wegen Verminderung der Bettenzahl in der Reha-Klinik Bad Tölz.

Zu 10 24/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	5,0	5,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	530,0	530,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	5,0	5,0
4. Einnahmen aus der Unterbringung begleitender Ehefrauen	410,0	410,0
5. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	<u>950,0</u>	<u>950,0</u>

Zu 10 24/241 01

Nach § 1 Nr. 8 letzter Halbsatz des Ersten Überleitungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. April 1955 (BGBl I S. 193), der zuletzt durch Artikel 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 9. Juni 1975 (BGBl I S. 1321) geändert worden ist, trägt der Bund die Aufwendungen für die Heil- und Krankenbehandlung Versorgungsberechtigter in den Versorgungskuranstalten der Länder. Die Kostenerstattung wird nach Maßgabe der Erstattungsverordnung-KOV vom 31. Juli 1967 (BGBl I S. 860), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juni 1999 (BGBl I S. 1328), durchgeführt.

2001 gegenüber 2000:

650,0 Tsd. DM mehr wegen steigender Kosten.

10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-8	242	Bezüge der planmäßigen Beamten	1.167,6 (597,0)	1.190,9 (608,9)	A B C	1.220,0 1.110,9 1.316,5
422 11-6	242	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	---
422 31-2	242	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	---	---	A	---
422 41-0	242	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte <i>Zu 422 41 und 425 41: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	22,0 (11,2)	22,0 (11,2)	A B C	5,0 17,4 21,1
425 01-5	242	Vergütungen der Angestellten	7.279,9 (3.722,2)	7.453,7 (3.811,0)	A B C	6.703,0 7.388,9 8.735,2
425 12-2	242	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	---	---	A	---
425 15-9	242	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A	---
425 17-7	242	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A C	--- 38,6
425 41-7	242	Überstundenvergütungen für Angestellte <i>Vgl. Vermerk zu 422 41.</i>	160,0 (81,8)	160,0 (81,8)	A B C	100,0 161,3 210,4
426 01-4	242	Löhne der Arbeiter	3.350,0 (1.712,8)	3.350,0 (1.712,8)	A B C	3.900,0 3.377,0 4.266,9
426 05-0	242	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A	---
427 01-3	242	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich oder nebenberuflich Tätige	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	3,5 25,2 3,4
427 41-5	242	Praktikantenvergütungen	---	---	A C	30,0 -0,1
451 01-2	242	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	6,0 5,3 7,4
453 01-0	242	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	8,0 18,5 10,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-0	242	Geschäftsbedarf	122,0 (62,4)	122,0 (62,4)	A B C	110,0 119,4 150,2

Erläuterungen

Zu 10 24/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 24/422 41

2001 gegenüber 2000:
17,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Bereitschaftsdienste.

Zu 10 24/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung

Zu 10 24/425 41

2001 gegenüber 2000:
60,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Bereitschaftsdienste.

Zu 10 24/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:
550,0 Tsd. DM weniger wegen Reduzierung der Bettenzahl und Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten.

Zu 10 24/427 01

2001 gegenüber 2000:
Mehr 21,5 Tsd. DM nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 24/427 41

Vergütungen für Praktikanten.

Zu 10 24/511 01

2001 gegenüber 2000:
12,0 Tsd. DM mehr wegen gestiegenen Bedarfs.

10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
512 01-9	242	Bücher und Zeitschriften	13,3 (6,8)	13,3 (6,8)	A B C	20,0 13,3 16,9
513 01-8	242	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 43,0 54,6
514 01-7	242	Haltung von Dienstfahrzeugen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	14,0 17,7 20,5
515 01-6	242	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	45,0 25,2 69,5
515 21-2	242	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	225,0 (115,0)	190,0 (97,1)	A B C	225,0 181,4 244,4
515 22-1	242	Unterhaltung und Instandsetzung von Geräten u. dgl. für Fachaufgaben	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B C	120,0 69,0 111,3
516 01-5	242	Dienst- und Schutzkleidung	9,0 (4,6)	9,0 (4,6)	A B C	9,0 8,5 8,4
517 01-4	242	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A B C	620,0 605,3 1.003,1

Erläuterungen

Zu 10 24/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	30,0	30,0
2. Laufende Fernmeldekosten	5,0	5,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	15,0	15,0
Zusammen	50,0	50,0

Zu 10 24/514 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Betriebsstoffe	6,0	6,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	14,0	14,0
Zusammen	20,0	20,0

	Tsd. DM	Tsd. DM
Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:		
Kosten wie vor	20,0	20,0
Personalausgaben	75,2	76,5
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	95,2	96,5

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	2	2	2	2	-
Kommunaltaktoren	4	4	4	4	-
Anhänger einachsige	2	2	2	2	-

nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: - (-)**Zu 10 24/515 01**

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	17,0	17,0
2. Wartung und Reparaturen	18,0	18,0
Zusammen	35,0	35,0

Zu 10 24/515 21

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Geringwertige oder kurzlebige Gebrauchsgegenstände (Nutzungsdauer bis zu 3 Jahren)	75,0	65,0
2. Gegenstände mit einer Nutzungsdauer von 3 bis einschl. 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter)	150,0	125,0
Zusammen	225,0	190,0

2002 gegenüber 2001:

35,0 Tsd. DM weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 24/515 22

2001 gegenüber 2000:

40,0 Tsd. DM weniger wegen geringeren Bedarfs.

Zu 10 24/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2001 gegenüber 2000:

180,0 Tsd. DM mehr infolge zusätzlicher Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten.

10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
517 05-0	242	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	600,0 (306,8)	590,0 (301,7)	A B C	600,0 540,7 696,0
518 01-3	242	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A B C	--- 2,8 537,2
518 11-1	242	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	---	---	A	---
519 01-2	242	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	585,0 1.121,6 616,7
522 01-7	242	Arzneien, Kur-, Verbands- und medizinische Verbrauchsmittel	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	490,0 389,1 612,7
522 02-6	242	Verpflegung	1.380,0 (705,6)	1.418,0 (725,0)	A B C	1.715,0 1.442,3 1.884,9
522 03-5	242	Sonstige Verbrauchsmittel	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	20,0 15,9 18,4
525 01-4	242	Aus- und Fortbildung	7,0 (3,6)	7,0 (3,6)	A B C	8,0 5,0 2,4
527 01-2	242	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	9,0 (4,6)	9,0 (4,6)	A B C	12,0 8,3 29,7
535 01-2	242	Ausgaben für Wäschereinigung	135,0 (69,0)	135,0 (69,0)	A B C	130,0 131,2 181,0
536 01-1	242	Kulturelle Betreuung	55,0 (28,1)	55,0 (28,1)	A B C	56,0 57,6 87,0
536 02-0	242	Leistungen an Dritte für Behandlung	175,0 (89,5)	175,0 (89,5)	A B C	195,0 169,2 275,8
536 03-9	242	Leistungen an Dritte für heilgymnastische Winterkuren	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	35,0 14,2 25,5
546 49-3	242	Vermischte Verwaltungsausgaben	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	11,0 5,3 5,8
547 01-8	242	Abwicklungskosten für die Reha-Klinik in Bad Aibling	***	***	A B	--- 72,9

Erläuterungen

Zu 10 24/517 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Heizung	215,0	210,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	385,0	380,0
Zusammen		600,0	590,0

Zu 10 24/519 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	400,0	400,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		400,0	400,0

2001 gegenüber 2000:
185,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 24/522 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Arznei- und Kurmittel	280,0	280,0
2.	Verbandsmittel	50,0	50,0
3.	Medizinische Verbrauchsmittel	70,0	70,0
Zusammen		400,0	400,0

2001 gegenüber 2000:
90,0 Tsd. DM weniger wegen Verringerung der Bettenzahl.

Zu 10 24/522 02		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Verpflegung für Kurpatienten	1.320,0	1.358,0
2.	Personalverpflegung	60,0	60,0
Zusammen		1.380,0	1.418,0

2001 gegenüber 2000:
335,0 Tsd. DM weniger wegen Verringerung der Bettenzahl.

Zu 10 24/536 02
2001 gegenüber 2000:
20,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 24/536 03
2001 gegenüber 2000:
15,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 24/546 49
Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
643 01-1	242	Ausgaben für Kurtaxe	190,0 (97,1)	190,0 (97,1)	A B C	230,0 185,0 262,0
685 01-0	242	Beiträge zur Bayerischen Krankenhausgesellschaft	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 8,8 11,9
		Baumaßnahmen				
701 01-0	242	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	250,0 (127,8)	120,0 (61,4)	A B C	540,0 340,8 346,0
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-7	242	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-6	242	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---
812 02-5	242	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	230,0 (117,6)	160,0 (81,8)	A B C	318,0 413,0 318,0
		Gesamtausgaben	17.255,8 (8.822,8)	17.245,9 (8.817,7)	A B C	18.143,5 18.111,0 22.199,3

Erläuterungen

Zu 10 24/643 01

2001 gegenüber 2000:
40,0 Tsd. DM weniger wegen Verringerung der Bettenzahl.

Zu 10 24/701 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Reha-Klinik Bad Reichenhall		
Sanierung der Balkone des Neubaus (2. Bauabschnitt und Abschluss)	50,0	-
Reha-Klinik Bad Tölz		
Betonsanierung Personalwohnhaus	200,0	120,0
Zusammen	250,0	120,0

2001 gegenüber 2000:
290,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
130,0 Tsd. DM weniger entsprechend den notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen.

Zu 10 24/812 02

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Reha-Klinik Bad Reichenhall		
Ersatz des Bodyplethysmographen	130,0	-
Ersatz des Gas-Checks	60,0	-
Ersatz des EKG	-	35,0
Ersatz des Langzeit-EKG	-	25,0
Ersatz der Stühle und Tische im Patientenspeisesaal	-	60,0
Ersatz von Schallköpfen	-	40,0
Reha-Klinik Bad Tölz		
Pflegebetten mit Nachttischen	40,0	-
Zusammen	230,0	160,0

2001 gegenüber 2000:
88,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
70,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf für notwendige Ersatzbeschaffungen.

10 24 Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	3.288,0 (1.681,1)	3.288,0 (1.681,1)	A B C	4.940,0 3.333,2 3.924,7
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	13.150,0 (6.723,5)	13.150,0 (6.723,5)	A B C	12.500,0 11.350,0 20.467,8
		Gesamteinnahmen	16.438,0 (8.404,6)	16.438,0 (8.404,6)	A B C	17.440,0 14.683,2 24.392,5
		Personalausgaben	12.017,5 (6.144,5)	12.214,6 (6.245,2)	A B C	11.975,5 12.104,5 14.609,4
		Sächliche Verwaltungsausgaben	4.558,3 (2.330,6)	4.551,3 (2.327,0)	A B C	5.070,0 5.058,9 6.652,0
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	240,0 193,8 273,9
		Baumaßnahmen	250,0 (127,8)	120,0 (61,4)	A B C	540,0 340,8 346,0
		Sonstige Sachinvestitionen	230,0 (117,6)	160,0 (81,8)	A B C	318,0 413,0 318,0
		Gesamtausgaben	17.255,8 (8.822,8)	17.245,9 (8.817,7)	A B C	18.143,5 18.111,0 22.199,3
		Zuschuss	817,8 (418,1)	807,9 (413,1)	A B C	703,5 3.427,8 -2.193,2

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-1	254	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	4.500,0 (2.300,8)	4.500,0 (2.300,8)	A B C	5.000,0 4.021,7 3.363,4
111 02-0	254	Erstattung von Kosten der Ersatzvornahme	---	---	A	---
112 01-0	254	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	7.000,0 (3.579,0)	7.000,0 (3.579,0)	A B C	6.000,0 5.852,1 5.475,7
113 01-9	254	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B C	5,0 0,8 4,6
119 01-3	254	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
119 49-7	254	Vermischte Einnahmen	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	1,0 4,0 11,7

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 30

1. Das Bayerische Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik (LfAS) ist eine dem StMAS unmittelbar nachgeordnete Landesoberbehörde.
Zu den Aufgaben des Landesamtes gehören insbesondere die Förderung des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin und der Sicherheitstechnik, die Ermittlung von Gefährdungsschwerpunkten sowie von Zusammenhängen von Belastungen am Arbeitsplatz und arbeitsbedingten Erkrankungen, die Mitarbeit in nationalen und internationalen regelsetzenden Institutionen und die Beratung der Gewerbeaufsichtsämter in Fachfragen.
2. Die Bayerische Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin stützt sich in ihrer jetzigen Rechtsform auf die Verordnung vom 5. September 1994 (GVBl S. 954) und untersteht als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts dem StMAS. Die Akademie hat u.a. die Aufgabe, als Begegnungsstätte von Wissenschaft und Praxis im Zusammenwirken mit den Einrichtungen der Lehre und der Forschung den Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen zu betreiben und zur Weiter- und Fortbildung in den Bereichen der Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin beizutragen.
Zudem ist die praktische Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu fördern sowie die Durchführung von Forschungsaufgaben bei dazu geeigneten wissenschaftlichen Einrichtungen anzuregen und zu unterstützen.
3. Die Gewerbeaufsichtsämter (Augsburg, Coburg, Landshut, München-Stadt, München-Land, Nürnberg, Regensburg und Würzburg) sind Vollzugsbehörden für die Durchführung öffentlich-rechtlicher Vorschriften auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Arbeitsmedizin und der Sicherheitstechnik und des technischen Verbraucherschutzes. Neben dem Vollzug der klassischen Arbeitsschutzaufgaben aus der Gewerbeordnung, dem Sprengstoffgesetz, dem Arbeitszeitgesetz, dem Jugendarbeitsschutz- und dem Mutterschutzgesetz sowie dem Gesetz über das Fahrpersonal im Straßenverkehr nimmt heute der technische Verbraucherschutz im Vollzug des Gerätesicherheitsgesetzes, des Medizinproduktegesetzes und des Chemikaliengesetzes einen immer größeren Raum ein. Hier hat die Gewerbeaufsicht im Rahmen europäischer Richtlinien zur Gewährleistung des freien Warenverkehrs für eine Vielzahl technischer Produkte neue Vollzugsaufgaben übernommen. Den Entgeltprüfern der Gewerbeaufsichtsämter obliegt die Entgeltüberwachung nach dem Heimarbeitsgesetz. Die Gewerbeaufsichtsämter treffen die erforderlichen Maßnahmen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit von Arbeitnehmern und Dritten und sorgen dafür, dass gefährliche technische Produkte und Arbeitsstoffe nicht in Verkehr gebracht werden.
Der gewerbeärztliche Dienst bei den Gewerbeaufsichtsämtern Augsburg, Coburg, München-Stadt, Nürnberg, Regensburg und Würzburg erfüllt zahlreiche Aufgaben im Bereich des medizinischen Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung.

Aufgaben und Organisation der Gewerbeaufsichtsämter werden weiter an die aktuellen Anforderungen angepasst. Im Zuge der dazu eingeleiteten Verwaltungsreform wurden zahlreiche Projekte, u.a. zur Effizienzsteigerung, zur Verbesserung der Organisation und zur Personalreduzierung gestartet und weitgehend bereits abgeschlossen. Ebenfalls Bestandteil der Reform ist die Zusammenlegung der Gewerbeaufsichtsämter in Oberfranken an einem Standort in Coburg bis zum Jahr 2003.

Zu 10 30/111 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Gebühren- und Beitragserhebung durch das Landesamt nach der GebOAM	300,0	300,0
Erhebung von Verwaltungskosten durch die Gewerbeaufsichtsämter	4.200,0	4.200,0
Zusammen	4.500,0	4.500,0

2001 gegenüber 2000:
500,0 Tsd. DM weniger aufgrund des zu erwartenden Aufkommens.

Zu 10 30/111 02 und 533 01

Die Kosten der Ersatzvornahme sind vom Verpflichteten zu erstatten. Sie fließen als Einnahme bei 111 02 wieder zu.

Zu 10 30/112 01

2001 gegenüber 2000:
1.000,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 30/119 01

Erlöse aus der Veräußerung von Merkblättern über den technischen Arbeitsschutz.

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
124 01-6	254	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	3,2 9,8 2,8
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
<u>232 01-5</u>	254	Erstattungen der Länder für die Pflege und Weiterentwicklung des Vorschriften- und Regelwerks <i>Vgl. Vermerk bei 534 99</i>	---	---	A	
282 02-3	254	Zuschüsse und Beiträge Dritter	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Kosten der Bayerischen Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin						
111 71-6	254	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	A B C	850,0 651,7 665,9
Summe der Titelgruppe			700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	A B C	850,0 651,7 665,9
72 Kosten der Aus- und Fortbildung von Sicherheitsingenieuren und sonstigen Fachkräften für Arbeitssicherheit der gewerblichen Betriebe und von Fachkräften für Arbeitssicherheit im staatlichen Bereich						
111 72-5	254	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	30,0 37,5 21,5
Summe der Titelgruppe			40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	30,0 37,5 21,5
Gesamteinnahmen			12.255,0 (6.265,9)	12.255,0 (6.265,9)	A B C	11.889,2 10.577,6 9.545,6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-5	254	Bezüge der planmäßigen Beamten	43.899,3 (22.445,4)	43.995,1 (22.494,3)	A B C	45.069,0 41.899,7 42.193,8
422 11-3	254	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	1.182,6 (604,7)	1.206,2 (616,7)	A B C	2.192,0 1.125,2 1.761,3

Erläuterungen

Zu 10 30/124 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	7,3	7,3
2.	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	2,1	2,1
3.	Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4.	Sonstige Einnahmen	0,6	0,6
	Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 30/111 71

Beiträge für arbeits- und umweltmedizinische Kurse.

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM weniger infolge sinkender Teilnehmerzahlen.

Zu 10 30/111 72

Beiträge für Lehrgänge für Sicherheitsingenieure.

Zu 10 30/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Davon		
Aufwandsentschädigungen	60,0	60,0

Zu 10 30/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Davon		
Aufwandsentschädigungen	2,0	2,0

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
422 21-1	254	Anwärter- und Dienstanfängerbezüge	---	---	A	228,0
422 31-9	254	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	382,8 (195,7)	390,4 (199,6)	A B C	--- 364,2 107,7
425 01-2	254	Vergütungen der Angestellten	13.998,5 (7.157,3)	14.039,9 (7.178,5)	A B C	14.035,0 13.512,8 12.689,4
425 11-0	254	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A B C	--- 0,8 3,3
425 15-6	254	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A B C	--- 756,8 101,1
425 17-4	254	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A B C	--- 86,0 89,5
425 41-4	254	Überstundenvergütungen für Angestellte	---	---	A	---
426 01-1	254	Löhne der Arbeiter	1.319,2 (674,5)	1.352,3 (691,4)	A B C	1.346,5 1.324,3 1.335,3
426 05-7	254	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A B C	--- 57,8 55,0
427 01-0	254	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A B	--- 21,1
451 01-9	254	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A B C	83,0 74,9 76,8
453 01-7	254	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B C	130,0 41,9 47,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-7	254	Geschäftsbedarf	310,0 (158,5)	310,0 (158,5)	A B C	325,0 270,2 257,7
512 01-6	254	Bücher und Zeitschriften	351,5 (179,7)	351,5 (179,7)	A B C	370,0 338,0 258,7
513 01-5	254	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	585,0 (299,1)	585,0 (299,1)	A B C	600,0 550,2 539,1

Erläuterungen

Zu 10 30/422 21

Anwärter- und Dienstanfängerbezüge.

Zu 10 30/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 30/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Davon		
Aufwandsentschädigungen	4,0	4,0

Zu 10 30/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 30/425 41

Vgl. Sammelansatz bei 10 02/425 41.

Zu 10 30/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 30/451 01

2001 gegenüber 2000:

13,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 30/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	40,0	40,0
2. Umzugskostenvergütungen	40,0	40,0
Zusammen	80,0	80,0

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 30/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	400,0	400,0
2. Laufende Fernmeldekosten	160,0	160,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	25,0	25,0
Zusammen	585,0	585,0

2001 gegenüber 2000:

40,0 Tsd. DM weniger infolge Umsetzung zu 10 01/513 01

25,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf

15,0 Tsd. DM weniger

Die Kosten zu 1. mit 3. trägt das AVF Augsburg (10 20) für das GAA Augsburg.

Die Kosten zu 1. trägt das AVF Bayreuth für das GAA Coburg-Außenstelle Bayreuth.

Die Kosten zu 1. und 3. trägt das AVF Nürnberg (10 20) für das GAA Nürnberg.

Die Kosten zu 2. trägt das StMAS (10 01) für das GAA München-Stadt.

Die Kosten zu 2. trägt das AVF Würzburg (10 20) für das GAA Würzburg.

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
514 01-4	254	Haltung von Dienstfahrzeugen	155,0 (79,3)	155,0 (79,3)	A B C	130,0 108,0 118,7
515 01-3	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	230,0 (117,6)	230,0 (117,6)	A B C	230,0 233,5 285,7
515 21-9	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	130,0 (66,5)	130,0 (66,5)	A B C	130,0 125,8 110,8
516 01-2	254	Dienst- und Schutzkleidung	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	30,0 21,5 20,7
517 01-1	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	850,0 (434,6)	850,0 (434,6)	A B C	800,0 673,0 688,3
517 05-7	254	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	330,0 (168,7)	330,0 (168,7)	A B C	240,0 210,4 201,0
518 01-0	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A B C	--- 3,2 27,6
518 11-8	254	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	35,0 32,1 31,7

Erläuterungen

Zu 10 30/514 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Betriebsstoffe	105,0	105,0
2. Wartung, Reparaturen und Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen	155,0	155,0

2001 gegenüber 2000:

25,0 Tsd. DM mehr infolge Umsetzung von Tit. 514 73.

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	155,0	155,0
Personalausgaben	1.112,8	1.139,3
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	27,5	27,5
Ausgaben für Leasing/Miete	6,5	6,5
Zusammen	1.301,8	1.328,3

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	11	11	12	12	2
Geländefahrzeuge	-	-	-	-	-
Lastkraftwagen	2	2	2	2	-
Krafträder (Mofas)	-	-	-	-	-
Kommunaltraktoren	1	1	1	1	-

nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 419 (451)

Zu 10 30/515 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	140,0	140,0
2. Wartung und Reparaturen	90,0	90,0
Zusammen	230,0	230,0

Zu 10 30/515 21

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	70,0	70,0
2. Wartung und Reparaturen	60,0	60,0
Zusammen	130,0	130,0

Zu 10 30/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Wegen der Bewirtschaftungskosten für die GAA Coburg-Außenstelle Bayreuth, Nürnberg und Würzburg vgl. Erläuterung zu 513 01.

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM mehr infolge vermehrter Reinigungsflächen und Kostensteigerung.

Zu 10 30/517 05

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Heizung	175,0	175,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	155,0	155,0
Zusammen	330,0	330,0

2001 gegenüber 2000:

90,0 Tsd. DM mehr infolge vermehrter Nutzflächen, veränderter Kostenzuständigkeit sowie Kostensteigerung.

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
519 01-9	254	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	130,0 457,3 217,8
522 01-4	254	Verbrauchsmittel für arbeitsmedizinische und technische Untersuchungen sowie Versuche	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	35,0 31,9 35,3
524 01-2	254	Kosten für die Anschaffung von Lehr- und Anschauungsmaterial	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	50,0 27,6 74,9
526 21-6	254	Kosten der Beweiserhebung im gewerbeaufsichtlichen Verwaltungsverfahren, Kosten für Spezialuntersuchungen durch Dritte und Ankauf von Prüfobjekten	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	70,0 21,6 13,7
527 01-9	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	2.280,0 (1.165,7)	2.280,0 (1.165,7)	A B C	2.300,0 2.039,5 2.148,7
531 11-1	254	Fachveröffentlichungen	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	30,0 34,5 93,3
532 11-0	254	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	10,0 (5,1)	A B C	185,0 2,5 10,0
533 01-1	254	Kosten der Ersatzvornahme im gewerbeaufsichtlichen Verfahren	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 30/519 01		
	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	200,0	200,0
2. Unterhaltung der gemieteten und gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen	200,0	200,0

2001 gegenüber 2000:
70,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 30/524 01		
	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Unterhaltung und Ergänzung der Lehrschaufen	3,0	3,0
2. Ständige Fachausstellung: Herstellung neuer Ausstellungsgruppen - Bau von Funktionsmodellen	13,0	13,0
3. Bau der Ausstellungsstände für Messen, Herstellung von Messeexponaten	15,0	15,0
4. Fortführung einer zentralen Diasammlung auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes	2,0	2,0
5. Lehr- und Anschauungsmaterial über Arbeitsmedizin	2,0	2,0
6. Neu- und Ersatzbeschaffungen von Lehrfilmen zum Einsatz bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie zur Vorführung	5,0	5,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 30/526 21

Kosten für die Durchführung von technischen Spezialuntersuchungen durch Dritte und für den Ankauf von Gegenständen zur Überprüfung nach dem Gerätesicherheitsgesetz.

Zu 10 30/526 21		
	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Kosten für arbeitsmedizinische Spezialuntersuchungen durch Dritte	10,0	10,0
2. Kosten für technische Spezialuntersuchungen durch Dritte, insbesondere Asbestuntersuchungen mit dem Rasterelektronenmikroskop	15,0	15,0
3. Kosten für Fremduntersuchungen nach dem Gerätesicherheitsgesetz (GSG)	15,0	15,0
4. Kosten für den Ankauf von Prüfobjekten zur Überprüfung nach dem GSG	8,0	8,0
5. Kosten der Beweiserhebung der GAÄ	2,0	2,0
Zusammen	50,0	50,0

Die Ausgaben fließen bei 111 01/112 01 teilweise wieder zu.

2001 gegenüber 2000:
20,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 30/527 01

Die Ausgaben fließen dem Staat teilweise wieder zu. Vgl. Titel 111 01 und 112 01.

Zu 10 30/531 11		Tsd. DM
1. Veröffentlichungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Arbeitsmedizin		10,0
2. Jahresbericht der Gewerbeaufsicht (Verpflichtung aus § 139b Abs. 3 GewO)		20,0
Zusammen		30,0

Zu 10 30/532 11

Veranschlagt sind die Umzugskosten für das GAA Würzburg (einzelne Räume).

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
536 01-8	254	Kosten der Messekommissionen und von Arbeitsschutzmaßnahmen auf Großbaustellen	22,0 (11,2)	22,0 (11,2)	A B C	22,0 14,9 24,8
<u>540 01-2</u>	254	Veranstaltungskosten	---	---	A	
546 49-0	254	Vermischte Verwaltungsausgaben	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	25,0 23,3 24,9
547 01-5	254	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben Zusammenlegung der Gewerbeaufsichtsämter Bayreuth und Coburg	50,0 (25,6)	25,0 (12,8)	A	50,0
Baumaßnahmen						
701 01-7	254	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	250,0 271,9 469,8
710 00-7	254	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM</i> 3.000,0 <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM</i> 3.000,0 <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	--- 787,5 1.816,5
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-4	254	Erwerb von Dienstfahrzeugen	27,5 (14,1)	27,5 (14,1)	A B	--- 0,2
812 01-3	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	240,0 (122,7)	260,0 (132,9)	A B C	300,0 195,8 205,3

Erläuterungen

Zu 10 30/536 01

Kosten für das Messebüro und die Maschinenschutzkommissionen.

Zu 10 30/540 01

Leertitel für im Rahmen des Ausgabemittelbudgets darstellbare Veranstaltungen.

Zu 10 30/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 30/701 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik: Fassadenrenovierung	250,0	250,0

Zu 10 30/811 01

	Tsd. DM
2001	
1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
Zu ersetzen:	
1 Pkw, 65 kW, 5türlich, Baujahr 1995 Fahrleistung am 1.1.2001 300.000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
1 Pkw, 70 kW, 5türlich	27,5

2002

1. Erstbeschaffung	-
2. Ersatzbeschaffung	
1 Pkw, 66 kW, 5türlich, Baujahr 1996 Fahrleistung am 1.1.2001 200.000 km	
Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:	
1 Pkw, 70 kW, 5türlich	27,5

Zu 10 30/812 01

	Tsd. DM
2001	
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Geräten	140,0
Ersatzbeschaffung von Geschäftszimmerausstattungen	100,0
Zusammen	240,0

2002

Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Geräten	120,0
Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Geschäftszimmerausstattungen (u.a. für das GAA Würzburg aus Anlass des Umzuges in ein anderes Dienstgebäude 75,0 Tsd. DM)	140,0
Zusammen	260,0

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
812 02-2	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	204,0 114,4 158,9
812 03-1	254	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	---
Titelgruppen						
71 Kosten der Bayerischen Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin						
511 71-2	254	Geschäftsbedarf	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	20,0 13,0 19,0
515 71-8	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	6,0 3,5 7,5
527 71-4	254	Reisekostenvergütungen für die Mitglieder der Organe der Akademie und für die Geschäftsführung	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	8,0 6,0 6,1
531 71-8	254	Herausgabe von Veröffentlichungen	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	1,0
546 71-1	254	Vermischte Ausgaben	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	25,0 21,5 26,8
547 71-0	254	Entschädigungen für Vortragende	120,0 (61,4)	120,0 (61,4)	A B C	120,0 110,3 104,1
812 71-8	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A C	---
Summe der Titelgruppe			180,0 (92,0)	180,0 (92,0)	A B C	180,0 154,3 178,8
72 Kosten der Aus- und Fortbildung von Sicherheitsingenieuren und sonstigen Fachkräften für Arbeitssicherheit der gewerblichen Betriebe und von Fachkräften für Arbeitssicherheit im staatlichen Bereich						
511 72-1	254	Geschäftsbedarf	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	10,0 3,7 2,4
515 72-7	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	---	---	A C	---
531 72-7	254	Herausgabe von Veröffentlichungen	---	---	A	---
546 72-0	254	Vermischte Ausgaben	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	3,0 1,2 1,2

Erläuterungen

Zu 10 30/812 02	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Lärmmessgerät	72,0	-
Demonstrationseinrichtungen für die Themen "Bau/Arbeiten im Freien" und "Gefahrstoffe"	21,0	21,0
Elektronische Anzeigentafel zur Verwendung als Messestanddisplay sowie für Schülerveranstaltungen	35,0	-
Zusatzeinrichtung für die Gaschromatographie zur Thermodesorption		127,0
Optische Bank für Messungen an Lichtquellen und Lasern	30,0	
Hochfrequenzmessgerät		40,0
Hochspannungsmessgerät	30,0	
Notebook zur Online-Messdatenerfassung und Erstellung von Prüfberichten		12,0
Dosierleistungsmessgerät	12,0	-
Zusammen	200,0	200,0

Zu 10 30/515 71	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	4,5	4,5
2. Wartung und Reparaturen	1,5	1,5
Zusammen	6,0	6,0

Zu 10 30/546 71

Sonstige vermischte Ausgaben für Lehrveranstaltungen.

Zu 10 30/72

Das Landesamt führt aufgrund des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl I S. 1885) in den Jahren 2001/2002 je zwei 4-wöchige Grundlehrgänge für gewerbliche Betriebe, zwei 1-wöchige Fortbildungslehrgänge für den staatlichen Bereich sowie 14 weitere ein- und zweitägige Fortbildungsveranstaltungen durch. Die Kosten für diese Lehrgänge sind bei der TG 72 veranschlagt. Die Teilnehmer aus den gewerblichen Betrieben haben eine Lehrgangsgebühr zu entrichten, die bei Titel 111 72 vereinnahmt wird.

Zu 10 30/546 72

Sonstige vermischte Ausgaben anlässlich öffentlicher Veranstaltungen.

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
547 72-9	254	Entschädigungen für Vortragende	23,0 (11,8)	23,0 (11,8)	A B C	27,0 18,4 12,7
Summe der Titelgruppe			30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	40,0 23,3 22,2
73 Kosten der Basisfahrzeuge für die Gefahrgut- überwachung						
513 73-8	254	Post- und Fernmeldegebühren	***	***	A B C	5,0 2,7 3,6
514 73-7	254	Haltung von Dienstfahrzeugen	***	***	A B C	20,0 22,2 19,7
515 73-6	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben	***	***	A B C	10,0 4,1 1,2
527 73-2	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	***	***	A B C	30,0 17,9 16,3
531 73-6	254	Fachveröffentlichungen	***	***	A	1,8
811 73-7	254	Erwerb von Dienstfahrzeugen	***	***	A	---
812 73-6	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	***	***	A	---
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	66,8 46,9 40,8
99 Kosten der Datenverarbeitung						
513 99-8	254	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	12,0 6,6 6,7
515 99-6	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	500,0 (255,6)	520,0 (265,9)	A B C	420,0 357,9 631,4
518 99-3	254	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-2	254	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	20,0 (10,2)	---	A B C	100,0 94,7 67,1
522 99-7	254	Verbrauchsmittel	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B C	60,0 47,5 59,5

Erläuterungen

Zu 10 30/73

2001 gegenüber 2000:

66,8 Tsd. DM weniger infolge Veranschlagung bei den allgemeinen Ansätzen für sächliche Verwaltungsausgaben.

Zu 10 30/99

Veranschlagt ist die Ausstattung des Landesamtes und der Gewerbeaufsichtsämter mit Informations- und Kommunikationstechnik.

Nachrichtlich:

Personal, das dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

	Anzahl der Stellen
Laufbahngruppe	
(Beamte oder vergleichbare Angestellte)	
Höherer Dienst	1
Gehobener Dienst	6,5
Mittlerer Dienst	-
Zusammen	<u>7,5</u>

Zu 10 30/513 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	-	-
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	40,0	40,0
Zusammen	<u>40,0</u>	<u>40,0</u>

2001 gegenüber 2000:

28,0 Tsd. DM mehr für die Anmietung von zwei Standleitungen für das GAA Coburg und seine Außenstelle in Bayreuth.

Zu 10 30/515 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	-	-
2. Wartung und Reparaturen	500,0	520,0
Zusammen	<u>500,0</u>	<u>520,0</u>

2001 gegenüber 2000:

80,0 Tsd. DM mehr wegen höherer Wartungskosten infolge umfangreicher DV-Ausstattung.

Zu 10 30/519 99

2001 gegenüber 2000:

80,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:

20,0 Tsd. DM weniger infolge weitgehend abgeschlossener Verkabelung.

Zu 10 30/522 99

2001 gegenüber 2000:

20,0 Tsd. DM mehr infolge des höheren Ausstattungsgrades.

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
525 99-4	254	Aus- und Fortbildung	265,0 (135,5)	265,0 (135,5)	A B C	125,0 17,0 39,9
526 99-3	254	Kosten für Sachverständige	175,0 (89,5)	175,0 (89,5)	A B C	25,0 65,5 142,7
527 99-2	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	20,0 21,8 24,6
533 99-4	254	Nebenkosten der Datenverarbeitung	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	15,0 102,9 130,9
534 99-3	254	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a. <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 232 01.</i>	109,0 (55,7)	115,9 (59,3)	A B C	--- 128,0 48,0
535 99-2	254	Mieten für Software	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	--- 7,3 0,5
812 99-6	254	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	448,4 (229,3)	426,1 (217,9)	A B C	383,0 93,1 133,2
813 99-5	254	Erwerb von Software	150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A C	--- 2,6
Summe der Titelgruppe			1.862,4 (952,2)	1.847,0 (944,4)	A B C	1.160,0 942,3 1.287,1
Gesamtausgaben			69.955,8 (35.767,8)	70.146,9 (35.865,5)	A B C	71.071,3 67.021,1 67.823,0

Erläuterungen

Zu 10 30/525 99

2001 gegenüber 2000:
140,0 Tsd. DM mehr infolge Ausbau der DV-Ausstattung.

Zu 10 30/526 99

2001 gegenüber 2000:
150,0 Tsd. DM mehr für die Fortentwicklung von Fachkonzepten.

Zu 10 30/533 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Inanspruchnahme von Informationsdienstleistungen	-	-
2. Fachliteratur	13,0	13,0
3. Sonstige Nebenkosten	12,0	12,0
Zusammen	<u>25,0</u>	<u>25,0</u>

Zu 10 30/534 99

2001 gegenüber 2000:
109,0 Tsd. DM mehr für die Fortentwicklung von Fachkonzepten.

Zu 10 30/535 99

2001 gegenüber 2000:
20,0 Tsd. DM mehr für die Beteiligung an der Gefahrstoffdatenbank der Länder.

Zu 10 30/812 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:		
1. DV-Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	448,4	426,1
2. DV-Möblierung (Ergänzung)	-	-
Zusammen	<u>448,4</u>	<u>426,1</u>

Zu 10 30/813 99

Veranschlagt ist der erforderliche Bedarf zur Weiterentwicklung von ISAGA zu ISAGA 2000 (= Infosystem zur Unterstützung der Arbeitsabläufe in der Gewerbeaufsicht).

10 30 Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	12.255,0 (6.265,9)	12.255,0 (6.265,9)	A B C	11.889,2 10.577,6 9.545,6
		Gesamteinnahmen	12.255,0 (6.265,9)	12.255,0 (6.265,9)	A B C	11.889,2 10.577,6 9.545,6
		Personalausgaben	60.932,4 (31.154,2)	61.133,9 (31.257,3)	A B C	63.083,5 59.265,5 58.460,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	7.207,5 (3.685,1)	7.199,4 (3.681,0)	A B C	6.850,8 6.292,7 6.561,2
		Baumaßnahmen	750,0 (383,5)	750,0 (383,5)	A B C	250,0 1.059,4 2.286,3
		Sonstige Sachinvestitionen	1.065,9 (545,0)	1.063,6 (543,8)	A B C	887,0 403,5 515,3
		Gesamtausgaben	69.955,8 (35.767,8)	70.146,9 (35.865,5)	A B C	71.071,3 67.021,1 67.823,0
		Zuschuss	57.700,8 (29.502,0)	57.891,9 (29.599,7)	A B C	59.182,1 56.443,5 58.277,4

10 40 Sozialabteilungen einschl. Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-4	211	Bezüge der planmäßigen Beamten	5.197,7 (2.657,5)	5.301,6 (2.710,7)	A B C	4.249,0 4.945,5 4.416,1
422 11-2	211	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	42,0
422 31-8	211	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	247,2 (126,4)	252,1 (128,9)	A B C	44,0 235,2 30,7
425 01-1	211	Vergütungen der Angestellten	4.517,5 (2.309,8)	4.625,4 (2.364,9)	A B C	4.367,0 4.314,7 3.977,9
453 01-6	211	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A B C	--- 0,6 2,2
Gesamtausgaben			9.962,4 (5.093,7)	10.179,1 (5.204,5)	A B C	8.702,0 9.496,0 8.426,9
Abschluss						
Personalausgaben			9.962,4 (5.093,7)	10.179,1 (5.204,5)	A B C	8.702,0 9.496,0 8.426,9
Gesamtausgaben			9.962,4 (5.093,7)	10.179,1 (5.204,5)	A B C	8.702,0 9.496,0 8.426,9
Zuschuss			9.962,4 (5.093,7)	10.179,1 (5.204,5)	A B C	8.702,0 9.496,0 8.426,9

Sozialabteilungen einschl. Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 40

Die Regierungen sind dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Mittelbehörden. Der Haushalt der Regierungen ist daher hinsichtlich der allgemeinen Aufgaben im Einzelplan 03A bei Kapitel 03 08 ausgebracht.

Soweit die Regierungen jedoch Aufgaben aus anderen Geschäftsbereichen wahrnehmen, werden die Personalausgaben für die Fachkräfte in den Einzelplänen der jeweiligen Fachressorts veranschlagt. Die Personalausgaben für die Fachkräfte bei den Sozialabteilungen (einschl. Oberversicherungsämter Südbayern und Nordbayern) sowie für die Fachkräfte im Bereich des Kindergarten- und Hortwesens werden deshalb im Einzelplan 10 ausgebracht.

Zu 10 40/422 01

Bezüge einschl. Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 40/425 01

Vergütungen einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 41 Landesversicherungsanstalten

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C Tsd. DM	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		<p style="text-align: center;">Landesversicherungsanstalten</p> <p>Die Mitglieder der Geschäftsführung der Landesversicherungsanstalten sowie die Beamten des höheren, gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes sind Landesbeamte. Der gesamte Aufwand an Besoldungen und Versorgungsbezügen wird von den Landesversicherungsanstalten getragen.</p>				

Erläuterungen**Bemerkung zu Kapitel 10 41**

Die Landesversicherungsanstalten sind Anstalten des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Sie führen die Rentenversicherung der Arbeiter nach dem Sechsten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VI) durch.

10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-9	246	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	30.000,0 (15.338,8)	30.000,0 (15.338,8)	A B C	33.000,0 30.660,0 36.976,5
113 01-7	246	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A B C	--- 14,4 6,6
119 49-5	246	Vermischte Einnahmen	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	100,0 298,4 200,5
124 01-4	246	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B C	290,0 316,7 328,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
281 12-0	246	Rückerstattungen aus Zuschüssen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A C	90,0 96,5
Titelgruppen						
51 Einnahmen im Zusammenhang mit der Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehem. Sowjetunion						
111 51-8	249	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	5.000,0 (2.556,5)	5.000,0 (2.556,5)	A B	4.000,0 4.861,6
<u>124 51-3</u>	249	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A	
281 51-2	249	Rückerstattungen aus Zuschüssen	---	---	A B	--- 26,1
Summe der Titelgruppe			5.005,0 (2.559,0)	5.005,0 (2.559,0)	A B C	4.000,0 4.887,7 -
Gesamteinnahmen			35.525,0 (18.163,6)	35.525,0 (18.163,6)	A B C	37.480,0 36.177,2 37.608,1
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-3	246	Bezüge der planmäßigen Beamten	344,5 (176,1)	351,4 (179,7)	A B C	387,0 327,8 331,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 50

Der Freistaat Bayern unterhält gemäß der Übernahmeverordnung vom 16. Juni 1998 (GVBl S. 357 ff.) die Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg, sieben Regierungsaufnahmestellen und eine größere Anzahl von Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung. Erstere wurde insbesondere wegen der Einstellung der Erstaufnahme durch den Bund in Nürnberg zum 1. Juli 1994 in eine zentrale Landesaufnahmestelle für den Freistaat Bayern umorganisiert. Neben Weiterleitungsaufgaben (u.a. die Feinverteilung der Spätaussiedler innerhalb der jeweiligen Regierungsbezirke in Abstimmung mit den Regierungsaufnahmestellen) dient diese außerdem der Durchführung einer ärztlichen Untersuchung und eines Sprachtests für alle ankommenden Personen. Außerdem werden hier nunmehr Schritt für Schritt weitere Aufgaben aus dem Bereich der Landesflüchtlings- und -ausgleichsverwaltung sowie eine zentrale kulturelle und landsmannschaftliche Betreuung wahrgenommen.

Die angemieteten Übergangwohnheime dienen der vorläufigen Unterbringung von Spätaussiedlern - soweit sie nach den entsprechenden Vorschriften dem Freistaat Bayern zugewiesen werden - sowie von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion. Darüber hinaus sind hier die Aufwendungen für den Beauftragten des Freistaates Bayern im Grenzdurchgangslager Friedland und bei der TG 51 für die Betreuung und die vorläufige Unterbringung von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion veranschlagt.

Zu 10 50/111 01

Veranschlagt ist das Gebührenaufkommen für die Inanspruchnahme der staatlichen Unterbringungseinrichtungen entsprechend der Übernahmeverordnung vom 16. Juni 1998 (GVBl S. 357 ff.).

2001 gegenüber 2000:

3.000,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an das voraussichtliche Istergebnis.

Zu 10 50/119 49

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 50/124 01

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	300,0	300,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	300,0	300,0

Zu 10 50/281 12

Veranschlagt sind die Rückeinnahmen aus den Zuschüssen zur Förderung der Eingliederung von Aussiedlern (vgl. 10 50/684 01).

2001 gegenüber 2000:

70,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 50/51 (Einnahmen)

Veranschlagt sind die Einnahmen, die im Zusammenhang mit der Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehem. Sowjetunion anfallen.

Zu 10 50/111 51

Veranschlagt ist das Gebührenaufkommen für die Inanspruchnahme der staatlichen Unterbringungseinrichtungen.

2001 gegenüber 2000:

1.000,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Gebühreneinnahmen.

Zu 10 50/281 51

Leertitel zur Verbuchung der Rückeinnahmen aus den Zuschüssen zu Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen (vgl. 10 50/684 51).

Zu 10 50/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
422 11-1	246	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	39,0
422 31-7	246	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	---	---	A	---
425 01-0	246	Vergütungen der Angestellten	2.364,3 (1.208,8)	2.420,8 (1.237,7)	A B C	2.556,0 2.144,4 2.171,8
425 11-8	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 10 50/426 01, 425 51 und 426 51, 10 53/425 11 und 426 01.</i>	10.000,0 (5.112,9)	10.300,0 (5.266,3)	A B C	9.500,0 11.169,6 11.750,1
425 15-4	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3 Abs. 1 DBestHG)	---	---	A	---
425 17-2	246	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A B C	--- 113,8 71,6
425 41-2	246	Überstundenvergütungen für Angestellte	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A	5,0
426 01-9	246	Löhne der Arbeiter <i>Vgl. Vermerk zu 10 50/425 11.</i>	4.500,0 (2.300,8)	4.600,0 (2.351,9)	A B C	5.200,0 5.276,7 6.023,8
427 01-8	246	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	8,0 2,5 4,6
451 01-7	246	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	15,3 (7,8)	15,3 (7,8)	A B C	17,0 18,4 15,6
453 01-5	246	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	18,0 (9,2)	18,0 (9,2)	A B C	15,0 22,4 8,1
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-5	246	Geschäftsbedarf	120,0 (61,4)	120,0 (61,4)	A B C	140,0 97,2 110,7
512 01-4	246	Bücher und Zeitschriften	4,8 (2,5)	4,8 (2,5)	A B C	4,0 3,9 4,4
513 01-3	246	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	500,0 385,2 481,0

Erläuterungen

Zu 10 50/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 50/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 50/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:
500,0 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:
300,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 50/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:
700,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:
100,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 50/427 01

Aufwendungen für den stundenweisen Einsatz von Hilfskräften, insbesondere für Hausmeister- und Reinigungsarbeiten.

Zu 10 50/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	18,0	18,0
2. Umzugskostenvergütungen	-	-
Zusammen	18,0	18,0

Zu 10 50/511 01

2001 gegenüber 2000:
20,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Geschäftsbedarf.

Zu 10 50/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	120,0	120,0
2. Laufende Fernmeldekosten	360,0	360,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen	500,0	500,0

10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
514 01-2	246	Haltung von Dienstfahrzeugen	90,0 (46,0)	90,0 (46,0)	A B C	90,0 81,1 72,6
515 01-1	246	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	120,0 (61,4)	120,0 (61,4)	A B C	120,0 89,9 134,8
515 21-7	246	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	440,0 384,7 332,0
516 01-0	246	Dienst- und Schutzkleidung	9,0 (4,6)	9,0 (4,6)	A B C	9,0 3,7 4,2
517 01-9	246	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	11.000,0 (5.624,2)	11.000,0 (5.624,2)	A B C	12.500,0 11.574,8 14.154,0
517 05-5	246	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	8.500,0 (4.346,0)	8.500,0 (4.346,0)	A B C	8.000,0 8.252,5 10.731,3
518 01-8	246	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 6.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 6.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	28.000,0 (14.316,2)	27.500,0 (14.060,5)	A B C	30.500,0 29.386,6 35.898,3
518 11-6	246	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	26,0 21,8 20,7

Erläuterungen

Zu 10 50/514 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Betriebsstoffe	40,0	40,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	50,0	50,0
Zusammen		90,0	90,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	90,0	90,0
Personalausgaben	82,7	82,7
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	172,7	172,7

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	14	14	14	14	-
Lastkraftwagen	1	1	1	1	-
Gabelstapler	2	2	2	2	-
Kommunaltraktoren	2	2	2	2	-
Schneeräumgeräte (einachsige)	7	7	7	7	-

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 61 (59)

Zu 10 50/515 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	70,0	70,0
2.	Wartung und Reparaturen	50,0	50,0
Zusammen		120,0	120,0

Zu 10 50/515 21

Die veranschlagten Beträge sind für Ersatzbeschaffungen der stark abgenutzten Einrichtungsgegenstände bestimmt.

Zu 10 50/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2001 gegenüber 2000:

1.500,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

Zu 10 50/517 05

Zu 10 50/517 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Heizung	4.200,0	4.200,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	4.300,0	4.300,0
Zusammen		8.500,0	8.500,0

2001 gegenüber 2000:

500,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Energieaufwendungen.

Zu 10 50/518 01

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Neuanmietung von Übergangwohnheimen in den Jahren 2001 und 2002.

2001 gegenüber 2000:

2.500,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:

500,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen.

10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
519 01-7	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	6.500,0 (3.323,4)	6.500,0 (3.323,4)	A B C	6.000,0 5.957,0 8.110,7
522 01-2	246	Verbrauchsmittel	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B C	300,0 234,9 232,2
527 01-7	246	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	260,0 (132,9)	260,0 (132,9)	A B C	260,0 223,3 264,2
532 11-8	246	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 01-9	246	Ausweichunterbringung <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 515 21, 517 01, 517 05, 518 01, 519 01, 633 01, 671 01, 681 02 und 812 02.</i>	---	---	A B C	--- 1.030,2 2.044,7
534 01-8	246	Ärztliche Untersuchungen	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	100,0 73,2 73,8
546 49-8	246	Vermischte Verwaltungsausgaben	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	60,0 37,5 55,8
548 01-2	246	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgaben sind bei den betreffenden Haushaltsstellen rechnungsmäßig nachzuweisen.</i>	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A	2.000,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
633 01-8	246	Erstattungen von Verwaltungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	---	---	A C	30,0 30,5
643 01-6	246	Erstattungen an Sozialhilfeträger für Leistungen nach dem BSHG gem. Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A	50,0
671 01-1	246	Transportkosten und sonstige Kosten für die Weiterleitung der Aussiedler <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	470,0 (240,3)	470,0 (240,3)	A B C	450,0 438,8 442,1
681 02-8	246	Verpflegungsgeld für die Bewohner der Landesaufnahmestelle, der Regierungsaufnahmestellen und der Wohnheime für alleinstehende Jugendliche <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	1.400,0 (715,8)	1.400,0 (715,8)	A B C	800,0 1.500,0 1.441,6
684 01-6	246	Allgemeine Eingliederung der Aussiedler <i>Satz 2 der Erläuterung ist verbindlich.</i>	4.150,0 (2.121,9)	4.150,0 (2.121,9)	A B C	4.400,0 4.400,0 4.400,0
Baumaßnahmen						
701 01-5	246	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A C	--- 6,2

Erläuterungen

Zu 10 50/519 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	1.000,0	1.000,0
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	5.500,0	5.500,0
Zusammen	6.500,0	6.500,0

2001 gegenüber 2000:
500,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 50/522 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Naturalverpflegung	200,0	200,0
2. Arznei- und Verbandsmittel	20,0	20,0
3. Labor- und Filmbedarf für Röntgenbetrieb	40,0	40,0
4. Sonstiges	40,0	40,0
Zusammen	300,0	300,0

Zu 10 50/534 01
Veranschlagt sind Honorare für ärztliche und röntgenologische Untersuchungen.

Zu 10 50/546 49
Veranschlagt sind:
Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 50/548 01
Veranschlagt sind die Mehraufwendungen an sächlichen Verwaltungsausgaben für den Betrieb bereits bestehender sowie neuer Unterbringungseinrichtungen.

Zu 10 50/633 01
2001 gegenüber 2000:
30,0 Tsd. DM weniger wegen Wegfalls der Personalkostenerstattung an die Stadt Gunzenhausen für Hausmeistertätigkeiten im dortigen Übergangwohnheim.

Zu 10 50/643 01
Veranschlagt sind Erstattungsansprüche von Sozialhilfeträgern eines anderen Bundeslandes gegen den Freistaat Bayern gemäß § 3b Abs. 2 i.V.m. Abs. 1 des Gesetzes über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Spätaussiedler vom 26.2.1996 (BGBl I S. 223).

Zu 10 50/671 01
Veranschlagt sind insbesondere die anfallenden Transportaufwendungen (Reise- und Güterbeförderungskosten) für die Weiterleitung der Aussiedler bis zur wohnungsgemäßen Unterbringung am Übernahmort.

Zu 10 50/681 02
Die Aussiedler erhalten während der Dauer ihrer Unterbringung in der Landesaufnahmestelle ein Verpflegungsgeld von 20 DM je Kalendertag.
Bewohner der Wohnheime für alleinstehende Jugendliche erhalten ebenfalls ein Verpflegungsgeld von 20 DM.

2001 gegenüber 2000:
600,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Istausgaben.

Zu 10 50/684 01
Veranschlagt sind insbesondere Personalkostenzuschüsse für die Beratung und Betreuung von Aussiedlern, die nach den Fördergrundsätzen ausgereicht werden. Davon sind über bereits geförderte Betreuungsmaßnahmen für Aussiedlerkinder und -jugendliche hinaus weitere 100,0 Tsd. DM für Integrationsmaßnahmen für junge Aussiedler zweckgebunden.

2001 gegenüber 2000:
250,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
710 00-5	246	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Soweit im Rahmen des Bauprogramms von Aufnahmeeinrichtungen für Aussiedler Gebäude auf nicht staatseigenen Grundstücken errichtet werden, die für die Bebauung unentgeltlich überlassen werden, können die Gebäude nach 7 Jahren seit Bezugsfertigkeit unentgeltlich den Grundstückseigentümern überlassen werden, wenn kein Staatsbedarf besteht.</i>	---	---	A B C	--- 3.001,7 202,5
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-2	246	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A B	--- 35,8
812 01-1	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A	80,0
812 02-0	246	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A C	800,0 69,3
Titelgruppen						
51 Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion						
<i>Titel der TG (mit Ausnahme von 684 51) gegenseitig deckungsfähig.</i>						
425 51-9	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte <i>Vgl. Vermerk zu 10 50/425 11.</i>	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B	510,0 271,2
426 51-8	249	Löhne der Arbeiter <i>Vgl. Vermerk zu 10 50/425 11.</i>	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B	365,0 102,1
459 51-8	249	Vermischte Personalausgaben	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B	10,0 0,2
517 51-8	249	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	2.400,0 (1.227,1)	2.400,0 (1.227,1)	A B	2.500,0 1.983,3
518 51-7	249	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Räume, Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.900,0 (2.505,3)	4.900,0 (2.505,3)	A B	4.000,0 4.442,3
519 51-6	249	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	450,0 (230,1)	450,0 (230,1)	A B	400,0 479,8
533 51-8	249	Ausweichunterbringung	---	---	A B	--- 1.510,0
547 51-2	249	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B	80,0 75,1
671 51-0	249	Beförderungs- und Fahrtkosten	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B	10,0 0,3
681 51-8	249	Verpflegungsgeld während des Aufenthalts in der Landesaufnahmestelle	300,0 (153,4)	300,0 (153,4)	A B	500,0 229,9

Erläuterungen

Zu 10 50/812 02

Veranschlagt sind insbesondere die Kosten für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen für die neu hinzugekommenen Übergangwohnheime.

Zu 10 50/51

Veranschlagt sind die Kosten für die Aufnahme jüdischer Emigranten aus der ehem. Sowjetunion.

2001 gegenüber 2000:

270,0	Tsd. DM	mehr zur Deckung der laufenden Personal- und Sachausgaben (ohne Tit. 684 51)
100,0	Tsd. DM	mehr zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Betreuung (Tit. 684 51)
370,0	Tsd. DM	mehr

Zu 10 50/425 51

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 50/426 51

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 50/517 51

Veranschlagt sind:

Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft, Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 10 50/518 51

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

Die Verpflichtungsermächtigungen dienen der Neuanmietung von Übergangwohnheimen in den Jahren 2001 und 2002.

Zu 10 50/519 51

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
2. Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	450,0	450,0
Zusammen	450,0	450,0

Zu 10 50/547 51

Veranschlagt sind die anfallenden sonstigen sächlichen Verwaltungsaufwendungen (u.a. Geschäftsbedarf, Telefongebühren, Aufwendungen für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Kosten der Datenverarbeitung).

Zu 10 50/671 51

Veranschlagt sind insbesondere die anfallenden Beförderungs- und Fahrtkosten.

Zu 10 50/681 51

Veranschlagt ist das Verpflegungsgeld von 20,-- DM je Kalendertag während des Aufenthalts in der Landesaufnahmestelle in Nürnberg.

10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
684 51-5	249	Zuschüsse zu Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen	1.000,0 (511,3)	1.000,0 (511,3)	A B	900,0 900,0
812 51-0	249	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A	500,0
Summe der Titelgruppe			10.145,0 (5.187,1)	10.145,0 (5.187,1)	A B C	9.775,0 9.994,2 -
99 Kosten der Datenverarbeitung <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
513 99-6	246	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A	5,0
515 99-4	246	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B	25,0 1,0
518 99-1	246	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-0	246	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
522 99-5	246	Verbrauchsmittel	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A	4,5
525 99-2	246	Aus- und Fortbildung	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A C	5,0 1,3
526 99-1	246	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
533 99-2	246	Nebenkosten der Datenverarbeitung	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A	1,0
812 99-4	246	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A C	---
813 99-3	246	Erwerb von Software	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	10,0 13,7 1,2
Summe der Titelgruppe			150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A B C	50,5 14,7 6,6
Gesamtausgaben			92.490,9 (47.289,8)	92.454,3 (47.271,1)	A B C	95.211,5 96.298,3 99.701,7

Erläuterungen

Zu 10 50/684 51

Veranschlagt sind insbesondere Personalkostenzuschüsse für Beratungs- und Betreuungsleistungen.

Zu 10 50/812 51

Veranschlagt sind u.a. die Kosten für den Erwerb von Einrichtungsgegenständen für neu hinzukommende Übergangwohnheime.

Zu 10 50/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb eines DV-Systems beim Beauftragten des Freistaates Bayern im Grenzdurchgangslager Friedland und in der Landesaufnahmestelle des Freistaates Bayern in Nürnberg. Die IV-Verfahren werden zur Durchführung des Registrierverfahrens, der innerbayerischen Verteilung und zur Unterstützung der Verwaltungstätigkeit eingesetzt.

Zu 10 50/513 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	80,0	80,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen	80,0	80,0

2001 gegenüber 2000:

75,0 Tsd. DM mehr zur Deckung der Kosten für die Datenfernübertragung (Datenaustausch zwischen Bundesverwaltungsamt Köln, Friedland, Nürnberg, München).

Zu 10 50/515 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	20,0	20,0
2. Wartung und Reparaturen	15,0	15,0
Zusammen	35,0	35,0

Zu 10 50/525 99

Veranschlagt sind die Kosten für die Schulung von Mitarbeitern.

Zu 10 50/813 99

Veranschlagt ist die Anpassung der Software an geänderte Verhältnisse.

10 50 Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	35.505,0 (18.153,4)	35.505,0 (18.153,4)	A B C	37.390,0 36.151,1 37.511,6
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	90,0 26,1 96,5
		Gesamteinnahmen	35.525,0 (18.163,6)	35.525,0 (18.163,6)	A B C	37.480,0 36.177,2 37.608,1
		Personalausgaben	17.762,1 (9.081,6)	18.225,5 (9.318,6)	A B C	18.612,0 19.449,1 20.377,5
		Sächliche Verwaltungsausgaben	65.953,8 (33.721,6)	65.453,8 (33.466,0)	A B C	68.069,5 66.329,0 72.726,7
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7.375,0 (3.770,8)	7.375,0 (3.770,8)	A B C	7.140,0 7.469,0 6.314,2
		Baumaßnahmen	- (-)	- (-)	A B C	- 3.001,7 208,7
		Sonstige Sachinvestitionen	1.400,0 (715,8)	1.400,0 (715,8)	A B C	1.390,0 49,5 74,6
		Gesamtausgaben	92.490,9 (47.289,8)	92.454,3 (47.271,1)	A B C	95.211,5 96.298,3 99.701,7
		Zuschuss	56.965,9 (29.126,2)	56.929,3 (29.107,5)	A B C	57.731,5 60.121,1 62.093,6

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-3	249	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte für Personen, die der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen	3.000,0 (1.533,9)	2.000,0 (1.022,6)	A B C	3.000,0 5.091,2 11.833,1
111 02-2	249	Gebühren und Erstattungen für Personen, die nicht der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen	17.000,0 (8.692,0)	17.000,0 (8.692,0)	A B C	15.000,0 15.393,8 8.734,3
113 01-1	249	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	5,0 7,5 4,5
119 49-9	249	Vermischte Einnahmen	250,0 (127,8)	250,0 (127,8)	A B C	300,0 259,9 478,1
124 01-8	249	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	320,0 (163,6)	320,0 (163,6)	A B C	280,0 339,3 418,3
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
233 01-6	249	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Kommunen für Aufnahmeeinrichtungen	31,6 (16,2)	31,6 (16,2)	A B C	35,4 31,6 30,6

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 53

Nach § 44 Abs. 1 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) in der Fassung der Bekanntmachung 27.07.1993 (BGBl I S. 1361), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung ausländer- und asylverfahrensrechtlicher Vorschriften vom 29.10.1997 (BGBl I S. 2584), sind die Länder verpflichtet, für die Unterbringung Asylbegehrender die dazu erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten sowie entsprechend ihrer Aufnahmequote die im Hinblick auf den monatlichen Zugang Asylbegehrender in den Aufnahmeeinrichtungen notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen. Die Aufnahmequote für den Freistaat Bayern beträgt nach § 45 AsylVfG 14,0 v.H.

Nach § 47 Abs. 1 AsylVfG sind Ausländer, die den Asylantrag bei einer Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu stellen haben, verpflichtet, bis zu sechs Wochen, längstens jedoch bis zu drei Monaten, in der zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Im Freistaat Bayern stehen in sechs Aufnahmeeinrichtungen für diesen Zweck über 3.650 Plätze zur Verfügung.

Asylbewerber, die nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in der Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, werden grundsätzlich in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht (§ 53 Abs. 1 AsylVfG, Art. 2 AsylAufnG). Soweit diese nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, erfolgt die Unterbringung der Asylbewerber außerhalb von staatlichen Gemeinschaftsunterkünften durch die Landratsämter und kreisfreien Städte (Art. 3 AsylAufnG). Insgesamt stehen in 247 angemieteten oder staatseigenen Gemeinschaftsunterkünften - ohne die Plätze in den Aufnahmeeinrichtungen und Regierungsaufnahmestellen - 31.467 Plätze zur Verfügung.

Nach Art. 4 AsylAufnG, § 4 DVAsylbLG trägt der Staat die gesamten Kosten der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber.

Der Freistaat Bayern hat die Zusage abgegeben, im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen Kontingentflüchtlinge in Bayern aufzunehmen und einzugliedern. Soweit das Kapitel 10 53 betroffen ist, handelt es sich dabei um Flüchtlinge aus Südostasien. Außerdem sind fallweise nach § 33 des Ausländergesetzes (AuslG) von der Bundesrepublik Deutschland übernommene Ausländer aufzunehmen und unterzubringen. Für die vorübergehende Unterbringung der Kontingentflüchtlinge während der Dauer der Integrationsmaßnahmen werden nach Bedarf Wohnheime eingerichtet.

Aus dem im Rahmen von humanitären Hilfsaktionen während des Bürgerkriegs in Bosnien-Herzegowina im Freistaat Bayern aufgenommenen Kontingent von 2.450 Personen sind derzeit noch etwa 50 Personen staatlich untergebracht.

Zu 10 53/111 01

Veranschlagt sind Gebühren und Entgelte der Bewohner, die der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen, für Unterkunft, Verpflegung und sonstige Leistungen.

2002 gegenüber 2001:

1.000,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen (Rückgang der Gebührenpflichtigen).

Zu 10 53/111 02

Veranschlagt sind Gebühren für Personen, die noch in staatlichen Unterkünften untergebracht sind, jedoch nicht mehr der staatlichen Unterbringungspflicht unterliegen.

2001 gegenüber 2000:

2.000,0 Tsd. DM mehr entsprechend den voraussichtlichen Gebühreneinnahmen.

Zu 10 53/119 49

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 53/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	310,0	310,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	10,0	10,0
Zusammen	<u>320,0</u>	<u>320,0</u>

Zu 10 53/233 01

Erstattungen der Kommunen für die Unterbringung kommunaler Dienststellen in den Aufnahmeeinrichtungen.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
241 01-6	249	Kostenerstattung vom Bund für Aufnahmeeinrichtungen	1.250,0 (639,1)	1.250,0 (639,1)	A B C	1.320,0 1.202,8 1.257,5
241 02-5	249	Kostenerstattung vom Bund für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien	***	***	A B	--- 5.418,0
241 03-4	249	Kostenerstattung vom Bund für die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Kosovo <i>Isteinnahmen erhöhen die Ausgabebefugnis bei 533 03 und 643 02.</i>	---	---	A	---
281 12-4	249	Rückerstattungen aus Zuschüssen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	60,0 0,8 73,1
Gesamteinnahmen			21.876,6 (11.185,3)	20.876,6 (10.674,0)	A B C	20.000,4 27.744,9 22.829,5
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-7	249	Bezüge der planmäßigen Beamten	427,5 (218,6)	436,1 (223,0)	A B C	465,0 392,2 411,6
422 11-5	249	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	---
422 31-1	249	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	---	---	A	---
425 01-4	249	Vergütungen der Angestellten	2.495,6 (1.276,0)	2.555,2 (1.306,5)	A B C	2.778,0 2.383,4 2.301,6
425 11-2	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte <i>Vgl. Vermerk zu 10 50/425 11.</i>	22.500,0 (11.504,1)	23.200,0 (11.862,0)	A B C	22.500,0 24.285,3 24.684,2
425 15-8	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A B	--- 14,6
425 17-6	249	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A B C	--- 0,2 76,8
425 41-6	249	Überstundenvergütungen für Angestellte	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A	10,0
426 01-3	249	Löhne der Arbeiter <i>Vgl. Vermerk zu 10 50/425 11.</i>	9.000,0 (4.601,6)	9.200,0 (4.703,9)	A B C	10.000,0 10.537,4 10.513,9
426 05-9	249	Löhne der Arbeiter (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A	---
427 01-2	249	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A	10,0

Erläuterungen

Zu 10 53/241 01

Erstattungen vom Bund für die Unterbringung der Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFI) in den Aufnahmeeinrichtungen.

2001 gegenüber 2000:

70,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 53/241 03

Leertitel zur Vereinnahmung der Kostenbeteiligung des Bundes für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus dem Kosovo.

Zu 10 53/281 12

Veranschlagt sind die Rückflüsse aus nicht zweckentsprechend verwendeten Zuschüssen.

2001 gegenüber 2000:

40,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 53/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 53/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 53/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 53/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2002 gegenüber 2001:

700,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 53/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:

1.000,0 Tsd. DM weniger,

2002 gegenüber 2001:

200,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die zu erwartenden Ausgaben.

Zu 10 53/427 01

Aufwendungen für den stundenweisen Einsatz von Hilfskräften, insbesondere für Hausmeister- und Reinigungsarbeiten. Darüber hinaus werden Dolmetscherkosten aus diesem Ansatz bestritten.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
451 01-1	249	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B C	50,0 51,0 54,5
453 01-9	249	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 43,8 54,2
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-9	249	Geschäftsbedarf	180,0 (92,0)	180,0 (92,0)	A B C	180,0 208,5 175,1
512 01-8	249	Bücher und Zeitschriften	5,7 (2,9)	5,7 (2,9)	A B C	6,0 7,3 6,5
513 01-7	249	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen, Rundfunk- und Fernsehgebühren	800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A B C	750,0 830,9 821,2
514 01-6	249	Haltung von Dienstfahrzeugen	160,0 (81,8)	160,0 (81,8)	A B C	160,0 142,8 136,9
515 01-5	249	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	125,0 (63,9)	125,0 (63,9)	A B C	130,0 108,1 119,5
515 21-1	249	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	2.500,0 (1.278,2)	2.500,0 (1.278,2)	A B C	2.000,0 2.750,7 2.204,1
516 01-4	249	Dienst- und Schutzkleidung	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	24,0 26,1 20,0
517 01-3	249	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	32.200,0 (16.463,6)	32.200,0 (16.463,6)	A B C	32.880,0 32.145,9 34.647,6

Erläuterungen

Zu 10 53/453 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Trennungsgeld	50,0	50,0
2.	Umzugskostenvergütungen	-	-
	Zusammen	50,0	50,0

Zu 10 53/513 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Entgelte für Postdienstleistungen	170,0	170,0
2.	Laufende Fernmeldekosten	550,0	550,0
3.	Mieten, Wartung und Sonstiges	80,0	80,0
	Zusammen	800,0	800,0

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Ausgaben.

Zu 10 53/514 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Betriebsstoffe	80,0	80,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	80,0	80,0
	Zusammen	160,0	160,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	160,0	160,0
Personalausgaben	-	-
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	-	-
Ausgaben für Leasing/Miete	5,0	5,0
Zusammen	165,0	165,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	33	33	32	31	1
Lastkraftwagen	1	1	1	1	-
Kommunaltraktoren	6	6	6	6	-
Gabelstapler	1	1	1	1	-

nachrichtlich:

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 66 (65)

Zu 10 53/515 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	90,0	90,0
2.	Wartung und Reparaturen	35,0	35,0
	Zusammen	125,0	125,0

Zu 10 53/515 21

Ausgaben für Ersatz- bzw. Ergänzungsausstattungen der Unterkunft- und sonstigen Räume in den bestehenden Unterbringungseinrichtungen sowie Unterhaltung der Einrichtungsgegenstände.

2001 gegenüber 2000:

500,0 Tsd. DM mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Einsatz privater Wachdienste, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

2001 gegenüber 2000:

680,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Bewirtschaftungskosten.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
517 05-9	249	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	16.000,0 (8.180,7)	16.000,0 (8.180,7)	A B C	15.000,0 16.246,2 18.604,6
518 01-2	249	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 7.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 7.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	45.500,0 (23.263,8)	45.500,0 (23.263,8)	A B C	54.730,0 46.924,9 57.872,9
518 11-0	249	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	48,0 (24,5)	48,0 (24,5)	A B C	48,0 41,6 41,4
519 01-1	249	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	18.000,0 (9.203,3)	18.000,0 (9.203,3)	A B C	18.000,0 17.576,3 17.814,8
522 01-6	249	Gemeinschaftsverpflegung <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	55.000,0 (28.121,1)	55.000,0 (28.121,1)	A B C	60.000,0 60.704,1 59.197,5
522 02-5	249	Sonstige Verbrauchsmittel <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A B C	2.000,0 1.843,9 1.666,7
<u>526 01-2</u>	249	Gerichts- und ähnliche Kosten	---	---	A	
527 01-1	249	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	450,0 (230,1)	450,0 (230,1)	A B C	450,0 430,0 445,3
532 01-4	249	Leistungen aufgrund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie aufgrund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Ausübung der Vertretung des Staates in Rechtsangelegenheiten <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	---	---	A B C	--- 3,9 0,1
532 11-2	249	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
533 02-2	249	Ausweichunterbringung <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	---	---	A C	--- 1.890,7
533 03-1	249	Kosten für die Unterbringung und Verpflegung sowie sonstige Aufwendungen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 643 02.</i> <i>Vgl. Vermerk bei 241 03.</i>	500,0 (255,6)	---	A B C	500,0 3.764,2 1.176,6
534 01-2	249	Kosten der Erstuntersuchung der Kontingentflüchtlinge	---	---	A	---
546 49-2	249	Vermischte Verwaltungsausgaben	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A B C	56,0 70,7 73,3

Erläuterungen

Zu 10 53/517 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Heizung	9.000,0	9.000,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	7.000,0	7.000,0
	Zusammen	16.000,0	16.000,0

2001 gegenüber 2000:

1.000,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Energieaufwendungen.

Zu 10 53/518 01

Veranschlagt sind die Mieten für Unterbringungseinrichtungen.

Die Verpflichtermächtigungen dienen der Ersatzanmietung von Unterkünften in den Jahren 2001 und 2002.

2001 gegenüber 2000:

9.230,0 weniger wegen Anpassung an die voraussichtlichen Mietaufwendungen.

Zu 10 53/518 11		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Mieten für Fotokopiergeräte	40,0	40,0
2.	Mieten für sonstige Geräte und Fahrzeuge	8,0	8,0
	Zusammen	48,0	48,0

Zu 10 53/519 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	5.000,0	5.000,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	13.000,0	13.000,0
	Zusammen	18.000,0	18.000,0

Zu 10 53/522 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Gewährung von Gemeinschaftsverpflegung.

2001 gegenüber 2000:

5.000,0 Tsd. DM weniger wegen Bedarfsanpassung.

Zu 10 53/522 02

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für die Gewährung von Gesundheits- und Körperpflegemitteln sowie Verbrauchsgütern des Haushalts gemäß § 3 Abs. 1 S. 1 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5.8.1997 (BGBl I S. 2022 ff.), zuletzt geändert durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 25.08.1998 (BGBl I S. 2505).

Zu 10 53/532 01

Der Titel dient zur Bestreitung von Hauptsacheleistungen in Fällen der Übertragung gemäß § 15 der Vertretungsverordnung. Leistungen bei Rechtsstreitigkeiten aus einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis sind bei den einschlägigen Personaltiteln zu buchen.

Zu 10 53/533 03

Veranschlagt sind die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen.

2002 gegenüber 2001:

500,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungstouren und sonstige vermischte Ausgaben.

2001 gegenüber 2000:

14,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
547 01-7	249	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Einführung einer Chipkarte im Asylverfahren	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A	
548 01-6	249	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgaben sind bei den zutreffenden Haushaltsstellen rechnermäßig nachzuweisen.</i>	5.000,0 (2.556,5)	5.000,0 (2.556,5)	A	6.000,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
643 01-0	249	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Gegenseitig deckungsfähig mit 515 21, 517 01, 517 05, 518 01, 519 01, 522 01, 522 02, 532 01, 533 02, 671 01 und 812 02.</i>	70.000,0 (35.790,4)	70.000,0 (35.790,4)	A B C	74.000,0 88.901,0 112.006,7
643 02-9	249	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen von staatlichen Aufnahmeaktionen <i>Vgl. Vermerk zu 533 03. Vgl. Vermerk zu 241 03.</i>	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	1.500,0 2.232,1 2.033,3
671 01-5	249	Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	550,0 (281,2)	550,0 (281,2)	A B C	500,0 576,8 560,8
684 01-0	249	Zuschüsse zur Betreuung der Asylbewerber, Asylberechtigten und der Kontingentflüchtlinge	5.000,0 (2.556,5)	5.000,0 (2.556,5)	A B C	5.000,0 6.500,0 7.000,0
Baumaßnahmen						
701 01-9	249	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B C	--- 17,3 375,2
710 00-9	249	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Kreditfinanziert. Z.T. gesperrt. Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A C	3.000,0 586,7
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-6	249	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A B C	32,7 35,8 36,9
812 01-5	249	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	55,0 (28,1)	55,0 (28,1)	A C	55,0 2,5
812 02-4	249	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben <i>Vgl. Vermerk zu 643 01.</i>	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	A B C	1.000,0 78,6 98,8

Erläuterungen

Zu 10 53/547 01

Veranschlagt ist der für den Unterbringungsbereich erforderliche Bedarf zur Einführung einer Chipkarte im Asylverfahren.

2001 gegenüber 2000:

200,0 Tsd. DM mehr wegen Neuveranschlagung.

Zu 10 53/548 01

2001 gegenüber 2000:

1.000,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/643 01

Kostenerstattung an die Landkreise und kreisfreien Städte gemäß Art. 4 des Asylbewerberaufnahmegesetzes (AsylAufnG) vom 22.12.1989 (GVBl S. 714), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Asylbewerberaufnahmegesetzes vom 09.04.1998 (GVBl S. 218), und gemäß § 4 der Verordnung zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (DVAAsylbLG) vom 12.10.1993 (GVBl S. 758).

2001 gegenüber 2000:

4.000,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf (Rückgang der unterzubringenden Asylbewerber).

Zu 10 53/643 02

Vgl. Erläuterung zu 10 53/533 03.

2001 gegenüber 2000:

1.000,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/671 01

Veranschlagt sind alle Transportaufwendungen, die mit der Aufnahme, Weiterleitung, Unterbringung und Verlegung ausländischer Flüchtlinge in Zusammenhang stehen.

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Transportaufwendungen.

Zu 10 53/684 01

Veranschlagt sind Personalkostenzuschüsse für die Beratung und Betreuung der Asylbewerber, der Asylberechtigten und der Kontingentflüchtlinge innerhalb und außerhalb der staatlichen Unterkünfte.

Zu 10 53/812 02

2001 gegenüber 2000:

300,0 Tsd. DM weniger wegen Bedarfsanpassung.

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
513 99-0	249	Leistungsentgelte für Post- und Fernmelde- dienstleistungen	290,0 (148,3)	290,0 (148,3)	A	70,0
515 99-8	249	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	90,0 (46,0)	90,0 (46,0)	A B C	45,0 87,5 86,6
518 99-5	249	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-4	249	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
522 99-9	249	Verbrauchsmittel	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	36,0 3,6 3,5
525 99-6	249	Aus- und Fortbildung	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	20,0 0,2 0,7
526 99-5	249	Kosten für Sachverständige	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A	30,0
533 99-6	249	Nebenkosten der Datenverarbeitung	---	---	A B C	3,0 0,4 0,4
812 99-8	249	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	170,0 (86,9)	170,0 (86,9)	A B C	350,0 227,8 7,6
813 99-7	249	Erwerb von Software	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 411,4 33,8
Summe der Titelgruppe			650,0 (332,3)	650,0 (332,3)	A B C	604,0 730,9 132,6
Gesamtausgaben			293.751,8 (150.192,9)	294.220,0 (150.432,3)	A B C	314.468,7 320.606,5 357.845,1

Erläuterungen

Zu 10 53/99

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber (ZAE, AEen) sowie der zentralen Gebührenabrechnungsstellen für Spätaussiedler und Asylbewerber (GASten) und der Koordinationsstelle Bayern- Informationsverarbeitung.

Zu 10 53/513 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	-	-
2. Laufende Fernmeldekosten	290,0	290,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen	290,0	290,0

2001 gegenüber 2000:

220,0 Tsd. DM mehr wegen zusätzlicher Kosten für die Datenfernübertragung (= Datenaustausch zwischen AEen, ZAE, GASten, Koordinationsstelle).

Zu 10 53/515 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	35,0	35,0
2. Wartung und Reparaturen	55,0	55,0
Zusammen	90,0	90,0

2001 gegenüber 2000:

45,0 Tsd. DM mehr zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Wartung sowie für Ergänzungsbeschaffungen.

Zu 10 53/522 99

2001 gegenüber 2000:

26,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 53/812 99

Veranschlagt sind:

2001 und 2002

Aufwendungen für Ersatzbeschaffungen im Asylbereich (ZAE Zirndorf, Aufnahmeeinrichtungen, Gebührenabrechnungsstellen).

Zu 10 53/813 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind:		
1. Standardsoftware	10,0	10,0
2. Individualsoftware	40,0	40,0
Zusammen	50,0	50,0

10 53 Unterbringung von Asylbewerbern

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	20.575,0 (10.519,8)	19.575,0 (10.008,5)	A B C	18.585,0 21.091,7 21.468,3
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	1.301,6 (665,5)	1.301,6 (665,5)	A B C	1.415,4 6.653,2 1.361,2
		Gesamteinnahmen	21.876,6 (11.185,3)	20.876,6 (10.674,0)	A B C	20.000,4 27.744,9 22.829,5
		Personalausgaben	34.538,1 (17.659,1)	35.506,3 (18.154,1)	A B C	35.863,0 37.707,9 38.096,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	179.188,7 (91.617,7)	178.688,7 (91.362,1)	A B C	193.118,0 183.917,8 197.006,0
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	76.050,0 (38.883,7)	76.050,0 (38.883,7)	A B C	81.000,0 98.209,9 121.600,8
		Baumaßnahmen	3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.000,0 17,3 961,9
		Sonstige Sachinvestitionen	975,0 (498,5)	975,0 (498,5)	A B C	1.487,7 753,6 179,6
		Gesamtausgaben	293.751,8 (150.192,9)	294.220,0 (150.432,3)	A B C	314.468,7 320.606,5 357.845,1
		Zuschuss	271.875,2 (139.007,6)	273.343,4 (139.758,3)	A B C	294.468,3 292.861,6 335.015,6

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-6	189	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	---	---	A	---
113 01-4	189	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
119 49-2	189	Vermischte Einnahmen	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 4,6 1,8
124 01-1	189	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung <i>Der Haushaltsvermerk in den Erläuterungen ist bindend.</i>	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	40,0 58,9 49,7
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
256 12-8	189	Zuweisungen der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	***	***	A	---
271 01-2	189	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	---	---	A B C	0,5 0,3 0,2
282 01-9	189	Spendeneinnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 547 11.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			42,0 (21,5)	42,0 (21,5)	A B C	42,5 63,8 51,7
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-2	189	Vergütungen für die Mitglieder des Präsidiums und des Kuratoriums und ihrer Ausschüsse	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	5,0 2,5 3,8
422 01-0	189	Bezüge der planmäßigen Beamten	182,9 (93,5)	186,5 (95,4)	A B C	232,0 174,0 167,4
425 01-7	189	Vergütungen der Angestellten	705,0 (360,5)	721,9 (369,1)	A B C	733,0 673,4 670,6
425 12-4	189	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)	***	***	A	---
425 15-1	189	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A	---
425 17-9	189	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 56

Das "Haus des Deutschen Ostens" (HDO) nimmt Aufgaben wahr, die dem Freistaat Bayern aus dem Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 2. Juni 1993 (BGBl I S. 829) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts vom 22.12.1999 (BGBl I S. 2534) erwachsen, nämlich das Kulturgut der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete im östlichen Europa im Bewusstsein der Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten und zu fördern.

Als Kultur- und Bildungseinrichtung führt das HDO eigene Veranstaltungen im In- und Ausland durch. Einen Schwerpunkt bildet die Förderung der Ostkunde in der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Als Fördereinrichtung vergibt das HDO im Auftrag des StMAS Mittel für kulturelle Projekte. Dazu gehören im Rahmen der grenzüberschreitenden ostdeutschen Kulturarbeit Maßnahmen, die - nach dem erklärten Ziel der Bayerischen Staatsregierung - den Deutschen im Osten Perspektiven zum Verbleiben in ihren Heimatgebieten durch Hilfen zur Aneignung und Bewahrung ihrer historischen und kulturellen Identität vermitteln sollen.

Als Begegnungsstätte stellt das HDO ostdeutschen Gruppen und Vereinigungen Tagungsräume und eine Gaststätte für kulturelle und gesellige Veranstaltungen zur Verfügung (vgl. Verordnung über das "Haus des Deutschen Ostens" vom 2. April 1993, BayRS 240-4-A).

Zu 10 56/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	-	-
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	40,0	40,0
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	-	-
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	40,0	40,0

Haushaltsvermerk:

Beim Ansatz wurde berücksichtigt, dass als Ausnahme von Art. 63 Abs. 5 i.V.m. Abs. 3 Satz 2 BayHO Räumlichkeiten im Anwesen Lilienberg 1 und 2 an den Bund der Vertriebenen gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden.

Zu 10 56/282 01

Zweckgebundene Einnahmen (Spenden) des Hauses des Deutschen Ostens. Die Mittel werden über 547 11 - entsprechend dem Spenderwillen - ihrer Verwendung zugeführt.

Zu 10 56/412 01

- Die Mitglieder des Präsidiums und des Kuratoriums erhalten für die mit der ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Reisen oder Gänge Reisekostenvergütung nach den für bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15 geltenden Vorschriften. Sofern im öffentlichen Dienst stehende Mitglieder bei Dienstreisen eine höhere Reisekostenvergütung erhalten als bayerische Staatsbeamte der Besoldungsgruppe A 15, wird ihnen für die genannten Reisen und Gänge die entsprechend höhere Reisekostenvergütung gewährt.
- Neben der Reisekostenvergütung nach Nr. 1 wird den Mitgliedern für jeden Tag der Teilnahme an einer Sitzung des Präsidiums oder des Kuratoriums eine Sitzungsvergütung gewährt, deren Höhe sich nach dem vollen Tagegeld für eintägige Dienstreisen eines bayerischen Staatsbeamten der Besoldungsgruppe A 15 bemisst.

Zu 10 56/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 56/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
426 01-6	189	Löhne der Arbeiter	175,0 (89,5)	180,0 (92,0)	A B C	203,0 114,2 122,4
427 01-5	189	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	3,0 6,3 3,0
451 01-4	189	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	2,2 (1,1)	2,2 (1,1)	A B C	2,5 2,2 2,6
453 01-2	189	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A C	--- 3,9
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	189	Geschäftsbedarf	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	11,0 6,0 5,8
512 01-1	189	Bücher und Zeitschriften	4,8 (2,5)	4,8 (2,5)	A B C	5,0 5,6 4,1
513 01-0	189	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	30,0 24,4 26,8
515 01-8	189	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	8,0 4,8 9,7
515 21-4	189	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	8,0 6,6 6,3
516 01-7	189	Dienst- und Schutzkleidung	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A C	0,5 0,4
517 01-6	189	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	55,0 (28,1)	55,0 (28,1)	A B C	56,0 45,3 53,5
517 05-2	189	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	52,0 (26,6)	52,0 (26,6)	A B C	51,0 46,3 44,9
518 01-5	189	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	19,0 (9,7)	19,0 (9,7)	A B C	18,0 16,4 16,4
519 01-4	189	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 151,7 123,5
523 01-8	189	Kunst- und wissenschaftliche Sammlungen und Bibliotheken	55,0 (28,1)	55,0 (28,1)	A B C	50,0 46,0 42,5
527 01-4	189	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	9,0 (4,6)	9,0 (4,6)	A B C	10,0 7,7 4,6

Erläuterungen

Zu 10 56/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:

28,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 56/427 01

Die Mittel werden zur stundenweisen Beschäftigung von Hilfskräften bei Ausstellungen und von Aushilfspförtnerinnen benötigt.

Zu 10 56/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	13,0	13,0
2. Laufende Fernmeldekosten	13,0	13,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	4,0	4,0
Zusammen	30,0	30,0

Zu 10 56/515 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	4,0	4,0
2. Wartung und Reparaturen	6,0	6,0
Zusammen	10,0	10,0

Zu 10 56/515 21

Veranschlagt sind insbesondere die Aufwendungen für Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Bibliothek und für die Durchführung von Ausstellungen.

Zu 10 56/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 10 56/517 05

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Heizung	32,0	32,0
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	20,0	20,0
Zusammen	52,0	52,0

Zu 10 56/518 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Miete für Übungsräume für Kinder-, Jugend- und Volkstanzgruppen	-	-
2. Miete für Büchermagazin im Sudetendeutschen Haus	19,0	19,0
Zusammen	19,0	19,0

Zu 10 56/523 01

Der Ansatz dient zur Unterhaltung und Ergänzung der Fachbibliothek.

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
546 49-5	189	Vermischte Verwaltungsausgaben	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B	2,0 0,5
547 01-0	189	Kosten für Veranstaltungen <i>Zu 547 01 und 681 01: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	160,0 (81,8)	160,0 (81,8)	A B C	160,0 154,0 124,5
547 11-8	189	Zweckgebundene Ausgaben aus Spenden <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01.</i>	---	---	A	---
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
681 01-6	189	Zuschüsse für Tagungsteilnehmer <i>Vgl. Vermerk zu 547 01.</i>	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	55,0 34,9 34,9
Baumaßnahmen						
701 01-2	189	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-8	189	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---
812 02-7	189	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	20,0 (10,2)	28,0 (14,3)	A B C	30,0 35,1 34,9
812 03-6	189	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen, soweit die Ausgaben nicht zu den Baukosten gehören	---	---	A	---
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
515 99-1	189	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	9,0 (4,6)	9,0 (4,6)	A B C	9,0 6,9 5,9
519 99-7	189	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B	7,0 7,9
522 99-2	189	Verbrauchsmittel	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	3,0 2,9 4,1
525 99-9	189	Aus- und Fortbildung	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	5,0 0,2 0,8
812 99-1	189	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A B C	---

Erläuterungen

Zu 10 56/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 56/547 01

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Veranstaltungen (z.B. Honorare und Reisekostenvergütungen für Vortragende).

Zu 10 56/547 11

Vgl. Erläuterung zu 282 01.

Zu 10 56/681 01

Soweit das Haus des Deutschen Ostens Tagungen durchführt, werden den Teilnehmern Reisekostenvergütungen (Fahrtkosten, Zehrgelder, Übernachtungsgelder) gewährt.

Zu 10 56/812 02**2001 und 2002**

Veranschlagt sind die Kosten für die Modernisierung der Ausstellungsräume und Bibliothek.

Zu 10 56/99

Veranschlagt sind die Aufwendungen für den laufenden Betrieb.

Zu 10 56/515 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	4,0	4,0
2. Wartung und Reparaturen	5,0	5,0
Zusammen	9,0	9,0

10 56 Haus des Deutschen Ostens

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
813 99-0	189	Erwerb von Software	---	---	A C	--- 6,2
		Summe der Titelgruppe	18,0 (9,2)	18,0 (9,2)	A B C	24,0 26,9 36,5
		Gesamtausgaben	1.576,4 (806,0)	1.609,9 (823,1)	A B C	1.697,0 1.584,8 1.543,0
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	42,0 (21,5)	42,0 (21,5)	A B C	42,0 63,5 51,5
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	- (-)	- (-)	A B C	0,5 0,3 0,2
		Gesamteinnahmen	42,0 (21,5)	42,0 (21,5)	A B C	42,5 63,8 51,7
		Personalausgaben	1.073,1 (548,7)	1.098,6 (561,7)	A B C	1.178,5 972,6 973,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	433,3 (221,5)	433,3 (221,5)	A B C	433,5 533,2 473,8
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	55,0 34,9 34,9
		Sonstige Sachinvestitionen	20,0 (10,2)	28,0 (14,3)	A B C	30,0 44,1 60,6
		Gesamtausgaben	1.576,4 (806,0)	1.609,9 (823,1)	A B C	1.697,0 1.584,8 1.543,0
		Zuschuss	1.534,4 (784,5)	1.567,9 (801,7)	A B C	1.654,5 1.521,0 1.491,3

10 60 Bayer. Landesjugendamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-8	238	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte <i>Vgl. Vermerk zu 536 03 und 536 04.</i>	---	---	A B C	--- 228,9 198,5
113 01-6	238	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	---	---	A	---
119 01-0	238	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu 531 11.</i>	---	---	A B C	--- 27,1 26,4
119 49-4	238	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			- (-)	- (-)	A B C	- 256,0 224,9
Ausgaben						
Personalausgaben						
412 01-4	238	Vergütungen für die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses	11,0 (5,6)	11,0 (5,6)	A B C	14,0 1,6 9,9
422 01-2	238	Bezüge der planmäßigen Beamten	1.181,4 (604,0)	1.205,0 (616,1)	A B C	1.087,0 1.124,1 1.083,2
422 11-0	238	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	116,2 (59,4)	118,6 (60,6)	A B C	114,0 110,6 62,0
422 31-6	238	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	---	---	A C	--- 30,0
425 01-9	238	Vergütungen der Angestellten	1.746,2 (892,8)	1.786,0 (913,2)	A B C	1.641,0 1.591,4 1.457,2
425 11-7	238	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A B C	80,0 55,5 33,4
425 15-3	238	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Stellenbesetzung gemäß Nr. 3.1 DBestHG)	---	---	A	---
425 17-1	238	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte zur Überbrückung von Erziehungsurlaub gemäß Art. 6 Abs. 3 HG	---	---	A	---
427 01-7	238	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A B C	--- 4,6 0,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 60

Das Bayerische Landesjugendamt ist eine dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit unmittelbar nachgeordnete zentrale Staatsbehörde (Art. 13 Abs. 1 des Bayerischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (BayKJHG) vom 18. Juni 1993 (GVBl S. 392). Die Aufgaben ergeben sich aus § 85 Abs. 2 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) und Art. 13 Abs. 2 BayKJHG. Im Zuge einer Verbesserung der Jugendhilfe in Bayern sollen insbesondere folgende Bereiche intensiviert werden: rechtliche und fachliche Beratung der Jugendämter, Fortbildung der Fachkräfte der Jugendhilfe, präventive Jugendhilfe und präventiver Jugendschutz und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, insbesondere bei der Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Hilfen zur Erziehung und der Jugendhilfeplanung. Daneben werden die Aufgaben der Zentralen Adoptionsstelle nach den §§ 10 bis 12 des Adoptionsvermittlungsgesetzes vom 2. Juli 1976 (BGBl I S. 1749), des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte und des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Zu 10 60/111 01

Beiträge aus Fortbildungsmaßnahmen und Tagungen für Fachkräfte in der Jugendhilfe.

Zu 10 60/412 01

Reisekostenvergütungen für die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses (Art. 14 BayKJHG).

Zu 10 60/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 60/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 60/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 60/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:

80,0 Tsd. DM weniger infolge Umsetzung zu 10 60/425 01.

Zu 10 60/425 15

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 60/425 17

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

10 60 Bayer. Landesjugendamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
427 41-9	238	Praktikantenvergütungen	---	---	A	---
451 01-6	238	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	6,0 (3,1)	6,0 (3,1)	A B C	7,0 5,6 5,6
453 01-4	238	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-4	238	Geschäftsbedarf	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	27,5 21,9 17,8
512 01-3	238	Bücher und Zeitschriften	13,3 (6,8)	13,3 (6,8)	A B C	14,0 11,1 10,7
513 01-2	238	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B C	40,0 50,5 48,2
515 01-0	238	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	25,5 26,4 26,9
515 21-6	238	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	2,0 (1,0)	2,0 (1,0)	A B C	2,0 1,6 1,6
518 11-5	238	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A	0,5
522 01-1	238	Verbrauchsmittel	---	---	A	0,5
527 01-6	238	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	23,0 (11,8)	23,0 (11,8)	A B C	29,0 19,1 21,1
531 01-0	238	Herausgabe amtlicher Blätter	---	---	A	---
531 11-8	238	Fachveröffentlichungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 119 01.</i>	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	37,0 43,5 52,0
532 11-7	238	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
536 01-5	238	Kosten des Landesjugendhilfeausschusses und seiner Arbeitsausschüsse	2,5 (1,3)	2,5 (1,3)	A B C	2,5 0,8 1,1
536 03-3	238	Kosten von Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in der Jugendhilfe <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 111 01, soweit sie nicht bei 536 04 in Anspruch genommen werden.</i>	350,0 (179,0)	350,0 (179,0)	A B C	380,0 508,7 450,3

Erläuterungen

Zu 10 60/513 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Entgelte für Postdienstleistungen	45,0	45,0
2.	Laufende Fernmeldekosten	-	-
3.	Mieten, Wartung und Sonstiges	-	-
Zusammen		45,0	45,0

Die Kosten zu 2. und 3. sowie die Hausbewirtschaftungskosten (517 01, 517 05, 519 01) trägt das Sozialgericht München (Kapitel 10 12).

Zu 10 60/515 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	13,5	13,5
2.	Wartung und Reparaturen	16,5	16,5
Zusammen		30,0	30,0

Zu 10 60/515 21		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	1,5	1,5
2.	Wartung und Reparaturen	0,5	0,5
Zusammen		2,0	2,0

Zu 10 60/531 11

2001 gegenüber 2000:

17,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 60/536 01

Die Aufgaben des Landesjugendhilfeausschusses richten sich nach den Bestimmungen des SGB VIII, des BayKJHG und der Satzung für das Bayerische Landesjugendamt. Für die gesetzlichen und sonstigen sich aus der Praxis ergebenden Aufgaben wurden Unterausschüsse gebildet. Die veranschlagten Mittel sind zur Bestreitung der Aufwendungen für Sachverständige, Raummiete, Arbeitsunterlagen, Honorare usw. bestimmt.

10 60 Bayer. Landesjugendamt

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
536 04-2	238	Kosten für Fachtagungen und sonstige Arbeitstagungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 111 01, soweit sie nicht bei 536 03 in Anspruch genommen werden.</i>	110,0 (56,2)	110,0 (56,2)	A B C	110,0 131,9 138,0
537 01-4	238	Modellvorhaben zur Weiterentwicklung in der Jugendhilfe	---	---	A	---
546 49-7	238	Vermischte Verwaltungsausgaben	4,5 (2,3)	4,5 (2,3)	A B	4,5 0,8
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
684 01-5	238	Zuschüsse zu Erholungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche	1.500,0 (766,9)	1.500,0 (766,9)	A B C	1.500,0 1.319,9 1.244,4
685 05-0	238	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	3,0 2,7 2,0
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-0	238	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A C	--- 6,9
812 02-9	238	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	---
Gesamtausgaben			5.189,6 (2.653,4)	5.255,4 (2.687,0)	A B C	5.119,0 5.032,3 4.702,4
Abschluss						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.			- (-)	- (-)	A B C	- 256,0 224,9
Gesamteinnahmen			- (-)	- (-)	A B C	- 256,0 224,9
Personalausgaben			3.060,8 (1.565,0)	3.126,6 (1.598,6)	A B C	2.943,0 2.893,4 2.681,4
Sächliche Verwaltungsausgaben			625,8 (320,0)	625,8 (320,0)	A B C	673,0 816,3 767,7
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			1.503,0 (768,5)	1.503,0 (768,5)	A B C	1.503,0 1.322,6 1.246,4
Sonstige Sachinvestitionen			- (-)	- (-)	A B C	- - 6,9
Gesamtausgaben			5.189,6 (2.653,4)	5.255,4 (2.687,0)	A B C	5.119,0 5.032,3 4.702,4
Zuschuss			5.189,6 (2.653,4)	5.255,4 (2.687,0)	A B C	5.119,0 4.776,3 4.477,5

Erläuterungen

Zu 10 60/537 01

Durchführung von Modellen zur Weiterentwicklung der Jugendhilfe (§ 85 Abs. 2 Nr. 4 SGB VIII i.V.m. Art. 12 BayKJHG), die dem Landesjugendamt als Landesoberbehörde obliegen, soweit erforderlich und im Rahmen des Mittelbudgets darstellbar.

Zu 10 60/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 60/684 01

Zuwendungen an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege sowie an Institutionen der Behindertenarbeit als Maßnahmeträger der Kinder- und Jugenderholung. Sie ist bestimmt für Kinder aus einkommensschwachen Familien und für behinderte Kinder.

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
119 01-9	299	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>Vgl. Vermerk zu Titel 531 11.</i>	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	4,0 7,7 3,2
119 49-3	299	Vermischte Einnahmen	---	---	A B	--- 0,2
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
251 01-7	299	Zuweisungen vom Bund für besondere Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu TG 54.</i>	---	---	A B C	--- 552,9 272,5
282 01-0	299	Sonstige Zuschüsse und Kostenbeteiligungen <i>Vgl. Vermerk zu TG 51.</i>	---	---	A C	--- 274,5
282 02-9	299	Sonstige Zuschüsse und Kostenbeteiligungen <i>Vgl. Vermerk zu TG 52.</i>	---	---	A B	--- 80,0
<u>282 03-8</u>	299	Teilnehmerbeiträge und Kostenbeteiligungen Dritter <i>Vgl. Vermerk zu Titel 536 01.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	4,0 640,8 550,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-1	299	Bezüge der planmäßigen Beamten	508,5 (260,0)	518,6 (265,2)	A B C	483,0 483,8 438,0
422 31-5	299	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	81,3 (41,6)	83,0 (42,4)	A B C	--- 77,4 74,2
425 01-8	299	Vergütungen der Angestellten	4.246,7 (2.171,3)	4.348,1 (2.223,1)	A B C	4.197,0 4.056,1 4.017,3
425 11-6	299	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	12,0 (6,1)	12,0 (6,1)	A B	12,0 12,7
427 01-6	299	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	55,0 (28,1)	55,0 (28,1)	A B C	58,0 43,4 8,3
427 11-4	299	Beschäftigungsentgelte für Erhebungs- und Forschungsarbeiten	---	---	A C	--- 37,9

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 65

Das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München ist ein wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern. Es wurde errichtet auf der Grundlage von Art. 6 BayKiG. Seine Aufgabe ist die ständige Weiterentwicklung der Frühpädagogik, insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung auf den Gebieten der Anthropologie, der Entwicklungspsychologie und der Pädagogik der frühen Kindheit unter besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen des Elementarbereichs,
2. Entwicklung, Überprüfung und Übertragung von Hilfen und Anregungen zur pädagogischen Praxis für Kinder im Elementarbereich und für Kinder mit besonderen Bedürfnissen,
3. Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kindergarten, Familie, Schule und anderen Einrichtungen,
4. Entwicklung und Überprüfung von Hilfen der Förderung der Aus- und Fortbildung sozialpädagogischer Fachkräfte insbesondere für den Elementarbereich.

Das Staatsinstitut für Familienforschung in Bamberg wurde als wissenschaftliches Institut des Freistaates Bayern mit fachlicher Anbindung an die Otto-Friedrich-Universität Bamberg errichtet. Es unterhält eine Außenstelle in München.

Seine Aufgaben sind insbesondere:

1. Grundlagenforschung und angewandte Forschung über die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Lebensbedingungen und -bedürfnisse der Familie und deren Dokumentierung,
2. Erforschung von familialen Entwicklungsverläufen, des Zusammenlebens der Generation, der Veränderung der Familienstrukturen, des Erziehungsverhaltens und der Auswirkungen von Arbeitswelt und Medien auf die Familie.
3. wissenschaftliche Begleitung von familienbezogenen Modellmaßnahmen sowie Beratung, insbesondere Politikberatung.

Zu 10 65/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 65/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 65/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 65/427 01

Veranschlagt sind:

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Vergütung für die nebenamtliche Leitung des Staatsinstituts für Familienforschung	20,0	20,0
2. Dateneingaben und -auswertungen durch zeitlich befristeten Einsatz von Hilfskräften	35,0	35,0
Zusammen	55,0	55,0

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
451 01-5	299	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	7,0 (3,6)	7,0 (3,6)	A B C	7,0 5,6 5,3
453 01-3	299	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A C	--- 11,9
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-3	299	Geschäftsbedarf	54,2 (27,7)	54,2 (27,7)	A B C	58,2 48,4 26,3
512 01-2	299	Bücher und Zeitschriften	***	***	A B C	7,0 7,0 6,8
513 01-1	299	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	57,0 (29,1)	57,0 (29,1)	A B C	55,0 52,1 32,9
515 01-9	299	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A B C	23,0 40,2 41,1
517 01-7	299	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	35,0 (17,9)	30,0 (15,3)	A B C	44,6 23,5 21,2
517 05-3	299	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	5,0 5,5 5,4
518 01-6	299	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	80,0 (40,9)	80,0 (40,9)	A B C	87,0 76,1 49,4
518 11-4	299	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	25,8 (13,2)	25,8 (13,2)	A B C	28,5 22,5 21,0
519 01-5	299	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 74,1 9,2
523 01-9	299	Bibliothek, Bücher und Zeitschriften	40,5 (20,7)	40,5 (20,7)	A B C	33,0 28,7 27,6
526 21-2	299	Vergabe von Forschungsaufträgen, Gastvorträge	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B	40,0 42,5
527 01-5	299	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	42,0 (21,5)	42,0 (21,5)	A B C	42,0 49,7 16,0
531 11-7	299	Fachveröffentlichungen <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 119 01.</i>	68,0 (34,8)	68,0 (34,8)	A B C	75,0 56,8 8,2
536 01-4	299	Fachtagungen und Fortbildung <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 03.</i>	42,0 (21,5)	42,0 (21,5)	A B	46,8 7,9

Erläuterungen

Zu 10 65/512 01

Umsetzung nach 523 01.

Zu 10 65/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	27,0	27,0
2. Laufende Fernmeldekosten	25,0	25,0
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	5,0	5,0
Zusammen	57,0	57,0

Zu 10 65/515 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	4,0	4,0
2. Wartung und Reparaturen	11,0	11,0
Zusammen	15,0	15,0

Zu 10 65/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

Zu 10 65/517 05

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Heizung	-	-
2. Beleuchtung und elektrische Kraft	10,0	10,0
Zusammen	10,0	10,0

Die Haus- und Energiebewirtschaftungskosten für das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München werden vom Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Kap. 05 30) bestritten.

Zu 10 65/518 01

Veranschlagt ist der Mietzins für die Diensträume des Staatsinstituts für Familienforschung in Bamberg. Die Außenstelle München dieses Instituts ist in Räumen des Amtes für Versorgung und Familienförderung München II (Kap. 10 20) untergebracht.

Zu 10 65/518 11

Veranschlagt ist der Mietzins für ein Kopiergerät beim Staatsinstitut für Frühpädagogik.

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
546 49-6	299	Vermischte Verwaltungsausgaben	6,8 (3,5)	6,8 (3,5)	A B C	5,0 6,1 1,2
Baumaßnahmen						
<u>701 01-3</u>	299	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	
Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-9	299	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	25,0 (12,8)	25,0 (12,8)	A B C	45,0 130,2 66,2
Titelgruppen						
51 Forschungsprojekte Dritter (Familienforschung)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 01.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
428 51-4	242	Vergütungen und Löhne	---	---	A C	--- 65,6
547 51-0	299	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A C	--- 226,3
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- - 291,9
52 Forschungsprojekte Dritter (Frühpädagogik)						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 282 02.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
428 52-3	299	Vergütungen und Löhne	---	---	A	---
547 52-9	299	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B	--- 8,0
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- 8,0 -
54 Ausgaben für besondere Zwecke						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
<i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach der Isteinnahme bei 251 01.</i>						
<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
428 54-1	299	Vergütungen und Löhne	---	---	A B C	--- 220,3 83,7

Erläuterungen**Zu 10 65/546 49**

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 65/812 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Veranschlagt sind für:		
1. Staatsinstitut für Frühpädagogik		
Geschäftszimmerausstattung (Ersatz)	10,0	10,0
2. Staatsinstitut für Familienforschung		
Geschäftszimmerausstattung (Ersatz)	15,0	15,0
Zusammen	25,0	25,0

2001 gegenüber 2000:

20,0 Tsd. DM weniger wegen Umsetzung nach TG 99.

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
547 54-7	299	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 225,5 192,8
812 54-5	299	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- 445,8 276,5
81 Ausgaben zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen staatlicher Dienststellen						
<i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den aus Kapitel 10 05 TG 78 und 10 07 TG 73 und 74 bereitgestellten Mitteln. Verstärkungsfähig bis zu 250,0 Tsd. DM pro Haushaltsjahr.</i>						
428 81-8	299	Vergütungen und Löhne	---	---	A B	--- 60,4
547 81-4	299	Sächliche Verwaltungsausgaben	---	---	A B C	--- 80,6 379,4
Summe der Titelgruppe			- (-)	- (-)	A B C	- 141,0 379,4
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<u>513 99-4</u>	299	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	---	---	A	
<u>515 99-2</u>	299	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	14,0 (7,2)	16,0 (8,2)	A	
<u>522 99-3</u>	299	Verbrauchsmittel	---	---	A	
<u>526 99-9</u>	299	Kosten für Sachverständige	6,0 (3,1)	12,0 (6,1)	A	
<u>535 99-8</u>	299	Mieten für Software	---	---	A	
<u>812 99-2</u>	299	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	15,0 (7,7)	50,0 (25,6)	A	
<u>813 99-1</u>	299	Erwerb von Software	55,0 (28,1)	12,0 (6,1)	A	
Summe der Titelgruppe			90,0 (46,0)	90,0 (46,0)	A B C	- - -
Gesamtausgaben			5.546,8 (2.836,0)	5.655,0 (2.891,4)	A B C	5.352,1 5.945,1 5.873,2

Erläuterungen**Zu 10 65/515 99**

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	5,0	6,0
2. Wartung und Reparaturen	9,0	10,0
Zusammen	<u>14,0</u>	<u>16,0</u>

2001 gegenüber 2000:

14,0 Tsd. DM mehr wegen Umsetzung von 515 01 und gestiegener Wartungskosten.

Zu 10 65/812 99

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Staatsinstitut für Frühpädagogik		
Ersatzbeschaffung von PC's	-	35,0
2. Staatsinstitut für Familienforschung		
Ersatzbeschaffungen (PC's und Drucker)	15,0	15,0
Zusammen	<u>15,0</u>	<u>50,0</u>

2001 gegenüber 2000:

15,0 Tsd. DM mehr wegen Umsetzung von 812 01.

2002 gegenüber 2001:

35,0 Tsd. DM mehr wegen notwendiger Ersatzbeschaffungen.

Zu 10 65/813 99

2001 gegenüber 2000:

5,0 Tsd. DM	mehr wegen Umsetzung von 812 01
<u>50,0 Tsd. DM</u>	mehr zur Erstbeschaffung von Netzwerksoftware
55,0 Tsd. DM	mehr

2002 gegenüber 2001:

43,0 Tsd. DM weniger wegen abgeschlossener Beschaffungsmaßnahmen.

10 65 Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	4,0 7,9 3,2
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	- (-)	- (-)	A B C	- 632,9 547,0
		Gesamteinnahmen	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	4,0 640,8 550,2
		Personalausgaben	4.910,5 (2.510,7)	5.023,7 (2.568,6)	A B C	4.757,0 4.959,7 4.742,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	541,3 (276,8)	544,3 (278,3)	A B C	550,1 855,2 1.064,8
		Sonstige Sachinvestitionen	95,0 (48,6)	87,0 (44,5)	A B C	45,0 130,2 66,2
		Gesamtausgaben	5.546,8 (2.836,0)	5.655,0 (2.891,4)	A B C	5.352,1 5.945,1 5.873,2
		Zuschuss	5.542,8 (2.834,0)	5.651,0 (2.889,3)	A B C	5.348,1 5.304,3 5.323,0

10 71 Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
380 01-9	312	Erstattungen für Bauinvestitionen aus Fördermitteln nach dem KHG	5.945,4 (3.039,8)	3.864,9 (1.976,1)	A B C	11.299,9 9.930,4 10.874,6
380 02-8	312	Erstattungen für Geräteinvestitionen aus Fördermitteln nach dem KHG	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			5.945,4 (3.039,8)	3.864,9 (1.976,1)	A B C	11.299,9 9.930,4 10.874,6
Ausgaben						
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
682 01-4	312	Zuschuss zum laufenden Betrieb <i>Die Mittel sind übertragbar. Die Verbindlichkeit der Ansätze des Wirtschaftsplans richtet sich nach den Erläuterungen zum Erfolgsplan.</i>	---	---	A	---
Investitionsförderungsmaßnahmen						
891 01-1	312	Zuschuss für Bauinvestitionen <i>Die Verbindlichkeit der Ansätze des Wirtschaftsplans richtet sich nach den Erläuterungen zum Finanzplan. Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 5.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	4.428,7 (2.264,4)	6.300,0 (3.221,1)	A B C	11.089,0 10.220,0 15.864,0
891 02-0	312	Zuschuss für Geräteinvestitionen <i>Die Verbindlichkeit der Ansätze des Wirtschaftsplans richtet sich nach den Erläuterungen zum Finanzplan.</i>	---	---	A B C	788,3 3.271,6 602,2
Gesamtausgaben			4.428,7 (2.264,4)	6.300,0 (3.221,1)	A B C	11.877,3 13.491,6 16.466,2

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 71

1. Das Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth, ist eine gemeinnützige nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Organisationsstatut vom 12. August 1993 - AllMBI S. 1064 -).
2. Medizinischer Schwerpunkt ist die stationäre Versorgung und Rehabilitation von Rückenmark- und Schädel-Hirn-Verletzten. Außerdem bestehen die Fachrichtungen Chirurgie (mit Schwerpunkt Gefäßchirurgie), Innere Medizin (mit Schwerpunkt Nephrologie und Hämodialyse), Urologie, Neurologie, Neurochirurgie, Intensivmedizin und Anästhesiologie, Radiologie sowie ein Zentrum zur Behandlung und Frührehabilitation Schädel-Hirn-Verletzter. Das Krankenhaus hat derzeit 347 Planbetten, 8 Behandlungsplätze für Hämodialyse und 10 Behandlungsplätze für die tagesklinische Betreuung Schädel-Hirn-Verletzter.
3. Aufwendungen und Erträge sind veranschlagt nach den Grundsätzen des Krankenhausfinanzierungsgesetzes vom 10.04.1991 - KHG -, BGBl I S. 886, des Bayerischen Krankenhausgesetzes vom 11.09.1990 - BayKrG -, GVBl S. 386 und der Bundespflegesatzverordnung vom 26.09.1994 - BpflV -, BGBl I S. 2750, in der jeweils geltenden Fassung. Die Selbstkosten des Krankenhauses werden grundsätzlich durch Fallpauschalen und Sonderentgelte sowie im Rahmen eines Restbudgets (Abteilungs-, Basis- und teilstationäre Pflegesätze) zusammen mit den Förderleistungen abgedeckt. Die nicht pflegesatzfähigen Kosten und die Eigenleistungen für Investitionsausgaben werden vom Träger als Zuschuss aufgebracht.
4. Die Wirtschaftsführung des Krankenhauses erfolgt nach den Prinzipien der kaufmännischen Buchführung. Die Aufwendungen und Erlöse ergeben sich aus dem Wirtschaftsplan (vgl. Anlage zu Kapitel 10 71).
5. Das Krankenhaus erfüllt in Kooperation mit dem Klinikum Bayreuth Aufgaben der IV. Versorgungsstufe nach dem Krankenhausplan des Freistaates Bayern.

Zu 10 71/380 01 und 380 02

Veranschlagt sind die jeweils zu erwartenden Fördermittel für Investitionen nach dem KHG in Verbindung mit dem BayKrG aus dem Einzelplan 13 (13 10/TG 71 und 72) mit Ausnahme der Pauschale für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter.

Zu 10 71/891 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
Finanzierung aus Fördereinnahmen nach dem KHG für Bauausgaben in früheren Jahren	5.945,4	3.864,9
Abbau der Vorfinanzierung bis 2000 (Abzug)	1.516,7	-
Vorfinanzierung des Trägers (Mehrbedarf)	-	2.435,1
somit notwendiger Zuschuss für Bauinvestitionen	4.428,7	6.300,0

Verpflichtungsermächtigungen 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Auftragsvergabe der im Finanzplan ausgewiesenen Planungskosten und Baumaßnahmen.

Zu 10 71/891 02

2001 gegenüber 2000:

788,3 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 71 Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss				
		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	5.945,4 (3.039,8)	3.864,9 (1.976,1)	A B C	11.299,9 9.930,4 10.874,6
		Gesamteinnahmen	5.945,4 (3.039,8)	3.864,9 (1.976,1)	A B C	11.299,9 9.930,4 10.874,6
		Investitionsförderungsmaßnahmen	4.428,7 (2.264,4)	6.300,0 (3.221,1)	A B C	11.877,3 13.491,6 16.466,2
		Gesamtausgaben	4.428,7 (2.264,4)	6.300,0 (3.221,1)	A B C	11.877,3 13.491,6 16.466,2
		Überschuss	1.516,7 (775,5)	-2.435,1 (-1.245,0)	A B C	-577,4 -3.561,2 -5.591,6

10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
141 01-7	312	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen	---	---	A	---
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
341 01-5	312	Kanalherstellungsbeiträge	---	---	A C	--- 4,3
Gesamteinnahmen						
			-	-	A B C	- - 4,3
			(-)	(-)		
Ausgaben						
Sächliche Verwaltungsausgaben						
519 01-1	312	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	350,0 (179,0)	350,0 (179,0)	A B C	350,0 244,8 382,4
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
643 01-0	314	Kosten der einstweiligen Unterbringung und des Vollzugs von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholkranken Straftätern <i>Die Mittel sind übertragbar. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 643 02.</i>	205.000,0 (104.814,8)	225.000,0 (115.040,7)	A B C	165.000,0 223.735,7 152.574,7
<u>643 02-9</u>	314	Kosten der ambulanten Sicherungsnachsorge <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 643 01.</i>	---	---	A	
Baumaßnahmen						
701 01-9	312	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	100,0 (51,1)	80,0 (40,9)	A B C	60,0 93,3 155,3
<u>710 00-9</u>	312	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 3.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 7.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0 (153,4)	5.500,0 (2.812,1)	A	
Sonstige Sachinvestitionen						
812 03-3	312	Erwerb von verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 72

Nach Art. 22 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG) haben die Bezirke auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörden die Unterbringung von Personen in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt aufgrund strafgerichtlicher Entscheidungen zu vollziehen. Es handelt sich insoweit um eine den Bezirken nach Art. 4 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 und 2 Bezirksordnung (BezO) übertragene Aufgabe.

Zu 10 72/341 01

Leertitel für die Vereinnahmung von Beiträgen der Anschlusspflichtigen für den vom Freistaat Bayern im Zusammenhang mit dem Bau der forensisch-psychiatrischen Klinik Straubing finanzierten Abwasserkanal.

Zu 10 72/519 01

Veranschlagt ist der Bedarf für die Unterhaltung der Anlagen des Bezirkskrankenhauses Straubing.

Zu 10 72/643 01

Nach § 126a Strafprozeßordnung kann das Gericht durch Unterbringungsbefehl die einstweilige Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt unter bestimmten Voraussetzungen anordnen. Die Kosten hierfür trägt nach dem AGBSHG der Staat.

Des weiteren veranschlagt sind die Kosten der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus bzw. in einer Entziehungsanstalt (§§ 63, 64 Strafgesetzbuch). Die Kosten hierfür trägt nach dem AGBSHG der Staat. Außerdem sind hier die für die Unterbringung Drogenkranker sowie für die Unterbringung in der forensisch-psychiatrischen Klinik Straubing entstehenden Kosten ausgebracht.

2001 gegenüber 2000:
40.000,0 Tsd. DM mehr und

2002 gegenüber 2001:
20.000,0 Tsd. DM mehr im Rahmen der Kostenentwicklung wegen erheblich steigender Unterbringungszahlen.

Zu 10 72/701 01

Veranschlagt ist der Bedarf für die Erneuerung der Schließanlage beim Bezirkskrankenhaus Straubing.

10 72 Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		Investitionsförderungsmaßnahmen				
883 01-9	312	Zuweisungen für Investitionen an Bezirke <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 18.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 18.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2001 in Höhe von 18.000,0 Tsd. DM werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2002 Tsd. DM 8.000,0</i> <i>2003 Tsd. DM 8.000,0</i> <i>2004 Tsd. DM 2.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2002 in Höhe von 18.000,0 Tsd. DM werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2003 Tsd. DM 5.000,0</i> <i>2004 Tsd. DM 6.500,0</i> <i>2005 Tsd. DM 6.500,0</i>	18.000,0 (9.203,3)	18.000,0 (9.203,3)	A B C	18.000,0 13.533,7 14.438,5
		Gesamtausgaben	223.750,0 (114.401,6)	248.930,0 (127.275,9)	A B C	183.410,0 237.607,5 167.550,9
		Abschluss				
		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	- (-)	- (-)	A B C	- - 4,3
		Gesamteinnahmen	- (-)	- (-)	A B C	- - 4,3
		Sächliche Verwaltungsausgaben	350,0 (179,0)	350,0 (179,0)	A B C	350,0 244,8 382,4
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	205.000,0 (104.814,8)	225.000,0 (115.040,7)	A B C	165.000,0 223.735,7 152.574,7
		Baumaßnahmen	400,0 (204,5)	5.580,0 (2.853,0)	A B C	60,0 93,3 155,3
		Investitionsförderungsmaßnahmen	18.000,0 (9.203,3)	18.000,0 (9.203,3)	A B C	18.000,0 13.533,7 14.438,5
		Gesamtausgaben	223.750,0 (114.401,6)	248.930,0 (127.275,9)	A B C	183.410,0 237.607,5 167.550,9
		Zuschuss	223.750,0 (114.401,6)	248.930,0 (127.275,9)	A B C	183.410,0 237.607,5 167.546,6

Erläuterungen

Zu 10 72/883 01

Auf der Grundlage des AGBSHG hat der Staat den Bezirken auch die Kosten für notwendige Baumaßnahmen in den Bezirkskrankenhäusern zu ersetzen, um die Einrichtungen des Maßregelvollzugs an zeitgemäße therapeutische Konzeptionen anpassen zu können.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Für die rechtzeitige Zusage der Kostentragung gegenüber den Bezirken.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-6	254	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2.147,8 (1.098,2)	2.147,8 (1.098,2)	A B C	1.733,8 1.514,2 1.294,5
112 01-5	254	Geldstrafen, Geldbußen und Verwarnungsgelder	---	---	A	---
119 01-8	254	Einnahmen aus Veröffentlichungen	---	---	A	---
119 49-2	254	Vermischte Einnahmen	---	---	A	---
124 01-1	254	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	---	---	A	---
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-1	254	Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund	---	---	A	---
232 01-0	254	Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Ländern	82,9 (42,4)	82,9 (42,4)	A B C	181,8 117,3 169,5
271 01-2	254	Erstattung von Verwaltungsausgaben aus sonstigen Bereichen	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			2.230,7 (1.140,5)	2.230,7 (1.140,5)	A B C	1.915,6 1.631,5 1.464,0
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-0	254	Bezüge der planmäßigen Beamten <i>Zu Titel 422 01 bis 459 49: Gegenseitig deckungsfähig.</i>	1.240,5 (634,3)	1.240,5 (634,3)	A B C	1.092,7 524,2 486,1
422 11-8	254	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	---	---	A	---
422 31-4	254	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	---	---	A	---
425 01-7	254	Vergütungen der Angestellten	174,6 (89,3)	174,6 (89,3)	A B C	180,0 282,2 252,5
425 11-5	254	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	---	---	A	---
426 01-6	254	Löhne der Arbeiter	---	---	A	---

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 10 80

Die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) wurde im Rahmen der Realisierung des Europäischen Binnenmarktes mit Abkommen der Länder vom 16./17.12.1993 als Organisationseinheit beim StMAS errichtet. Sie ist eine gemeinsame Einrichtung der Länder; die ZLS erhebt für ihre Tätigkeit nach Maßgabe des bayerischen Kostengesetzes Gebühren und Auslagen. Der dadurch nicht gedeckte Finanzbedarf wird zwischen den Ländern nach dem "Königsteiner Schlüssel" aufgeteilt; der Freistaat Bayern trägt vorweg eine Sitzlandquote in Höhe von 10 v.H.

Die ZLS ist zuständig für das deutsche Akkreditierungssystem im gesetzlichen Bereich der Sicherheitstechnik und des Gesundheitsschutzes. In diesem Zusammenhang werden die Anträge auf Akkreditierung nach nationalem Recht bearbeitet und die zugelassenen Prüflaboratorien bzw. Zertifizierungsstellen überwacht. Die ZLS vertritt die Länder bei der Anerkennung von Konformitätsbewertungsstellen im Rahmen von Drittlandsabkommen der EU.

Zu 10 80/111 01

2001 gegenüber 2000:

414,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 80/232 01

Veranschlagt sind die anteiligen Kostenerstattungen durch die Länder.

2001 gegenüber 2000:

98,9 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 80/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 80/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlagen zur Zusatzversorgung.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
427 01-5	254	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	---	---	A	---
441 01-7	254	Beihilfen aufgrund der Beihilfavorschriften	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 19,4 50,6
451 01-4	254	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	3,1 (1,6)	3,1 (1,6)	A B C	1,7 1,3 1,0
453 01-2	254	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	---	---	A	---
459 49-0	254	Vermischte Personalausgaben	---	---	A	---
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-2	254	Geschäftsbedarf <i>Zu Titel 511 01 bis 546 49: Gegenseitig deckungsfähig mit Ausnahme Titel 529 01.</i>	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	5,0 3,5 4,0
512 01-1	254	Bücher und Zeitschriften	4,5 (2,3)	4,5 (2,3)	A B C	3,5 2,2 1,8
513 01-0	254	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	13,5 (6,9)	13,5 (6,9)	A B C	13,5 10,6 10,9
514 01-9	254	Haltung von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
515 01-8	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke, Wartung	12,0 (6,1)	12,0 (6,1)	A B C	10,0 4,6 0,2
515 21-4	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	---	---	A	---
516 01-7	254	Dienst- und Schutzkleidung	---	---	A	---
517 01-6	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	---
517 05-2	254	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	---	A	---
518 01-5	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	155,0 (79,3)	155,0 (79,3)	A B C	135,0 125,7 125,7
518 11-3	254	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B	3,5 2,5
519 01-4	254	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
522 01-9	254	Verbrauchsmittel	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 80/513 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Entgelte für Postdienstleistungen	4,8	4,8
2. Laufende Fernmeldekosten	5,7	5,7
3. Mieten, Wartung und Sonstiges	3,0	3,0
Zusammen	13,5	13,5

Zu 10 80/515 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	11,5	11,5
2. Wartung und Reparaturen	0,5	0,5
Zusammen	12,0	12,0

Zu 10 80/518 01

2001 gegenüber 2000:

20,0 Tsd. DM mehr infolge Anmietung zusätzlicher Räume.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
525 01-6	254	Aus- und Fortbildung	7,0 (3,6)	7,0 (3,6)	A B C	6,0 1,9 3,9
526 01-5	254	Gerichts- und ähnliche Kosten	---	---	A	---
526 11-3	254	Kosten für Sachverständige und der Beweiserhebung	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	10,0 30,5 9,8
527 01-4	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	75,0 (38,3)	75,0 (38,3)	A B C	68,0 92,6 42,1
529 01-2	254	Zur Verfügung der ZLS für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen	0,3 (0,2)	0,3 (0,2)	A B C	0,3 6,0 0,3
531 11-6	254	Fachveröffentlichungen, Dokumentation	---	---	A	---
532 11-5	254	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	---	---	A	---
540 01-7	254	Veranstaltungskosten	2,2 (1,1)	2,2 (1,1)	A	2,2
546 49-5	254	Vermischte Verwaltungsausgaben	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A C	18,0 6,5
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
671 01-8	254	Erstattungen an Sonstige	---	---	A	---
685 01-2	254	Beiträge an nationale und internationale Verbände und Organisationen	---	---	A	---
Sonstige Sachinvestitionen						
811 01-9	254	Erwerb von Dienstfahrzeugen	---	---	A	---
812 01-8	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Verwaltungszwecke	---	---	A	---
812 02-7	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für Fachaufgaben	---	---	A	---
812 03-6	254	Erwerb von Fernmeldeanlagen	---	---	A	---
Besondere Finanzierungsausgaben						
981 01-3	254	Gemeinkosten	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	30,0 30,0 30,0

Erläuterungen

Zu 10 80/540 01

Veranschlagt sind die im Zusammenhang mit der Information der zuständigen EU-Stellen über die nationalen Systeme der Marktüberwachung und der Akkreditierung von Prüfstellen anfallenden Kosten.

Zu 10 80/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Zu 10 80/981 01

Ausgaben für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen des Staatsministeriums. Die Ausgaben fließen den Mitteln bei 10 01/380 01 zu.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
981 02-2	254	Versorgungsausgleich	372,2 (190,3)	372,2 (190,3)	A B C	327,8 202,7 191,6
982 10-1	254	Abdeckung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren	---	---	A	---
Titelgruppen						
99 Kosten der Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
513 99-3	254	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	---	---	A	---
515 99-1	254	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	2,0 0,8 1,2
518 99-8	254	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-7	254	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A	---
522 99-2	254	Verbrauchsmittel	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B C	2,0 2,9 2,1
525 99-9	254	Aus- und Fortbildung	3,0 (1,5)	3,0 (1,5)	A B C	2,0 0,1 1,1
526 99-8	254	Kosten für Sachverständige	---	---	A	---
534 99-8	254	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	---	---	A	---
812 99-1	254	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	72,0 (36,8)	72,0 (36,8)	A C	7,0 3,8
813 99-0	254	Erwerb von Software	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			82,0 (41,9)	82,0 (41,9)	A B C	13,0 3,8 8,2
Gesamtausgaben			2.275,9 (1.163,6)	2.275,9 (1.163,6)	A B C	1.970,2 1.343,7 1.225,2

Erläuterungen

Zu 10 80/981 02

Veranschlagt sind die Versorgungszuschläge für die in der ZLS tätigen Beamten. Die Ausgaben fließen den Mitteln bei 10 02/281 12 zu.

2001 gegenüber 2000:

44,4 Tsd. DM mehr entsprechend der Erhöhung der Bezüge der planmäßigen Beamten.

Zu 10 80/812 99

Veranschlagt sind Mittel für Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen von DV-Geräten.

2001 gegenüber 2000:

65,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 80 Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	2.147,8 (1.098,2)	2.147,8 (1.098,2)	A B C	1.733,8 1.514,2 1.294,5
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	82,9 (42,4)	82,9 (42,4)	A B C	181,8 117,3 169,5
		Gesamteinnahmen	2.230,7 (1.140,5)	2.230,7 (1.140,5)	A B C	1.915,6 1.631,5 1.464,0
		Personalausgaben	1.468,2 (750,7)	1.468,2 (750,7)	A B C	1.324,4 827,1 790,2
		Sächliche Verwaltungsausgaben	328,5 (168,0)	328,5 (168,0)	A B C	281,0 283,9 209,6
		Sonstige Sachinvestitionen	72,0 (36,8)	72,0 (36,8)	A B C	7,0 - 3,8
		Besondere Finanzierungsausgaben	407,2 (208,2)	407,2 (208,2)	A B C	357,8 232,7 221,6
		Gesamtausgaben	2.275,9 (1.163,6)	2.275,9 (1.163,6)	A B C	1.970,2 1.343,7 1.225,2
		Zuschuss	45,2 (23,1)	45,2 (23,1)	A B C	-54,6 287,8 238,8

10 90 Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-5	311	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.000,0 3.216,1 3.680,4
111 05-1	311	Sachverständigen- und Zeugenentschädigungen	***	***	A	---
124 01-0	311	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	---	---	A B C	170,0 181,0 137,2
124 02-9	311	Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	***	***	A	---
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
<u>246 01-3</u>	311	Erstattungen von gesetzlichen Krankenkassen und anderen für Impfungen von Schulkindern durch die staatlichen Gesundheitsämter <i>Vgl. Vermerk zu 522 79.</i>	---	---	A	
256 01-0	311	Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	---	---	A C	--- 51,2
282 01-8	311	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland für besondere Zwecke <i>Vgl. Vermerk zu 533 01.</i>	---	---	A B C	--- 5,6 51,4
Gesamteinnahmen			3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.170,0 3.402,7 3.920,2
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-9	311	Bezüge der planmäßigen Beamten	15.930,0 (8.144,9)	16.250,0 (8.308,5)	A B C	16.271,7 47.342,2 46.805,1
422 11-7	311	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	833,8 (426,3)	850,4 (434,8)	A B C	976,0 793,3 1.027,1
422 21-5	311	Anwärter- und Dienstanfängerbezüge	---	---	A	---
422 31-3	311	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	184,8 (94,5)	188,5 (96,4)	A B C	--- 175,8 28,5

Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte

Erläuterungen

Vorbemerkungen zu Kapitel 10 90

Die staatlichen Gesundheitsämter wurden mit Wirkung vom 01.01.1996 in die Landratsämter eingegliedert (Gesetz über die Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter - Eingliederungsgesetz - vom 23. Dezember 1995, GVBl S. 843.). Die Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter erfüllen die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst - GDG - vom 12. Juli 1986 i.d.F. des Eingliederungsgesetzes). Sie sind den Regierungen nachgeordnet. Ihre örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst - AVGDG - vom 9. September 1986 i.d.F. des Eingliederungsgesetzes.

Der gesamte Personalaufwand für die Aufgaben der Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter wurde bis 31.12.1999 vom Staat getragen, seit 1.1.2000 trägt der Staat nur noch den Aufwand für das Fachpersonal (§ 6 Abs. 2 Eingliederungsgesetz). Den Sachaufwand tragen - mit Ausnahme der dem Freistaat Bayern weiterhin obliegenden Aufgaben - die Landkreise, die dafür durch Finanzaufweisungen (Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung - LkrO -, Art. 7 und 9 des Finanzausgleichsgesetzes - FAG -) sowie durch Überlassung der Einnahmen aus Tit. 111 05 und 124 02 entschädigt werden.

Ab 1.1.2000 entfiel auch die Verpflichtung zur Unterbringung der Gesundheits- und Veterinärämter durch den Freistaat (§ 5 Abs. 1 Eingliederungsgesetz).

Die Landgerichtsärzte bei den Landgerichten sind sachverständige Behörden für die Gerichte und Staatsanwaltschaften der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Sie sind den Regierungen nachgeordnet (Art. 3 Abs. 2 GDG). Die Einnahmen der Landgerichtsärzte und ihre sächlichen Ausgaben werden im Epl. 04 (Staatsministerium der Justiz) ausgewiesen.

Zu 10 90/111 01

Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren (GGebO) der Landratsämter als staatliche Gesundheitsämter, die weiterhin dem Freistaat Bayern zufließen.

Die Kosten nach dem Kostengesetz, die im Rahmen des Art. 7 FAG den Landkreisen überlassen werden, sind bei Kap. 03 09 Tit. 111 01 veranschlagt.

Zu 10 90/124 01

Die Mieteinnahmen werden ab 01.01.2000 im Epl. 13 verbucht.

Zu 10 90/246 01

Leertitel zur Vereinnahmung der von den Krankenkassen erstatteten Impfstoffkosten (vgl. 10 90/522 79).

Zu 10 90/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 90/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

10 90 Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
425 01-6	311	Vergütungen der Angestellten	15.220,0 (7.781,9)	15.645,0 (7.999,2)	A B C	15.259,6 55.923,2 55.316,7
425 11-4	311	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	30,0 12,3 13,3
<u>425 41-8</u>	311	Überstundenvergütungen für Angestellte	---	---	A	
426 01-5	311	Löhne der Arbeiter	150,0 (76,7)	75,0 (38,3)	A B C	61,9 1.409,6 1.454,3
427 01-4	311	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	550,0 (281,2)	550,0 (281,2)	A B C	600,0 466,5 590,2
427 41-6	311	Praktikantenvergütungen	150,0 (76,7)	150,0 (76,7)	A B C	225,0 94,9 117,5
453 01-1	311	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	40,0 (20,5)	40,0 (20,5)	A B C	40,0 63,0 63,9
Sächliche Verwaltungsausgaben						
518 01-4	311	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A B C	--- 1.410,5 1.314,8
519 01-3	311	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 1.097,9 1.237,2
527 01-3	311	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	10,0 4,0 0,5
531 11-5	311	Fachveröffentlichungen	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B C	40,0 5,9 22,6
533 01-5	311	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben <i>Die Ausgabebefugnis bemisst sich nach den Isteinnahmen bei 256 01 und 282 01.</i>	---	---	A C	--- 0,2
546 49-4	311	Vermischte Verwaltungsausgaben	8,0 (4,1)	8,0 (4,1)	A B C	5,0 13,8 11,7
Baumaßnahmen						
701 01-1	311	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A C	--- 439,5
710 00-1	311	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	---	---	A	---

Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte**Erläuterungen****Zu 10 90/425 01**

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 90/425 11

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 90/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

2001 gegenüber 2000:

88,1 Tsd. DM mehr,

2002 gegenüber 2001:

75,0 Tsd. DM weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 90/427 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Vergütungen (einschl. Reisekostenvergütungen) für in der Jugendgesundheitspflege tätige nicht vollbeschäftigte Ärzte	250,0	250,0
2. Vergütungen (einschl. Reisekostenvergütungen) für Sprechtagärzte nach dem BSHG	100,0	100,0
3. Vergütungen (einschl. Reisekostenvergütungen) für sonstige nicht vollbeschäftigte Ärzte und Hebammen	200,0	200,0
Zusammen	550,0	550,0

Zu 10 90/427 41

Vergütungen an Ärzte im Praktikum.

Zu 10 90/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	25,0	25,0
2. Umzugskostenvergütungen	15,0	15,0
Zusammen	40,0	40,0

Zu 10 90/518 01

Die Mietkosten für Diensträume der staatlichen Gesundheitsämter sind ab 01.01.2000 von den Landkreisen zu tragen (§ 5 Abs. 1 Eingliederungsgesetz).

Zu 10 90/519 01

Der Bauunterhalt für die staatseigenen Gebäude belastet den Epl. 13 (ab 01.01.2000).

Zu 10 90/527 01

Veranschlagt sind die Reisekostenvergütungen bei Versetzung und Abordnung. Diese zählen nach der Verordnung zur Ausführung des Art. 53 LkrO nicht zu dem von den Landkreisen zu tragenden Sachaufwand.

Zu 10 90/531 11

Ausgaben für Gesundheitsaufklärung (Impfungen, Hygiene usw.) und Fachveröffentlichungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Zu 10 90/533 01

Für Ausgaben aus Beiträgen des Bundes und Spenden Dritter, die für besondere Zwecke des Gesundheitswesens gegeben werden.

Zu 10 90/546 49

Veranschlagt sind:

Aufwendungen für Auslagen bei Vorstellungsreisen sowie Stellenausschreibungen.

10 90 Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
79 Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten						
511 79-8	314	Formblätter, Vordrucke, Druckarbeiten	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	60,0 43,6 50,5
522 79-5	314	Verbrauchsmittel <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 246 01.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 700,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 700,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	A B C	480,0 290,0 110,8
547 79-6	311	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 36,1 42,9
Summe der Titelgruppe			800,0 (409,0)	800,0 (409,0)	A B C	590,0 369,7 204,2
Gesamtausgaben			33.949,6 (17.358,2)	34.639,9 (17.711,1)	A B C	34.109,2 109.182,6 108.647,3
Abschluss						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.			3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.170,0 3.397,1 3.817,6
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			- (-)	- (-)	A B C	- 5,6 102,6
Gesamteinnahmen			3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.170,0 3.402,7 3.920,2
Personalausgaben			33.088,6 (16.917,9)	33.778,9 (17.270,9)	A B C	33.464,2 106.280,8 105.416,6
Sächliche Verwaltungsausgaben			861,0 (440,2)	861,0 (440,2)	A B C	645,0 2.901,8 2.791,2
Baumaßnahmen			- (-)	- (-)	A B C	- - 439,5
Gesamtausgaben			33.949,6 (17.358,2)	34.639,9 (17.711,1)	A B C	34.109,2 109.182,6 108.647,3
Zuschuss			30.949,6 (15.824,3)	31.639,9 (16.177,2)	A B C	30.939,2 105.779,9 104.727,1

Zu 10 90/79

Veranschlagt sind die Ausgabemittel für die Aufgaben, die weiterhin zentral vom StMAS durchgeführt werden.

Zu 10 90/522 79

Veranschlagt ist der erforderliche Bedarf zur Durchführung von regelmäßigen Impfterminen in den Schulen durch die staatlichen Gesundheitsämter. Dabei werden zunächst vorrangig Impfungen gegen Mumps/Masern/Röteln und Diphtherie/Tetanus/Polio angeboten. Bei besonderen infektionsepidemiologischen Ereignissen kann darüber hinaus auch eine zeitlich und örtlich begrenzte weitergehende Impfkation zum Schutz der Bevölkerung notwendig werden; entsprechendes gilt für Maßnahmen der Chemoprophylaxe.

Die Krankenkassen erstatten für ihre Mitglieder die anfallenden Impfstoffkosten (vgl. 10 90/246 01).

2001 gegenüber 2000:

220,0 Tsd. DM mehr zur Bestreitung der anfallenden Impfstoffkosten.

Verpflichtungsermächtigung 2001 und 2002:

Zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Impfstoffbeschaffung.

10 91 Staatliche Veterinärämter (Landratsämter)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-3	511	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	2.400,0 (1.227,1)	2.400,0 (1.227,1)	A B C	1.800,0 2.242,3 1.847,6
111 02-2	511	Gebühren und Auslagen für Kontrolluntersuchungen auf Tuberkulose der Rinder <i>Vgl. Vermerk zu 10 08 TG 60.</i>	---	---	A C	--- 19,7
<u>119 49-9</u>	511	Vermischte Einnahmen	---	---	A	
124 01-8	511	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	15,0 (7,7)	15,0 (7,7)	A	15,0
124 02-7	511	Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw. <i>Die Isteinnahme erhöht die Ausgabebefugnis bei Kap. 13 10/613 21.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			2.415,0 (1.234,8)	2.415,0 (1.234,8)	A B C	1.815,0 2.242,3 1.867,3
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-7	511	Bezüge der planmäßigen Beamten	20.580,0 (10.522,4)	20.980,0 (10.726,9)	A B C	20.206,9 17.327,5 17.628,5
422 11-5	511	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	301,0 (153,9)	307,0 (157,0)	A B C	287,0 286,4 250,1
422 26-8	511	Bezüge der Beamten auf Widerruf (Veterinärreferendare)	433,0 (221,4)	946,0 (483,7)	A B	883,0 264,3
422 31-1	511	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	15,8 (8,1)	16,1 (8,2)	A B C	--- 15,0 19,8
425 01-4	511	Vergütungen der Angestellten	---	---	A B C	--- 1.061,0 568,7
426 01-3	511	Löhne der Arbeiter	---	---	A B C	--- 9,2 8,8
427 01-2	111	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B	10,0 40,1

Erläuterungen

Vorbemerkungen zu Kapitel 10 91

Die staatlichen Veterinärämter wurden mit Wirkung vom 01.01.1996 in die Landratsämter eingegliedert (Gesetz über die Eingliederung der staatlichen Gesundheitsämter und der staatlichen Veterinärämter in die Landratsämter - Eingliederungsgesetz - vom 23. Dezember 1995, GVBl S. 843). Die Landratsämter als staatliche Veterinärämter erfüllen die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst - GDG - vom 12. Juli 1986 i.d.F. des Eingliederungsgesetzes).

Insbesondere sind ihnen

- der Schutz der Bevölkerung im Verkehr mit Lebensmitteln und sonstigen Erzeugnissen tierischer Herkunft,
- die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Tierkrankheiten,
- die Entwicklung und Erhaltung gesunder und leistungsfähiger Nutztiere,
- der Tierschutz und
- die Überwachung der Tierkörperbeseitigung

übertragen.

Sie sind den Regierungen nachgeordnet. Ihre örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst - AVGDG - vom 9. September 1986, zuletzt geändert durch die Verordnung zur Rückübertragung von Aufgaben nach dem Gesundheitsdienstgesetz vom 23. Dezember 1999.

Den Personalaufwand für die Aufgaben der Landratsämter als staatliche Veterinärämter trug - mit Ausnahme des bisher bereits von den Landkreisen den staatlichen Veterinärämtern aufgrund der Rahmenvereinbarung i.d.F. vom 12. Dezember 1988 zur Verfügung gestellten Personals - bis 31.12.1999 der Freistaat Bayern, ab 1.1.2000 nur noch den Aufwand für das Fachpersonal (§ 6 Abs. 2 Eingliederungsgesetz). Den Sachaufwand tragen - mit Ausnahme der dem Freistaat Bayern weiterhin obliegenden Aufgaben - die Landkreise, die dafür durch Finanzausweisungen (Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung - LKrO -, Art. 7 und 9 des Finanzausgleichsgesetzes - FAG -) sowie durch Überlassung der Einnahmen aus Tit. 124 02 entschädigt werden.

Für die Gebiete der kreisfreien Städte, ausgenommen Amberg, Ansbach, Aschaffenburg, Augsburg, Coburg, Erlangen, Fürth, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Landshut, Nürnberg, Passau, Regensburg, Rosenheim, Schwabach, Schweinfurt und Würzburg bestehen städtische Veterinärämter.

Zu 10 91/111 01

Veranschlagt sind die Benutzungsgebühren (GGebO) der Landratsämter als staatliche Veterinärämter (einschließlich Grenzkontrollstellen), die weiterhin dem Freistaat Bayern zufließen.

Die Kosten nach dem Kostengesetz, die im Rahmen des Art. 7 FAG den Landkreisen überlassen werden, sind bei Kap. 03 09 Tit. 111 01 veranschlagt.

2001 gegenüber 2000:

600,0 Tsd. DM mehr wegen Anpassung an die voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 10 91/124 01

Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.

Zu 10 91/124 02

Die Einnahmen werden den Landkreisen überlassen.

Zu 10 91/422 01

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 91/422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 91/422 26

Veranschlagt ist der nach dem Ausbildungszyklus voraussichtlich notwendige Ausgabebedarf.

Zu 10 91/422 31

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 91/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 91/427 01

Vergütungen für die nicht vollbeschäftigten Tierärzte.

10 91 Staatliche Veterinärämter (Landratsämter)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
453 01-9	511	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	45,0 (23,0)	45,0 (23,0)	A B C	80,0 8,5 5,3
Sächliche Verwaltungsausgaben						
<u>511 01-9</u>	511	Geschäftsbedarf	---	---	A	
<u>512 01-8</u>	511	Bücher und Zeitschriften	---	---	A	
<u>513 01-7</u>	511	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	---	---	A	
<u>515 01-5</u>	511	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke	---	---	A	
<u>515 21-1</u>	511	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben, Wartung	---	---	A	
516 01-4	511	Dienst- und Schutzkleidung	240,0 (122,7)	240,0 (122,7)	A B C	240,0 185,3 190,8
<u>517 01-3</u>	511	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A	
<u>517 05-9</u>	511	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	---	---	A	
518 01-2	511	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	---	---	A B C	--- 82,9 98,6
519 01-1	511	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	---	---	A B C	--- 22,9 3,9
<u>522 01-6</u>	511	Verbrauchsmittel	---	---	A	
527 01-1	511	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B	20,0 0,6
546 49-2	511	Vermischte Verwaltungsausgaben	4,0 (2,0)	4,0 (2,0)	A B	3,0 1,3
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
631 01-4	511	Erstattung von Verwaltungsausgaben	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 37,9 26,0
Baumaßnahmen						
701 01-9	511	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---

Erläuterungen

Zu 10 91/453 01	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	35,0	35,0
2. Umzugskostenvergütungen	10,0	10,0
Zusammen	45,0	45,0

2001 gegenüber 2000:
35,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 91/516 01

Aufwandsentschädigung für Schutzkleidung und deren Instandhaltung für die Amtstierärzte (Pauschalabgeltung, vgl. Art. 6 a Abs. 3 HG 1977/78).

Zu 10 91/527 01

Reisekostenvergütungen bei Versetzung und Abordnung (zählen nicht zum Sachaufwand, der von den Landkreisen zu tragen ist).

Zu 10 91/546 49

Aufwendungen für Auslagen bei Vorstellungsreisen sowie Stellenausschreibungen.

Zu 10 91/631 01

Entgelte an die Zollverwaltung für Gebühreneinzug.

10 91 Staatliche Veterinärämter (Landratsämter)

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Titelgruppen						
72 Grenzkontrollstellen						
<i>Die Titel der TG sind gegenseitig deckungsfähig. Tit. 547 72 bis 896 72 sind übertragbar.</i>						
425 72-8	511	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte <i>Zu Lasten der Ausgabemittel des Tit. 425 72 dürfen bis zu 7 angestellte Tierärzte mit unbefristeten Arbeitsverträgen beschäftigt werden.</i>	986,7 (504,5)	1.013,6 (518,2)	A B C	958,0 1.053,6 984,8
547 72-1	511	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	140,0 (71,6)	140,0 (71,6)	A B C	140,0 34,6 14,1
701 72-3	511	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A C	--- 7,7
881 72-5	511	Errichtung von Grenzkontrollstellen an Grenzübergängen	---	---	A C	--- 945,0
896 72-8	511	Errichtung von Grenzkontrollstellen an Grenzübergängen	---	---	A	---
Summe der Titelgruppe			1.126,7 (576,1)	1.153,6 (589,8)	A B C	1.098,0 1.088,2 1.951,6
Gesamtausgaben			22.825,5 (11.670,5)	23.771,7 (12.154,3)	A B C	22.877,9 20.431,1 20.752,1
Abschluss						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.			2.415,0 (1.234,8)	2.415,0 (1.234,8)	A B C	1.815,0 2.242,3 1.867,3
Gesamteinnahmen			2.415,0 (1.234,8)	2.415,0 (1.234,8)	A B C	1.815,0 2.242,3 1.867,3
Personalausgaben			22.371,5 (11.438,4)	23.317,7 (11.922,2)	A B C	22.424,9 20.065,6 19.466,0
Sächliche Verwaltungsausgaben			404,0 (206,6)	404,0 (206,6)	A B C	403,0 327,6 307,4
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen			50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	A B C	50,0 37,9 26,0
Baumaßnahmen			- (-)	- (-)	A B C	- - 7,7
Investitionsförderungsmaßnahmen			- (-)	- (-)	A B C	- - 945,0
Gesamtausgaben			22.825,5 (11.670,5)	23.771,7 (12.154,3)	A B C	22.877,9 20.431,1 20.752,1
Zuschuss			20.410,5 (10.435,7)	21.356,7 (10.919,5)	A B C	21.062,9 18.188,8 18.884,8

Erläuterungen

Zu 10 91/72

Nach Errichtung des EG-Binnenmarktes sind ab 01.01.1993 an den Außengrenzen der EG bei der Einfuhr von lebenden Tieren und Erzeugnissen tierischer Herkunft aus Drittländern von den staatlichen Veterinärämtern verstärkt Veterinärkontrollen durchzuführen. Hierfür notwendig ist der Ausbau und Betrieb der von der EG für Bayern zugelassenen Grenzkontrollstellen.

Zu 10 91/425 72

Vergütungen für das bei den Grenzkontrollstellen zusätzlich benötigte Fachpersonal.

Zu 10 91/547 72

Mietkosten für Liegenschaften der Grenzkontrollstellen.

Zu 10 91/881 72

Kostenerstattung des Freistaates Bayern an die Bundeszollverwaltung für die bauliche Errichtung der Grenzkontrollstellen (Veterinäranlagen) Furth i. W. und Schirnding.

Zu 10 91/896 72

Kostenerstattung des Freistaates Bayern an die Tschechische Republik für die bauliche Errichtung der Gemeinschaftszollanlage Waidhaus-Rozvadov (Veterinäranlagen).

10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen u. dgl.						
111 01-1	314	Gebühren, Beiträge, tarifliche und gebührenartige Entgelte	11.000,0 (5.624,2)	11.000,0 (5.624,2)	A B C	10.750,0 9.918,7 10.140,8
111 02-0	314	Entgelte für Desinfektorenlehrgänge	11,0 (5,6)	11,0 (5,6)	A B C	10,0 11,2 12,0
111 03-9	314	Gebühren und Auslagen für Kontrolluntersuchungen auf Aujeszkysche Krankheit <i>Vgl. Vermerk zu 10 08/685 59.</i>	2.000,0 (1.022,6)	2.000,0 (1.022,6)	A B C	2.000,0 2.121,5 1.916,0
<u>111 04-8</u>	314	Gebühren und Auslagen für Blutuntersuchungen auf BVD/MD <i>Vgl. Vermerk zu 10 08/685 58 und 10 92/522 01.</i>	---	---	A	
111 05-7	314	Einnahmen nach der Zusevo und dem Zuseg	5,0 (2,6)	5,0 (2,6)	A B C	5,0 7,5 3,0
113 01-9	314	Erlöse aus dem Verkauf von Gegenständen	0,5 (0,3)	0,5 (0,3)	A B C	5,0 0,2 7,7
119 49-7	314	Vermischte Einnahmen	14,5 (7,4)	15,0 (7,7)	A B C	10,0 19,1 14,7
124 01-6	314	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A B C	30,0 31,6 29,8
125 01-5	314	Verkauf von Impfstoffen, Tieren und tierischen Erzeugnissen <i>Vgl. Vermerk zu 515 21 und 522 01.</i>	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	370,0 453,2 437,0
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
233 01-4	314	Erstattung von Aus- und Fortbildungskosten	---	---	A	---
251 01-1	314	Zuweisungen des Bundes für Untersuchungen und Versuche <i>Vgl. Vermerk zu 522 01, 515 21 und 812 02.</i>	---	---	A B C	--- 428,0 396,4
282 01-4	314	Zuschüsse von Dritten für Untersuchungen und Versuche <i>Vgl. Vermerk zu 522 01 und 515 21.</i>	---	---	A	---
Gesamteinnahmen			13.561,0 (6.933,6)	13.561,5 (6.933,9)	A B C	13.180,0 12.991,0 12.957,4

Erläuterungen

Vorbemerkungen zu Kapitel 10 92

Die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen unterstützen die für den Vollzug gesundheits- und lebensmittelrechtlicher Vorschriften zuständigen Behörden und die Gerichte durch Untersuchungen und Gutachten (Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst - GDG - vom 12. Juli 1986). Sie sind dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit unmittelbar nachgeordnet.

Das Landesuntersuchungsamt Nordbayern in Erlangen hat Außenstellen in Nürnberg und Würzburg, das Landesuntersuchungsamt Südbayern in Oberschleißheim hat eine Außenstelle in Augsburg.

Zu 10 92/111 01

Gebühren und Auslagen nach der Gebührenordnung der Gesundheitsverwaltung und Kosten nach dem Kostengesetz.

2001 gegenüber 2000:

250,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

Zu 10 92/111 03

Die von der Tierseuchenkasse zu entrichtenden Gebühren für Kontrolluntersuchungen auf Aujeszky'sche Krankheit fließen dieser als Zuschuss wieder zu (vgl. 10 08/685 59).

Zu 10 92/111 04

Die von der Tierseuchenkasse zu entrichtenden Gebühren für Blutuntersuchungen auf Bovine Virusdiarrhoe/Mucosal Disease fließen dieser in Höhe von 30 v. H., max. 1.200,0 Tsd. DM, als Zuschuss wieder zu (vgl. 10 08/685 58).

Zu 10 92/124 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen (einschließlich Betriebskosten)	5,0	5,0
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen u. dgl.	-	-
3. Einnahmen aus der Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	25,0	25,0
4. Sonstige Einnahmen	-	-
Zusammen	30,0	30,0

Zu 10 92/125 01

	Tsd. DM
1. Sonstige Impfstoffe	485,0
2. Verkauf von Tieren	10,0
3. Verkauf von tierischen Erzeugnissen	5,0
Zusammen	500,0

2001 gegenüber 2000:

130,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Aufkommen.

10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Ausgaben						
Personalausgaben						
422 01-5	314	Bezüge der planmäßigen Beamten	17.060,5 (8.722,9)	17.255,3 (8.822,5)	A B C	16.679,0 16.422,9 18.119,0
422 11-3	314	Bezüge der Beamten zur Anstellung und der Richter auf Probe	177,8 (90,9)	181,4 (92,7)	A B C	215,0 169,2 464,6
422 31-9	314	Bezüge der abgeordneten Beamten (Richter)	9,7 (5,0)	9,9 (5,1)	A B	--- 9,2
425 01-2	314	Vergütungen der Angestellten	31.019,9 (15.860,2)	31.519,0 (16.115,4)	A B C	33.305,0 29.903,7 28.153,2
425 11-0	314	Vergütungen für sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A B C	70,0 66,2 17,3
425 41-4	314	Überstundenvergütungen für Angestellte	---	---	A	---
426 01-1	314	Löhne der Arbeiter	3.839,3 (1.963,0)	3.937,8 (2.013,4)	A B C	4.633,0 3.985,5 4.338,3
427 02-9	314	Ausbildung von Vet.-med.-techn. Assistenten / Assistentinnen	75,0 (38,3)	75,0 (38,3)	A B C	75,0 52,6 94,7
427 41-2	314	Praktikantenvergütungen	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	484,0 336,4 411,5
451 01-9	314	Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung	76,5 (39,1)	80,0 (40,9)	A B C	85,0 72,4 74,1
453 01-7	314	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	15,0 (7,7)	20,0 (10,2)	A B	20,0 3,0
459 01-1	314	Prüfungsvergütungen	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 6,5 8,0
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-7	314	Geschäftsbedarf	220,0 (112,5)	220,0 (112,5)	A B C	220,0 179,8 195,1
512 01-6	314	Bücher und Zeitschriften	209,0 (106,9)	209,0 (106,9)	A B C	205,0 204,4 201,6

Erläuterungen

Zu 10 92/422 01 und 422 11

Bezüge einschließlich Zulagen und Zuwendungen.

Zu 10 92/425 01

Vergütungen einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 92/426 01

Löhne einschließlich Zulagen und Zuwendungen sowie Landesanteil zur Sozialversicherung und Umlage zur Zusatzversorgung.

Zu 10 92/427 02

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Unterrichtsvergütungen	45,0	45,0
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	30,0	30,0
Zusammen	75,0	75,0

Zu 10 92/427 41

Vergütungen für Praktikanten der Lebensmittelchemie und für Ärzte im Praktikum.

2001 gegenüber 2000:

84,0 Tsd. DM weniger infolge Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/453 01

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM
1. Trennungsgeld	7,5	10,0
2. Umzugskostenvergütungen	7,5	10,0
Zusammen	15,0	20,0

10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
513 01-5	314	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	630,0 (322,1)	630,0 (322,1)	A B C	700,0 527,3 546,9
514 01-4	314	Haltung von Dienstfahrzeugen	55,0 (28,1)	55,0 (28,1)	A B C	50,0 45,4 39,6
515 01-3	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	80,0 28,0 46,4
515 05-9	314	Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Verwaltungszwecke	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A B C	70,0 44,7 52,4
515 21-9	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 125 01 und um die Isteinnahme bei 251 01 und 282 01, soweit nicht bei 522 01 und 812 02 in Anspruch genommen. Gegenseitig deckungsfähig mit 522 01.</i>	1.750,0 (894,8)	1.750,0 (894,8)	A B C	2.150,0 1.252,0 1.350,6
516 01-2	314	Dienst- und Schutzkleidung	140,0 (71,6)	140,0 (71,6)	A B C	140,0 106,8 96,1
517 01-1	314	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	1.600,0 (818,1)	1.600,0 (818,1)	A B C	1.600,0 1.347,5 1.375,6

Erläuterungen

Zu 10 92/513 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Entgelte für Postdienstleistungen	410,0	410,0
2.	Laufende Fernmeldekosten	110,0	110,0
3.	Mieten, Wartung und Sonstiges	110,0	110,0
Zusammen		630,0	630,0

2001 gegenüber 2000:

70,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/514 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Betriebsstoffe	35,0	35,0
2.	Wartung, Reparaturen und Sonstiges	20,0	20,0
Zusammen		55,0	55,0

Gesamtausgaben für die Kraftfahrzeughaltung:

Kosten wie vor	55,0	55,0
Personalausgaben	77,0	79,0
Beschaffung von Dienstfahrzeugen	22,5	45,0
Ausgaben für Leasing/Miete	-	-
Zusammen	154,5	179,0

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll	Soll	Soll	am 1.2.2000	
	2001	2002	2000	gesamt	davon geleast/ gemietet
Personenkraftwagen einschließlich Kombis	10	10	10	10	-
Lastkraftwagen	-	-	-	-	-
Kommunaltraktoren	4	4	4	4	-

Bestand an anerkannten Personenkraftwagen: 7 (8)**Zu 10 92/515 01**

2001 gegenüber 2000:

20,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/515 21		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Geräte und Einrichtungen für Labor	750,0	750,0
2.	Glaswaren, Versandgefäße u.ä.	400,0	400,0
3.	Unterhaltung	600,0	600,0
Zusammen		1.750,0	1.750,0

2001 gegenüber 2000:

400,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/516 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Schutzkleidung für Laborpersonal	120,0	120,0
2.	Schutzkleidung für sonstiges Personal	20,0	20,0
Zusammen		140,0	140,0

Zu 10 92/517 01

Veranschlagt sind:

Reinigung, Müllabfuhr, Be- und Entwässerung, Steuern und Abgaben sowie Geräte u.ä.

10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
517 05-7	314	Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft	1.600,0 (818,1)	1.800,0 (920,3)	A B C	1.600,0 1.322,2 1.425,6
518 01-0	314	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	1,0 (0,5)	1,0 (0,5)	A B C	1,0 0,1 0,1
518 11-8	314	Mieten und Pachten für Maschinen und Geräte	35,0 (17,9)	35,0 (17,9)	A B C	35,0 12,1 9,7
519 01-9	314	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	900,0 (460,2)	900,0 (460,2)	A B C	1.000,0 691,7 923,5
522 01-4	314	Verbrauchsmittel <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um 70 v.H. der Isteinnahmen bei 111 04 sowie um die Mehreinnahme bei 125 01 und die Isteinnahmen bei 251 01 und 282 01, soweit nicht bei 515 21 und 812 02 in Anspruch genommen. Gegenseitig deckungsfähig mit 515 21.</i>	4.150,0 (2.121,9)	4.150,0 (2.121,9)	A B C	4.150,0 3.671,8 3.616,3
525 02-0	314	Aus- und Fortbildung von Desinfektoren und von im Überwachungsdienst zum Schutze der Verbraucher Tätigen	22,0 (11,2)	22,0 (11,2)	A B C	22,0 14,2 14,7
527 01-9	314	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	135,0 (69,0)	135,0 (69,0)	A B C	135,0 96,0 82,6
532 01-2	314	Inanspruchnahme fremder Einrichtungen	120,0 (61,4)	120,0 (61,4)	A B C	140,0 79,4 119,5
532 11-0	314	Umzugs- und Verlegungskosten von Dienststellen	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B	17,0 0,1
533 01-1	314	Sonstige Betriebsausgaben	170,0 (86,9)	170,0 (86,9)	A B C	170,0 120,5 123,7
533 02-0	314	Kosten für Laborakkreditierung im Rahmen der Qualitätssicherung	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A C	150,0 11,7
546 49-0	314	Vermischte Verwaltungsausgaben	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	20,0 7,1 7,4

Erläuterungen

Zu 10 92/517 05		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Heizung	450,0	500,0
2.	Beleuchtung und elektrische Kraft	1.150,0	1.300,0
Zusammen		1.600,0	1.800,0

2002 gegenüber 2001:

200,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf (Klimatisierung im Neubau des LUA Nordayern).

Zu 10 92/519 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Unterhaltung der verwaltungseigenen Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	900,0	900,0
2.	Unterhaltung der gemieteten oder gepachteten Grundstücke und baulichen Anlagen einschließlich Zubehör	-	-
Zusammen		900,0	900,0

Vgl. auch Erläuterung bei Kap. 10 02 Titel 519 01.

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/522 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Ankaufs- und Unterhaltungskosten	200,0	200,0
2.	Untersuchungsmittel, Reagenzien, Einmal-Laborgefäße u.a.	3.950,0	3.950,0
Zusammen		4.150,0	4.150,0

Zu 10 92/525 02

Zur Fortbildung des Personals der Landratsämter und kreisfreien Gemeinden, das im Überwachungsdienst zum Schutze der Verbraucher eingesetzt ist, und zur Ausbildung von Desinfektoren.

Zu 10 92/532 01

Veranschlagt sind Aufwendungen für Vorsorgeuntersuchungen von Bediensteten nach den Unfallverhütungsvorschriften (Gesundheitsdienst) sowie für Untersuchungen, die von Speziallabors durchzuführen sind (z. B. Isotopenuntersuchungen, Asbestuntersuchungen).

2001 gegenüber 2000:

20,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/533 01		2001	2002
		Tsd. DM	Tsd. DM
1.	Verpackungs- und Zustellungskosten für Betriebszwecke	130,0	130,0
2.	Wäsche (Handtücher u. dgl.)	30,0	30,0
3.	Sonstiges	10,0	10,0
Zusammen		170,0	170,0

Zu 10 92/533 02

Aufwendungen für Laborakkreditierung nach EG-Recht sowie Teilnahme an Ringversuchen der Qualitätssicherung.

2001 gegenüber 2000:

80,0 Tsd. DM weniger wegen Anpassung an die Istentwicklung.

Zu 10 92/546 49

Veranschlagt sind:

Bekanntmachungen in Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern, Unfallrenten und Entschädigungen usw. an Dritte, Verlustentschädigungen, Auslagen für Vorstellungsreisen und sonstige vermischte Ausgaben.

Aus diesem Ansatz können einmalig im Haushaltsjahr 2002 die Kosten bis höchstens 5,0 Tsd. DM für die Inbetriebnahme der Neubauten für das Landesuntersuchungsamt Nordbayern getragen werden.

10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
		Baumaßnahmen				
701 01-7	314	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A B C	300,0 460,3 89,3
710 00-7	314	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S) <i>Kreditfinanziert.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 17.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 11.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0 (357,9)	14.000,0 (7.158,1)	A B C	--- 2.725,0 2.977,2
		Sonstige Sachinvestitionen				
811 01-4	314	Erwerb von Dienstfahrzeugen	22,5 (11,5)	45,0 (23,0)	A C	--- 61,6
812 01-3	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Verwaltung	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	200,0 44,0 10,0
812 02-2	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Anstaltsbetrieb <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 251 01, soweit nicht bei 515 21 und 522 01 in Anspruch genommen.</i>	3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	3.100,0 2.212,3 1.950,3
812 03-1	314	Anschaffung von Fernmeldeanlagen	---	---	A B	--- 121,5

Erläuterungen

Zu 10 92/701 01

Vgl. auch Erläuterung zu Kap. 10 02 Titel 701 01.

Zu 10 92/811 01**2001**

Tsd. DM

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Pkw, 55 kW, 5türlich, Baujahr 1991

voraussichtliche Fahrleistung am 1.1.2001 130.000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

1 Pkw, 55 kW, 5türlich

22,5

2002

Tsd. DM

1. Erstbeschaffung

-

2. Ersatzbeschaffung

Zu ersetzen:

1 Pkw, 55 kW, 5türlich, Baujahr 1992

voraussichtliche Fahrleistung am 1.1.2002 130.000 km

1 Pkw, 44 kW, 5türlich, Baujahr 1993

voraussichtliche Fahrleistung am 1.1.2002 210.000 km

Als Ersatzbeschaffung vorgesehen:

2 Pkw, 55 kW, 5türlich

45,0

Zu 10 92/812 01

Es werden insbesondere beschafft:

Aktenvernichter, Zeiterfassungsgeräte, Zugangskontrollsystem, Kuvertier- und Falzmaschine, Kopiergeräte, Druckmaschine, Ersatzbeschaffung von verbrauchten Einrichtungsgegenständen (Programmausstattung).

Zu 10 92/812 02

	2001	2002
	Tsd. DM	Tsd. DM

1. Ergänzungsbeschaffungen

LUA Südbayern

700,0

700,0

LUA Nordbayern

800,0

800,0

2. Ersatzbeschaffungen

LUA Südbayern

700,0

700,0

LUA Nordbayern

800,0

800,0

Zusammen	3.000,0	3.000,0
----------	---------	---------

Die Geräteausstattung der Landesuntersuchungsämter muß auf einem hohen technischen Standard gehalten werden, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
Titelgruppen						
99 Datenverarbeitung						
<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
427 99-3	314	Beschäftigungsentgelte	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A	20,0
513 99-8	314	Leistungsentgelte für Post- und Fernmeldedienstleistungen	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	A B C	60,0 22,6 21,5
515 99-6	314	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, Wartung	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	A B C	300,0 228,1 550,8
518 99-3	314	Mieten für elektronische Datenverarbeitungsanlagen, Geräte und Maschinen	---	---	A	---
519 99-2	314	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	A B C	150,0 423,2 6,5
522 99-7	314	Verbrauchsmittel	110,0 (56,2)	110,0 (56,2)	A B C	110,0 17,7 8,7
525 99-4	314	Aus- und Fortbildung	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A B C	70,0 35,6 27,0
526 99-3	314	Kosten für Sachverständige	70,0 (35,8)	70,0 (35,8)	A	70,0
527 99-2	314	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	30,0 (15,3)	30,0 (15,3)	A C	30,0 0,8
533 99-4	314	Nebenkosten der Datenverarbeitung	20,0 (10,2)	20,0 (10,2)	A B C	20,0 24,6 8,1
534 99-3	314	Vergabe von Aufträgen für Datenerfassung, Softwareentwicklung u.a.	110,0 (56,2)	110,0 (56,2)	A	110,0
535 99-2	314	Mieten für Software	---	---	A	---
701 99-0	314	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	---	---	A	---
812 99-6	314	Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.000,0 (511,3)	1.000,0 (511,3)	A B C	850,0 892,4 347,1
813 99-5	314	Erwerb von Software	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	A B C	400,0 37,4 617,9

Erläuterungen

Zu 10 92/99

Die Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben (insbesondere beim Verbraucherschutz und hier wiederum insbesondere bei der amtlichen Lebensmittelüberwachung) eine leistungsfähige DV-Ausstattung.

Personal im Kap. 10 92, das eindeutig dem DV-Bereich zuzuordnen ist:

BesGr VergGr	vorgesehenes Stellensoll 2001	vorgesehenes Stellensoll 2002	Stellensoll lt. Haushalt 2000
Plan-Beamte			
A 14	1,0	1,0	1,0
A 11	3,0	3,0	3,0
A 10	-	-	3,0
Summe	4,0	4,0	7,0
Angestellte			
IVb	1,0	1,0	1,0
Vb	3,0	3,0	3,0
Vc	1,0	1,0	1,0
Summe	5,0	5,0	5,0
Insgesamt	9,0	9,0	12,0

Zu 10 92/515 99

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
1. Erst-, Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen	40,0	40,0
2. Wartung und Reparaturen	160,0	160,0
Zusammen	200,0	200,0

2001 gegenüber 2000:

100,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/519 99

Veranschlagt ist der Bedarf die für den EDV-Betrieb erforderlichen baulichen Anpassungen und Erhaltungsmaßnahmen.

2001 gegenüber 2000:

50,0 Tsd. DM weniger nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 10 92/522 99

Für Endlospapier, Endlosformulare, Farbbänder, Farbtücher usw.

Zu 10 92/525 99

Ausbildung des für den Einsatz der zusätzlichen Hardware bzw. der neuen Verfahren zuständigen Personals.

Zu 10 92/526 99

Aufwendungen bei der Einführung des IUK-Systems.

Zu 10 92/527 99

Im Rahmen der Einführung der neuen DV-Technik fallen verstärkt Dienstreisen an.

Zu 10 92/533 99

Erwerb von Fachliteratur.

Zu 10 92/812 99

	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM
Veranschlagt sind:	900,0	900,0
1. 90 PC-Arbeitsplätze einschl. Standardsoftware (Erstbeschaffung)		
2. 1 Server (Erstbeschaffung)	100,0	100,0
Zusammen	1.000,0	1.000,0

2001 gegenüber 2000:

150,0 Tsd. DM mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.

10 92 Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
980 99-2	314	Haushaltstechnische Verrechnungen	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A	10,0
		Summe der Titelgruppe	2.200,0 (1.124,8)	2.200,0 (1.124,8)	A B C	2.200,0 1.681,6 1.588,4
		Gesamtausgaben	70.853,2 (36.226,7)	85.180,4 (43.552,0)	A B C	74.031,0 68.023,4 68.596,6
		Abschluss				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	13.561,0 (6.933,6)	13.561,5 (6.933,9)	A B C	13.180,0 12.563,0 12.561,0
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	- (-)	- (-)	A B C	- 428,0 396,4
		Gesamteinnahmen	13.561,0 (6.933,6)	13.561,5 (6.933,9)	A B C	13.180,0 12.991,0 12.957,4
		Personalausgaben	52.773,7 (26.982,8)	53.578,4 (27.394,2)	A B C	55.596,0 51.027,6 51.680,7
		Sächliche Verwaltungsausgaben	12.747,0 (6.517,4)	12.947,0 (6.619,7)	A B C	13.575,0 10.502,9 10.862,5
		Baumaßnahmen	700,0 (357,9)	14.000,0 (7.158,1)	A B C	300,0 3.185,3 3.066,5
		Sonstige Sachinvestitionen	4.622,5 (2.363,4)	4.645,0 (2.375,0)	A B C	4.550,0 3.307,6 2.986,9
		Besondere Finanzierungsausgaben	10,0 (5,1)	10,0 (5,1)	A B C	10,0 - -
		Gesamtausgaben	70.853,2 (36.226,7)	85.180,4 (43.552,0)	A B C	74.031,0 68.023,4 68.596,6
		Zuschuss	57.292,2 (29.293,0)	71.618,9 (36.618,2)	A B C	60.851,0 55.032,4 55.639,2

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
		Abschluss Epl. 10				
		Verwaltungseinnahmen u. dgl.	271.418,0 (138.773,8)	269.418,5 (137.751,5)	A B C	274.216,3 271.608,9 271.721,1
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	267.184,0 (136.609,0)	275.545,0 (140.883,9)	A B C	276.736,0 299.510,2 276.682,6
		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	20.243,9 (10.350,5)	18.163,4 (9.286,8)	A B C	26.011,8 25.281,3 27.387,9
		Gesamteinnahmen	558.845,9 (285.733,4)	563.126,9 (287.922,2)	A B C	576.964,1 596.400,4 575.791,6
		Personalausgaben	710.037,6 (363.036,5)	727.460,2 (371.944,5)	A B C	713.194,7 755.176,1 581.967,8
		Sächliche Verwaltungsausgaben	408.591,8 (208.909,7)	410.177,2 (209.720,3)	A B C	427.625,1 402.511,5 417.625,4
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM	18.430,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM	17.330,0			
		Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2.394.034,7 (1.224.050,5)	2.433.547,7 (1.244.253,2)	A B C	2.322.550,5 2.345.233,8 2.282.489,8
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM	21.710,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM	19.710,0			
		Baumaßnahmen	15.000,0 (7.669,4)	34.000,0 (17.383,9)	A B C	15.750,0 18.765,5 16.656,9
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM	30.000,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM	26.000,0			
		Sonstige Sachinvestitionen	13.251,3 (6.775,3)	12.676,9 (6.481,6)	A B C	13.833,6 11.703,8 9.372,6
		Investitionsförderungsmaßnahmen	214.752,9 (109.801,4)	217.604,2 (111.259,3)	A B C	196.090,1 182.654,1 196.793,5
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM	157.590,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM	112.000,0			
		Besondere Finanzierungsausgaben	2.096,0 (1.071,7)	2.091,5 (1.069,4)	A B C	2.088,0 1.580,9 1.654,8
		Gesamtausgaben	3.757.764,3 (1.921.314,4)	3.837.557,7 (1.962.112,1)	A B C	3.691.132,0 3.717.625,7 3.506.560,8
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM	277.730,0			
		Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM	175.040,0			
		Zuschuss	3.198.918,4 (1.635.581,0)	3.274.430,8 (1.674.189,9)	A B C	3.114.167,9 3.121.225,3 2.930.769,2

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2001		2002	
		Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)	Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)
1	2	3	4	5	6
10 01					
533 01	Kosten für die Projekte "Automation im Gesundheitswesen" und "Kosten- und Leistungsrechnung"	400,0 (204,5)	520,0 (265,9)	400,0 (204,5)	-
10 03					
526 21	Kosten für die Erteilung von Forschungsaufträgen	570,0 (291,4)	400,0 (204,5)	570,0 (291,4)	400,0 (204,5)
	72 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten u. dgl.				
893 72	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	300,0 (153,4)	250,0 (127,8)	300,0 (153,4)	250,0 (127,8)
	87 Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz aus der Ausgleichsabgabe				
863 87	Darlehen an einzelne Schwerbehinderte und an Sonstige	11.000,0 (5.624,2)	5.000,0 (2.556,5)	11.000,0 (5.624,2)	5.000,0 (2.556,5)
893 87	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation Schwerbehinderter nach § 30 SchwbAV	30.550,0 (15.620,0)	20.000,0 (10.225,8)	30.550,0 (15.620,0)	20.000,0 (10.225,8)
10 05					
	70 Dreijahres-Sonderprogramm zur Förderung von Investitionen im Behindertenbereich				
893 70	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	25.000,0 (12.782,3)	50.000,0 (25.564,6)	25.000,0 (12.782,3)	-
	71 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk)				
685 71	Zuschüsse an Sonstige	1.320,0 (674,9)	1.000,0 (511,3)	1.320,0 (674,9)	1.000,0 (511,3)
	72 Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsaus- und -weiterbildung Jugendlicher (Bayer. Jugendwerk)				
893 72	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)	50,0 (25,6)
	73 Maßnahmen zur Förderung der Berufshilfe und freiwilliger sozialer Dienste				
684 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	950,0 (485,7)	700,0 (357,9)	950,0 (485,7)	700,0 (357,9)
893 73	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	1.500,0 (766,9)	1.300,0 (664,7)	1.500,0 (766,9)	1.300,0 (664,7)

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2001		2002	
		Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)	Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)
1	2	3	4	5	6
10 05					
	74 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung				
540 74	Veranstaltungskosten	160,0 (81,8)	-	970,0 (496,0)	650,0 (332,3)
	75 Leistungen für aus Mitteln des Landes und der Bundesanstalt für Arbeit verstärkt geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen				
653 75	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.800,0 (3.988,1)	6.800,0 (3.476,8)	7.800,0 (3.988,1)	6.800,0 (3.476,8)
853 75	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)	200,0 (102,3)
	76 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Anpassung und Eingliederung von Arbeitskräften				
684 76	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	2.500,0 (1.278,2)	1.500,0 (766,9)	2.500,0 (1.278,2)	1.500,0 (766,9)
893 76	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	600,0 (306,8)	500,0 (255,6)	600,0 (306,8)	500,0 (255,6)
	77 Förderung von Technologieberatungsagenturen				
685 77	Zuschüsse an Sonstige im Inland	800,0 (409,0)	100,0 (51,1)	700,0 (357,9)	100,0 (51,1)
	78 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Behinderte, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation				
893 78	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	26.500,0 (13.549,2)	23.000,0 (11.759,7)	27.500,0 (14.060,5)	24.000,0 (12.271,0)
	79 Maßnahmen für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familienangehörigen, insbesondere zur Förderung der sozialen und gesellschaftlichen Eingliederung				
684 79	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	4.280,0 (2.188,3)	500,0 (255,6)	4.280,0 (2.188,3)	500,0 (255,6)
	80 Förderung der Berufsbildung in der städtischen Hauswirtschaft				
684 80	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	233,0 (119,1)	85,0 (43,5)	228,0 (116,6)	85,0 (43,5)
685 80	Zuschüsse an Sonstige	34,0 (17,4)	15,0 (7,7)	19,0 (9,7)	15,0 (7,7)
	81 Komplementärmittel zur Bindung von Zuweisungen der EU, insbesondere für die Entwicklung von Humanressourcen und die Förderung des Arbeitsmarktes bzw. der Beschäftigung				
685 81	Zuschüsse für laufende Zwecke	7.500,0 (3.834,7)	8.000,0 (4.090,3)	7.500,0 (3.834,7)	6.000,0 (3.067,8)

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2001		2002	
		Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)	Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)
1	2	3	4	5	6
10 06					
893 06	Zuwendung zur Erweiterung der Bildungsstätte "Der Heiligenhof" in Bad Kissingen	590,0 (301,7)	590,0 (301,7)	590,0 (301,7)	-
10 07					
	71 Landesplan für Altenhilfe				
526 71	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	80,0 (40,9)	50,0 (25,6)	80,0 (40,9)	50,0 (25,6)
536 71	Kosten von Fachtagungen und Projektbegleitung	65,0 (33,2)	50,0 (25,6)	65,0 (33,2)	50,0 (25,6)
653 71	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)	60,0 (30,7)
684 71	Zuschüsse an Sonstige	830,0 (424,4)	440,0 (225,0)	830,0 (424,4)	440,0 (225,0)
853 71	Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände	13.000,0 (6.646,8)	9.000,0 (4.601,6)	13.000,0 (6.646,8)	9.000,0 (4.601,6)
861 71	Darlehen an öffentliche Unternehmen	1.650,0 (843,6)	1.500,0 (766,9)	1.650,0 (843,6)	1.500,0 (766,9)
862 71	Darlehen an private Unternehmen	2.850,0 (1.457,2)	1.500,0 (766,9)	2.850,0 (1.457,2)	1.500,0 (766,9)
863 71	Darlehen an Sonstige im Inland	11.500,0 (5.879,9)	9.000,0 (4.601,6)	11.500,0 (5.879,9)	9.000,0 (4.601,6)
883 71	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	5.000,0 (2.556,5)	1.750,0 (894,8)	5.000,0 (2.556,5)	1.750,0 (894,8)
891 71	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	1.200,0 (613,6)	500,0 (255,6)	1.200,0 (613,6)	500,0 (255,6)
892 71	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	2.000,0 (1.022,6)	500,0 (255,6)	2.000,0 (1.022,6)	500,0 (255,6)
893 71	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	9.700,0 (4.959,5)	3.250,0 (1.661,7)	9.700,0 (4.959,5)	3.250,0 (1.661,7)
	72 Förderung von sozialen Diensten im bayerischen Netzwerk Pflege				
526 72	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)
531 72	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)	100,0 (51,1)
684 72	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	7.200,0 (3.681,3)	1.400,0 (715,8)	7.700,0 (3.936,9)	1.400,0 (715,8)

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2001		2002	
		Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)	Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)
1	2	3	4	5	6
10 07	73 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie				
685 73	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	6.295,0 (3.218,6)	550,0 (281,2)	4.495,0 (2.298,3)	550,0 (281,2)
893 73	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.100,0 (562,4)	800,0 (409,0)	1.100,0 (562,4)	800,0 (409,0)
	74 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe				
893 74	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	10.000,0 (5.112,9)	5.000,0 (2.556,5)	10.000,0 (5.112,9)	5.000,0 (2.556,5)
	79 Förderung von Heimen und ähnlichen Einrichtungen nach Art. 24 Bayer. Schulfinanzierungsgesetz				
893 79	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	3.400,0 (1.738,4)	3.000,0 (1.533,9)	3.400,0 (1.738,4)	3.000,0 (1.533,9)
	82 Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder				
526 82	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	50,0 (25,6)	40,0 (20,5)	50,0 (25,6)	40,0 (20,5)
	85 Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich				
526 85	Kosten von Untersuchungen u. dgl.	75,0 (38,3)	30,0 (15,3)	75,0 (38,3)	30,0 (15,3)
531 85	Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation	150,0 (76,7)	60,0 (30,7)	150,0 (76,7)	60,0 (30,7)
653 85	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	550,0 (281,2)	330,0 (168,7)	550,0 (281,2)	330,0 (168,7)
683 85	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	50,0 (25,6)	30,0 (15,3)	50,0 (25,6)	30,0 (15,3)
684 85	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	350,0 (179,0)	200,0 (102,3)	350,0 (179,0)	200,0 (102,3)
10 08	92 Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie				
893 92	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)	400,0 (204,5)

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 10

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	2001		2002	
		Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)	Haushalts- ansatz Tsd. DM (Tsd. Euro)	Verpfl. Er- mächtigung Tsd. DM (Tsd. Euro)
1	2	3	4	5	6
10 08	97 Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung psychisch Kranker und psychisch Behinderter; psychosoziale Prävention				
893 97	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige	1.500,0 (766,9)	1.500,0 (766,9)	1.500,0 (766,9)	1.500,0 (766,9)
10 20					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	4.705,0 (2.405,6)	1.380,0 (705,6)	4.785,0 (2.446,5)	-
526 11	Kosten für Sachverständige	13,0 (6,6)	-	213,0 (108,9)	150,0 (76,7)
10 50					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	28.000,0 (14.316,2)	6.000,0 (3.067,8)	27.500,0 (14.060,5)	6.000,0 (3.067,8)
	51 Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion				
518 51	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Räume, Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	4.900,0 (2.505,3)	2.000,0 (1.022,6)	4.900,0 (2.505,3)	2.000,0 (1.022,6)
10 53					
518 01	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	45.500,0 (23.263,8)	7.000,0 (3.579,0)	45.500,0 (23.263,8)	7.000,0 (3.579,0)
10 71					
891 01	Zuschuss für Bauinvestitionen	4.428,7 (2.264,4)	1.000,0 (511,3)	6.300,0 (3.221,1)	5.000,0 (2.556,5)
10 72					
883 01	Zuweisungen für Investitionen an Bezirke	18.000,0 (9.203,3)	18.000,0 (9.203,3)	18.000,0 (9.203,3)	18.000,0 (9.203,3)
10 90					
	79 Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten				
522 79	Verbrauchsmittel	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)	700,0 (357,9)
Epl. 10					
710 00	Staatlicher Hochbau mit Gesamtkosten von mehr als 2 Mio DM je Maßnahme (Anlage S)	11.000,0 (5.624,2)	30.000,0 (15.338,8)	30.000,0 (15.338,8)	26.000,0 (13.293,6)
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen:		227.730,0 (116.436,5)		175.040,0 (89.496,5)

Wirtschaftsplan
für das Krankenhaus
mit kaufmännischer doppelter Buchführung
Hohe Warte Bayreuth

(Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit)

Die Kosten der Krankenhausleistungen sind gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze - KHG - vom 10. April 1991 (BGBl I S. 886) nach Maßgabe der Krankenhaus-Buchführungs-Verordnung auf der Grundlage der kaufmännischen Buchführung und einer Kosten- und Leistungsrechnung zu ermitteln.

A. Anlage zu Kapitel 10 71
Wirtschaftsplan für das Krankenhaus Hohe Warte Bayreuth
(KHW)

A. Erfolgsplan für die Geschäftsjahre 2001 und 2002 (1.1. - 31.12.)

KGr	Aufwendungen	2001	2002	Soll 2000	Ist 1999
		Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
60, 61	Löhne und Gehälter einschl. gesetzl. Sozialabgaben*)	58.201,3	59.584,9	56.942,2	51.881,2
62	Aufwendungen für die Altersversorgung	3.290,3	3.368,5	3.142,5	2.933,0
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	185,0	190,0	200,0	140,0
64	Sonstige Personalaufwendungen	495,7	512,5	356,8	242,2
60 - 64	Personalaufwendungen	62.172,3	63.655,9	60.641,5	55.196,4
60 - 64	Personalaufwendungen aus zweckgebundenen Einnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0
60 - 64	Personalaufwendungen insgesamt	62.172,3	63.655,9	60.641,5	55.196,4
	*) Zu KGr 60 - 62: davon				
	Löhne der Arbeiter	4.438,8	4.549,7	5.410,4	3.983,5
	Mehrarbeitsvergütungen für Beamte	21,0	21,5	20,6	20,0
	Überstundenvergütungen für Angestellte	2.000,0	2.050,0	1.887,4	1.957,5
	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für ehrenamtlich und nebenberuflich Tätige	0,0	0,0	0,0	0,0
65	Lebensmittel	990,0	1.010,0	985,0	950,0
66	Medizinischer Bedarf	16.464,2	16.793,5	17.310,0	14.619,3
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	1.678,0	1.762,0	1.811,1	1.341,5
68	Wirtschaftsbedarf	4.300,0	4.300,0	4.036,3	3.531,2
69	Verwaltungsbedarf	800,0	826,0	804,0	1.015,5
70	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	285,0	292,0	336,4	262,0
71	Wiederbeschaffte Gebrauchsgüter (soweit Festwerte)	0,0	0,0	0,0	0,0
72	Instandhaltung				
	a) erfolgswirksam	3.840,0	3.976,0	3.139,8	3.177,8
	b) erfolgsneutral	50,0	50,0	150,0	0,0
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	235,5	243,0	235,5	214,3
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0	0,0
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	167,0	171,0	141,0	142,0
65 - 74, 78	Sachaufwendungen	28.809,7	29.423,5	28.949,1	15.253,6
65 - 74, 78	Sachaufwendungen aus zweckgebundenen Einnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0
65 - 74, 78	Sachaufwendungen insgesamt	28.809,7	29.423,5	28.949,1	25.253,6
75	Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführung der Fördermittel nach KHG zu Sonderposten oder Verbindlichkeiten	4.894,8	5.124,8	9.389,6	19.841,3
76	Abschreibungen				
	a) erfolgswirksam	1.387,5	1.372,0	1.495,0	1.095,0
	b) erfolgsneutral	4.565,2	4.638,3	5.476,0	4.320,0
77	Aufwendungen für die Nutzung von Anlagegütern nach § 9 Abs. 2 Nr. 1 KHG	128,5	130,0	156,5	139,1
79	Übrige Aufwendungen	77,0	87,0	87,0	20,0
	- Budgetausgleich	0,0	0,0	0,0	0,0
75 - 77, 79	Andere Aufwendungen	11.053,0	11.352,1	16.604,1	25.415,4
	Gesamt	102.035,0	104.431,5	106.194,7	105.865,4

Anlage zu Kapitel 10 71

KGr	Erträge	2001	2002	Soll 2000	Ist 1999
		Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
40	Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen				
	a) Pflegesatzbudget	82.466,8	84.433,8	80.891,0	73.212,5
	b) Budgetausgleich	0,0	0,0	0,0	74,2
41	Erlöse aus Wahlleistungen	837,0	837,0	880,0	791,5
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des KHW	802,0	802,0	700,5	708,0
43	Nutzungsentgelte (Kostenerstattung und Vorteilsausgleich) und sonstige Abgaben der Ärzte	2.149,0	2.149,0	2.162,3	2.138,7
44	Rückvergütungen, Vergütungen und Sachbezüge	644,5	657,5	604,0	632,2
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, Notarztdienst	3.341,5	3.409,5	3.322,5	3.226,6
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand sowie Zuwendungen Dritter	175,0	175,0	65,0	146,7
55	Bestandsveränderungen, aktivierte Eigenleistungen	25,0	25,0	0,0	20,0
57	Sonstige ordentliche Erträge	539,6	543,1	884,8	525,4
40-45, 47, 55, 57	Betriebliche Erträge	90.980,4	93.031,9	89.510,1	81.475,8
46	Erträge aus Fördermitteln nach KHG				
	a) Fördermittel, die zu passivieren sind	7.881,7	5.799,7	9.083,1	11.415,6
	b) sonstige Fördermittel	178,5	180,0	306,5	139,1
48	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten, aus Darlehens- und Eigenmittelförderung	187,3	187,3	235,0	187,3
49	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Verbindlichkeiten nach dem KHG und Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	4.556,4	4.631,0	5.549,5	4.271,8
50	Erträge aus Beteiligungen und anderen Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,0	1,0	3,0	0,5
52	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	1,0	1,0	1,0	2,5
54	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	6.208,2
58	Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1 bis 3 BPfIV für frühere Geschäftsjahre	0,0	0,0	0,0	0,0
59	Übrige Erträge	45,5	45,5	11,5	111,8
46, 48-52, 54, 58, 59	Andere Erträge	12.851,4	10.845,5	15.189,6	22.336,8
	Erträge insgesamt	103.831,8	103.877,4	104.699,7	103.812,6
	Jahresfehlbetrag	0,0	554,1	1.495,0	2.052,8
	Jahresüberschuss	-1.796,8	0,0	0,0	0,0
	Gesamt	102.035,0	104.431,5	106.194,7	105.865,4

Erläuterungen zum Erfolgsplan für das Krankenhaus Hohe Warte Bayreuth:

Die Beträge folgender Aufwendungspositionen sind verbindlich:

1. Löhne der Arbeiter
2. Mehrarbeitsvergütungen für Beamte
3. Überstundenvergütungen für Angestellte
Durch Verringerung der geleisteten Überstunden eingesparte Personalaufwendungen dürfen zur Beschäftigung von Krankenpflegepersonal und Ärzten über den Stellenplan hinaus verwendet werden.
4. Summe Personalaufwendungen (KGr 60 - 64)
5. Summe Sachaufwendungen (KGr 65 - 74, 78)
6. Mindereinnahmen bis zu 200,0 Tsd. DM aus humanitären Gründen für Behandlungen

B. Finanzplan für das Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

Geschäftsjahre 2001 und 2002 (1.1. - 31.12.)

Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM	2002 Tsd. DM	Soll 2000 Tsd. DM	Ist 1999 Tsd. DM
Bedarf:				
1. Vermehrung des Anlagevermögens Verpflichtungsermächtigung 2001: 1,0 Mio DM Verpflichtungsermächtigung 2002: 5,0 Mio DM	6.203,7	8.125,0	13.792,3	19.344,6
2. Vermehrung des Umlaufvermögens	0,0	0,0	0,0	0,0
3. Jahresfehlbetrag lt. Erfolgsplan	0,0	554,1	1.495,0	0,0
4. Örtliche Beteiligung für geförderte Instandsetzungen	0,0	0,0	0,0	0,0
5. Abführung von Fördermitteln an Träger aus Vorfinanzierungen	4.862,3	0,0		
Summe	11.066,0	8.679,1	15.287,3	19.344,6
Deckung:				
1. Zuweisungen für Investitionen nach KHG:				
1.1 Gerätepauschale (Teilpauschale für Investitionen)	1.936,3	1.934,8	1.915,0	1.485,2
1.2 sonstige Fördermittel für Errichtungsmaßnahmen nach § 9 Abs. 1 KHG (19 % örtliche Beteiligung des Trägers)	5.945,4	3.864,9	8.536,6	9.930,4
2. Erfolgswirksame Abschreibungen	1.387,5	1.372,0	1.495,0	1.095,0
2.1 Jahresüberschuss	1.796,8	0,0	0,0	0,0
3. Zuweisungen des Krankenhausträgers:				
3.1 für den laufenden Betrieb (davon örtliche Beteiligung an Instandsetzungen)	0,0	0,0	0,0	0,0
3.2 für Investitionen	0,0	1.507,4	3.340,7	0,0
4. Auflösung von Rückstellungen	0,0	0,0	0,0	6.208,2
Summe	11.066,0	8.679,1	15.287,3	18.718,8

Erläuterungen zum Finanzplan

	Tsd. DM	Tsd. DM	Gesamt- kosten *) Tsd. DM	Veranschlagt einschl. 2000 Tsd. DM
1. Baumaßnahmen				
1.1 Sanierung des Wirtschaftsgebäudes	0,0	0,0	11.840,0	11.900,0
1.2 Errichtung eines Funktionsbaues (3. Bauabschnitt) **)	1.028,7	0,0	63.420,0	62.391,3
1.3 Errichtung eines Zentrums für Schädel-Hirn-Verletzte	0,0	0,0	6.176,0	6.176,0
1.4 Errichtung einer Feuerwehrumfahrt	0,0	0,0	600,0	600,0
1.5 Sanierung des Speisesaales	300,0	0,0	300,0	0,0
1.6 Überdachung der Patiententerrassen (Abschluss)	300,0	0,0	1.500,0	1.200,0
1.7 Planungskosten (4. Bauabschnitt)	2.500,0	3.000,0		500,0
Baukosten (4. Bauabschnitt, Anfinanzierung)	0,0	3.000,0		
1.8 Sonstige kleine Baumaßnahmen	150,0	150,0		
1.9 Sonstige Planungskosten	150,0	150,0		
Summe 1	4.428,7	6.300,0	83.836,0	82.767,3

*) Zu 1.1: Kostenfestsetzung vom 22.03.96 (2. Nachtrag)

Zu 1.2: Kostenfestsetzung vom 21.02.96

Zu 1.3: Kostenfestsetzung vom 21.02.96

**) inkl. Planungskosten HU-Bau 1987

2. Beschaffung von Maschinen, Geräten und sonstigen Einrichtungsgegenständen				
2.1 Narkose-/Beatmungsgeräte	75,0	75,0		
Dig. Röntgenaufnahmeplatz	0,0	900,0		
Ultraschall-doppler	450,0	0,0		
2.2 sonstige Ersatz-/Ergänzungsbeschaffungen				
Digitales Rö.-Bildarchiv	800,0	0,0		
2.3 Neubeschaffungen				
Neuro-Navigationseinrichtung (OP)	0,0	500,0		
2.4 Wirtschafts- und Verwaltungsbedarf	220,0	120,0		
2.5 Investitionen in Wohnbauten	80,0	80,0		
2.6 Gebrauchsgüter (pflegesatzfähig)	150,0	150,0		
Summe 2	1.775,0	1.825,0		
Gesamtsumme	6.203,7	8.125,0		

3. Die Summen der Pos. 1 und 2 der Erläuterungen zum Finanzplan (Bedarf) sind jeweils verbindlich.

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 2 000 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des

Epl. 10

1. Die Anlage S enthält 8 Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Gesamtkosten von 223,1 Mio DM und 9 Planungstitel (davon wurden bereits 3 Titel teilweise in Bautitel umgewandelt). Bis einschl. 1999 wurden 134,1 Mio DM bewilligt. 2000 standen 26,0 Mio DM zur Verfügung. Ab 2003 werden noch 22,0 Mio DM benötigt.
Neu in den Haushalt wurden 2 Vorhaben eingestellt.
2. Die Baumaßnahmen sind kreditfinanziert. Gemäß Nr. 1.3 DBestHG sind die in der Anlage S veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen innerhalb des Einzelplans gegenseitig deckungsfähig. Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrundeliegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. Sie ist nur im Rahmen gemäß Art. 39 Abs. 4 BayHO freigegebener Haushaltsmittel möglich.
3. Bei Baumaßnahmen mit geschätzten Gesamtkosten über 2 Mio DM wird die Höhe der künftigen jährlichen Haushaltsmehrbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltsunterlage – Bau – ermittelt und mit dieser dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags anlässlich des Antrages auf Aufhebung des Sperrvermerks zur Kenntnis gebracht.
4. Für die großen Baumaßnahmen aus dem Bereich des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit sind neben den Ausgaben im Epl. 10 Anlage S auch bei Kap. 13 13 TG 59 Ausgabemittel von 19,0 Mio DM in 2001 veranschlagt.

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5		6
10 12		Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte				
735 01-5	054	Unterbringung des Sozialgerichts Bayreuth	---	---	A B C	--- 1.549,9 591,6
		Zugleich Summe Kapitel 10 12				
10 15		Verwaltungsschule der Sozialverwaltung				
710 04-4	133	Ausbau des Bildungszentrums, 2. BA - Planung -	---	---	A	---
		Zugleich Summe Kapitel 10 15				
10 20		Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung				
710 01-7	214	Bayer. Landesamt für Versorgung und Familienförderung Sanierung des Flachdaches auf dem Gebäude Schellingstraße 155 sowie Erneuerung der Fassadenelemente des EDV-Traktes	---	---	A B C	--- 15,5 462,7
720 01-5	214	Amt für Versorgung und Familienförderung Landshut Aufstockung des 1. Erweiterungsbaus	---	---	A B C	--- 668,5 1.461,6
730 01-3	214	Amt für Versorgung und Familienförderung Nürnberg Sanierung und Umbau des Gebäudes Roonstr. 20 in Nürnberg	---	---	A B C	--- 182,8 866,3
735 02-7	214	Amt für Versorgung und Familienförderung Bayreuth Errichtung eines Ämtergebäudes auf dem staatseigenen Areal an der Hegelstr. 2	---	---	A B C	--- 1.562,8 365,2
735 03-6	214	Bayer. Landesamt für Versorgung und Familienförderung Errichtung von Ämtergebäuden auf dem Gelände der ehem. Röhrenseekaserne - Planung -	***	***	A	---
740 01-1	054	Amt für Versorgung und Familienförderung Würzburg Errichtung eines Erweiterungsbaues auf dem Gelände Georg-Eydel-Straße 13 in Würzburg <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 4.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.900,0 (1.994,0)	4.000,0 (2.045,2)	A B C	7.000,0 4.838,6 4.117,1
745 01-6	214	Amt für Versorgung und Familienförderung Regensburg, Landshuter Str. 55/57 Errichtung eines Zwischenbaues, Sanierung der Dienstgebäude - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 2.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 2.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	2.600,0 (1.329,4)	3.000,0 (1.533,9)	A B C	1.500,0 76,1 92,1
		Summe Kapitel 10 20	6.500,0 (3.323,4)	7.000,0 (3.579,0)	A B C	8.500,0 7.344,3 7.365,0
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 6.000,0				
		Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 4.000,0				

Erläuterungen

Zu 10 12/735 01

Der Vortrag dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 15/710 04

Die Bayerische Staatsregierung hat im Jahre 1975 die Stadt Wasserburg a. Inn als Standort für den Fachbereich Sozialverwaltung der Bayerischen Beamtenfachhochschule bestimmt. Im Jahre 1993 konnte die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung, in der ein Teil des Fachbereiches Sozialverwaltung der Bayerischen Beamtenfachhochschule untergebracht ist, ihren Betrieb aufnehmen.

Mit VO vom 29.03.1993 wurde zur Aus- und Fortbildung der Bediensteten im Geschäftsbereich des Staatsministerium die Verwaltungsschule der Sozialverwaltung als zentrale Bildungsstätte errichtet. Aufgabe ist die Ausbildung der Beamten des mittleren nichttechnischen Dienstes in der Sozialverwaltung einschließlich vergleichbarer Angestellter und des mittleren, gehobenen und höheren technischen Gewerbeaufsichtsdienstes einschl. der Zulassungsverfahren zum Aufstieg, sowie die Fort- und Weiterbildung der Bediensteten einschl. Schulungen im Bereich der Informationsverarbeitung.

Wegen der Erhöhung der Ausbildungszahlen bei der Bayerischen Beamtenfachhochschule und der Zahlen für Aus- und Fortbildung bei der Verwaltungsschule der Sozialverwaltung muß die Unterbringungs- und Ausbildungskapazität erhöht werden. Zur Kapazitätserweiterung wurden in den vergangenen Jahren drei dem Bildungszentrum gegenüber liegende Grundstücke angekauft.

Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der HU-Bau ermittelt.

Zu 10 20/710 01

Der Vortrag dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 20/720 01

Der Vortrag dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 20/730 01

Der Vortrag dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 20/735 02

Der Vortrag dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 20/740 01

Gesamtkosten	49 715,0	Tsd. DM	
laut baufachlicher Festsetzung vom 03.05.1994.			
Bis einschl. 1999 bewilligt:	34.600,0	Tsd. DM	verausgabt: 27.540,0 Tsd. DM
Ab 2003 noch benötigt:	215,0	Tsd. DM	

Mit den Ansätzen wird die Maßnahme fortgeführt.

Zu 10 20/745 01

Gesamtkosten (geschätzt)	12.000,0	Tsd. DM	davon festgesetzt	5.275,0 Tsd. DM
laut baufachlicher Festsetzung vom 31.05.99				
Bis einschl. 1999 bewilligt:	2.950,0	Tsd. DM	verausgabt:	168,2 Tsd. DM
Ab 2003 noch benötigt:	2.150,0	Tsd. DM		

Verschiedene Diensträume des Amtes für Versorgung und Familienförderung Regensburg liegen unter Erdniveau. In den vergangenen Jahren erfolgten immer wieder Wassereinträge. Selbst durch umfangreiche Maßnahmen konnten diese Wassereinträge nicht verhindert werden. Die Ursachen hierfür sind ungeklärt. Eine Belüftung dieser Räume ist nicht möglich, da unmittelbar an den Räumen eine 5-spurige Straße vorbeiführt. Durch die Errichtung eines Zwischenbaues sollen Ausweichräume geschaffen werden. Anschließend ist die Sanierung der Dienstgebäudes (z. B. Dach und Fassade) vorgesehen.

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
10 30		Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter				
710 01-6	214	Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik Asbestsanierung im Gebäude Pfarrstr. 3 in München	---	---	A B C	--- 787,5 1.816,5
<u>720 01-4</u>	254	Gewerbeaufsichtsamt Landshut Neubau eines Dienstgebäudes - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A	
Summe Kapitel 10 30			500,0 (255,6)	500,0 (255,6)	A B C	- 787,5 1.816,5
Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 3.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 3.000,0						
10 50		Aussiedler, Kontingentflüchtlinge				
730 01-0	246	Landesaufnahmestelle Nürnberg Erneuerung der Heizzentrale - Planung -	***	***	A	---
735 01-5	246	Errichtung bzw. Auflösung von Aufnahmeeinrichtungen in Schnellbauweise - z.T. Planung - <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Kap. 10 50 Tit. 331 01.</i> <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten Tit. 891 01 und 892 01.</i> <i>Soweit im Rahmen des Bauprogramms von Aufnahmeeinrichtungen für Aussiedler Gebäude auf nicht staatseigenen Grundstücken errichtet werden, die für die Bebauung unentgeltlich überlassen werden, können die Gebäude nach 7 Jahren seit Bezugsfertigkeit unentgeltlich den Grundstückseigentümern überlassen werden, wenn kein Staatsbedarf besteht.</i>	---	---	A B C	--- 3.001,7 202,5
Summe Kapitel 10 50			- (-)	- (-)	A B C	- 3.001,7 202,5
10 53		Unterbringung von Asylbewerbern				
735 01-9	249	Errichtung von Sammelunterkünften zur Unterbringung von Asylbewerbern - z.T. Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	3.000,0 (1.533,9)	3.000,0 (1.533,9)	A C	3.000,0 586,7
Zugleich Summe Kapitel 10 53						

Erläuterungen

Zu 10 30/710 01

Der Vortrag dient zur Abrechnung der Maßnahme.

Zu 10 30/720 01

Wegen des dringenden Raumbedarfs der Polizeidienststellen im Gebäude Neustadt 408 a in Landshut müssen für das Gewerbeaufsichtsamt Landshut, das im gleichen Gebäude untergebracht ist, Ausweichräume geschaffen werden. Zur Schaffung der notwendigen Räume soll ein Neubau errichtet werden. Dabei wird u. a. geprüft inwieweit sich auf dem Areal des Franziskanerklosters in Landshut eine bauliche Lösung realisieren läßt. Die Gesamtbaukosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 50/735 01

Für die Unterbringung von Aussiedlern standen staatseigene oder anzumietende Unterbringungseinrichtungen nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Es mußten deshalb Unterkünfte in Schnellbauweise errichtet werden. Der Bau von Unterkünften war kostengünstiger als die Anmietung von Unterbringungsmöglichkeiten. Die Bauten wurden an einer Vielzahl geeigneter Standorte nach einem vereinfachten Verfahren errichtet. Nach Ablauf der genehmigten Standzeiten müssen diese Häuser wieder entfernt werden; es sei denn, ein Grundstückseigentümer ist an einer Übernahme interessiert.

Zu 10 53/735 01

In den vergangenen Jahren wurden in allen Regierungsbezirken Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber geschaffen. Nach den Vereinbarungen mit dem Bund bzw. den einzelnen Gemeinden wurden für die Einrichtungen Nutzungszeiten zwischen 3 und 5 Jahren vereinbart. So müssen in den nächsten Jahren für aufzulösende Aufnahmeeinrichtungen Gemeinschaftsunterkünfte (Kapazität jeweils 500 Plätze) geschaffen werden.

Epl. 10 Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit
Anlage S

Titel	FKZ	Zweckbestimmung	2001 Tsd. DM (Tsd. Euro)	2002 Tsd. DM (Tsd. Euro)	A B C	Soll 2000 Ist 1999 Ist 1998 Tsd. DM
1	2	3	4	5	6	
10 72		Psychisch kranke und hochgefährliche Straftäter				
<u>720 02-5</u>	312	Bezirkskrankenhaus Straubing - Forensische-psychiatrische Klinik - Erweiterungsbauten für die Unterbringung psychisch Kranker nach Straffentlassung - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 3.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 7.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	300,0 (153,4)	5.500,0 (2.812,1)	A	
		Zugleich Summe Kapitel 10 72				
10 92		Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen				
710 01-6	314	Landesuntersuchungsamt Südbayern Umbau des Tierstallgebäudes, Sanierungsmaßnahmen in verschiedenen Gebäuden - Planung - <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 1.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	700,0 (357,9)	1.800,0 (920,3)	A	---
730 05-8	314	Neubau von Dienstgebäuden für das Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen Nordbayern in Erlangen und Sanierung des Altbaues am Eggenreuther Weg 43 <i>Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 16.000,0</i> <i>Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 10.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	---	12.200,0 (6.237,8)	A B C	--- 2.725,0 2.931,5
		Summe Kapitel 10 92	700,0 (357,9)	14.000,0 (7.158,1)	A B C	- 2.725,0 2.931,5
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 17.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 11.000,0				
		Summe Epl. 10	11.000,0	30.000,0	A B C	11.500,0 15.408,4 13.493,8
		Verpflichtungsermächtigung 2001 Tsd. DM 30.000,0 Verpflichtungsermächtigung 2002 Tsd. DM 26.000,0				

Erläuterungen

Zu 10 72/720 02

Zum Schutz der Allgemeinheit vor hochgefährlichen psychisch-kranken Straftätern nach ihrer Haftentlassung soll in Bayern eine geeignete Unterbringungseinrichtung geschaffen werden. Die Baumaßnahme soll auf dem Hochsicherheitsgelände des Bezirkskrankenhauses Straubing durchgeführt und die Einrichtung diesem angegliedert werden.

Die Gesamtbaukosten werden mit der Ausarbeitung der HU-Bau ermittelt.

Zu 10 92/710 01

Wegen der gesetzlichen Verlängerung der Ausbildungsdauer medizinisch-technischen Assistenten und Assistentinnen von zwei auf drei Jahre ergeben sich räumliche Engpässe, die in den derzeit zur Verfügung stehenden Räumen nicht zufriedenstellend gelöst werden können. Die notwendigen Ausbildungskapazitäten können in dem nach Einstellung der Tierhaltung leer stehenden Tierstallgebäude geschaffen werden.

Verschiedene technische Einrichtungen und Versorgungsanlagen müssen grundlegend saniert (Warmwassernetz, Neuinstallation der Brand- und Störmeldealanlagen, Stromverteilung).

Die Gesamtkosten werden mit der Ausarbeitung der Haushaltsunterlage-Bau ermittelt.

Zu 10 92/730 05

Gesamtkosten (geschätzt):	120.000,0 Tsd. DM	davon festgesetzt:	111.500,0 Tsd. DM
---------------------------	-------------------	--------------------	-------------------

laut baufachlicher Festsetzung vom 05.11.1998

Bis einschl. 1999 bewilligt:	54.850,0 Tsd. DM	verausgabt:	6.900,0 Tsd. DM
------------------------------	------------------	-------------	-----------------

Ab 2003 noch benötigt:	19.650,0 Tsd. DM		
------------------------	------------------	--	--

Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme weitergeführt. Die Finanzierung erfolgt in 2001 bei Kap. 13 13 Tit. 730 59.

Stellenplan

für den Geschäftsbereich des

**Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- Einzelplan 10 -

**10 01
Ministerium**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirektor, Ministerialdirektorin	B 9	1	1	1
	Ministerialdirigenten, Ministerialdirigentinnen	B 6	10	10	10
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	15	15	15
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		31	30	30
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	31	30	30
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	26	26	26
	Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen		6	6	6
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		4	4	4
	Veterinärdirektor, Veterinärdirektorin		1	1	1
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	19	23	23
	Gewerbeoberberäte, Gewerbeoberberätinnen		4	4	4
	Medizinaloberberäte, Medizinaloberberätinnen		4	4	4
	Pharmazieoberberät, Pharmazieoberberätin		1	1	1
	Veterinärberäte, Veterinärberätinnen		2	2	2
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	19	14	15
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13+AZ	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen <i>1 Stelle kw ab 01.08.2003</i>	A13	90	89	88
	Amtsräte, Amtsrätinnen <i>1 Stelle kw ab 01.08.2003</i>	A12	22	22	22
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	16	15	15
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen		3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	4	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		2	2	2
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)	A 9	1	-	-
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	13	12	12
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	22	22	22
	Betriebsinspektoren, Betriebsinspektorinnen		2	2	2
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	5	5	5
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin		1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	9	8	8
	Verwaltungsbetriebsobersekretäre, Verwaltungsbetriebsobersekretärinnen		2	2	2
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A 6	1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	4	4	4
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	10	10	10
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin		1	1	1
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	5	4	4
	Zusammen		388	378	378
	Zugang/Abgang			-10	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1998
A13 Regierungsrat, Regierungsrätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1998
	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1998
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
A 7 Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vb Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
VII Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
VIII Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1998
	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
	-0,29	-	Einsparung zum Kostenausgleich für Stellenhebungen
Summe Einsparung	-12,29	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin	-1	-	Umsetzung nach 03 01 (Eingliederung der Gesundheitsämter und Veterinärämter in die Landratsämter)
A 9+ Amtsinspektor, Amtsinspektorin AZ	-1	-	Umsetzung nach 03 01 (Eingliederung der Gesundheitsämter und Veterinärämter in die Landratsämter)
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellter, Angestellte	-1	-	Umsetzung nach 03 08 (Zuständigkeitsänderung im Bereich Approbation)
Summe Umsetzung	-3	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
B 3 Ministerialrat, Ministerialrätin	-1	-	Umwandlung nach BesGr A15 (RD) zur Finanzierung einer Umsetzung und Umwandlung von 10 90 BesGr A 15 (Medizinaldirektor) nach 02 01 BesGr B 3 (MR)

**10 01
Ministerium**
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		174	171	172
	- gehobener Dienst		139	135	134
	- mittlerer Dienst		55	53	53
	- einfacher Dienst		20	19	19
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Die ausgewiesenen Stellen dürfen in Einzelfällen auch mit Beamten anderer Fachrichtungen derselben Laufbahngruppe besetzt werden.</i>				
	Leerstellen				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6	1	1	1
	Leitende Ministerialräte, Leitende Ministerialrätinnen	B 3	4	4	4
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen		2	2	2
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	4	4	4
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	8	8	8
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	10	10	10
	Regierungsrat, Regierungsrätin	A13	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	4	4
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	10	10	10
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	4	4	4
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	4	4	4
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	2	2	2
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	2	2	2
	Zusammen		60	61	61
	Zugang/Abgang			+1	-
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16	1	1	1
		A15	5	5	5
		A14	4	4	4
		A13	1	1	1
		A13	2	2	2
		A12	5	5	5
		A11	1	1	1
		A 9	2	2	2
		A 8	1	1	1
		A 5	2	2	2
		A 4	2	2	2
	Zusammen		26	26	26
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr III BAT	III	2	3	3
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	2	1	1
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	3	3	3
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	6	6	6

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
A15 Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	+1	-	Umwandlung von BesGr B 3 (MR) zur Finanzierung einer Umsetzung und Umwandlung von 10 90 BesGr A 15 (Medizinaldirektor) nach 02 01 BesGr B 3 (MR)
A13 Regierungsrat, Regierungsrätin Oberamtsrat, Oberamtsrätin	+1 -1	+1 -1	Umwandlung von BesGr A 13 (OAR) Umwandlung nach BesGr A 13 (RR)
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	+3	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 13 (RR)
A13 Regierungsräte, Regierungsrätinnen Oberamtsrat, Oberamtsrätin	-3 +1	- -	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 14 (ORR) kostenneutrale Hebung von BesGr A 12 (AR)
A12 Amtsrat, Amtsrätin	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 11 (RA)
A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 13 (OAR) kostenneutrale Hebung nach BesGr A 12 (AR)
Titel 425 01 (Angestellte)			
III Angestellter, Angestellte	+1	-	Kostenneutrale Hebung von VergGr IVa
IVa Angestellter, Angestellte	-1	-	Kostenneutrale Hebung nach VergGr III
Vb Angestellter, Angestellte	+1	-	Kostenneutrale Hebung von VergGr Vc
Vc Angestellter, Angestellte	-1	-	Kostenneutrale Hebung nach VergGr Vb
Vlb Angestellter	+1	-	Kostenneutrale Hebung von VergGr Vlb
Vlb Angestellter	-1	-	Kostenneutrale Hebung nach VergGr Vc
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Ministerialrat, Ministerialrätin	-1	-	Absenkung nach BesGr A 14 (ORR) zum Kostenausgleich für Hebungen
A14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	+1	-	Absenkung von BesGr A 16 (MR) zum Kostenausgleich für Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A			
	-15,29	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20- Punkte-Prg für 1998
Summe Einsparung	-2	-	

10 01
Ministerium

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 425 01					
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	40	39	39
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	23	22	22
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	29	28	28
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	22	19,71	19,71
	Zusammen Zugang/Abgang		127	121,71 -5,29	121,71 -
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	7	7	7
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	4	4	4
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	12	12	12
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	2	2	2
	Zusammen		25	25	25
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		6	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		6	- -6	- -
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		17	15	15
	Zusammen Zugang/Abgang		17	15 -2	15 -
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		388	378	378
425 01	Angestellte		127	121,71	121,71
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		515	499,71	499,71
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		6	-	-
426 01	Arbeiter		17	15	15
	Personalsoll B		23	15	15

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Umsetzung			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	-6	-	Umsetzung nach 03 08 (Zuständigkeitsänderung im Bereich Approbation)
Summe Umsetzung	-6	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-8	-	
LEERSTELLEN			
neu			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin	+1	-	neu
Summe neu	+1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1	-	

10 04
Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin	B 6	1	1	1
	Leitender Ministerialrat, Leitende Ministerialrätin	B 3	1	1	1
	Ministerialrat, Ministerialrätin		1	1	1
	Ministerialräte, Ministerialrätinnen	A16	2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	3	3
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	15	15	15
	Amtsräte, Amtsrätinnen	A12	3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	4	2	2
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Zusammen		36	32	32
	Zugang/Abgang			-4	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		13	11	11
	- gehobener Dienst		22	20	20
	- mittlerer Dienst		1	1	1
	Leerstellen				
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	2	2	2
	Zusammen		4	4	4
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A14	1	1	1
		A13	1	1	1
		A12	1	1	1
	Zusammen		3	3	3
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	2	2
	Angestellter der VergGr VIb BAT	VIb	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	3	3	3
	Zusammen		6	6	6
	Leerstellen				
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	2	2	2
	Zusammen		3	3	3
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellter, Angestellte		1	1	1
	Zusammen		1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1999
A14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1998
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG und dem 20-Punkte-Prg für 1998
Summe Einsparung	-4	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-4	-	

10 04
Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	3	4	5
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		36	32	32
425 01	Angestellte		6	6	6
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		42	38	38
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	1	1
	Personalsoll B		1	1	1

10 08

Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
TG	52 Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids				
425 52	Angestellte a) Technischer Dienst				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	2	2
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	6	6	6
	Zusammen		8	8	8
425 52	Angestellte b) Verwaltungsdienst				
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	2	2	2
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	2	2	2
	Angestellter, Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	1	1	1
	Zusammen		5	5	5
TG	56 Aussenstellen des Landesprüfungsamtes				
422 56	Planmäßige Beamte				
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	-	-
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	-	-
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	1	-	-
	Zusammen		5	-	-
	Zugang/Abgang			-5	-
425 56	Angestellte				
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	-	-
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	7	-	-
	Zusammen		8	-	-
	Zugang/Abgang			-8	-
TG	59 - 60 Verhütung und Bekämpfung von Tierseuchen				
425 60	Angestellte a) Technischer Dienst				
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	8	8	8
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	3	3	3
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	3	3	3
	Zusammen		15	15	15
425 60	Angestellte b) Verwaltungsdienst				
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	2	2	2
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	3	3	3
	Zusammen		5	5	5
426 60	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		4	4	4
	Zusammen		4	4	4

Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Umsetzung			
Titel 422 56 (Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08/TG 51 (Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Approbation / Prüfungswesen)
A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08/TG 51 (Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Approbation / Prüfungswesen)
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08/TG 51 (Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Approbation / Prüfungswesen)
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08/TG 51 (Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Approbation / Prüfungswesen)
Titel 425 56 (Angestellte)			
Vc Angestellter, Angestellte	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08/TG 51 (Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Approbation / Prüfungswesen)
VIb Angestellte	-7	-	Umsetzung und Umwandlung nach 03 08/TG 51 (Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich Approbation / Prüfungswesen)
Summe Umsetzung	-13	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-13	-	

10 08

Allgemeine Bewilligungen - Gesundheits- und Veterinärwesen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
425 52	Angestellte a) Technischer Dienst		8	8	8
425 52	Angestellte b) Verwaltungsdienst		5	5	5
422 56	Planmäßige Beamte		5	-	-
425 56	Angestellte		8	-	-
425 60	Angestellte a) Technischer Dienst		15	15	15
425 60	Angestellte b) Verwaltungsdienst		5	5	5
426 60	Arbeiter		4	4	4
	Personalsoll B		50	37	37

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsidenten der Landesarbeitsgerichte, Präsidentinnen der Landesarbeitsgerichte an Gerichten mit 26 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 6	2	2	2
	Vizepräsidenten der Landesarbeitsgerichte, Vizepräsidentinnen der Landesarbeitsgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 6	R 3+AZ	2	2	2
	Präsident des Arbeitsgerichts, Präsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit bis zu 40 Richterplanstellen	R 3	1	1	1
	Vorsitzende Richter und Richterinnen an Landesarbeitsgerichten		13	13	13
	Vizepräsident des Arbeitsgerichts, Vizepräsidentin des Arbeitsgerichts an einem Gericht mit 16 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	1	1	1
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		4	4	4
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen	R 2	2	2	2
	Richter am Arbeitsgericht, Richterinnen am Arbeitsgericht als ständige Vertreter von Direktoren an Gerichten mit 8 und mehr Richterplanstellen		4	4	4
	Direktoren der Arbeitsgerichte, Direktorinnen der Arbeitsgerichte an Gerichten mit 4 bis 7 Richterplanstellen		6	6	6
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten <i>3 Stellen kw ab 1.1.2003.</i>	R 1	82	83	83
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen <i>2 Stellen dürfen mit Arbeitsrichtern der BesGr R 1 besetzt werden.</i>	A14	2	2	2
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13+AZ	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	10	10	10
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	1	1
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	21	21	21
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		2	2	2
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	23	29	29
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	11	6	6
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	3	3	3
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	7	7	7
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	36	37	37
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	1	1
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	55	55	55

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vlb Angestellte	-2	-	Umsetzung nach 10 12
Summe Umsetzung	-2	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
R 1 Richter am Arbeitsgericht, Richterin am Arbeitsgericht	+1	-	Umwandlung von 425 01/VergGr VIII (3 Stellen)
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	+1	-	Umwandlung von 422 11/BesGr A 9
A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	+1	-	Umwandlung von 425 01/VergGr V c
A 6 Regierungssekretär, Regierungssekretärin	+1	-	Umwandlung von 422 01/BesGr A 4
A 4 Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherin	-	+1	Umwandlung von 426 01/Arbeiter
	-1	-	Umwandlung nach 422 01/BesGr A 6
Titel 422 11 (Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe)			
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	-1	-	Umwandlung nach 422 01/BesGr A 9
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellter, Angestellte	-1	-	Umwandlung nach 422 01/BesGr A 8
VIII Angestellte	-3	-	Umwandlung nach 422 01/BesGr R1
Summe Umwandlung	-2	+1	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte (Richter))			
A10 Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	+6	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 9
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	-6	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 10
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-4	+1	

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	40	41	42
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	5	5	5
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	2	2	2
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherin		1	-	-
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	3	3	3
	Zusammen		351	354	355
	Zugang/Abgang			+3	+1
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		119	120	120
	- gehobener Dienst		74	75	75
	- mittlerer Dienst		144	146	147
	- einfacher Dienst		14	13	13
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Zu den Tit. 422 01, 422 11 und 425 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 6 - A 9+AZ) und für vergleichbare Angestellte in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
	2) Bis zu 10 Hochschullehrer, die ein Richteramt als zweites Hauptamt ausüben, dürfen auf einer Richterplanstelle verrechnet werden.				
	3) Die Stellen für Oberamtsmeister (BesGr A 6, A 5), für Amtsmeister und Betriebshauptaufseher (BesGr A 4) sowie für Betriebsoberaufseher und Hauptamtsgehilfen (BesGr A 3) dürfen auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.				
	Leerstellen				
	Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht, Vorsitzende Richterinnen am Landesarbeitsgericht	R 3	1	1	1
	Richter an Arbeitsgerichten, Richterinnen an Arbeitsgerichten	R 1	12	12	12
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A 11	1	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A 10	9	9	9
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	5	5	5
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	17	17	17
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	9	9	9
	Zusammen		62	62	62
422 11	Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe				
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin z.A.	A 9	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Rechtspflegeranwärter, Rechtspflegeranwärterinnen,	A 9	13	13	13
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen				
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A 6	21	21	21
	Zusammen		34	34	34

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Umwandlung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterin	-	-1	Umwandlung nach 422 01/BesGr A 6
Summe Umwandlung	-	-1	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-	-1	

10 10
Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R 1	2	2	2
		A12	1	1	1
		A11	2	2	2
		A 8	1	1	1
	Zusammen		6	6	6
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	10	9	9
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	41	39	39
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	6	6	6
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	15	12	12
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	2	2	2
	Zusammen		74	68	68
	Zugang/Abgang			-6	-
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	15	15	15
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	3	3	3
	Zusammen		18	18	18
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		3	3	3
	Zusammen		3	3	3
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		9	9	8
	Zusammen		9	9	8
	Zugang/Abgang			-	-1
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		351	354	355
422 11	Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe		1	-	-
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		34	34	34
425 01	Angestellte		74	68	68
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		460	456	457
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		3	3	3
426 01	Arbeiter		9	9	8
	Personalsoll B		12	12	11

10 12

Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)				
	Präsident des Landessozialgerichts, Präsidentin des Landessozialgerichts an einem Gericht mit 101 und mehr Richterplanstellen im Bezirk	R 8	1	1	1
	Präsident des Sozialgerichts, Präsidentin des Sozialgerichts an einem Gericht mit 41 und mehr Richterplanstellen	R 4	1	1	1
	Vizepräsident des Landessozialgerichts, Vizepräsidentin des Landessozialgerichts als der ständige Vertreter eines Präsidenten der BesGr R 8		1	1	1
	Präsidenten der Sozialgerichte, Präsidentinnen der Sozialgerichte an Gerichten mit bis zu 40 Richterplanstellen	R 3	6	6	6
	Vorsitzende Richter und Richterinnen am Landessozialgericht		14	14	14
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 oder R 4 an Gerichten mit 16 und mehr Richterplanstellen	R 2+AZ	4	4	4
	Vizepräsidenten der Sozialgerichte, Vizepräsidentinnen der Sozialgerichte als ständige Vertreter von Präsidenten der BesGr R 3 an Gerichten mit bis zu 15 Richterplanstellen	R 2	3	3	3
	Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht		33	33	33
	Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		3	3	3
	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	R 1	103	103	103
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	1	1
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	10	10	10
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		1	1	1
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	20	20	20
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		2	2	2
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	18	18	18
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		5	5	5
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	3	3	3
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		2	2	2
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	11	11	11
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		5	5	5
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	51	51	51
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	67	67	67
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	28	28	28
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	9	9	9
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	2	2	2

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
VIb Angestellte	+2	-	Umsetzung von 10 10
VIII Angestellter, Angestellte	-1	-	Umsetzung nach 10 20
Summe Umsetzung	+1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+1	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen Zusammen	A 3	2 2 422	2 2 422	2 2 422
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		170	170	170
	- gehobener Dienst		65	65	65
	- mittlerer Dienst		169	169	169
	- einfacher Dienst		18	18	18
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Zu Tit. 422 01, 422 11 und 425 01: Bei Bedarf dürfen die Stellen für Richter (BesGr R 1 - R 3) sowie für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9 - A 13) und des mittleren Dienstes (BesGr A 6 - A 9 + AZ) und für vergleichbare Angestellte in den Kap. 10 10 und 10 12 gegenseitig in Anspruch genommen werden.				
	2) Vgl. Verrechnungsvermerk für Hochschullehrer zu Kap. 10 10 Titel 422 01.				
	3) Die Stellen für Oberamtsmeister (BesGr A 5), für Amtsmeister und Betriebshauptaufseher (BesGr A 4), für Hauptamtsgehilfen (BesGr A 3) sowie Oberamtsgehilfen (BesGr A 2) dürfen auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.				
	Leerstellen				
	Richter am Landessozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	R 2	5	5	5
	Richter an Sozialgerichten, Richterinnen an Sozialgerichten als weitere aufsichtführende Richter an Gerichten mit 15 und mehr Richterplanstellen		3	3	3
	Richter am Sozialgericht, Richterinnen am Sozialgericht	R 1	10	10	10
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	8	8	8
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	5	5	5
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	13	13	13
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	16	16	16
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	19	19	19
	Zusammen		80	80	80
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A 9	5	5	5
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A 6	33	33	33
	Zusammen		38	38	38
422 31	Abgeordnete Beamte (Richter)				
		R 2	2	2	2
		R 1	2	2	2
		A13	1	1	1
		A11	2	2	2
		A 8	1	1	1
	Zusammen		8	8	8
425 01	Angestellte Angestellter, Angestellte der VergGr III BAT	III	1	1	1

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 425 01					
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	6	6	6
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	21	23	23
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	37	37	37
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	35	34	34
	Angestellte der VergGr X BAT	X	4	4	4
	Zusammen Zugang/Abgang		104	105 +1	105 -
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	2	2	2
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	9	9	9
	Angestellter, Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	1	1	1
	Zusammen		12	12	12
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		23	23	23
	Zusammen		23	23	23
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte (Richter)		422	422	422
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		38	38	38
425 01	Angestellte		104	105	105
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		564	565	565
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		23	23	23
	Personalsoll B		23	23	23

10 15
Verwaltungsschule der Sozialverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	-	1	1
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	2	2	2
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	2	2	2
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	A 7	1	1	1
	Zusammen		7	7	7
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		1	1	1
	- gehobener Dienst		4	4	4
	- mittlerer Dienst		2	2	2
	Leerstellen				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
422 31	Abgeordnete Beamte				
	Zusammen	A 8	1	1	1
			1	1	1
425 01	Angestellte				
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	3	3	3
	Zusammen		4	4	4
	Leerstellen				
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		7	7	7
425 01	Angestellte		4	4	4
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		11	11	11
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		3	3	3
	Personalsoll B		3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	+1	-	Umsetzung von 10 20
A14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	-1	-	Umsetzung nach 10 20
Summe Umsetzung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-	-	

10 20

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident eines Landesversorgungsamtes, Präsidentin eines Landesversorgungsamtes als Leiter eines Landesversorgungsamtes mit mehr als 500.000 Versorgungsberechtigten	B 5	1	1	1
	Vizepräsident, Vizepräsidentin als der ständige Vertreter des Leiters eines Landesversorgungsamtes mit mehr als 500 000 Versorgungsberechtigten	B 2	1	1	1
	Abteilungsdirektoren, Abteilungsdirektorinnen		2	2	2
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16+AZ	5	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	11	9	9
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		8	8	8
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	20	19	19
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		29	26	26
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	20	21	21
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		28	22	22
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	9	9	9
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen		7	6	6
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	22	22	22
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		1	-	-
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		5	5	5
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen <i>1 Stelle kw ab 01.01.2001, Wegfall spätestens am 01.07.2003 (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)</i>	A12	56	56	56
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		2	-	-
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		9	9	9
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen <i>2 Stellen kw ab 01.01.2001, Wegfall spätestens am 01.07.2003 unter Anrechnung auf das 20-Punkte-Aktionsprogramm (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)</i>	A11	115	115	115
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		2	-	-
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		22	23	23
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	163	164	165
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		8	8	8
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		1	-	-
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		3	4	4
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen <i>0,5 Stelle kw ab 01.01.2001, Wegfall spätestens am 01.07.2003 (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)</i>	A 9	40	45,50	50,50
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		7	7	7

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Erläuterungen				
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002		
1	2	3	4	
Personalsoll A (Personal auf Stellen)				
Einsparung				
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)				
A16	Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
A13	Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
A12	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
A11	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
A10	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
A 9	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	-0,50	-	Einsparung mit Vermerkänderung (Realisierung des Halbtagsvermerks (Übergang Beihilfebearbeitung))
A 4	Amtsmeister, Amtsmeisterin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1999
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
A 3	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1999
Titel 425 01 (Angestellte)				
Ila	Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1999 und Vollzug des kw-Vermerks
Vb	Angestellte	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998 und Vollzug des kw-Vermerks
		-4	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1999 und Vollzug des kw-Vermerks
Vc	Angestellte	-2	-	Einsparung gemäß dem 20-Punkte-Prg. für 1999 sowie im Vollzug des kw-Vermerks
VIb	Angestellte	-2	-	Einsparung gemäß dem 20-Punkte-Prg. für 1999 sowie im Vollzug des kw-Vermerks
		-	-1	Einsparung (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)
VII	Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
		-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998 und Vollzug des kw-Vermerks
		-4	-	Einsparung gemäß dem 20-Punkte-Prg. für 1999 sowie im Vollzug des kw-Vermerks
		-5	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1999
		-0,50	-	Einsparung mit Vermerkänderung (Realisierung des Halbtagsvermerks)
		-	-1,50	Einsparung (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)

10 20

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 422 01					
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	7	7	7
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		4	4	4
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	26	26	26
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		18	18	18
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen 2 Stellen kw ab 01.01.2001, Wegfall spätestens am 01.07.2003 (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)	A 8	126	126	126
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		20	20	20
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	171	171	171
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	101	101	101
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	10	10	10
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		4	4	4
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	24	24	24
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		5	5	5
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		3	3	3
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	16	15	15
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		2	2	2
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin		1	-	-
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	4	3	3
	Zusammen		1.140	1.127,50	1.133,50
	Zugang/Abgang			-12,50	+6
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		141	129	129
	- gehobener Dienst		457	459,50	465,50
	- mittlerer Dienst		473	473	473
	- einfacher Dienst		69	66	66
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bis zu jeweils 11 Planstellen des einfachen und des höheren Dienstes dürfen bei Bedarf mit Beamten anderer Fachrichtungen derselben Laufbahngruppe besetzt werden.				
	Bis zu 8 Planstellen für Medizinaloberräte (BesGr A 14) dürfen bei Bedarf mit angestellten Ärzten der VergGr Ia FGr 4 des Teils I der Anlage 1 a zum BAT besetzt werden.				
	2) Aus dem Stellenplan können bis zu 15 Bedienstete beschäftigt werden, die Aufgaben für staatlich verwaltete Stiftungen wahrnehmen.				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		3	3	3
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	2	2	2
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		9	9	9
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	10	10	10
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	53	53	53
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	32	32	32

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
VIII Angestellte	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
	-4	-	Einsparung gemäß dem 20-Punkte-Prg. für 1999 sowie im Vollzug des kw-Vermerks
IXb Angestellte	-5	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Prg. für 1999
	-5	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte-Prg. für 1998
Summe Einsparung	-52	-2,50	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	-1	-	Umsetzung nach 10 15
A14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	+1	-	Umsetzung von 10 15
A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	+1	-	Umsetzung von 10 65
A 7 Technischer Obersekretär, Technische Obersekretärin	+1	-	Umsetzung von 10 30
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 9 Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	-15	-	Umsetzung und Umwandlung nach Kap. 10 30 / 422 21 (Anwärter für den gehobenen technischen Dienst)
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellter, Angestellte	-1	-	Umsetzung nach 10 65
VII Angestellter, Angestellte	+1	-	Umsetzung von 10 50 wegen Aufbau der IV- Unterstützung für den Geschäftsbereich des StMAS
VIII Angestellter, Angestellte	+1	-	Umsetzung von 10 12
Summe Umsetzung	-12	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	-1	-	Umwandlung nach 425 01 VergGr I
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-3	-	Umwandlung nach 425 01 VergGr I a
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-6	-	Umwandlung nach 425 01 VergGr I b
A13 Medizinalrat, Medizinalrätin	-1	-	Umwandlung nach 425 01 VergGr IV a
A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 7 (TOS), 425 01 VergGr VII und VergGr VIII
A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	-	+1	Umwandlung von 422 21 (7 x A 9, 10 x A 6)
Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 7 (TOS), 425 01 VergGr VII und VergGr VIII
A 9 Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	+6	-	Umwandlung von 425 01 VergGr VII

10 20

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	10	10	10
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	25	25	25
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	44	44	44
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	40	40	40
	Zusammen		234	234	234
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A 9	89	74	67
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A 6	82	82	72
	Zusammen		171	156	139
	Zugang/Abgang			-15	-17
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:</i> <i>Auf den Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst dürfen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen vorübergehend Beamte im Eingangsamt derselben Laufbahngruppe verrechnet werden, wenn und soweit die Anstellung oder Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit aufgrund der haushaltsrechtlichen Stellensperren nicht mehr möglich wäre. Auf je fünf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst können zwei Beamte im Eingangsamt derselben Laufbahngruppe geführt werden.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A16	3	3	3
		A15	3	3	3
		A14	4	4	4
		A13	1	1	1
		A13	2	2	2
		A12	4	4	4
		A11	7	6	6
		A10	2	2	2
		A 9	4	4	4
		A 8	5	5	5
		A 7	6	6	6
		A 6	1	1	1
	Zusammen		42	41	41
	Zugang/Abgang			-1	-
425 01	Angestellte				
	Angestellter, Angestellte der VergGr I BAT	I	-	1	1
	Angestellte der VergGr Ia BAT	Ia	4	7	7
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	19	25	25
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	6	5	5
	Angestellter, Angestellte der VergGr III BAT <i>1 Stelle kw wegen rückläufiger Auskunftsersuchen der Heimatauskunftstellen.</i>	III	1	1	1
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	2	6	6
	Angestellter, Angestellte der VergGr IVb BAT <i>1 Stelle kw wegen rückläufiger Auskunftsersuchen der Heimatauskunftstellen.</i>	IVb	1	1	1
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	15	8	8

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
	-	+5	Umwandlung von 422 21 (7 x A 9, 10 x A 6)
A 7 Technischer Obersekretär, Technische Obersekretärin	-1	-	Umwandlung nach BesGr A10 und A 11 (ROI bzw. RA gem. §3 Abs. 1 Nr. 2a VO1)
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 9 Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	-	-7	Umwandlung nach 422 01 (1 x A 10, 5 x A 9)
A 6 Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	-	-10	Umwandlung nach 422 01 (1 x A 10, 5 x A 9)
Titel 425 01 (Angestellte)			
I Angestellter, Angestellte	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 16
Ia Angestellte	+3	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 15
Ib Angestellte	+6	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 14
IVa Angestellter, Angestellte	+1	-	Umwandlung von 422 01 BesGr A 13 MedR
	+2	-	Umwandlung von VergGr VII (3)
VII Angestellter, Angestellte	-1	-	Umwandlung nach BesGr A10 und A 11 (ROI bzw. RA gem. §3 Abs. 1 Nr. 2a VO1)
	-6,50	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 9
	-3	-	Umwandlung nach VergGr IVa (2)
VIII Angestellter, Angestellte	-1	-	Umwandlung nach BesGr A10 und A 11 (ROI bzw. RA gem. §3 Abs. 1 Nr. 2a VO1)
Summe Umwandlung	-2,50	-11	
kostenneutrale Hebung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
IVa Angestellter, Angestellte	+1	-	kostenneutrale Hebung von VergGr Vb
Vb Angestellter, Angestellte	-1	-	kostenneutrale Hebung nach VergGr IVa
VIb Angestellte	+8	-	kostenneutrale Hebung von VergGr VII
VII Angestellte	-8	-	kostenneutrale Hebung nach VergGr VIb
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Absenkung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellte	-13	-	Absenkung nach VergGr VIII zum Kostenausgleich für acht Stellenhebungen von VergGr VII nach VIb
VIII Angestellte	+13	-	Absenkung von VergGr VII zum Kostenausgleich für acht Stellenhebungen von VergGr VII nach VIb
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-66,50	-13,50	

10 20

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 425 01	Angestellte der VergGr Vc BAT <i>1) 1 Stelle kw ab 01.01.2001, Wegfall spätestens am 01.07.2003 (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)</i> <i>2) 1 Stelle kw wegen rückläufiger Auskunftersuchen der Heimatauskunftstellen.</i>	Vc	39	36	36
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	61	67	66
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	241	199	197,50
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	244	243	243
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	5	-	-
	Zusammen Zugang/Abgang		638	599 -39	596,50 -2,50
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	55	55	55
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	35	35	35
	Zusammen		90	90	90
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		2	2	2
	Zusammen		2	2	2
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		60	58	57
	Zusammen Zugang/Abgang		60	58 -2	57 -1
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		1.140	1.127,50	1.133,50
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		171	156	139
425 01	Angestellte		638	599	596,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		1.949	1.882,50	1.869
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		2	2	2
426 01	Arbeiter		60	58	57
	Personalsoll B		62	60	59

Bayer. Landesamt und Ämter für Versorgung und Familienförderung

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6 b HG sowie 20-Punkte- Prg. für 1998
	-1	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Prg. für 1999
	-	-1	Einsparung (Verlagerung des Rechenzentrums des BLVF - Kooperation mit einem externen Anbieter)
Summe Einsparung	-2	-1	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-2	-1	
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung			
Titel 422 31 (Abgeordnete Beamte)			
A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	-1	-	Umsetzung nach 10 65
Summe Umsetzung	-1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	-1	-	

10 24

Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	2	-	-
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	5	4	4
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	6	4	4
	Medizinalrat, Medizinalrätin	A13	1	1	1
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	<i>1 Stelle bei der Rehaklinik Bad Reichenhall ku nach BesGr A 12 (RAR).</i>				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	2	2	2
	Regierungs oberinspektor, Regierungs oberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	A 9+AZ	2	2	2
	Pflegevorsteher, Oberin		1	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		2	2	2
	Oberpfleger, Oberschwester n		3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	1	1
	Stationspfleger, Stationsschwester n	A 7+AZ	2	2	2
	Regierungs obersekretäre, Regierungs obersekretärinnen	A 7	4	3	3
	Krankenpfleger, Krankenschwester		1	1	1
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen	A 6	1	2	2
	<i>1 Stelle ku nach BesGr A 5 (Betriebsassistent, Betriebsassistentin)</i>				
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	A 5	1	-	-
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin		1	-	-
	Zusammen		41	33	33
	Zugang/Abgang			-8	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		14	9	9
	- gehobener Dienst		6	6	6
	- mittlerer Dienst		18	16	16
	- einfacher Dienst		3	2	2
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Zu Tit. 422 01 und 425 01:</i>				
	<i>Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen für Ärzte der BesGr A 13-A 15 und der VergGr Ia-IIa dürfen auch die Entgelte für Ärzte im Praktikum bezahlt werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Regierungs obersekretär, Regierungs obersekretärin	A 7	1	1	1
	Zusammen		2	2	2
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A15	1	1	1
		A14	1	1	1
		A13	1	1	1

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	-1	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 2 zu 422 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-2	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 2 zu 422 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	-1	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 2 zu 422 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
A 7 Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	-1	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 2 zu 422 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterin	-1	-	Einsparung zum Kostenausgleich für eine Stellenhebung von BesGr A 5 (Betriebsassistent, Betriebsassistentin) nach BesGr A 6 (Betriebsassistent, Betriebsassistentin)
Titel 425 01 (Angestellte)			
Ia Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 1 zu 425 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
Ib Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 1 zu 425 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
Vc Angestellte	-2	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 1 zu 425 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
VIb Angestellte	-7	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 1 zu 425 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
VII Angestellte	-4	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 1 zu 425 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
	-1	-	Einsparung wegen Planbettenreduzierung bei der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz
VIII Angestellte	-3	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 1 zu 425 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling)
	-2	-	Einsparung wegen Planbettenreduzierung bei der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz

10 24
Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
noch 422 31		A11	1	1	1
		A 8	1	1	1
	Zusammen		5	5	5
425 01 Angestellte					
	Angestellter, Angestellte der VergGr Ia BAT	Ia	1	-	-
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	2	1	1
	Angestellter, Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	1	1	1
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	2	2	2
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	2	2	2
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	11	9	9
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	20	13	13
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	21	16	16
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	16	9	9
	Krankenpflegekräfte	Kr XIII - Kr I	45	28	28
	Zusammen		121	81	81
	Zugang/Abgang			-40	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 425 01:				
	<i>Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen für Ärzte der VergGr Ia - IIa dürfen auch Vertretungskosten bezahlt werden. Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen der VergGr Vc-VIII BAT dürfen auch die Entgelte für Praktikanten bezahlt werden; hinsichtlich der Verbuchung gilt Nr. 3.2 DBestHG 2001/2002 analog.</i>				
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	2	2	2
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	2	2
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	2	2	2
	Krankenpflegekräfte	Kr XIII - Kr I	5	5	5
	Zusammen		11	11	11
426 01 Arbeiter					
	Arbeiter, Arbeiterinnen		88	64	64
	Auszubildende		2	2	2
	Zusammen		90	66	66
	Zugang/Abgang			-24	-
427 41 Praktikanten					
	Praktikanten, Praktikantinnen		6	1	1
	Zusammen		6	1	1
	Zugang/Abgang			-5	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Kr X Krankenpflegekräfte III - Kr I	-12	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk Nr. 1 zu 425 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling) Einsparung wegen Planbettenreduzierung bei der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz
	-5	-	
Summe Einsparung	-44	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 10 71 BesGr A 16 (Ltd. Medizinaldirektor, Ltd. Medizinaldirektorin)
A15 Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 10 71 BesGr A 15 (Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin)
Titel 425 01 (Angestellte)			
VIII Angestellte	-2	-	Umsetzung und Umwandlung nach 10 71 VergGr VIII BAT
Summe Umsetzung	-4	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 6 Betriebsassistent, Betriebsassistentin	+1	-	kostenneutrale Hebung mit Vermerkänderung von BesGr A 5 (Betriebsassistent, Betriebsassistentin)
A 5 Betriebsassistent, Betriebsassistentin	-1	-	kostenneutrale Hebung mit Vermerkänderung nach BesGr A 6 (Betriebsassistent, Betriebsassistentin)
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A			
	-48	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-19	-	Einsparung im Vollzug des im Stellenplan 1999/2000 ausgebrachten kw-Vermerks (Haushaltsvermerk zu 426 01 - Schließung der Reha-Klinik Alpenland Bad Aibling) Einsparung wegen Planbettenreduzierung bei der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz
	-4	-	
Titel 427 41 (Praktikanten)			
Praktikanten, Praktikantinnen	-3	-	Einsparung wegen Planbettenreduzierung bei der Reha-Klinik Prof. Max Lange in Bad Tölz
Summe Einsparung	-26	-	

10 24
Reha-Kliniken der Versorgungsverwaltung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		41	33	33
425 01	Angestellte		121	81	81
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		162	114	114
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		90	66	66
427 41	Praktikanten		6	1	1
	Personalsoll B		96	67	67

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Umsetzung			
Titel 426 01 (Arbeiter) Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 10 71/426 20
Titel 427 41 (Praktikanten) Praktikanten, Praktikantinnen	-2	-	Umsetzung nach 10 71
Summe Umsetzung	-3	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-29	-	

10 30

Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsident des Landesamts für Arbeitsschutz, Präsidentin des Landesamts für Arbeitsschutz	B 3	1	1	1
	Leitende Gewerbedirektoren, Leitende Gewerbedirektorinnen	A16+AZ	3	3	3
	Leitender Chemiedirektor, Leitende Chemiedirektorin	A16	1	1	1
	Leitende Gewerbedirektoren, Leitende Gewerbedirektorinnen		6	6	6
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen		2	2	2
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	3	3	3
	Baudirektor, Baudirektorin		1	1	1
	Chemiedirektor, Chemiedirektorin		1	1	1
	Gewerbedirektoren, Gewerbedirektorinnen		35	32	32
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		9	9	9
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	3	3
	Bauberräte, Bauberrätinnen		2	2	2
	Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen		3	3	3
	Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen		29	32	32
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		13	13	13
	<i>Bis zu 2 Planstellen dürfen bei Bedarf mit angestellten Ärzten der VergGr Ia FGr 4 des Teils I der Anlage 1 a zum BAT besetzt werden.</i>				
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	2	2	2
	Bauräte, Baurätinnen		3	3	3
	Gewerberäte, Gewerberätinnen		10	10	10
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen		2	2	2
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	7	7	7
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	4	4	4
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen		32	32	32
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	7	7	7
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		75	79	79
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen	A11	4	4	4
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerin (Verwendungsaufstieg)		-	1	1
	Regierungsamtsträger, Regierungsamtsträgerinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		2	2	2
	Technische Amtsträger, Technische Amtsträgerinnen		98	94	94
	Technische Amtsträger, Technische Amtsträgerinnen (Verwendungsaufstieg)		2	4	4
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		2	1	1
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		-	8	8
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen		51	45	45
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen (Verwendungsaufstieg)		5	5	5
	Technischer Inspektor, Technische Inspektorin (Verwendungsaufstieg)	A 9	1	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9+AZ	1	1	1

Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 7 Technischer Obersekretär, Technische Obersekretärin	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG für 1998 und dem 20-Punkte-Prg. für 1998
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellte	-2	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG für 1999 und dem 20-Punkte-Prg. für 1999
VIII Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG für 1998 und dem 20-Punkte-Prg. für 1998
	-8	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG für 1999 und dem 20-Punkte-Prg. für 1999
	-1	-	Einsparung zur Finanzierung kostenneutraler Hebungen
Summe Einsparung	-13	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 7 Technischer Obersekretär, Technische Obersekretärin	-1	-	Umsetzung nach 10 20
Titel 422 21 (Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdiens)			
A10 Anwärter und Anwärterinnen für den gehobenen technischen Dienst	+15	-	Umsetzung und Umwandlung von Kap. 10 20 / 422 21 (Regierungsinspektoranwärter)
Summe Umsetzung	+14	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A11 Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	-2	-	Umwandlung nach BesGr A 11 (TA - Verwendungsaufstieg)
Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen (Verwendungsaufstieg)	+2	-	Umwandlung von BesGr A 11 (TA)
A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	-1	-	Umwandlung nach 1030/422 01 BesGr A 10 (ROI gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a VO2)
Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	+5	-	Umwandlung von 422 01 (1 x A 10 ROI; 4 x A 10 TOI)
	+3	-	Umwandlung von 425 01 VergGr IV b
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-4	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 10 (ROI gem. § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a VO2)
A 9 Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §2 Nr.5 VO2	-6	-	Umwandlung nach BesGr A 9 (TAI gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 VO2)
Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	+6	-	Umwandlung von BesGr A 9 (TAI gem. § 2 Nr. 5 VO2)
A 8 Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen gemäß §2 Nr.5 VO2	-4	-	Umwandlung nach BesGr A 8 (THS gem. § 3 Abs. 1 Nr. 4 VO2)

10 30

Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl			
		VergGr	2000	2001	2002	
		LohnGr	4	5	6	
1	2	3	4	5	6	
noch 422 01	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §2 Nr.5 VO2		13	14	14	
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		7	7	7	
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	A 9	3	3	3	
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §2 Nr.5 VO2		18	15	15	
	Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		28	34	34	
	Betriebsinspektor, Betriebsinspektorin		1	1	1	
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	6	6	6	
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		1	1	1	
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen		2	2	2	
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen gemäß §2 Nr.5 VO2		35	27	27	
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		25	29	29	
	Hauptwerkmeister, Hauptwerkmeisterin		1	1	1	
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	6	6	6	
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen		2	-	-	
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen gemäß §2 Nr.5 VO2		36	36	36	
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	4	4	4	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3	
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	6	6	6	
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	1	1	1	
	Hauptamtsgehilfe, Hauptamtsgehilfin	A 3	1	1	1	
	Zusammen Zugang/Abgang		621	622 +1	622 -	
	Gliederung nach Laufbahngruppen					
	- höherer Dienst		129	129	129	
	- gehobener Dienst		292	295	295	
	- mittlerer Dienst		189	187	187	
	- einfacher Dienst		11	11	11	
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :					
	1) Die ausgewiesenen Stellen der BesGr A 15, BesGr A 14 und BesGr A 13 (höherer Dienst) dürfen auch mit Beamten jeweils anderer Fachrichtungen besetzt werden.					
	2) Bis zu vier Stellen des einfachen Dienstes dürfen mit Beamten anderer Fachrichtungen derselben Laufbahngruppe besetzt werden.					
	Leerstellen					
	Gewerbedirektor, Gewerbedirektorin	A15	1	1	1	
	Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin		1	1	1	
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	3	3	
	Gewerbeoberrat, Gewerbeoberrätin		1	1	1	

Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	+4	-	Umwandlung von BesGr A 8 (THS gem. § 2 Nr. 5 VO2)
Titel 425 01 (Angestellte)			
IVb Angestellte	-3	-	Umwandlung nach 422 01 BesGr A 10 (ROI gem. §3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a VO2)
Vc Angestellte	+2	-	Umwandlung von 425 01 (2,5 x VergGr VIII)
Vlb Angestellter, Angestellte	+1	-	Umwandlung von 426 01 LGr 7a
VIII Angestellte	-3,50	-	Umwandlung von 425 01 (1 x VergGr VIII)
			Umwandlung nach 425 01 (2 x VergGr V c, 1 x VergGr VI b)
Summe Umwandlung	+0,50	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A12 Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	+4	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 11 (TA)
A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau (Verwendungsaufstieg)	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 10 ROI (Verwendungsaufstieg)
Technische Amtsmänner, Technische Amtfrauen	+2	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 10 (TOI)
A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin (Verwendungsaufstieg)	-4	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 12 (TAR)
Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 11 RA (Verwendungsaufstieg)
A 9 Technischer Amtsinspektor, +AZ Technische Amtsinspektorin gemäß §2 Nr.5 VO2	-2	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 11 (TA)
A 9 Technische Amtsinspektoren, Technische Amtsinspektorinnen gemäß §2 Nr.5 VO2	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 8
A 8 Technischer Hauptsekretär, Technische Hauptsekretärin gemäß §2 Nr.5 VO2	+3	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 8
	-1	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9 + AZ
Summe kostenneutrale Hebung	-3	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 9
	-	-	
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Gewerbedirektoren, Gewerberdirektorinnen	-3	-	Absenkung nach BesGr A14 zur Finanzierung kostenneutraler Hebungen
A14 Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen	+3	-	Absenkung von BesGr A15 zur Finanzierung kostenneutraler Hebungen
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	+1,50	-	

10 30

Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch					
422 01	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		2	2	2
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen		4	4	4
	Technische Oberinspektoren, Technische Oberinspektorinnen	A10	3	3	3
	Technischer Amtsinspektor, Technische Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	2	2
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen		2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	3	3	3
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen		4	4	4
	Zusammen		29	29	29
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Anwärter und Anwärterinnen für den gehobenen technischen Dienst	A10	-	15	15
	Zusammen		-	15	15
	Zugang/Abgang			+15	-
	<i>Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 21:</i>				
	<i>Die im Doppelhaushalt 2001/2002 umgesetzten und umgewandelten Stellen sind spätestens am 31.08.2005 wieder nach Kap. 10 20 Tit. 422 21 (Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektorin) umgesetzt und umgewandelt.</i>				
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A15	3	3	3
		A14	2	2	2
		A13	1	1	1
		A12	2	2	2
		A 9	1	1	1
		A 8	2	2	2
	Zusammen		11	11	11
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	3	3	3
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	4	4	4
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	20	17	17
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	3	3	3
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	14	17	17
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	12	13	13
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	61	59	59
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	76	62,50	62,50
	Zusammen		193	178,50	178,50
	Zugang/Abgang			-14,50	-
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	2	2	2
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	1	1	1

Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter) Arbeiter, Arbeiterinnen	-3	-	Einsparung gemäß Art. 6b HG für 1998 und dem 20-Punkte-Prg. für 1998
Summe Einsparung	-3	-	
Umwandlung			
Titel 426 01 (Arbeiter) Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Umwandlung nach 425 01 VergGr V c
Summe Umwandlung	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-4	-	

10 30

Bayer. Landesamt für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik, Bayer. Akademie für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Gewerbeaufsichtsämter

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch					
425 01	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	8	8	8
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	18	18	18
	Zusammen		29	29	29
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellter, Angestellte		1	1	1
	Zusammen		1	1	1
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		22	18	18
	Zusammen		22	18	18
	Zugang/Abgang			-4	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		621	622	622
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		-	15	15
425 01	Angestellte		193	178,50	178,50
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		814	815,50	815,50
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	1	1
426 01	Arbeiter		22	18	18
	Personalsoll B		23	19	19

10 40

Sozialabteilungen einschl. Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	7	7	7
	Leitender Pharmaziedirektor, Leitende Pharmaziedirektorin		1	1	1
	Leitende Veterinärdirektoren, Leitende Veterinärdirektorinnen		7	7	7
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	6	6	6
	Pharmaziedirektoren, Pharmaziedirektorinnen		6	6	6
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	4	4	4
	Pharmazieoberräte, Pharmazieoberrätinnen		7	7	7
	Veterinäroberräte, Veterinäroberrätinnen		2	2	2
	Pharmazieräte, Pharmazierätinnen	A13	3	-	-
	Veterinärärzte, Veterinärärztinnen		2	2	2
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	8	8	8
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	3	3	3
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	1	1
	Technischer Amtmann, Technische Amtfrau	A11	1	1	1
	Sozialamtsträger, Sozialamtsträgerinnen		3	3	3
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Zusammen		63	60	60
	Zugang/Abgang			-3	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		45	42	42
	- gehobener Dienst		18	18	18
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) 5 Stellen für Beamte des gehobenen Dienstes (A 9 - A 12) dürfen auch mit Beamten anderer Fachrichtungen besetzt werden.				
	2) Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden:				
	a) Die Stellen der BesGr A 16 mit A 13 für Ärzte und Apotheker der Kap. 10 40 und 10 90 gegenseitig;				
	b) vgl. Inanspruchnahmevermerk bei Kap. 10 91 Titel 422 01.				
	3) Vgl. Abschnitt A der Vorbemerkungen zu Kapitel 03 08 zur gegenseitigen Inanspruchnahme der Stellen innerhalb der Regierungskapitel				
	Leerstellen				
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin	A16	1	1	1
	1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Diese Stelle ist kw in der Weise, dass bei Ausscheiden des Stelleninhabers jeweils die niedrigste ausgebrachte Stelle der jeweiligen Laufbahngruppe wegfällt.				
	Leitender Veterinärdirektor, Leitende Veterinärdirektorin		1	1	1
	1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Diese Stelle ist kw in der Weise, dass bei Ausscheiden des Stelleninhabers jeweils die niedrigste ausgebrachte Stelle der jeweiligen Laufbahngruppe wegfällt.				
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Diese Stelle ist kw in der Weise, dass bei Ausscheiden des Stelleninhabers jeweils die niedrigste ausgebrachte Stelle der jeweiligen Laufbahngruppe wegfällt.				
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A12	1	1	1

**Sozialabteilungen einschl. Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Oberversicherungsämter bei den
Regierungen**

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Pharmazierat, Pharmazierätin	-1	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1998
	-2	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1999
Summe Einsparung	-3	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-3	-	

10 40

Sozialabteilungen einschl. Gesundheits- und Veterinärwesen sowie Oberversicherungsämter bei den Regierungen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch					
422 01	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau <i>1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers. Diese Stelle ist kw in der Weise, dass bei Ausscheiden des Stelleninhabers jeweils die niedrigste ausgebrachte Stelle der jeweiligen Laufbahngruppe wegfällt.</i>	A11	1	1	1
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen		3	3	3
	Sozialoberinspektoren, Sozialoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Sozialinspektor, Sozialinspektorin	A 9	1	1	1
	Zusammen		12	12	12
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A11	1	1	1
	Zusammen		1	1	1
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr III BAT	III	33	33	33
	Angestellter, Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	1	1	1
	Angestellter, Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	1	1	1
	Zusammen		35	35	35
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr III BAT	III	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		63	60	60
425 01	Angestellte		35	35	35
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		98	95	95

10 41
Landesversicherungsanstalten
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Planmäßige Beamte				
	Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken	B 4	2	2	2
	Erste Direktoren und Erste Direktorinnen der Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken	B 3	3	3	3
	Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Oberbayern sowie Oberfranken und Mittelfranken		3	3	3
	Direktoren und Direktorinnen bei den Landesversicherungsanstalten Niederbayern-Oberpfalz, Schwaben und Unterfranken	B 2	3	3	3
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen	A16	16	16	16
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	49	48	48
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	64	63	63
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	34	34	34
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	92	92	92
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		6	6	6
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		13	14	14
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	245	246	246
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		17	17	17
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		26	27	27
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	459	461	461
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		17	17	17
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		65	68	68
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	479	480	480
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		11	11	11
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		17	18	18
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	257	258	258
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.1 VO2		5	5	5
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2		9	9	9
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9+AZ	13	13	13
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		5	5	5
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	31	31	31
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		11	11	11
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	165	165	165
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2		4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	217	216	216

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Umsetzung			
(Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14
A14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14
A 7 Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 06 14
Summe Umsetzung	-3	-	
Umwandlung			
(Planmäßige Beamte)			
A13 Oberamtsrat, Oberamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	+1	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	+1	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	+1	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
A11 Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	+2	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	+3	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	+1	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	+1	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
A 9 Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	+1	-	Umwandlung von Regierungsinspektoranwärter
(Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst)			
A 9 Regierungsinspektoranwärter, Regierungsinspektoranwärterinnen	-17	-	Umwandlung nach BesGr A 12 (RAR), 2 x BesGr A 11 (RA), BesGr A 10 (ROI), BesGr A 9 (RI)
	-23	-	Umwandlung nach BesGr A 13 (OAR) gem. § 3 Nr. 2a, BesGr A 12 (RAR) gem. § 3 Nr. 2a, 3 x BesGr A 11 (RA) gem. § 3 Nr. 2a und BesGr A 10 (ROI) gem. § 3 Nr. 2a
Summe Umwandlung	-29	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-32	-	

10 41
Landesversicherungsanstalten

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Verwaltungsbetriebsobersekretär, Verwaltungsbetriebsobersekretärin		1	1	1
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	119	119	119
	Verwaltungsbetriebssekretäre, Verwaltungsbetriebssekretärinnen		3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	11	11	11
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	21	21	21
	Betriebsassistenten, Betriebsassistentinnen		4	4	4
	Betriebshauptwarte, Betriebshauptwartinnen		4	4	4
	Amtsmeister, Amtsmeisterinnen	A 4	8	8	8
	Betriebshauptaufseher, Betriebshauptaufseherinnen		2	2	2
	Betriebsoberwart, Betriebsoberwartin		1	1	1
	Hauptamtsgehilfen, Hauptamtsgehilfinnen	A 3	6	6	6
	Zusammen		2.518	2.526	2.526
	Zugang/Abgang			+8	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		174	172	172
	- gehobener Dienst		1.718	1.729	1.729
	- mittlerer Dienst		569	568	568
	- einfacher Dienst		57	57	57
	Allgemeiner Vermerk zu Planmäßige Beamte:				
	<i>Die Stellen für Oberamtsmeister (BesGrA 6), für Betriebsassistenten und Oberamtsmeister (BesGr A 5), für Amtsmeister und Betriebshauptaufseher (BesGr A 4) sowie für Hauptamtsgehilfen (BesGr A 3) dürfen auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.</i>				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	4	4	4
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	14	14	14
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	7	7	7
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	3	3
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	21	21	21
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	61	61	61
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen	A 9	36	36	36
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen	A 9	3	3	3
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	15	15	15
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	28	28	28
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen	A 6	31	31	31
	Zusammen		225	225	225
	Beamte zur Anstellung				
	Regierungsinspektoren, Regierungsinspektorinnen z.A.	A 9	157	157	157
	Regierungssekretäre, Regierungssekretärinnen z.A.	A 6	37	37	37
	Zusammen		194	194	194
	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwältinnen	A 9	479	439	439

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A 6	102	102	102
	Zusammen		581	541	541
	Zugang/Abgang			-40	-
	Leerstellen				
	Regierungsinspektoranwälter, Regierungsinspektoranwärterinnen	A 9	50	50	50
	Regierungssekretäranwärter, Regierungssekretäranwärterinnen	A 6	20	20	20
	Zusammen		70	70	70
	Abgeordnete Beamte				
	Zusammen	A13	1	1	1
			1	1	1
	Gesamtübersicht				
	Planmäßige Beamte		2.518	2.526	2.526
	Beamte zur Anstellung		194	194	194
	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		581	541	541
	Personalsoll B		3.293	3.261	3.261

10 50
Aussiedler, Kontingentflüchtlinge
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	4	4	4
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	2	2	2
	Regierungssekretär, Regierungssekretärin	A 6	1	1	1
	Zusammen		9	9	9
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		2	2	2
	- mittlerer Dienst		7	7	7
422 31	Abgeordnete Beamte				
	Zusammen	A10	1	1	1
			1	1	1
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	2	2	2
	Angestellter, Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	1	-	-
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	3	3
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	22	22	22
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	21	16	16
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	2	1	1
	Zusammen		50	44	44
	Zugang/Abgang			-6	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 425 01:				
	<i>Zu den Tit. 425 01, 425 11, 425 51, 426 01 und 426 51:</i>				
	<i>Bei Bedarf dürfen die Stellen in den Kap. 10 50 und 10 53 gegenseitig in Anspruch genommen werden.</i>				
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		129	138	138
	Zusammen		129	138	138
	Zugang/Abgang			+9	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 425 11:				
	<i>Zu Tit. 425 11 und 425 51:</i>				
	<i>Die Stellen dürfen bei Bedarf mit Dauerangestellten der VergGr VII - IVb besetzt werden.</i>				
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		89	77	77
	Zusammen		89	77	77
	Zugang/Abgang			-12	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellte	-2	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1998
VIII Angestellter, Angestellte	-2	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1999
Summe Einsparung	-1	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1998
Summe Einsparung	-5	-	
Umsetzung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellter, Angestellte	-1	-	Umsetzung nach 10 20 wegen Aufbau der IV- Unterstützung für den Geschäftsbereich des StMAS
Summe Umsetzung	-1	-	
Absenkung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
IVb Angestellter, Angestellte	-1	-	Absenkung nach VergGr V c zum Kostenausgleich für Stellenhebungen
Vc Angestellter, Angestellte	+1	-	Absenkung von VergGr IV b zum Kostenausgleich für Stellenhebungen
Summe Absenkung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-6	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	+9	-	neu wegen Anpassung der Stellenzahl an die Mittel
Summe neu	+9	-	
Einsparung			
Titel 425 51 (Angestellte)			
Angestellte	-3	-	Einsparung wegen Anpassung der Stellenzahl an die Mittel
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-2	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1998
	-3	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1999

10 50
Aussiedler, Kontingentflüchtlinge

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
TG	51 Aufnahme von jüdischen Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion				
425 51	Angestellte				
	Angestellte		7	4	4
	Zusammen		7	4	4
	Zugang/Abgang			-3	-
426 51	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		6	6	6
	Zusammen		6	6	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		9	9	9
425 01	Angestellte		50	44	44
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		59	53	53
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		129	138	138
426 01	Arbeiter		89	77	77
425 51	Angestellte		7	4	4
426 51	Arbeiter		6	6	6
	Personalsoll B		231	225	225

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
	-7	-	Einsparung wegen Anpassung der Stellenzahl an die Mittel
Summe Einsparung	-15	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-6	-	

10 53
Unterbringung von Asylbewerbern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamtmänner, Regierungsamtfrauen	A11	3	3	3
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	-	1	1
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	2	2
	Regierungsobersekretäre, Regierungsobersekretärinnen	A 7	4	4	4
	Regierungssekretär, Regierungssekretärin	A 6	1	-	-
	Zusammen		11	11	11
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- gehobener Dienst		4	4	4
	- mittlerer Dienst		7	7	7
425 01	Angestellte				
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	1	1	1
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	25	25	25
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	14	12	12
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	2	-	-
	Krankenpflegekraft	Kr XIII - Kr I	1	1	1
	Zusammen		43	39	39
	Zugang/Abgang			-4	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 425 01:				
	<i>Zu den Tit. 425 01, 425 11 und 426 01:</i>				
	<i>Vgl. Vermerk zu Kap. 10 50 Tit. 425 01, 425 11, 425 51, 426 01 und 426 51</i>				
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	2	2
	Zusammen		2	2	2
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		303	316	316
	<i>Die Stellen können bei Bedarf mit Dauerangestellten der VergGr VII - IVa, davon höchstens 5 in VergGr IVa besetzt werden.</i>				
	Zusammen		303	316	316
	Zugang/Abgang			+13	-
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		155	147	147
	Zusammen		155	147	147
	Zugang/Abgang			-8	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1998
	-1	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1999
VIII Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1998
	-1	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1999
Summe Einsparung	-4	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A 9 Amtsinspektor, Amtsinspektorin	+1	-	Hebung von BesGr A 8 RHS
A 8 Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	+1	-	Hebung von BesGr A 7 ROS
	-1	-	Hebung nach BesGr A 9 AI
A 7 Regierungsobersekretär, Regierungsobersekretärin	+1	-	Hebung von BesGr A 6 RS
	-1	-	Hebung nach BesGr A 8 RHS
A 6 Regierungssekretär, Regierungssekretärin	-1	-	Hebung nach BesGr A 7 ROS
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-4	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
neu			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellte	+13	-	neu wegen Anpassung der Stellenzahl an die Mittel
Summe neu	+13	-	
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-3	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1998
	-2	-	Einsparung nach dem 20-Punkte-Prg. für 1999
	-3	-	Einsparung wegen Anpassung der Stellenzahl an die Mittel
Summe Einsparung	-8	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+5	-	

10 53
Unterbringung von Asylbewerbern

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	3	4	5
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		11	11	11
425 01	Angestellte		43	39	39
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		54	50	50
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		303	316	316
426 01	Arbeiter		155	147	147
	Personalsoll B		458	463	463

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Bibliotheksamtmann, Bibliotheksamtfrau		1	1	1
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Zusammen		5	5	5
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		1	1	1
	- gehobener Dienst		3	3	3
	- mittlerer Dienst		1	1	1
422 31	Abgeordnete Beamte				
	Zusammen	A 8	2	2	2
			2	2	2
425 01	Angestellte				
	Angestellter, Angestellte der VergGr III BAT	III	1	1	1
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellter der VergGr VIb BAT	VIb	1	1	1
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	2	2	2
	Zusammen		5	5	5
	Leerstellen				
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	1	1	1
	Angestellter der VergGr VIb BAT	VIb	1	1	1
	Zusammen		2	2	2
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		3	3	3
	Zusammen		3	3	3
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		5	5	5
425 01	Angestellte		5	5	5
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		10	10	10
	Ferner:				
426 01	Arbeiter		3	3	3
	Personalsoll B		3	3	3

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	2	2	2
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	3	3
	Medizinaloberrat, Medizinaloberrätin		1	1	1
	Oberamtsrat, Oberamtsrätin	A13	1	1	1
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin	A12	1	1	1
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	2	2	2
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		2	2	2
	Regierungs oberinspektoren, Regierungs oberinspektorinnen	A10	4	4	4
	Sozial oberinspektoren, Sozial oberinspektorinnen		5	4	4
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Regierungs obersekretäre, Regierungs obersekretärinnen	A 7	2	2	2
	Regierungs sekretär, Regierungs sekretärin	A 6	1	1	1
	Zusammen		26	25	25
	Zugang/Abgang			-1	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		6	6	6
	- gehobener Dienst		15	14	14
	- mittlerer Dienst		5	5	5
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:				
	<i>Die Stellen für Beamte des höheren Dienstes (BesGr A 13-A 15) und für Beamte des gehobenen Dienstes (BesGr A 9-A 12) dürfen bei Bedarf auch mit Beamten der jeweils anderen Fachrichtung besetzt werden.</i>				
	Leerstellen				
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsamt mann, Regierungsamt frau	A11	1	1	1
	Sozialamt männer, Sozialamt frauen		2	2	2
	Sozial oberinspektor, Sozial oberinspektorin	A10	1	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Regierungs obersekretär, Regierungs obersekretärin	A 7	1	1	1
	Zusammen		7	7	7
425 01	Angestellte				
	Angestellter, Angestellte der VergGr I BAT	I	1	1	1
	Angestellter, Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	-	0,50	0,50
	Angestellter, Angestellte der VergGr III BAT	III	1	1	1
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	4	4	4
	<i>2 Stellen ku nach BesGr A 11 (Regierungsamt mann) und 1 Stellen ku nach BesGr A 11 (Sozialamt mann)</i>				
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	2	2	2
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	4	4	4
	Zusammen		12	12,50	12,50
	Zugang/Abgang			+0,50	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Sozialoberinspektor, Sozialoberinspektorin	-1	-	Einsparung gem. 20-Punkte-Programm der Staatsregierung für 1999
Summe Einsparung	-1	-	
Umwandlung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
Ila Angestellter, Angestellte	+0,50	-	Umwandlung von 425 11 1,0 Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte (Scientology - Krisenberatungsstelle)
Summe Umwandlung	+0,50	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-0,50	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Umwandlung			
Titel 425 11 (Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte)			
Angestellter, Angestellte	-1	-	Umwandlung nach 425 01 0,5 VergGr Ila (Scientology - Krisenberatungsstelle)
Summe Umwandlung	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-1	-	

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	3	4	5
1	2	3	4	5	6
noch 425 01					
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	3	3	3
	Zusammen		3	3	3
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellter, Angestellte		1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		26	25	25
425 01	Angestellte		12	12,50	12,50
	Personalsoll A		38	37,50	37,50
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		1	-	-
	Personalsoll B		1	-	-

10 65

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Oberstudiendirektor, Oberstudiendirektorin	A16	1	1	1
	Regierungsdirektoren, Regierungsdirektorinnen	A15	5	4	4
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	1	3	3
	Institutsrektor, Institutsrektorin		1	1	1
	Regierungsräte, Regierungsrätinnen	A13	3	2	2
	Institutsrektoren, Institutsrektorinnen		2	2	2
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	A10	1	-	-
	Bibliotheksoberinspektor, Bibliotheksoberinspektorin		-	1	1
	Bibliotheksinspektor, Bibliotheksinspektorin	A 9	1	-	-
	Zusammen		16	15	15
	Zugang/Abgang			-1	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		13	13	13
	- gehobener Dienst		3	2	2
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Zu Titel 422 01 BesGr A 13 (höherer Dienst) und zu Titel 425 01 VergGr IIa:				
	1 Stelle des Staatsinstituts für Frühpädagogik ist bei Freiwerden umgesetzt nach Kap. 05 30.				
	2) Zu Titel 422 01 BesGr A 13 (höherer Dienst):				
	Die nach Kap. 05 30 umgesetzte Stelle der BesGr A 14 + AZ ist bei Freiwerden nach Kap 10 65 im Tausch gegen eine Stelle der BesGr A 13 umgesetzt. Vgl. Vermerk zu Kap. 05 30 Tit. 422 01, BesGr A 14 + AZ.				
	Leerstellen				
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	A14	1	1	1
	Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	A11	1	1	1
	Zusammen		3	3	3
422 31		A11	-	1	1
	Zusammen		-	1	1
	Zugang/Abgang			+1	-
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	9	9	9
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	5	4,50	4,50
	2 Stellen ku nach BesGr A 13 (Regierungsrat)				
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	5	5	5
	Angestellter, Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	1	0,50	0,50
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	-	1	1
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	4	4	4
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	5	4,50	4,50

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
Ila Angestellter, Angestellte	-0,50	-	Einsparung mit Vermerkänderung zur Realisierung des Halbtagsvermerks
IVb Angestellter, Angestellte	-0,50	-	
VII Angestellter, Angestellte	-0,50	-	
Summe Einsparung	-1,50	-	Einsparung mit Vermerkänderung zur Realisierung des Halbtagsvermerks
Umsetzung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A10 Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin	-1	-	Umsetzung nach 10 20
Bibliotheksoberinspektor, Bibliotheksoberinspektorin	+1	-	Umsetzung von 15 44
A 9 Bibliotheksinspektor, Bibliotheksinspektorin	-1	-	Umsetzung nach 15 49
Titel 425 01 (Angestellte)			
Vc Angestellter, Angestellte	+1	-	Umsetzung von 10 20
Summe Umsetzung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	+1	-	kostenneutrale Hebung von BesGr A 13
A13 Regierungsrat, Regierungsrätin	-1	-	
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	kostenneutrale Hebung nach BesGr A 14
Absenkung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A15 Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	-1	-	Absenkung nach BesGr A 14 zur Finanzierung kostenneutraler Hebungen
A14 Oberregierungsrat, Oberregierungsrätin	+1	-	
Summe Absenkung	-	-	Absenkung von BesGr A 15 zur Finanzierung kostenneutraler Hebungen
Zu- und Abgang Personalsoll A	-1,50	-	

10 65

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch 425 01	Angestellter, Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	1	1	1
	Zusammen		30	29,50	29,50
	Zugang/Abgang			-0,50	-
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		16	15	15
425 01	Angestellte		30	29,50	29,50
	Personalsoll A		46	44,50	44,50
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				

Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung

Erläuterungen

Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
STELLEN FÜR ABGEORDNETE BEAMTE			
Umsetzung			
Titel 422 31			
A11 Regierungsamtmann, Regierungsamtfrau	+1	-	Umsetzung von 10 20
Summe Umsetzung	+1	-	
Zu- und Abgänge insgesamt	+1	-	

(Erläuterungen zu Kap. 10 65 Titel 422 01 mit Titel 425 01)

B. Stellenübersicht der Staatsinstitute für Frühpädagogik und Familienforschung	Beamte Besoldungsgruppe						Angestellte Vergütungsgruppe								Stellen gesamt	
	A16	A15	A14	A13	A11	A10	Ib	IIa	IVa	IVb	Vc	VIb	VII	VIII		
Staatsinstitut für Familienforschung	2001	2,0	1,0	3,0			4,0	1,0	1,0				2,0		14,0	
	2002	2,0	1,0	3,0			4,0	1,0	1,0				2,0		14,0	
Staatsinstitut für Frühpädagogik	2001	1,0	2,0	3,0	1,0	1,0	1,0	5,0	3,5	4,0	0,5	1,0	4,0	2,5	1,0	30,5
	2002	1,0	2,0	3,0	1,0	1,0	1,0	5,0	3,5	4,0	0,5	1,0	4,0	2,5	1,0	30,5
Zusammen	2001	1,0	4,0	4,0	4,0	1,0	1,0	9,0	4,5	5,0	0,5	1,0	4,0	4,5	1,0	44,5
	2002	1,0	4,0	4,0	4,0	1,0	1,0	9,0	4,5	5,0	0,5	1,0	4,0	4,5	1,0	44,5

10 71

Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	<i>Die ausgewiesenen Stellen - mit Ausnahme der Stellen für Arbeiter - sind verbindlich.</i>				
	Planmäßige Beamte				
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	5	6	6
	Leitender Regierungsdirektor, Leitende Regierungsdirektorin		1	1	1
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	12	13	13
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	20	20	20
	Pharmazieoberrat, Pharmazieoberrätin		1	1	1
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen	A13	18	18	18
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	3	3	3
	Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	A12	1	-	-
	Sozialamtsrat, Sozialamtsrätin		1	1	1
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	3	3	3
	Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen	A10	2	2	2
	Regierungsoberinspektor, Regierungsoberinspektorin (Verwendungsaufstieg)		1	1	1
	Regierungsinspektor, Regierungsinspektorin	A 9	1	1	1
	Amtsinspektor, Amtsinspektorin gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	A 9+AZ	1	1	1
	Betriebsinspektor, Betriebsinspektorin		1	1	1
	Pflegevorsteher, Oberinnen		5	5	5
	Amtsinspektoren, Amtsinspektorinnen gemäß §3 Abs.1 Nr.4 VO2	A 9	3	3	3
	Oberpfleger, Oberschwester n		10	10	10
	Regierungshauptsekretäre, Regierungshauptsekretärinnen	A 8	2	2	2
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin gemäß §3 Abs.1 Nr.2b VO2		1	1	1
	Abteilungspfleger, Abteilungsschwester n		16	1	1
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	3	3	3
	Regierungssekretär, Regierungssekretärin	A 6	1	1	1
	Betriebsassistent, Betriebsassistentin	A 6	1	1	1
	Zusammen		113	99	99
	Zugang/Abgang			-14	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		57	59	59
	- gehobener Dienst		12	11	11
	- mittlerer Dienst		43	28	28
	- einfacher Dienst		1	1	1
	Allgemeine Vermerke zu Planmäßige Beamte :				
	1) Eine Planstelle des höheren Dienstes darf bei Bedarf mit einem Beamten einer anderen Fachrichtung derselben Laufbahngruppe besetzt werden.				
	2) Aus dem Stengehalt der Stellen für Ärzte der BesGr A 13-A 15 dürfen auch die Entgelte für Ärzte im Praktikum bezahlt werden.				

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
(Angestellte)			
Kr X Krankenpflegekräfte III - Kr I	-4	-	Einsparung zum Kostenausgleich für Stellenhebungen
Summe Einsparung	-4	-	
Umsetzung			
(Planmäßige Beamte)			
A16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 10 24 BesGr A 16 (Ltd. Medizinaldirektor, Ltd. Medizinaldirektorin)
A15 Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 10 24 BesGr A 15 (Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin)
(Angestellte)			
VIII Angestellte	+2	-	Umsetzung und Umwandlung von 10 24 VergGr VIII BAT
(Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterin	+1	-	Umsetzung und Umwandlung von 10 24/426 01
Titel 427 41			
Praktikanten, Praktikantinnen	+2	-	Umsetzung von 10 24
Summe Umsetzung	+7	-	
Umwandlung			
(Planmäßige Beamte)			
A12 Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß §3 Abs.1 Nr.2a VO2	-1	-	Umwandlung nach VergGr III BAT
A 8 Abteilungspfleger, Abteilungsschwestern	-15	-	Umwandlung nach 15 Stellen VergO Kr
(Angestellte)			
III Angestellter, Angestellte	+1	-	Umwandlung von BesGr A 12 (Regierungsamtsrat, Regierungsamtsrätin gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a VO2)
Kr X Krankenpflegekräfte III - Kr I	+15	-	Umwandlung von 15 Stellen der BesGr A 8 (Abteilungspfleger, Abteilungsschwestern)
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
(Angestellte)			
III Angestellter, Angestellte	+1	-	kostenneutrale Hebung von VergGr Vb BAT

10 71

Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Leerstellen				
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen	A13	2	2	2
	Regierungsoberssekretäre, Regierungsoberssekretärinnen	A 7	2	2	2
	Zusammen		4	4	4
	Abgeordnete Beamte				
		A15	2	2	2
		A13	1	1	1
		A12	1	1	1
		A11	1	1	1
		A 8	2	2	2
	Zusammen		7	7	7
	Angestellte				
	Angestellte der VergGr I BAT	I	8	8	8
	Angestellte der VergGr Ia BAT	Ia	4	4	4
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	13	13	13
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	7	7	7
	Angestellte der VergGr III BAT	III	1	3	3
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	10	10	10
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	9	8	8
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	79	79	79
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	17	17	17
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	13	13	13
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	22	24	24
	Krankenpflegekräfte	Kr XIII - Kr I	382	393	393
	Zusammen		565	579	579
	Zugang/Abgang			+14	-
	Allgemeine Vermerke zu Angestellte :				
	1) Zu VergGr Ia, Ib und IIa: Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen für Ärzte dürfen sowohl Vertretungskosten als auch die Entgelte für Ärzte im Praktikum bezahlt werden.				
	2) Zu VergO Kr: Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen für Krankenpflegekräfte dürfen auch die Ausbildungsgelder der Schülerinnen für Krankenpflege bezahlt werden.				
	3) Zu VergGr Vc, VIb, VII: Aus dem Stellengehalt unbesetzter Stellen dürfen auch die Entgelte für Praktikanten bezahlt werden.				
	Leerstellen				
	Angestellter, Angestellte der VergGr Ia BAT	Ia	1	1	1
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	2	2	2
	Angestellter, Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	1	1	1
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	11	11	11
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	3	3	3

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Vb Angestellter, Angestellte	-1	-	kostenneutrale Hebung nach VergGr III BAT
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	+3	-	

10 71

Krankenhaus Hohe Warte, Bayreuth

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Krankenpflegekräfte	Kr XIII - Kr I	25	25	25
	Zusammen		43	43	43
	Arbeiter Arbeiter, Arbeiterinnen <i>4 Stellen für Arbeiter können mit jeweils einem Auszubildenden besetzt werden.</i>		80	81	81
	Zusammen Zugang/Abgang		80	81 +1	81 -
	Praktikanten Praktikanten, Praktikantinnen		-	2	2
	Zusammen Zugang/Abgang		-	2 +2	2 -
	Gesamtübersicht				
	Planmäßige Beamte		113	99	99
	Angestellte		565	579	579
	Arbeiter		80	81	81
	Praktikanten		-	2	2
	Personalsoll B		758	761	761

10 80
Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Gewerbedirektoren, Leitende Gewerbedirektorinnen	A16	2	2	2
	Gewerbedirektor, Gewerbedirektorin	A15	1	1	1
	Gewerbeoberräte, Gewerbeoberrätinnen	A14	1	2	2
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13+AZ	2	2	2
	Technische Oberamtsräte, Technische Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen	A12	2	2	2
	Technische Amtmänner, Technische Amtfrauen	A11	3	2	2
	Technischer Oberinspektor, Technische Oberinspektorin	A10	1	1	1
	Zusammen		14	14	14
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		4	5	5
	- gehobener Dienst		10	9	9
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Die ausgewiesenen Stellen dürfen in Einzelfällen auch mit Beamten anderer Fachrichtungen derselben Laufbahngruppe besetzt werden.				
	2) Die ausgewiesenen Stellen dürfen nur nach den Vorgaben der Haushaltskommission besetzt werden.				
425 01	Angestellte				
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	2	2	2
	Angestellter, Angestellte der VergGr VII BAT	VII	1	-	-
	Zusammen		3	2	2
	Zugang/Abgang			-1	-
	Allgemeiner Vermerk zu Titel 425 01:				
	Die ausgewiesenen Stellen dürfen nur nach den Vorgaben der Haushaltskommission besetzt werden.				
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		14	14	14
425 01	Angestellte		3	2	2
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		17	16	16

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 425 01 (Angestellte)			
VII Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung nach Art. 6b HG und dem 20-Punkte- Prg für 1998
Summe Einsparung	-1	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A14 Gewerbeoberrat, Gewerbeoberrätin	+1	-	kostenneutrale Umwandlung von BesGr A 11 (TA) kostenneutrale Umwandlung nach BesGr A 14 (ORR)
A11 Technischer Amtmann, Technische Amtfrau	-1	-	
Summe Umwandlung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-1	-	

10 90

Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte a) Gesundheitsämter				
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	22	21	21
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	88	83	83
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	135	125	125
	Medizinalräte, Medizinalrätinnen	A13	30	30	30
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	4	-	-
	Amtsmeister, Amtsmeisterin	A 4	1	-	-
	Zusammen		280	259	259
	Zugang/Abgang			-21	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
- höherer Dienst		275	259	259	
- einfacher Dienst		5	-	-	
Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 (Planmäßige Beamte a) Gesundheitsämter und b) Landgerichtsärzte):					
1) Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden:					
a) Stellen des höheren Dienstes der Kap. 10 90, 10 91 und 10 92 zum Zwecke des Stellentausches gegenseitig;					
b) 8 Stellen des höheren Dienstes der Kap. 10 90, 1091 und 10 92 gegenseitig.					
2) Vgl. Inanspruchnahmevermerk zu Kap. 10 40 Titel 422 01.					
422 01	Planmäßige Beamte b) Landgerichtsärzte				
	Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	A16+AZ	1	1	1
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen	A16	4	4	4
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	A15	16	16	16
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	19	19	19
	Zusammen		40	40	40
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		40	40	40
	Leerstellen				
	Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin	A15	1	1	1
Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	A14	9	9	9	
Zusammen		10	10	10	
425 01	a) Verwaltungsdienst				
	Angestellter, Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-
425 01	b) Angestellte				
	Angestellte der VergGr Ia BAT	Ia	8	-	-
	Angestellte der VergGr Ib BAT	Ib	20	15	15
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	2	-	-
	Zusammen		30	15	15
	Zugang/Abgang			-15	-

Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Gesundheitsämter)			
A16 Leitender Medizinaldirektor, Leitende Medizinaldirektorin	-1	-	Einsparung wegen Rücknahme des Antrages auf Rückübertragung kommunaler Gesundheitsämter
A15 Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen	-4	-	Einsparung wegen Rücknahme des Antrages auf Rückübertragung kommunaler Gesundheitsämter
A14 Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen	-10	-	Einsparung wegen Rücknahme des Antrages auf Rückübertragung kommunaler Gesundheitsämter
A 5 Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	-3	-	Einsparung mit Vermerkänderung im Vollzug des kw-Vermerks
	-1	-	Einsparung nach Art. 6a HG für 1995 sowie im Vollzug des kw-Vermerks
A 4 Amtsmeister, Amtsmeisterin	-1	-	Einsparung mit Vermerkänderung im Vollzug des kw-Vermerks
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
IXb Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung nach Art. 6a HG für 1995 sowie im Vollzug des kw-Vermerks
Titel 425 01 (Angestellte)			
la Angestellte	-8	-	Einsparung wegen Rücknahme des Antrages auf Rückübertragung kommunaler Gesundheitsämter
lb Angestellte	-5	-	Einsparung wegen Rücknahme des Antrages auf Rückübertragung kommunaler Gesundheitsämter
IIa Angestellte	-2	-	Einsparung wegen Rücknahme des Antrages auf Rückübertragung kommunaler Gesundheitsämter
Summe Einsparung	-36	-	
Umsetzung			
Titel 422 01 (Gesundheitsämter)			
A15 Medizinaldirektor, Medizinaldirektorin	-1	-	Umsetzung und Umwandlung nach 02 01 BesGr B3 (MR)
Summe Umsetzung	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-37	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-40	-	Einsparung mit Vermerkänderung im Vollzug des kw-Vermerks
	-3	-	Einsparung wegen Verlängerung der Arbeitszeit für 1994 sowie im Vollzug des kw-Vermerks
Summe Einsparung	-43	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-43	-	

10 90

Staatliche Gesundheitsämter (Landratsämter) und Landgerichtsärzte

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		3	3	3
	Zusammen		3	3	3
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		45	2	2
	<i>1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers, spätestens jedoch am 31.07.2001</i>				
	Zusammen		45	2	2
	Zugang/Abgang			-43	-
427 41	Praktikanten				
	Famuli, Ärzte im Praktikum, Ärztinnen im Praktikum		40	40	40
	Zusammen		40	40	40
Gesamtübersicht					
422 01	Planmäßige Beamte a) Gesundheitsämter		280	259	259
422 01	Planmäßige Beamte b) Landgerichtsärzte		40	40	40
425 01	a) Verwaltungsdienst		1	-	-
425 01	b) Angestellte		30	15	15
	Personalsoll A		351	314	314
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		3	3	3
426 01	Arbeiter		45	2	2
427 41	Praktikanten		40	40	40
	Personalsoll B		88	45	45

10 91
Staatliche Veterinärämter (Landratsämter)
Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Leitende Veterinärdirektoren, Leitende Veterinärdirektorinnen	A16	4	4	4
	Veterinärdirektoren, Veterinärdirektorinnen	A15	84	84	84
	Veterinäroberräte, Veterinäroberrätinnen	A14	88	88	88
	Veterinärärzte, Veterinärärztinnen	A13	35	35	35
	Zusammen		211	211	211
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		211	211	211
	Allgemeine Vermerke zu Titel 422 01 :				
	1) Bei Bedarf dürfen in Anspruch genommen werden:				
	a) Die Stellen der BesGr A 16 (Leitende Veterinärdirektoren), der BesGr A 15 (Veterinärdirektoren), der BesGr A 14 (Veterinäroberräte) und der BesGr A 13 (Veterinärärzte) der Kap. 10 91 und 10 40 zum Zwecke des Stellenaustausches gegenseitig;				
	b) Bis zu 7 Stellen dieser BesGr bei den Kap. 10 91 und 10 40 gegenseitig.				
	2) Vgl. Inanspruchnahmevermerk bei Kap. 10 90 Tit. 422 01 a.				
	Leerstellen				
	Veterinäroberräte, Veterinäroberrätinnen	A14	5	5	5
	Veterinärärzte, Veterinärärztinnen	A13	2	2	2
	Zusammen		7	7	7
422 26	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst				
	Veterinärreferendare, Veterinärreferendarinnen	A13	38	38	38
	Zusammen		38	38	38
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A13	3	3	3
	Zusammen		3	3	3
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterin		1	-	-
	Zusammen		1	-	-
	Zugang/Abgang			-1	-

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterin	-1	-	Einsparung mit Vermerkänderung im Vollzug des kw-Vermerkes
Summe Einsparung	-1	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-1	-	

10 91
Staatliche Veterinärämter (Landratsämter)

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	3	4	5
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		211	211	211
	Personalsoll A (ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)		211	211	211
	Ferner:				
422 26	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		38	38	38
426 01	Arbeiter		1	-	-
	Personalsoll B		39	38	38

10 92

Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
422 01	Planmäßige Beamte				
	Präsidenten der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen, Präsidentinnen der Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen	B 3	2	2	2
	Leitende Chemiedirektoren, Leitende Chemiedirektorinnen	A16	5	5	5
	Leitende Medizinaldirektoren, Leitende Medizinaldirektorinnen		4	4	4
	Leitende Regierungsdirektoren, Leitende Regierungsdirektorinnen		2	2	2
	Leitende Veterinärdirektoren, Leitende Veterinärdirektorinnen		5	5	5
	Regierungsdirektor, Regierungsdirektorin	A15	1	1	1
	Chemiedirektoren, Chemiedirektorinnen		25	25	25
	Medizinaldirektoren, Medizinaldirektorinnen		8	8	8
	Pharmaziedirektor, Pharmaziedirektorin		1	1	1
	Veterinärdirektoren, Veterinärdirektorinnen		11	11	11
	Oberregierungsräte, Oberregierungsrätinnen	A14	3	3	3
	Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen		39	39	39
	Medizinaloberräte, Medizinaloberrätinnen		9	9	9
	Veterinäroberräte, Veterinäroberrätinnen		20	20	20
	Chemieräte, Chemierätinnen	A13	18	13	13
	Medizinalrat, Medizinalrätin		-	1	1
	Pharmazierat, Pharmazierätin		1	1	1
	Veterinärräte, Veterinärrätinnen		10	10	10
	Oberamtsräte, Oberamtsrätinnen	A13	2	2	2
	Technischer Oberamtsrat, Technische Oberamtsrätin		1	1	1
	Regierungsamtsräte, Regierungsamtsrätinnen	A12	3	3	3
	Technische Amtsräte, Technische Amtsrätinnen		2	2	2
	Regierungsamtswänner, Regierungsamtswfrauen	A11	5	5	5
	Technische Amtswänner, Technische Amtswfrauen		3	3	3
	Regierungsobersinspektoren, Regierungsobersinspektorinnen	A10	2	2	2
	Technischer Amtsinspektor, Technische Amtsinspektorin	A 9	1	1	1
	Regierungshauptsekretär, Regierungshauptsekretärin	A 8	1	1	1
	Technische Hauptsekretäre, Technische Hauptsekretärinnen		4	4	4
	Technische Obersekretäre, Technische Obersekretärinnen	A 7	3	3	3
	Verwaltungsbetriebssekretär, Verwaltungsbetriebssekretärin	A 6	1	1	1
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 6	3	3	3
	Oberamtsmeister, Oberamtsmeisterinnen	A 5	2	2	2
	Zusammen		197	193	193
	Zugang/Abgang			-4	-
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
	- höherer Dienst		164	160	160
	- gehobener Dienst		18	18	18
	- mittlerer Dienst		10	10	10
	- einfacher Dienst		5	5	5
Allgemeiner Vermerk zu Titel 422 01:					
Vgl. Inanspruchnahmevermerk bei Kap. 10 90 Tit. 422 01 a.					

Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Personalsoll A (Personal auf Stellen)			
Einsparung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Chemieräte, Chemierätinnen	-4	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1998 Einsparung nach Art. 6b HG und 20-Punkte-Programm für 1999
	-1	-	
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
Vb Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1998 Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1999
Vlb Angestellter	-1	-	
VII Angestellter, Angestellte	-1	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1998 Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1998
VIII Angestellte	-2	-	
	-1	-	Einsparung nach Art. 6b HG und 20-Punkte-Programm für 1999
Titel 425 01 (Technischer Dienst)			
Vb Angestellte	-3	-	Einsparung nach Art. 6b HG und 20-Punkte-Programm für 1999
Vlb Angestellter	-1	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1998
	-6	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1999
Summe Einsparung	-21	-	
Umsetzung			
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
Vc Angestellte	-3	-	Umsetzung nach 03 08 (Zuständigkeitsänderung im Bereich der Approbation)
Summe Umsetzung	-3	-	
Umwandlung			
Titel 422 01 (Planmäßige Beamte)			
A13 Medizinalrat, Medizinalrätin	+1	-	Umwandlung von VergGr IIa BAT
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
IIa Angestellter, Angestellte	-1	-	Umwandlung nach A 13 MedRat
Summe Umwandlung	-	-	
kostenneutrale Hebung			
Titel 425 01 (Verwaltungsdienst)			
IVb Angestellter, Angestellte	+1	-	kostenneutrale Hebung von VergGr VIb BAT
	+1	-	kostenneutrale Hebung von VergGr VIII BAT
Vc Angestellter, Angestellte	+1	-	kostenneutrale Hebung von VergGr VIb BAT
Vlb Angestellter	-1	-	kostenneutrale Hebung nach VergGr Vc BAT
	-1	-	kostenneutrale Hebung nach VergGr IVb BAT
VIII Angestellter, Angestellte	-1	-	kostenneutrale Hebung nach VergGr IVb BAT
Titel 425 01 (Technischer Dienst)			
Vc Angestellter, Angestellte	+1	-	kostenneutrale Hebung von VergGr VIb BAT

10 92

Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr			
1	2	3	4	5	6
noch 422 01	Leerstellen				
	Chemieoberräte, Chemieoberrätinnen	A14	2	2	2
	Medizinaloberrat, Medizinaloberrätin		1	1	1
	Veterinäroberrat, Veterinäroberrätin		1	1	1
	Chemieräte, Chemierätinnen	A13	5	5	5
	Veterinärarrat, Veterinärarrätin		1	1	1
	Regierungsamt männer, Regierungsamt frauen	A11	2	2	2
	Regierungsoberrinspektor, Regierungsoberrinspektorin	A10	1	1	1
	Zusammen		13	13	13
422 31	Abgeordnete Beamte				
		A13	3	3	3
	Zusammen		3	3	3
425 01	Angestellte a) Verwaltungsdienst				
	Angestellte der VergGr IIa BAT	IIa	2	1	1
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	9	11	11
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	5	4	4
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	9	7	7
	<i>1 Stelle kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers</i>				
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	23	20	20
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	38	37	37
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	33	29	29
	<i>2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	Zusammen		119	109	109
	Zugang/Abgang			-10	-
425 01	b) Technischer Dienst				
	Angestellte der VergGr IVa BAT	IVa	4	4	4
	Angestellte der VergGr IVb BAT	IVb	33	33	33
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	71	68	68
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	79	80	80
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	182	174	174
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	23	23	23
	Angestellte der VergGr VIII BAT	VIII	10	10	10
	Angestellte der VergGr IXb BAT	IXb	2	2	2
	Zusammen		404	394	394
	Zugang/Abgang			-10	-
425 01	c) Auszubildende				
	Auszubildende		7	7	7
	Zusammen		7	7	7
425 01	Angestellte a) Verwaltungsdienst				
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	2	2	2

Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Erläuterungen			
Zu- oder Abgang in BesGr, VergGr, LohnGr	2001	2002	
1	2	3	4
Vlb Angestellter	-1	-	kostenneutrale Hebung nach VergGr Vc BAT
Summe kostenneutrale Hebung	-	-	
Zu- und Abgang Personalsoll A	-24	-	
Personalsoll B (Personal aus Mitteln)			
Einsparung			
Titel 426 01 (Arbeiter)			
Arbeiter, Arbeiterinnen	-9	-	Einsparung gemäß 20-Punkte-Programm für 1998 Einsparung nach Art. 6b HG und 20-Punkte- Programm für 1999 Einsparung zur Deckung von Stellenhebungen
	-5	-	
	-1	-	
Summe Einsparung	-15	-	
Zu- und Abgang Personalsoll B	-15	-	

10 92

Landesuntersuchungsämter für das Gesundheitswesen

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
noch					
425 01	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	3	3	3
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	8	8	8
	Zusammen		13	13	13
425 01	b) Technischer Dienst				
	Leerstellen				
	Angestellte der VergGr Vb BAT	Vb	6	6	6
	Angestellte der VergGr Vc BAT	Vc	20	20	20
	Angestellte der VergGr VIb BAT	VIb	12	12	12
	Angestellte der VergGr VII BAT	VII	4	4	4
	Zusammen		42	42	42
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte				
	Angestellte		7	7	7
	Zusammen		7	7	7
426 01	Arbeiter				
	Arbeiter, Arbeiterinnen		101	86	86
	<i>2 Stellen kw mit Ausscheiden der Stelleninhaber</i>				
	Zusammen		101	86	86
	Zugang/Abgang			-15	-
427 41	Praktikanten				
	Praktikanten, Praktikantinnen		47	47	47
	Zusammen		47	47	47
	Gesamtübersicht				
422 01	Planmäßige Beamte		197	193	193
425 01	Angestellte a) Verwaltungsdienst		119	109	109
425 01	b) Technischer Dienst		404	394	394
425 01	c) Auszubildende		7	7	7
	Personalsoll A		727	703	703
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		7	7	7
426 01	Arbeiter		101	86	86
427 41	Praktikanten		47	47	47
	Personalsoll B		155	140	140

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit

Stellenplan

Titel	Bezeichnung	BesGr	Stellenzahl		
		VergGr	2000	2001	2002
		LohnGr	4	5	6
1	2	3	4	5	6
	Gesamtübersicht Einzelplan 10				
422 01	Planmäßige Beamte		3.878	3.817,50	3.824,50
422 11	Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe		1	-	-
422 21	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		243	243	226
425 01	Angestellte		2.006	1.855,21	1.852,71
	Personalsoll A		6.128	5.915,71	5.903,21
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				
	Ferner:				
---	Planmäßige Beamte		2.631	2.625	2.625
---	Beamte zur Anstellung und Richter auf Probe		194	194	194
---	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		581	541	541
422 26	Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		38	38	38
422 56	Planmäßige Beamte		5	-	-
---	Angestellte		565	579	579
425 11	Sonstige Hilfsleistungen durch Angestellte		456	471	471
425 51	Angestellte		7	4	4
425 52	Angestellte		13	13	13
425 56	Angestellte		8	-	-
425 60	Angestellte		20	20	20
426 01	Arbeiter		618	507	505
---	Arbeiter		80	81	81
426 51	Arbeiter		6	6	6
426 60	Arbeiter		4	4	4
427 41	Praktikanten		93	90	90
	Personalsoll B		5.319	5.173	5.171
	(ohne Stellen für abgeordnete Beamte Titel 422 31, ohne Leerstellen und ohne Ersatzstellen)				

